

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

(Beginn: 15.44 Uhr – Ende: 23.37 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 36. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute entschuldigt Frau Dresler-Graf, Frau Gebauer und Herr Lierenfeld.

(Martin Börschel [SPD]:  
Und Herr Kluth!)

- Und Herr Kluth; er war mir nicht gemeldet.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Ensmann, Frau Heuer und Frau Ulke.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion Die Linke.Köln hat am 28.01. fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Proteste von Jugendlichen in Köln-Kalk“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 01 behandeln sollten.

Des Weiteren wurden die Tagesordnungspunkte 5.1.1 im Schulausschuss und im AVR zurückgestellt. Ebenso zurückgestellt wurde 5.2.1, 9.10 und 9.16. Gibt es zu diesen Absetzungen Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Zusetzungen. Die Verwaltung schlägt Ihnen die Zusetzung folgender Punkte vor: 3.1 und 3.2, 5.4.1, 9.19 und 9.20, 22.1 und 22.2 sowie 23.4. Gibt es zu den Zusetzungen Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich komme nun zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01. zum Thema „ARGE in Köln“ vor; das ist Tagesordnungspunkt 2.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Be-

handlung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit steht der Antrag auf der Tagesordnung.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Wir möchten den Tagesordnungspunkt 2.1.5 - das ist der in der Ratssitzung vom 13. Dezember vertagte Antrag „Entwicklung des ehemaligen Clouth-Geländes“ - auf die Ziffer 2.1.1 setzen und den bisher dort vorgesehenen Antrag zur Städtepartnerschaft auf 2.1.5.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Diese beiden Punkte sollen in der Reihenfolge also getauscht werden. Spricht etwas dagegen? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben ein sehr schönes Verfahren gefunden, wie sich die Anträge normalerweise unter dem Tagesordnungspunkt 2 sortieren, nämlich nach der jeweiligen Größe der antragstellenden Fraktionen. Auch wenn das Frau Ypsilanti vielleicht anders sieht: SPD, Grüne und Linke sind größer als nur SPD und Grüne. Deswegen müsste eigentlich der Antrag unter 2.1.1 auch vorne und 2.1.5 entsprechend hinten stehen bleiben. Die Mehrheit des Rates sollte jetzt nicht damit anfangen, die Regeln, die wir für die Tagesordnung aufgestellt haben, zu ändern.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Sterck, üblicherweise haben wir das so gemacht, nämlich nach der Größe. Aber über die Tagesordnung selbst - das wissen Sie - entscheidet der Rat; Sie haben sich dagegen ausgesprochen. Wir lassen jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass wir diesen Tausch der beiden Punkte 2.1.1 und 2.1.5 so vornehmen wie beantragt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine große Mehrheit. Gegenstimmen? - Dagegen sind die FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser und Frau May. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es bei der Linken. Damit ist es so beschlossen. Wir beginnen also mit 2.1.5.

Gibt es zur Tagesordnung noch weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Müller.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Josef Müller** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich beantrage im Namen meiner Fraktion zum Tagesordnungspunkt 5.4.1, Änderung der Hauptsatzung, Fristeneinrede. Wir konnten das in der Fraktion nicht ausführlich beraten, hätten das aber gerne gemacht. Die Vorlagen sind dem Rat nicht früh genug zugegangen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wir haben das auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir davon ausgegangen sind, dass es beraten worden ist. Ich lasse darüber natürlich abstimmen. Der Antrag ist gestellt.

(Zurufe)

- Ja, normalerweise entscheidet die Verwaltung, ob sie das auf die Tagesordnung setzt oder nicht.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]:  
Stand nicht drauf!)

- Sicherlich steht das drauf, Herr Hamm.

(Zuruf von Johannes-Werner Hamm [CDU])

- Ich weiß nicht, welchen Entwurf Sie haben. - Herr Zimmermann, bitte.

**Michael Zimmermann** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Vielleicht kann ich als Vorsitzender des AVR zur Aufklärung beitragen. Wir hatten diesen Antrag ja bereits im AVR. Das ist ein Änderungsantrag, den die SPD sehr kurzfristig gestellt hat. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen kein Votum im AVR herbeiführen, damit sich die CDU - Herr Granitzka wird das bestätigen - erst damit beschäftigen kann. Deshalb haben wir entschieden, den Antrag ohne Votum direkt in den Rat einzubringen. Das ist der Hintergrund. Der Antrag liegt also vor, seitdem der AVR getagt hat. Von daher müsste die CDU ausreichend Gelegenheit gehabt haben, darüber zu beraten und auch zu einer Entscheidung zu kommen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nun ist es guter Brauch in diesem Rat, Herr Zimmermann, dass man, wenn eine Fraktion Fristeneinrede beansprucht, dieser ohne größere Debatten und Abstimmungen folgt. Ich frage Sie deswegen, ob wir, wenn die Fraktion hier sagt, wir hatten keine oder nicht ausreichend Gelegenheit,

uns zu informieren, dem hier heute nicht stattfinden können. - Herr Dr. Paul, bitte.

**Dr. Michael Paul** (CDU): Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass diese Änderung auch in den betroffenen Ausschüssen nicht beraten wurde, jedenfalls nicht in allen. An uns im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün wurde diese Vorlage zwar versandt; sie wurde aber nicht in die Tagesordnung der letzten Sitzung aufgenommen. Von daher sehe ich auch keine Möglichkeit, hier darüber vernünftig zu beraten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das wäre natürlich ein weiterer Grund, warum wir das eigentlich nicht machen sollten. Herr Börschel, ich appelliere, dass Sie das auf die nächste Sitzung verschieben. Das ist eigentlich guter Brauch. - Bitte schön, Herr Börschel.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden gerne noch in der Sache prüfen, ob etwas vorgeschlagen, wenn man diese Hauptsatzungsänderung heute nicht beschließt. Denn: Wir wissen natürlich, was der Hintergrund des Ganzen ist, und möchten verhindern, dass durch einen Nichtbeschluss am Ende die Zeit bis zur nächsten Ratssitzung genutzt werden kann, was nicht im Sinne des Rates sein muss. Deswegen schlage ich vor, dass wir gleich bei Aufruf des Tagesordnungspunktes über die Frage entscheiden, ob wir verschieben oder es so belassen. Das gibt uns die Chance, bis dahin noch einmal darüber nachzudenken. Ich sage aber den Kolleginnen und Kollegen der CDU zu, dass wir dann, wenn sich eine solche Möglichkeit ergibt, gleich bei Aufruf des Tagesordnungspunktes einer Vertagung zustimmen werden. Zunächst wollen wir aber noch einmal klären, ob etwas vorgeschlagen oder nicht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das hört sich wie ein faires Angebot an.

(Heiterkeit bei der FDP)

Herr Bürgermeister Müller.

**Josef Müller** (CDU): Ich bin der Meinung, dass man über Fristeneinrede nicht diskutieren und

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

nicht abstimmen kann. Ich bitte den Rechtsdezernenten, zu sagen, ob über eine Fristeneinrede, wenn sie denn berechtigt ist, eine Abstimmung durchgeführt werden muss oder nicht. Ich habe gelernt, -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das war in diesem Hause bisher immer so üblich.

**Josef Müller (CDU):** - dass man dann, wenn Unterlagen nicht fristgerecht eingehen und eine Fraktion es beantragt, darüber nicht diskutiert, es sei denn, es ist zu Unrecht beantragt worden.

Herr Kahlen, ich habe gerade gesagt, dass sich über die Fristeneinrede nicht diskutieren lässt. Entweder ist sie zu Recht oder zu Unrecht gestellt worden. Wenn den Ratsmitgliedern die Unterlagen nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zugehen, damit sie sie rechtzeitig beraten können - das hat eben Michael Paul auch für andere Ausschüsse reklamiert -, dann ist es selbstverständlich, dass über eine Fristeneinrede nicht diskutiert wird.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich denke, die Aufstellung der Tagesordnung ist meine Sache, und der Beschluss über die Tagesordnung ist Sache des Rates. Ich kann mit dem Vorschlag leben, dass wir das gleich an der entsprechenden Stelle noch einmal aufrufen und dann entscheiden, ob wir es behandeln oder nicht. Also, lassen wir es zunächst einmal drauf und entscheiden dann später darüber.

**Johannes-Werner Hamm (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Sollte es gleich zu einer Abstimmung kommen und unserem Vertagungsantrag nicht stattgegeben werden, sage ich jetzt schon, dass ich eine rechtliche Prüfung der Sache einleiten werde. Ich weise darauf hin, dass die Vorlage, die Sie uns haben zukommen lassen, als Beratungsdatum für den Rat den 4. März vorsieht. In der Einladung zur heutigen Sitzung ist dieser Tagesordnungspunkt nicht enthalten. Das heißt, eine Vorlage dazu steht uns für die heutige Sitzung überhaupt nicht zur Verfügung. Es handelt sich dabei um circa 30 Seiten.

Im Übrigen hat auch die Verwaltung die Dringlichkeit weder geltend gemacht -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist richtig.

**Johannes-Werner Hamm (CDU):** - noch dargelegt. Und: Es fehlt die Vorlage. Ich weise auf all diese Punkte hin. Eine Beratung heute hier erscheint mir rechtlich völlig ausgeschlossen, es sei denn, wir würden das einstimmig beschließen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja, das ist aber noch nicht der Fall. Das wird erst noch von unserer Seite und vonseiten der Fraktion geprüft. Wir werden darüber gleich noch einmal abstimmen. Ich lasse es zunächst einmal noch offen.

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich mit diesem einen offenen Punkt über die übrigen Punkte der Tagesordnung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 01:

### **01 Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Proteste von Jugendlichen in Köln-Kalk“ AN/0216/2008**

Für die antragstellende Fraktion Die Linke.Köln spricht Herr Ludwig. Bitte schön.

**Claus Ludwig (Die Linke.Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Seit einer Woche demonstrieren mehrere Hundert junge Menschen in Kalk. Anlass ist ein tragischer Todesfall. Wir wollen und wir können die Geschehnisse, die zum Tod des 17-jährigen Salih geführt haben, nicht bewerten. Aber die Jugendlichen in Kalk haben eine klare Botschaft. Sie können sich nicht vorstellen, dass Polizei und Staatsanwaltschaft schon nach wenigen Stunden eindeutig sagen können, dass es sich um Notwehr gehandelt hat. Sie haben das Gefühl, dass sie nicht die gleichen Rechte in diesem Land haben. Sie sehen es so, dass in diesem Land ein toter marokkanischer Junge nicht so wichtig ist, kriminelle Handlungen von ausländischen Ju-

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

gendlichen aber medial breit ausgeschlachtet werden.

Auf den Kundgebungen haben viele von ihnen über Diskriminierung und Rassismus im Alltag geredet und berichtet, was sie erlebt haben. Dieses Gefühl der Jugendlichen, Bürger zweiter oder dritter Klasse zu sein, wurde durch die Kampagne von Roland Koch in Hessen in unerträglicher Weise verschärft. Seine Propaganda gegen ausländische Jugendliche sollte Wählerstimmen mobilisieren. Das ist nach hinten losgegangen, weil die Menschen in diesem Land spüren, dass wir ernsthafte, gemeinsame Probleme haben, wie Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und mangelnde Zukunftschancen für die Jugend.

Anlass der Kalker Demonstrationen war die Trauer um einen Freund. Doch dies hat sich entwickelt zu Protesten gegen Ausgrenzung und Diskriminierung und der Forderung nach gleichen Rechten. Die Jugendlichen in Kalk haben spontan und selbstorganisiert den Weg sozialer Mobilisierung und politischen Protests gewählt. Sie haben weder still zu Hause getrauert noch sich zu einer Gang zusammengeschlossen und anderen den Kampf angesagt. Ihre Forderungen sind zutiefst demokratisch. Sie bilden eben keine Parallelgesellschaft und schotten sich nicht ab. Kurz: Sie machen eigentlich genau das, was von Ihnen und von allen Seiten immer gefordert wird.

(Walter Grau [CDU]: Sie verdrehen die Tatsachen!)

Deswegen unterstützen wir Linke diese Selbstorganisation von jungen Migrantinnen und Migranten. Wir unterstützen ihre Forderung nach gleichen Rechten und Zukunftsperspektiven. Aktionen wie diese sind keine Gefahr, sondern bieten die Chance, über nationale, kulturelle und religiöse Unterschiede hinaus gerade in armen Stadtteilen wie Kalk für Teilhabe und Zukunftsperspektiven für die Jugend und gegen Ausgrenzung zu kämpfen.

Ich stimme mit dem Polizeipräsidenten Steffenhagen überein, der Ihre Äußerungen, Herr Granitzka, kritisiert hat. Er hat gesagt, es würde Öl ins Feuer gegossen, wenn man davon redet, dass wir auf einem Pulverfass sitzen und Verhältnisse wie in den Pariser Vorstädten drohen. Unsere Fraktion hat in einer Presseerklärung am Freitag geschrieben, dass Sie mit dieser Äußerung im Prinzip sagen: Wir sitzen auf einem Pulverfass, und ich zünde schon einmal ein Streichholz an. Das geht nicht, Herr Granitzka.

Das haben Sie gesagt, und zwar nach einer Woche friedlicher, disziplinierter und demokratischer Proteste, auf denen immer wieder zu Besonnenheit und Ruhe aufgerufen und klare Forderungen vorgetragen worden sind. Es geht nicht, dass dann, eine Woche später, noch Panik gemacht wird.

(Beifall bei der Fraktion Die Linke.Köln und Teilen der Zuschauer)

Ich stimme allerdings nicht mit Herrn Steffenhagen überein, wenn er das Vorgehen der Polizei als „besonnen“ beschreibt. Die Polizeipräsenz war massiv, geradezu erdrückend. Die Proteste der jungen Leute wurden durch eine mehrfach gestaffelte Polizeikette von der Hauptstraße abgeschirmt. Am Freitagabend wurden an allen Zufahrtsstraßen nach Kalk Kontrollen eingerichtet. Mein Eindruck war, dass Deutsch aussehende Personen nicht kontrolliert wurden, sondern nur ausländisch aussehende. Als ich gegen diese Polizeimaßnahme vor Ort protestierte, schilderte der vor Ort zuständige Beamte das mit den Worten - ich zitiere -: „Das kann ich bestätigen. Blonde kontrollieren wir nicht“. So, meine Damen und Herren, geht es nicht.

Deeskalation - das an die Adresse der Polizei - sieht anders aus. Wanderkessel und schwere Bewachung für eine Demonstration von 200 jungen Menschen, zum überwiegenden Teil sehr junge Jugendliche, viele Frauen mit Kindern, sind nicht der richtige Weg. Das sind doch keine Hooligans.

Die jungen Leute haben politisch agiert. Sie haben den Dialog mit den Vertretern der Stadt gefordert. Herr Schramma, es ist ja schön, wenn Sie Ihrem Parteikollegen widersprechen und sagen, dass Mitarbeiter des Sozial- und des Jugendamtes vor Ort waren. Ich habe Frau Dr. Klein gestern Abend dort auch gesehen. Aber: Die Jugendlichen haben auch klar gefordert, dass sich die Politiker dort blicken lassen. Sie zum Beispiel, Herr Schramma, oder auch Vertreter der anderen etablierten Parteien - das haben Sie alle in der Presse lesen können - waren nicht da, obwohl jeden Tag 200 bis 300 Bürger aus Trauer und aus Sorge über die mangelnde Gerechtigkeit demonstriert haben. Allein diese Reaktion zeigt meiner Meinung nach, dass diese Leute eben nicht so ernst genommen werden wie andere.

Die Ursachen dieses Protests liegen in der sozialen Situation, in Perspektivlosigkeit, Armut

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

und Ausgrenzung von Einwanderern und Kindern. Die Jugendlichen, überwiegend arabischer, türkischer und kurdischer, zum Teil aber auch deutscher Herkunft, rebellieren absolut zu Recht gegen mangelnde Zukunfts- und Bildungschancen. Das ist eindeutig nicht polizeilich zu lösen, sondern nur, indem ihre Forderungen ernst genommen werden und die Probleme in Kalk und anderen Stadtteilen vernünftig angegangen werden. Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion Die Linke.Köln und Teilen der Zuschauer - Walter Grau [CDU]: Sie haben ein eigenartiges Rechtsempfinden!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich muss Sie noch einmal ganz kurz mit den Hausregeln hier vertraut machen. Es ist den Gästen im Publikum nicht erlaubt, zu den Beiträgen Stellungnahmen abzugeben. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Sie haben hier die Gelegenheit, zuzuhören. Ich bitte, von Beifallskundgebungen abzusehen. Das gilt für alle Gäste in jeder Ratsitzung; das ist keine besondere Maßnahme. Aber ich muss das an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen.

Der nächste Wortbeitrag kommt von Herrn Granitzka von der CDU-Fraktion.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! In den vergangenen Tagen beherrschten Berichte über die allabendlichen Versammlungen und Demonstrationen mehrerer Hundert Jugendlicher in Kalk die Kölner Pressemeldungen. Diese Darstellungen lassen uns mit zunehmender Sorge auf die Geschehnisse blicken; denn sie zeigen deutlich, dass den Jugendlichen dringend Gesprächs- und Hilfsangebote vor Ort unterbreitet werden müssen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hört! Hört! - Zuruf von Özlem Demirel [Die Linke.Köln])

An die Stelle der ursprünglichen Trauermärsche in Gedenken an den 17-jährigen Verstorbenen Salih sind längst unangemeldete Demonstrationen getreten, deren Teilnehmer statt der Trauer um den verstorbenen Freund ihrem Unverständnis über den Ablauf der Ermittlungen von Polizei

und Staatsanwaltschaft, aber auch ihrer Ohnmacht und Wut Gehör verschaffen wollen.

Dass diese Demonstrationen bisher nicht aus dem Ruder gelaufen und die Proteste friedlich verlaufen sind, verdanken wir aus meiner Sicht insbesondere dem umsichtigen Verhalten der Kölner Polizei,

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Von Herrn Steffenhagen! - Beifall bei Teilen der CDU)

die auf Deeskalation vor Ort setzt und der es vorbildlich gelungen ist, die Situation unter Kontrolle zu halten.

Auch das Engagement der in Kalk tätigen Sozialarbeiter hat erheblich zur Beruhigung der Situation beigetragen. Ihnen, meine Damen und Herren, gilt deshalb an dieser Stelle ebenfalls mein ausdrücklicher Dank.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch muss uns allen bewusst sein, wie emotional die Jugendlichen derzeit reagieren und wie leicht die angeheizte Stimmung in Aggressivität und Ausschreitungen umschlagen kann. Ich erinnere mich noch deutlich an den im Jahre 1993 verübten Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus in Solingen, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Das waren Rechtsradikale! - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie haben die Orientierung verloren, Herr Granitzka!)

Ich war damals bei den Einsätzen dabei und habe erlebt, wie in Solingen anschließend die Gewalt ihren Lauf nahm

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Neues Öl ins Feuer, Herr Granitzka!)

und wie hier in Köln die Venloer Straße entglast worden ist. Ich war damals bei den Einsätzen dabei und habe gesehen, was plötzliche Jugendgewalt bedeuten kann.

(Özlem Demirel [Die Linke.Köln]: Unverschämtheit!)

Meine Einschätzung der aktuellen Lage hier in Köln deckt sich vollständig mit den Ergebnissen der in der Presse zitierten Fachleute, die in Kalk in engem Kontakt mit den Jugendlichen stehen. So hat mich letzte Woche die Leiterin einer

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

etablierten Jugendeinrichtung in Kalk zweimal angerufen, um mir ihre große Besorgnis über die Entwicklung vor Ort mitzuteilen und Maßnahmen zu erbitten. Dabei hat sie mir die Hilflosigkeit der Jugendlichen geschildert, die mit der Bewertung und Verarbeitung der Situation vor Ort offenbar völlig überfordert sind. Ich habe daraufhin sofort Kontakt mit dem Amt des Oberbürgermeisters aufgenommen und über die erhaltenen Informationen berichtet.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass der Einsatzleiter der Kölner Polizei vor Ort, Herr Leitender Polizeidirektor Michael Temme, die Lage ebenso brisant einstuft wie ich. Ich darf diesbezüglich den *Spiegel* von gestern zitieren:

„Die Stadt Köln tut viel für die Integration“, sagt der Leitende Polizeidirektor Michael Temme, der den Demo-Einsatz sorgfältig überwacht und analysiert. Doch es gebe „Brennpunkte“ in der Stadt, auch in Kalk. Dort stellt er sich jetzt jeden Abend die bange Frage: Kommt gleich der Funke, der das Pulverfass zur Explosion bringt? Klirren dann Schaufensterscheiben, gehen Autos in Flammen auf?

(Peter Sörries [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wenn Sie so weitermachen, ja!)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was habe ich anderes gesagt als der Einsatzleiter der Kölner Polizei?

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Ich habe keine anderen Worte gebraucht als mein Kollege, der vor Ort diese Einsätze verantwortlich leitet. Insofern kann ich die Kritik von Herrn Steffenhagen überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Genau diese Eskalation - die befürchten wir, weil wir wissen, dass sich die Dinge dort aufstauen können - gilt es zu verhindern. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit der Jugendbehörde dafür einsetzen. Ich sage ja gar nicht, dass da nichts getan wird. Vielmehr müssen wir das, was bereits getan wird, aufarbeiten und sehen, was noch fehlt. Denn die Situation, so wie sie ist, zeigt doch, dass da etwas nicht in Ordnung ist, meine Damen und Herren.

(Özlem Demirel [Die Linke.Köln]: Herr Granitzka, waren Sie ein einziges Mal da und haben mit den Jugendlichen gesprochen?)

- Jawohl, ich habe mit den Jugendlichen gesprochen, und ich habe meine Kollegin Gisela Mandlerla mitgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Zuletzt habe ich viele Anrufe bekommen; das will ich gerne sagen. Ich will Ihnen auch nicht verhehlen, dass mir gestern Abend der Regierungspräsident Herr Lindlar ausdrücklich gedankt hat, dass einer - in diesem Falle ich - einmal offene Worte gebraucht und die Situation so beschrieben hat, wie sie ist.

(Beifall bei der CDU - Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Fraktion Die Linke.Köln)

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir es für zwingend erforderlich halten, den persönlichen Kontakt zu den Jugendlichen zu suchen, um ihnen Gesprächsangebote mit qualifizierten Mitarbeitern aus dem Jugendhilfebereich zu machen. Wenn es von den Jugendlichen gewünscht wird, auch mit uns zu sprechen, werden wir das gerne tun. Ich jedenfalls bin wiederholt in der Jugendeinrichtung in Köln-Kalk gewesen.

Es geht längst nicht mehr um den tragischen Todesfall des jungen Salih, sondern es geht um das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, der Chancenlosigkeit und der Ausgrenzung, das viele junge Menschen dort empfinden. Ich plädiere daher für eine nachhaltige Begleitung und Förderung dieser Jugendlichen.

Meine Damen und Herren, das war das Wesentliche, was ich sagen wollte; auf den Rest verzichte ich jetzt aus Zeitgründen. Wir haben es hier nicht mit einer Sache zu tun, die durch einen Polizeieinsatz geregelt werden kann. Da bin ich mit Herrn Ludwig völlig einig. Aber wir können auch nicht abwarten, bis die Dinge so eskalieren, wie es der amtierende Einsatzleiter der Kölner Polizei im *Spiegel* formuliert hat. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Granitzka. Für die SPD spricht Frau dos Santos Herrmann.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Granitzka, Ihre Äußerungen vom vergangenen Freitag waren für mich eigentlich schon schlimm genug; denn sie gingen weit über die Grenze des Erträglichen hinaus.

(Beifall bei Teilen der SPD und der Linken.Köln)

Das aber, was Sie heute hier vorgetragen haben, ist die letzte Geschmacklosigkeit, die man sich vorstellen kann.

(Zurufe bei der CDU: Pfui!)

Die Geschichte in Kalk ist schon tragisch genug, sie aber hier gleichzusetzen mit den Ereignissen von vor 15 Jahren in Solingen, ist eine absolute Geschmacklosigkeit, Herr Granitzka.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Ich brauche hier nicht an die Umstände zu erinnern, sondern will nur ein Stichwort nennen: Das war 1993 eindeutig - das hat auch das Urteil so bestätigt - ein rassistischer Anschlag.

Dazu, wie Herr Temme vom *Spiegel* zitiert wird, kann ich nichts sagen. Ich kann Ihnen aber sagen, was er letzte Woche im Polizeibeirat gesagt hat.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das war gar kein Zitat!)

- Danke für den Hinweis; ich habe den Artikel nicht gelesen, sondern nur das vernommen, was Herr Granitzka hier vorgelesen hat. - Er hat vergangene Woche im Polizeibeirat davon gesprochen, dass es in Kalk in der Tat eine ernste Lage gibt. Dem stimmen wir alle, glaube ich, zu; dem widerspricht niemand. Er hat auch davon gesprochen, dass es den einen oder anderen geben mag, der nur darauf gewartet hat, einmal ein bisschen Krawall zu machen; das mag sein. Er hat aber eindeutig davon gesprochen, dass die allermeisten von denen, die dort demonstrieren, erstens friedlich demonstrieren und zweitens auf ihre Lage aufmerksam machen wollen. Und das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Polizei - das möchte ich in Richtung von Herrn Ludwig sagen - hat sehr wohl besonnen und deeskalierend gehandelt. Hier haben wir

vielleicht unterschiedliche Sichtweisen. Ich würde jedenfalls die Kritik, die Sie hier geäußert haben, zurückweisen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Mein Eindruck war - ich habe heute noch mit Mitarbeitern des Büros des Polizeipräsidenten gesprochen, dort wird meine Auffassung geteilt -: Die Lage ist in der Tat ernst, aber es gibt eine Tendenz hin zum Dialog, die wir nutzen sollten.

Herr Granitzka, Sie haben gesagt, dass Sie dem Polizeipräsidenten zustimmen. Ich gehe davon aus, dass Sie dann auch dem Oberbürgermeister zustimmen, der gesagt hat:

Der Vergleich mit der Situation in den Pariser Vorstädten ist nicht angebracht. Anders als dort steht den Jugendlichen in Kalk eine ganze Palette von Betreuungs- und Hilfsangeboten zur Verfügung.

- Das stimmt, aber das heißt auch, dass wir trotzdem noch einiges tun müssen. Ich glaube, auch darin sind wir uns einig. Mit dem Integrationskonzept, der Neuauflage des interkulturellen Maßnahmenprogramms und Ähnlichem müssen wir weitermachen, jetzt erst recht.

Es drängt sich der Eindruck auf - das möchte ich noch einmal deutlich sagen; Ihre Rede, Herr Granitzka, hat das auch noch einmal bestätigt -, dass Sie gerne der Koch von Köln sein möchten.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln] – Lachen bei Karl Klipper [CDU])

Ich kann Sie nur davor warnen: Die Ergebnisse vom vergangenen Sonntag haben gezeigt, erstens dass das nach hinten losgehen kann und zweitens dass man dadurch Öl ins Feuer gießt. Wir brauchen Hilfen, wir brauchen Dialog, und wir brauchen möglicherweise auch demokratische Auseinandersetzungen. Aber was wir mit Sicherheit nicht brauchen, ist eine Polemik, so wie Sie sie gestartet haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Wolfgang Simons [CDU]: Sie müssen nicht reden!)

- Nein, Sie aber auch nicht, Herr Simons.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Jugendverwaltung - das hat der Oberbürgermeister auch noch einmal bestätigt - vor Ort im

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Dialog ist. Was den Dialog mit der Politik angeht, Herr Ludwig: Ich glaube, jeder und jede von uns muss für sich selbst entscheiden, in welcher Art und Weise er oder sie das tun möchte. Das bei einer Kundgebung zu tun, halte ich für mich nicht für den richtigen Weg. Aber ich versichere Ihnen: Ich bin im Dialog, sowohl mit denjenigen, die dort auf der Straße demonstrieren, als auch mit dem Freundeskreis rund um die russischstämmigen Deutschen, die zunächst überfallen worden sind.

Abschließend nur so viel: Die Verwaltung hat gehandelt. Ich glaube daher, dass sich der Vorschlag, den die Linke gemacht hat, durch das Handeln der Verwaltung erledigt hat. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. Für die Grünen spricht Herr Helling.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben schon gehört, dass das Presseamt der Stadt Köln gestern in einer Erklärung verbreitet hat, dass bestimmte Leute hier Öl ins Feuer gießen. Ich glaube, das Thema, über das wir heute sprechen, ist tatsächlich nicht dazu geeignet, Öl ins Feuer zu gießen. Der tragische Tod in einem Stadtteil Kölns ist nicht automatisch auch eine politische Angelegenheit. Wir sollten zunächst einmal des Opfers und seiner Angehörigen gedenken, ehe wir hier in ein hektisches politisches Tagesgespräch verfallen. Der Konflikt mit den Jugendlichen in Kalk wird jetzt von verschiedenen Seiten genutzt, um sich damit politisch zu profilieren und in Szene zu setzen. Wir haben hier eine bestimmte Form von Wahrnehmung der Situation in Kalk feststellen können: auf der einen Seite von der CDU, die das Ganze in schwärzesten Farben malt, auf der anderen Seite von der Linken, die in dem Frust über eine verfehlte Integrationspolitik das Hauptmotiv dieser Angelegenheit sieht.

Kommen wir zu Ihnen, Herr Granitzka. Sie fantasieren tatsächlich über die Pariser Straßenschlachten, und Sie erfreuen sich in bestimmter Weise der Aufmerksamkeit, die die Öffentlichkeit immer dann zeigt, wenn es um Bürgerkriegsszenarien geht.

Die Linke betont, dass es bei dem bisher friedlichen Protest nicht nur um Solidarität mit Salih geht, sondern dass sich die Protestierenden als Menschen zweiter Klasse, als Opfer einer gescheiterten Integrationspolitik fühlen.

CDU-Chef Granitzka wirft sich als alter Polizeitaktiker in Pose und erklärt mit drohendem Unterton, dass Kalk demnächst ein Vorort von Paris sein wird. Er will die Mutationen von Köln in Pariser Verhältnisse.

(Widerspruch bei der CDU)

Herr Granitzka, haben Sie nicht aus der Wahlniederlage von Herrn Koch gelernt, dass Schwarzweißmalerei, das Aufstacheln von Gefühlen - das haben Sie gerade jetzt wieder mit Ihrer Rede getan -, das Arbeiten mit Drohszenarien politisch keine angemessenen Mittel sind, um Konflikte zu lösen? Herr Granitzka, lassen Sie bitte Ihre groben Keile und Klötze in der Tasche und kehren Sie zur Sachauseinandersetzung zurück! Schalten Sie von der CDU sich lieber in die ernsthaften Debatten um die Verbesserung der Kölner Integrationspolitik ein. Bisher gab es von der CDU keinerlei politische Impulse, um zum Beispiel das Kölner Integrationskonzept an verschiedenen Punkten zu optimieren

(Teresa de Bellis [CDU]: Das ist nicht wahr!)

oder in die richtige Richtung zu führen. Meine Damen und Herren von der CDU, wo waren in den letzten fünf Jahren Ihre konkreten Vorschläge zur Aktualisierung des Ausländermaßnahmenprogramms?

(Teresa de Bellis [CDU]: Lesen schadet nicht!)

Dazu haben Sie sich nicht geäußert. Um im militärischen Diskurs zu bleiben: An dieser Front herrscht vonseiten der CDU absolute Funkstille. Stattdessen erleben wir die CDU immer mit hektischen Aktivitäten, mit Einzelvorschlägen zum Kampf gegen Jugendkriminalität und mit Attacken gegen Polizei und Stadtverwaltung, wie jetzt aktuell in Kalk.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist absolut dummes Zeug! Ich habe niemanden von Polizei und Stadtverwaltung angegriffen!)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Kommen wir nun zurück auf die Sichtweise der Linken. Der Hauptvorwurf der Linken ist, die Situation der Jugendlichen in Kalk sei nicht untersucht worden. Es müssten jetzt sofort Maßnahmen ergriffen und Handlungsempfehlungen an den Rat weitergeleitet werden. Das ist, ehrlich gesagt, politischer Unsinn.

Wir wissen fast alles über die soziale Lage in Kalk. Wir wissen zum Beispiel, dass im Stadtteil Kalk mehr als 50 Prozent der Einwohner Migrationshintergrund haben, nämlich 11 919 der 21 784 Einwohner. Wir wissen, dass im Bezirk Kalk 3 576 Italiener, 697 Menschen aus der Russischen Föderation, 11 315 Menschen aus der Türkei, 649 aus Marokko, also zusammen 27 000 Passausländer leben. Wir alle wissen auch, dass diese Menschen große, zum Teil überdurchschnittliche Bildungsferne haben. Entsprechend groß ist auch die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Das Verhältnis von Arbeitslosen zu Langzeitarbeitslosen beträgt in Kalk 88,1 Prozent. Das heißt, fast jeder Arbeitslose in Kalk ist ein Langzeitarbeitsloser. In der Gesamtstadt sind das nur 77,9 Prozent.

Meine Damen und Herren, es gibt aber Antworten auf diese klar analysierten Fakten und diese klar analysierten misslichen Lagen in Kalk, und zwar elementare Antworten, die von der Arbeitsagentur, der ARGE, und auch der Stadtverwaltung gegeben werden. Es gibt die Sprungbrettmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose. Das sind Maßnahmen - daran will ich noch einmal erinnern -, bei denen man nicht Arbeitslosengeld II, sondern sofort eine Beschäftigung oder Arbeit bekommt. Ein Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt in Kalk. Ergebnis ist: Der Anteil von Jugendlichen an den Arbeitslosen in Kalk beträgt 6,4 Prozent, während es stadtweit 6,8 Prozent sind.

Da ich zum Schluss kommen muss, nur noch so viel: Wir haben das Problem analysiert. Wir sind dabei, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Diese Maßnahmen müssen optimiert werden. Es gibt also überhaupt keine Notwendigkeit, aus Anlass der tragischen Geschehnisse in Kalk hier entweder Pariser Verhältnisse an die Wand zu malen oder zu sagen, die Kölner Integrationspolitik sei in Kalk gescheitert. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diese Integrationspolitik zu verbessern. Das ist die angemessene Antwort. Insofern denke ich, dass sich aus der Aktuellen Stunde keine weiteren Forderungen ergeben sollten. In Kalk wird das Gespräch selbstverständlich - auch das ist schon gesagt worden -

gesucht. Politik, Verwaltung und andere suchen den Dialog. Dafür brauchen wir keinen Ratsauftrag. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der Linken.Köln sowie von Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Helling. Für die FDP spricht Herr Mendorf. Bitte.

**Marco Mendorf (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass mich persönlich der tragische Tod dieses Jungen in Kalk sehr betroffen und sehr wütend macht und sehr traurig stimmt. Immerhin ist dort ein Mensch zu Tode gekommen. Wie es dazu gekommen ist, welche Handgreiflichkeiten es gegeben hat, das können und wollen wir hier nicht politisch bewerten. Das ist Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft. Deswegen, meine Damen und Herren, muss ich auch sagen: Die Situation an sich ist schon schwierig genug, sodass sie hier nicht auch noch in eine politische Debatte des Rates der Stadt eingebracht werden muss, in der sie letztlich nichts zu suchen hat.

Wir können es natürlich nachvollziehen, dass sich Menschen über einen solchen Fall - zum Glück passiert so etwas nicht alle Tage - unterhalten. Wir können auch nachvollziehen, dass gerade Jugendliche, Angehörige, Freunde, Schüler, aber auch die Nachbarn - ich selbst wohne dort - zu der Stelle kommen, an der der Junge zusammengebrochen ist, dass sie sich zunächst informieren oder vielleicht auch einmal innehalten wollen, dass sie sich Gedanken darüber machen, wie so etwas in unserer Gesellschaft passieren kann.

Die Situation führt aber auch dazu, dass viele Menschen zu diesem Ort ihre Gefühle mitbringen. Die einen sagen: Wir fühlen uns in dieser Stadt, in diesem Stadtteil diskriminiert oder nicht wahrgenommen. Ich persönlich kann es nachvollziehen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund das so empfinden. Auch wenn ich persönlich diese Ansicht nicht teile, kann ich nachempfinden, dass sie in einer solchen Situation diese Gedanken haben. Andere kommen dorthin - das muss man der Wahrheit halber auch sagen -, die eine andere Position haben und sagen: Ich fühle mich in meinem Stadtteil

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

nicht mehr sicher. Wenn dieser eine Vorfall sie dazu veranlasst, sich dazu zu äußern und damit zu beschäftigen, muss man das akzeptieren. Ich respektiere es, dass sich dort artikuliert wird, dass dort demonstriert wird, obwohl ich persönlich nicht jede einzelne Äußerung, die dort fällt, unterstütze.

Ich finde, wir müssen uns hier nicht gegenseitig beweisen, wer wie oft dort bei den Demonstrationen oder in Jugendeinrichtungen in Kalk war oder nicht. Ich glaube, diejenigen, die sich hier in Köln verantwortungsbewusst mit Jugendpolitik und mit Integration beschäftigen, sind sehr engagiert. Ich finde es allerdings verantwortungslos, dass Sie - damit meine ich vor allem Sie von der Linken - nicht dorthin gehen, um den Leuten zuzuhören. Sie reden den Leuten nach dem Mund und bringen das hier in den Rat. Das hat hier meiner Meinung nach wenig zu suchen. Deshalb bin ich dagegen, dass wir diese populistische Debatte hier weiter fortführen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hinzu kommt: Wer die Stimmung aufheizen will, muss nur oft genug vom brennenden Auto reden. Das gehört zur Wahrheit dazu, meine Damen und Herren.

Wir brauchen diese Debatte nicht. Die Debatte, wie die Polizei darauf reagieren kann, wird intern geführt. Es ist ausführlich gewürdigt worden, dass hier sehr deeskalierend gearbeitet wurde. Beweis dafür ist, dass es dort abends nicht zu schwerwiegenden Vorfällen gekommen ist. Ich habe den Eindruck, dass hier gut zusammengearbeitet wird. Das Jugendamt ist vor Ort präsent, sogar übermäßig präsent.

Überlegen wir doch einmal, wie sich dieser Stadtteil in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Denken wir an die Herausforderungen wie zum Beispiel den Abbau von 9 000 Arbeitsplätzen. Die Sozialdaten, die Herr Helling eben deutlich gemacht hat, sind absolut nicht neu und uns bekannt. Wie hat sich der Stadtteil entwickelt? Zehn Jahre Kalk-Programm: Da ist viel passiert. Vor allem ist dort Infrastruktur entstanden und Gebäude sind errichtet worden. In zehn Jahren ist dort in den Bereichen Sozial- und Jugendarbeit eine Menge getan worden. Aber das Problem eines solchen Stadtteolförderprogramms ist doch, dass die Gebäude stehen bleiben, die Jugend- und Sozialarbeit aber hinterher wieder heruntergefahren wird. Deshalb habe ich schon vor vielen Jahren gesagt: Wir müssen uns be-

mühen, dass die soziale Arbeit in diesem Stadtteil nachhaltig fortgeführt wird. Angesichts der Sozialdaten, die wir von Kalk haben, machen wir dort viel zu wenig Jugendarbeit. Eine offene Jugendeinrichtung haben wir in Kalk bisher nicht.

Meine Damen und Herren, darüber müssen wir reden. Es hilft nichts, über brennende Autos zu sprechen. Man muss sich mit Lösungsansätzen beschäftigen, um diesem Stadtteil neue Chancen zu eröffnen.

(Beifall bei der FDP)

Kalk hat mehr verdient, als nur in schlechten Nachrichten erwähnt zu werden. Ich finde, es ist jetzt an der Zeit, Ruhe zu bewahren, in Verantwortung mit der Situation umzugehen, sich allerdings auch ernsthaft den Problemen zuzuwenden und zu versuchen, Lösungsansätze anzubieten, anstatt nur über die Probleme zu sprechen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Mendorf. Für die Fraktion pro Köln spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Kölner Rat ist heute Zeuge geworden eines überaus peinlichen Versuchs der linken Szene, den tragischen Tod eines jungen Menschen für sich propagandistisch zu instrumentalisieren. Dieser Versuch scheint, wenn man Berichten aus der linken Szene glauben will, in Kalk auf der Straße im Wesentlichen gescheitert zu sein. Er ist im Kölner Rat, der ja an der Realität in der Stadt nicht immer ganz so nah dran ist, offenbar, zumindest bedingt, erfolgreich, ansonsten hätte er hier diese umfassende Debatte nicht ausgelöst.

Wir haben in linksextremistischen Internetforen, insbesondere bei Indymedia, nachlesen können, dass sich die Gesinnungsfreunde des linken Spektrums in Köln darüber beklagen, sie hätten versucht, sich den Jugendprotesten in Kalk anzuschließen, sie hätten auch mitdemonstriert und den jungen Marokkanern Hilfsmittel wie Megaphone und dergleichen zur Verfügung stellen wollen, seien aber mit Allahu-akba-Rufen zum Teufel gejagt worden.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Diese internen Berichte aus der linken Szene widerspiegeln doch das exakte Gegenteil dessen, was Sie, Herr Ludwig, dem Rat hier weiszumachen versuchen, nämlich dass es sich dort um perfekt integrierte Leute handeln würde, die mit diesen unangemeldeten Demonstrationen einen explizit politischen Anspruch in der Öffentlichkeit zur Schau stellen. Wenn das alles so wäre, wären Sie und die Leute aus Ihrem Spektrum von denen doch ins Herz geschlossen worden. Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Sie spielen hier den Trittbrettfahrer und hängen sich an eine Entwicklung an, weil Sie glauben, damit parteipolitisch Kapital für Ihre Ziele schlagen zu können.

Meine Damen und Herren, das wird an dem Grad von Verfestigung scheitern, den die Parallelgesellschaft insbesondere in Stadtteilen wie Kalk längst schon erreicht hat. An diese reicht der politische Apparat nicht mehr heran, ganz gleich mit welchen Forderungen und unabhängig von der Frage, ob aus der Mitte, von rechts oder von links ein Vorstoß unternommen wird.

Das einzig Positive im Kontext dieser Diskussion ist die Tatsache, dass es der Bürgerbewegung pro Köln ganz offensichtlich gelungen ist, politischen Druck auf die Kölner CDU derart auszuüben, dass einzelne Vertreter dieser Partei nicht mehr umhin kommen, im Zusammenhang mit der Debatte über Jugendgewalt und innere Sicherheit hier in der Öffentlichkeit lupenreine Pro-Köln-Positionen zu vertreten.

(Beifall bei pro Köln)

Dafür, Herr Granitzka, geht von unserer Seite an Ihre Adresse ein herzliches Dankeschön. Wir wollen auch kein Copyright an unseren diesbezüglichen Positionen beanspruchen. Wir wissen ohnehin, dass die Menschen dieser Stadt in der Lage sind, das Original von der billigen Kopie zu unterscheiden. Das war im Übrigen auch ein Grund dafür, warum ein Roland Koch in Hessen mit seinen inhaltlich im Prinzip richtigen Positionen bei der Wahl den Bach herunterging. Die Leute hören ja gerne, was Herr Koch sagt. Alleine, sie glauben ihm und der CDU nicht mehr, dass diese Partei mit ihrem Koalitionspartner FDP auch in der Lage ist, die Inhalte umzusetzen, die Koch und andere in schönen Sonntagsreden öffentlich zum Besten geben.

(Zuruf: Die Rechtsextremen haben keine Stimme bekommen in Hessen! Das ist doch Quatsch, was Sie erzählen!)

Sie sind diesbezüglich unglaubwürdig. Hier wird der Wähler im Zweifelsfall das Original von der Fälschung unterscheiden und auch die richtigen Konsequenzen daraus ziehen können.

Ich will mich ausdrücklich nicht in die Diskussion einklinken, ob das, was in Kalk passiert ist und zum tragischen Tod eines 17-jährigen jungen Menschen geführt hat, eine Notwehrhandlung, ein Notwehrexzess oder irgendetwas anderes gewesen ist. Das muss die Justiz klären. Wir alle waren nicht dabei, insofern können wir das nicht beurteilen. Wir wissen aber, dass dieser tragisch endende Auseinandersetzung ein Raubüberfall auf offener Straße vorausgegangen ist. Der 17-Jährige war kein lupenreiner Engel, der ohne jede eigene Schuld in ein Geschehen verstrickt wurde, das zu seinem Tod geführt hat, sondern hatte in räumlicher Nähe zu einem Geldautomaten versucht, zwei andere junge Menschen abzuziehen, ihnen Geld zu stehlen.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Ich denke, Sie wollen sich nicht damit beschäftigen!)

Dabei ist er offensichtlich an eine Klientel geraten, mit deren Verhaltensweisen er so nicht gerechnet hat, vielleicht auch nicht rechnen musste.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich möchte Sie bitten, sich hier in der Bewertung des Falls, dessen Ermittlungen ja immer noch nicht abgeschlossen sind, zurückzuhalten.

(Beifall)

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Ich bitte Sie. Wenn wir hier schon eine politische Debatte über diese Sache führen, muss man doch auch die Frage stellen können, worüber wir hier eigentlich debattieren.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Aber ich denke, hier sind zunächst einmal staatsanwaltliche und polizeiliche Ermittlungen gefragt. Sie wissen, dass diese Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Ich möchte nicht, dass irgendwelche Vorurteile die Basis für unsere Diskussion hier bilden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen und der FDP)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, ich gebe hier ja nicht eine Stellungnahme des Rates insgesamt oder eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters ab, sondern die Stellungnahme der Fraktion pro Köln. Und wir wollen hier, was die Fakten betrifft, der Sache auch ein kleines Stück weit auf den Grund gehen.

Tatsache ist: Wir haben es hier mit einem Geschehen zu tun, bei dem sich eine ganz kleine Gruppe von Marokkanern einer ganz kleinen Gruppe von Russlanddeutschen auf der Straße in einer Konfliktsituation gegenübergestellt sah und diese Konfliktsituation eskaliert ist. Vorfälle wie dieser belegen ein weiteres Mal - diese finden ja unterhalb der Schwelle, die Todesopfer produziert, des Öfteren in dieser Stadt statt -, dass das politische Konzept des Multikulturalismus auf breiter Front gescheitert ist.

(Beifall bei Bernd M. Schöppe  
[pro Köln])

Herr Helling hat für die Fraktion Die Grünen mit seiner Schilderung der Bevölkerungszusammensetzung von Kalk dem Kölner Rat den Kern des Problems noch einmal in einer Art und Weise vor Augen geführt, dass die Fraktion pro Köln Herrn Helling nur dankbar sein kann.

(Beifall bei Bernd M. Schöppe  
[pro Köln])

Die Frage ist doch: Wenn Sie schon selbst konstatieren, dass Sie ein solches Konfliktpotenzial mit Polizeimaßnahmen nicht mehr gemanagt bekommen - wenn es anders wäre, würden wir diese Debatte hier nicht führen -, mit welchen Mitteln wollen Sie denn dann ein Management dieses Konfliktpotenzials bewältigen? Mit politischen Mitteln? Das wäre wünschenswert. Aber mit was für einer Politik und mit was für einer Zielsetzung? Die Zielsetzung kann doch nicht sein, dass Sie - schon heute wohnen in Kalk zu 50 Prozent Menschen aus aller Herren Länder, die anderen 50 Prozent sind Deutsche - den prozentualen Anteil so weit verschieben, bis die letzten Deutschen aus Kalk wegziehen. Das kann es doch nicht sein.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, dem Antrag der Fraktion Die Linke werden wir selbstverständlich nicht zustimmen. Sie wissen, dass wir andere Vorstellungen von einer Problemlösung haben als Sie. Wir stellen

fest, dieser Fall hat ein weiteres Mal unter Beweis gestellt: Multikulti funktioniert nicht.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Der Antrag hatte ja lediglich die Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema. Diese machen wir zurzeit. Insofern wird hier nicht über einen Antrag abgestimmt.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:  
Zehn Minuten Redezeit!)

- Nein, es war genauso viel Redezeit wie bei allen anderen. Es kommt einem manchmal nur ein bisschen länger vor, Lothar.

Frau May hatte sich gemeldet. Bitte schön.

**Petra May** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Als einfaches Ratsmitglied - ich denke, viele andere denken genauso - fühle ich mich bei dieser Diskussion sehr unwohl. Ich frage mich seit Beginn dieser Aktuellen Stunde, worum es hier eigentlich geht. Geht es darum, was Herr Granitzka in der Zeitung geäußert hat, oder darum, dass vor Ort Probleme zu lösen sind?

Ich habe ein Problem damit, dass unser Rechtsstaat permanent infrage gestellt wird. Wir haben einen funktionierenden Rechtsstaat. Es gibt Länder auf dieser Erde, in denen das nicht so ist. Es wird hier permanent, geradezu inflationär von Diskriminierung gesprochen und so getan, als sei das in Deutschland so üblich. Als jemand, der ständig mit Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft arbeitet, sage ich Ihnen: Das ist nicht so. Ich hatte im Bürgerbüro eben die Broschüre zu den Integrationsangeboten der Stadt Köln in der Hand. Ich glaube, es gibt kaum eine Kommune in Europa, die ein solches Angebot hat. Das sollten wir hervorheben, aber auch klarmachen, dass Integration nicht nur von der einen Seite, sondern auch von der anderen Seite erfolgen muss, damit sie Erfolg hat.

(Beifall bei Teilen der CDU  
und bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. Frau Demirel hat sich zu Wort gemeldet.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Özlem Demirel** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Stimme ist etwas angeschlagen, weil ich erkältet bin; tut mir leid. Ich hoffe, Sie entschuldigen, dass ich deswegen einen Bonbon im Mund habe.

Sehr geehrter Herr Granitzka, zum einen haben Sie mit Ihrer Rede Ihre Äußerung von Freitag noch getoppt, indem Sie noch einen Schritt weitergegangen sind und die Situation mit Solingen verglichen haben. Auf der anderen Seite haben Sie zum Schluss Ihrer Rede aber auch noch etwas Gutes gesagt, und zwar: Wir brauchen jetzt den Dialog. Das möchte ich aufnehmen.

Die Jugendlichen, die dort stehen - wir waren mit Herrn Ludwig jeden Tag ab 6 Uhr abends dort - möchten im Moment nichts anderes, als dass ihnen von den Leuten, die in dieser Stadt etwas zu sagen haben, zugehört wird. Sie möchten, dass man ihnen zuhört. Sie stellen dort ihre Probleme dar. Sie möchten nicht, dass man über sie so spricht, wie es in der Politik allgemein üblich ist. Auch wir haben das in den letzten Monaten und Jahren getan. Egal, was gerade anstand, ob schlechte Bildungssituation, Terrorismus usw., für all das wurden jugendliche Migranten an den Pranger gestellt, zumindest haben es diese Jugendlichen so empfunden. Die möchten, dass man ihnen zuhört. Ich habe guten Kontakt zu diesen Jugendlichen. Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen gern einen Termin dort vermitteln.

Herr Helling, Sie haben eben in Ihrer Rede gesagt: Wir wissen das alles. Herr Mendorf meinte, wir Linke würden das Thema nur aufgreifen, um es populistisch auszuschlachten. Darum geht es hier gar nicht. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir vieles wissen und dass es schon viele Maßnahmen gibt. Das stimmt tatsächlich.

Aber was Sie nicht wissen, ist: Diese Jugendlichen stehen seit letzter Woche Sonntag jeden Abend dort und sagen: Kommt hierher und hört uns zu! Sie stehen dort und sagen: Wir fühlen uns diskriminiert. Sie stehen dort und sagen: Ja, wir sind auch gegen Kriminalität; die wollen wir nicht. Das sagen sie wortwörtlich; ich habe die Zitate. Sie sagen: Wir wollen diese Kriminalität nicht, holt uns runter von der Straße. Sie sagen: Dazu brauchen wir Ausbildungsplätze. Dazu brauchen wir Leute, die uns schulisch Möglichkeiten bieten. Dazu brauchen wir Arbeitsplätze,

von denen wir leben können. Wir können doch auch nichts dafür, dass uns unsere Eltern in der Schule nicht mehr weiterhelfen können.

Sie sagen: Wir wollen Streetworker. Wir haben uns gestern Abend mit ihnen dort hingesezt und gesagt: Sagt uns, was ihr wollt, und wir sagen es dort für euch. Die Jugendlichen haben gesagt: Wir wollen Streetworker, aber Streetworker, die Leute von uns sind, die Leute, wie wir sind, die genau verstehen, was wir hier erleben, die genau nachvollziehen können, wie wir hier leben, wie wir uns fühlen und warum wir auf der Straße sind. Wir wollen keine Leute, die von oben herab über uns reden, sondern Leute, die mit uns reden.

Das ist genau der Punkt. Sie haben gefragt, warum wir diese Aktuelle Stunde beantragt haben. Genau deshalb haben wir diese Aktuelle Stunde beantragt. Warum kommen Sie, meine sehr verehrten Ratskollegen, nicht abends um 6 Uhr dorthin?

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]:  
Weil ich arbeiten muss!)

Natürlich ist es Ihre persönliche Entscheidung, abends dorthin zu kommen oder nicht, Frau dos Santos; da haben Sie recht. Aber wenn wir wirklich etwas an der Situation ändern wollen, reicht es nicht aus, nur die Fakten zu wissen und sie hier zu nennen.

Herr Oberbürgermeister, diese Jugendlichen haben vier Tage lang gerufen: Herr Oberbürgermeister, kommen Sie uns besuchen! Sie haben mich gebeten, Ihnen einen schönen Gruß auszurichten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich nehme an, das haben sie Ihnen zugerufen. Mir haben sie es nicht zugerufen.

**Özlem Demirel** (Die Linke.Köln): Sie haben das auf den Kundgebungen gerufen. Sie haben mich gebeten - das sage ich Ihnen jetzt offiziell von den Jugendlichen -, Ihnen einen schönen Gruß auszurichten und Ihnen zu sagen, dass sie enttäuscht sind, dass Sie dort nicht vorbeischaute haben. Sie haben auch gesagt, sie wären erfreut, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, zu den Jugendlichen gehen, mit ihnen reden und ihnen zuhören würden.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Diese Jugendlichen wollen keine Rache. Sie wollen auch keine Vorverurteilung. Es geht ihnen im Kern - das sagen sie teilweise auch selbst so - auch nicht nur um Salih. Sie sagen: Der Fall Salih war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Sie betonen immer wieder: Wir möchten, dass uns Perspektiven aufgezeigt werden. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Diese Jugendlichen haben in der Tat ihre Wut und ihre Trauer nicht in Eskalation ausarten lassen. Nein, sie haben die Art der Selbstorganisation gewählt. Sie sind dort hingegangen und haben zum ersten Mal gesagt: Wir sind die Jugendlichen, über die jeden Tag diskutiert wird. Jetzt diskutieren wir selber auf offener Straße über uns und über das, was wir wollen. Sie haben im Grunde einen guten Weg gewählt, indem sie in Kalk ein klares Zeichen dafür gesetzt haben, dass jugendliche Migranten nicht gewaltbereit sind, sondern dass sie Lösungsansätze für ihre Probleme finden wollen.

Ich bin dafür, meine Damen und Herren, dass wir hier an dieser Stelle unsere parteipolitischen Interessen und unsere jeweiligen Differenzen zurückstellen und uns dieser Jugendlichen annehmen, ihnen zuhören, uns ihre Forderungen durch den Kopf gehen lassen und mit ihnen sprechen, um dafür zu sorgen, dass sich die jugendlichen Migranten - unabhängig davon, ob das stimmt oder nicht - nicht immer und jedes Mal direkt benachteiligt fühlen. Lassen Sie uns ihnen das Gefühl geben, dass wir mit ihnen zusammen etwas für Köln, für Kalk verändern. Lassen Sie uns ihnen das Gefühl geben, dass wir alle gemeinsam etwas tun,

(Beifall von Jörg Detjen  
[Die Linke.Köln])

und zwar nicht fern von ihnen, sondern mit ihnen zusammen. Das ist das Einzige, was sie wollen. Das ist die einzige Antwort, die wir auf die Situation in Kalk im Moment geben können. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Simons, bitte.

**Wolfgang Simons (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es sind doch noch zwei Anmerkungen zu dem ganzen Geschehen zu machen.

(Martin Börschel [SPD]: Wo Sie auch schweigen können!)

Im Antrag der Fraktion Die Linke steht der Satz:

Der Polizeibeirat wird beauftragt, die polizeilichen Maßnahmen in Kalk zu evaluieren.

Nun kann man in aller Ruhe und nüchtern feststellen: Es ist nicht Aufgabe eines Polizeibeirates, Evaluierungsmaßnahmen der Polizei durchzuführen.

Es ist auf der Sitzung, auf die Frau dos Santos abgehoben hat, noch mehr gesagt worden, als sie hier dargestellt hat. In einem empathischen Redebeitrag, der mir sehr gefallen hat, hat der Polizeipräsident ebenfalls die Geschehnisse in Kalk geschildert. Dieser längere Redebeitrag endete damit, dass er alle Anwesenden - ich nehme an, dass er damit nicht nur die Mitglieder des Polizeibeirates, sondern auch die Bürger und jeden, der in dieser Stadt Verantwortung trägt - nachdrücklich dazu aufforderte, Maßnahmen zu ergreifen und daran mitzuwirken, dass hier nicht aus einem Täter ein Opfer gemacht wird. Dieser Aspekt, meine Damen und Herren, gehört dazu.

(Beifall bei pro Köln - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Da gab es nur von pro Köln Beifall!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Ott, bitte.

**Jochen Ott (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst an pro Köln wenden, und zwar ganz ausdrücklich. Sehr geehrter Herr Rouhs, Sie haben heute ein eindrucksvolles Zeugnis Ihrer politischen Gesinnung abgegeben. Ich finde, es steht diesem Rat gut an, das an dieser Stelle der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Sie haben hier gesagt, das eigentliche Problem sei das, was Herr Helling beschrieben hat. Ich weiß, was Sie wollen: Sie wollen dieses Problem natürlich durch Ausweisung lösen - Ausweisung aus Köln, Ausweisung aus NRW, Ausweisung aus Deutschland, Ausweisung aus Europa. Sie wollen Deutschland säubern. Das ist uns ganz klar. Sie zeigen Ihr wahres Gesicht. Damit gefährden Sie den sozialen Frieden in unserer

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Stadt und in unserem Land. Deshalb sind Sie nicht pro Köln, sondern schlecht für Köln.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken.Köln)

Das hat nichts damit zu tun - ich wende mich jetzt an alle Damen und Herren des Rates -, dass wir uns natürlich verantwortlich fühlen und gemeinsam überlegen müssen, wie wir mit dieser Situation umgehen.

Lieber Herr Granitzka, mir erschließt sich deshalb nicht, warum Sie öffentlich versuchen, Straßenschlachten herbeizureden. Das ist der eigentliche Vorwurf. Es geht darum, dass hier eine Wortwahl getroffen wurde, die verschiedene Menschen trifft, so auch Menschen, darunter übrigens auch viele Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die sich seit Jahren aktiv für Kalk einsetzen, die in Kalk gestalten und die sich im Bürgerverein und im Rahmen des Kalk-Programms für diesen Stadtteil engagieren. Diese Menschen sind jetzt nicht nur mit diesem Problem konfrontiert, sondern auch damit, dass Einzelne von der CDU, in diesem Fall Sie, Herr Granitzka, noch Öl ins Feuer gießen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich bin auch deshalb darüber empört, weil Sie genau wissen, was passiert, wenn man so etwas macht. Die überregionalen Medien wie beispielsweise *Der Spiegel* nutzen natürlich bestimmte Äußerungen. Ich erinnere mich noch gut daran, als *Spiegel-TV* letztes Jahr die Reportage über Straßenschlachten zwischen Vingster und Ostheimer Jugendlichen gebracht hat. Das Thema wurde hochgezogen, und die ganze Welt dachte, was ist denn in Köln los. Unsere Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes ist dorthin gefahren und hat mit den Jugendlichen vor Ort gesprochen.

(Regina Wilden [pro Köln]: Da gab es doch auch einen Toten!)

Interessant an dieser Geschichte ist, dass wir es durch einen großen überparteilichen Einsatz geschafft haben, die dortigen Probleme zu lösen.

Lieber Herr Granitzka, an diesem Beispiel kann man sehen, was es bedeutet, wenn gerade überregionale Medien versuchen, aus Bruchstücken etwas aufzugreifen, etwas hochzuziehen, es bundesweit zu senden, um damit die Gefahr von Pariser Verhältnissen an die Wand zu malen.

Ich halte das für hochproblematisch. Es löst die Probleme in unserer Stadt nicht. Im Gegenteil: Es verschärft sie. Deshalb sollten Sie sich für diese Äußerungen entschuldigen und so etwas in Zukunft unterlassen.

(Beifall bei Teilen der SPD und der Linken.Köln - Zurufe von der CDU: Oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Verantwortlichen - der Oberbürgermeister hat es gegenüber der Presse kundgetan - und auch die Jugend- und Schuldezernentin reagieren sehr verantwortlich. Ich halte es für richtig, dass die Jugendhilfe so eng mit der Polizei vor Ort kooperiert. Das ist ein Beleg dafür, dass wir - denken Sie an all die Debatten, die wir hier in den letzten zwei Jahren zur Prävention im Kinder- und Jugendbereich und auch zum Thema Jugendkriminalität geführt haben - mit diesen Präventionsmaßnahmen sehr weit gekommen sind. Ich finde es gut und bin froh darüber, dass unsere Dezernentin weiterhin im Gespräch bleibt. Ich bin auch sehr froh, dass die Polizei an dieser Stelle sehr besonnen reagiert hat.

Ein Letztes: Sehr verehrte Vertreter der CDU-Fraktion, wenn man wie Ihr Vorsitzender Konzepte fordert, dann muss man sich natürlich auch die Frage gefallen lassen: Bei welchen politischen Debatten, in denen es um die Frage der Zukunft eines sozialen, solidarischen Köln ging, haben Sie denn auf der Seite der Zukunft für diese Stadt gestanden?

(Zuruf von der CDU: Immer!)

Wir kommen gleich noch zum Thema Wohnungsbau. Was haben Sie denn dazu beigetragen, dass diese Stadt eine vernünftige Wohnungspolitik weitermachen kann, mit der an vielen Stellen ebendiese Verhältnisse wie in Paris verhindert werden?

(Beifall bei der SPD)

Man sieht ja, welch Geistes Kind die Landesregierung ist, die den LEG-Verkauf wider besseres Wissen und schlechter Erfolgsprognose weiter vorantreibt.

Was haben Sie in der Bildungspolitik getan, außer an einem Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert festzuhalten, um Perspektiven und Chancen zu ermöglichen?

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Was haben Sie getan beim Thema Ausbildungsplätze, als die Vorschläge zu Ausbildungsplätzen von Rot-Grün kamen?

Verehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich bin der festen Überzeugung: Politik heißt nicht, einseitig in bestimmten Situationen Krisenszenarien hervorzurufen und über innere Sicherheit zu debattieren, sondern Politik heißt im Zusammenhang zu denken. Es geht um einen integrierten, guten Ansatz für die Zukunft dieser schönen Stadt Köln.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Rouhs noch einmal, und dann ist die zweite Runde beendet.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit großer Aufmerksamkeit habe ich zur Kenntnis genommen, dass sich Herr Ott immerhin Gedanken über die Frage zu machen scheint, wie weit wir in Köln von Pariser Verhältnissen entfernt sind. Er hat ja betont, dass wir diese gerade nicht in unserer Stadt haben. Dem ist natürlich zuzustimmen; denn noch haben wir in Köln keine Pariser Verhältnisse.

Pariser Verhältnisse drohen eindeutig auch nicht, wenn sich 80 bis 100 junge Marokkaner im Zentrum von Kalk versammeln und das tun, was sie im Moment dort machen, nämlich ihren Protest öffentlich zum Ausdruck bringen. Gleichwohl handelt es sich dabei zweifellos nicht um eine politische Kundgebung im klassischen Sinne. Denn zwei wichtige Merkmale unterscheiden das, was in Kalk passiert, von einer politischen Kundgebung:

Zum einen ist es in Deutschland üblich und geboten, dass politische Versammlungen angemeldet werden, einen Versammlungsleiter, ein Thema und eine konkrete Aussage haben. Frau Demirel hat hier versucht, das für die jungen Menschen in Kalk nachzuschieben. Sie tritt hier als Sprachrohr für Leute auf, die bislang noch nicht die Zeit gefunden oder vielleicht auch gar nicht den Willen haben, einen solchen Brief an den Oberbürgermeister zu richten, von dem sie hier gesprochen hat. Aber von den Leuten selber

ist das politisch nicht so konkret artikuliert und auch nicht angemeldet worden. Die Zusammenkünfte - so will ich sie einmal nennen -, die dort stattfinden, werden von der Polizei geduldet. Wenn wir von pro Köln oder andere unter rechtsgerichteten politischen Vorzeichen Derartiges veranstalten würden, würde man uns in den großen Mannschaftswagen laden und wegfahren aus öffentlichem Straßenland.

(Marco Mendorf [FDP]: Richtig so!)

- Von der FDP heißt es: Richtig so. Ja, meine Damen und Herren, so ist es im Lande: Wenn zwei dasselbe tun, ist das noch lange nicht das Gleiche. Hier findet insofern eine Ungleichbehandlung statt. Die Zusammenkünfte auf der Straße in Kalk beruhen auf nichts anderem als auf polizeilicher Toleranz.

Der zweite große Unterschied ist: Wenn man eine politische Versammlung macht, ganz gleich ob von rechts oder von links und unabhängig von der Frage, mit welcher Zielsetzung, dann macht man das nur einmal. Man holt an einem bestimmten Ort seine Klientel zusammen, geht auf die Straße und artikuliert sein Anliegen öffentlich. Das ist eine politische Kundgebung, das ist demokratisch zweifellos legitim. Wenn man dagegen Druck ausüben will, ganz gleich in welcher Form, wiederholt man das jeden Tag und belagert ab dem Moment, wenn die Dämmerung eintritt, das Zentrum von Kalk. Genau das passiert jetzt hier im Moment. Es wird von einer Gruppe, die sich zweifellos in einer schwierigen Lage befindet, der Versuch unternommen, Druck auszuüben. Dieser Druck wird allerdings nicht so deutlich artikuliert, wie es Leute aus dem linken politischen Spektrum von außen nachzureichen versuchen. Dieser Druck bringt vielmehr eine vage Unzufriedenheit zum Ausdruck,

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Buh! - weiterer Zuruf von der Zuschauertribüne: Krieg!)

die nun aufgrund eines konkreten Anlasses, dieses besonders tragischen Vorfalls ein Ventil gefunden hat. Damit setzen wir uns gerade auseinander. Das aber, meine Damen und Herren, ist demokratisch und politisch gerade nicht legitim. Das hat mit einer koordinierten politischen Vorgehensweise nichts zu tun.

Solange es weniger als Hundert sind, mag es relativ belanglos sein. Solange die Polizei einen guten, umsichtigen Einsatz fährt, wie sie es dort

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

macht, mag es sein, dass die Lage unter Kontrolle ist und nichts weiter passiert. Aber stellen Sie sich einmal vor, dass das nächste Mal nicht die kleine Gruppe der Marokkaner von einem solchen Vorfall betroffen ist, sondern vielleicht die etwas größere Gruppe der jungen Türken in Köln. Dann kommen nicht 80 bis 100, dann kommen in der ersten Welle 800 bis 1 000, dann kommen aus halb Nordrhein-Westfalen 5 000 bis 10 000. Wie viele Polizisten wollen Sie denn dann aufbieten, um die Lage noch unter Kontrolle zu halten? Darüber müssen Sie nachdenken, meine Damen und Herren, und sich dann die Frage stellen, ob Sie diesen Weg weitergehen wollen. Sie müssen nachdenken, ob wir nicht in einem solchen Fall - sei es in Düsseldorf oder im Ruhrgebiet, sei es in Hamburg, in Berlin oder eventuell auch in Köln - am Ende doch Pariser Verhältnisse bekommen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Ich will an dieser Stelle noch kurz von meiner Seite aus Folgendes sagen: Es handelt sich in der Tat um eine sehr schwierige Situation, wie immer, wenn irgendwo ein junger Mensch aus welchen Ursachen auch immer stirbt. Das zu beurteilen und in die Situation direkt hineinzugehen, halte ich aus vielen eigenen Erfahrungen für nicht gut.

Darüber hinaus sollten Sie aber auch wissen, dass ich mich über meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, über das Jugendamt, das Schulamt, über die Sozialarbeiter vor Ort und über die Polizei ständig, und zwar tagtäglich, über die Situation habe informieren lassen. Ich halte nichts davon, aus populistischen Gründen dort aufzutreten und eventuell Erwartungen und Hoffnungen zu wecken, die wir von heute auf morgen ohnehin nicht erfüllen können. Denn dafür ist ein langfristiger Prozess notwendig, dem wir uns aber stellen wollen. Das möchte ich deutlich sagen.

Aber die Leute anzuhören, das ist selbstverständlich. Dazu gibt es auch Gelegenheiten. Ich lasse mich aber nicht - das müssen Sie mir schon zugestehen, Frau Demirel - dazu offiziell auffordern. Wenn meine Mitarbeiter vor Ort von jemandem den Wunsch gehört hätten, ihm zuzuhören, oder wenn jemand den Wunsch geäußert hätte, ein Gespräch mit mir zu führen, dann wäre dem schon längst stattgegeben worden. Das ist aber bis heute nicht geschehen;

das war nicht der Fall. Und - das will ich ganz deutlich sagen -, dazu brauche ich Sie nicht.

(Beifall bei der CDU und bei Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Ich appelliere hier an die Besonnenheit aller. Wir brauchen hier Ruhe. Wenn wir die Leute angehört haben, müssen wir darüber nachdenken und dann eventuell auch handeln. Sicherlich tun wir schon viel in der Frage der Integration und machen Angebote. In der Tat: Es ist sicherlich immer zu wenig, was wir tun.

Ich möchte hier der Polizei, aber auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ausdrücklich Dank sagen, dass sie die Situation bisher so deeskalierend geregelt haben, indem sie vor Ort waren, mit den jungen Leuten Kontakt aufgenommen und mit ihnen gesprochen haben.

Ich möchte des Weiteren deutlich machen: Die Mehrheit der dort Versammelten sind Jugendliche, die in friedlicher Absicht dorthin kommen. Sie wollen einfach miteinander reden, zunächst vielleicht auch trauern und dann, völlig losgelöst von dem schlimmen Fall, auch andere Dinge vortragen. Dafür, dass sie das bisher in Ruhe und Frieden und mit großer Disziplin getan haben beziehungsweise tun, möchte ich ihnen ausdrücklich danken. Das betrifft nicht alle, aber die große Mehrheit der Jugendlichen, die dort vor Ort sind.

Ich denke, dass wir die Gelegenheit wahrnehmen können, nachdem ich morgen mit dem Generalkonsul von Marokko und mit dem Polizeipräsidenten noch weitere Gespräche geführt haben werde. Es wird dann mit Sicherheit so sein, dass wir mit einigen Anliegen, die uns vorgetragen werden, entsprechend umzugehen wissen. Mit diesen Anliegen werden wir uns sicherlich ohnehin in der Politik beschäftigen müssen. Die Anliegen werden von unseren Mitarbeitern der Jugend- und Sozialarbeit sicherlich aufgegriffen werden, wenn sie denn lösbar sind.

An die Leute vor Ort möchte ich noch folgende Bitte richten: Bleibt bitte ruhig! Bleibt fern von jeder Form von Gewalt! Geht in den Dialog! Sucht das friedliche Gespräch! Wir alle wollen, dass wir in Köln auch in Zukunft friedlich miteinander leben können. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Ich denke, das Anliegen der Aktuellen Stunde hat sich damit erledigt. Sicherlich hat sich das Problem selbst nicht erledigt. Aber ich habe Ihnen eben gesagt, wie es an bestimmten Stellen weitergehen kann. Da es hier keine konkreten Anliegen gibt, die zu beschließen sind, schlage ich vor, an der Stelle den Beschluss zu fassen, dass das Anliegen, die Sache hier zu thematisieren, als erledigt zu betrachten ist. Natürlich bleiben für uns als Verwaltung und auch für Sie als Politiker Fragen und Aufgaben offen, denen Sie sich sicherlich annehmen werden. Ich darf Sie also fragen, wer mit diesem Beschluss nicht einverstanden ist? - Das ist keiner. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Damit ist die Sache als erledigt zu betrachten und die Aktuelle Stunde beendet.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen jetzt zur Tagesordnung über.

Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

### **1.1 Ergänzung des Ratssilbers hier: Schenkung eines Bechers durch Herrn Dr. Patrick Adenauer 0147/2008**

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Gegenstimmen von einigen Grünen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung bei der Linken. Dann ist es mit großer Mehrheit so angenommen. Ich möchte Herrn Dr. Patrick Adenauer als Sponsor ganz herzlich im Namen des Rates Danke sagen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 2.1.5:

### **2.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betref- fend „Entwicklung des ehemaligen Clouth-Geländes“ AN/1403/2007**

Ich darf Herrn Börschel bitten, für die SPD-Fraktion das Wort zu ergreifen.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der teilweise eher beklemmenden Redebeiträge zum vorletzten Tagesordnungspunkt fällt es ein bisschen schwer, jetzt wieder zu anderen, durchaus zukunftsweisenden Fragen der Stadtpolitik Stellung zu nehmen. Ich will es trotzdem probieren.

Das Clouth-Gelände in Köln-Nippes ist ein einmaliges urbanes Gelände, das nach unserer Vorstellung, aber auch nach Vorstellung einer breiten Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln Modellcharakter haben soll. Es verdient, zu einem bundesweit Aufmerksamkeit erregenden Stadtquartier weiterentwickelt zu werden.

Bereits mehrfach haben sich der Rat und verschiedene Ausschüsse des Rates in der Vergangenheit, seit etwa 2003, mit der Entwicklung des ehemaligen Clouth-Geländes beschäftigt. Mit breiter Mehrheit hatte der Rat der Stadt Köln beschlossen, dass eine rasche, eine zügige Entwicklung dieses Clouth-Geländes erfolgen soll. Ich will Ihnen ganz offen und ehrlich sagen - ich weiß nicht, in wie vielen Namen ich hier spreche -: Unter einer raschen, einer zügigen Entwicklung habe ich mir etwas anderes vorgestellt als das, was wir bislang erlebt haben.

(Beifall bei Teilen der SPD und des  
Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich weiß auch nicht, woran das liegt. Ist das Personalmangel? Ist das Aussetzen in Teilen oder in der gesamten Verwaltung? Gibt es Blockaden innerhalb verschiedener Verwaltungsstellen, die nicht miteinander zurande kommen? Ich kann und will das, ehrlich gesagt, auch gar nicht beantworten.

(Karl Klipper [CDU]: Es könnte  
auch die Politik sein!)

- Herr Klipper, das glaube ich in diesem Falle nicht. - Ich glaube, dass hier definitiv eine zügige Entwicklung angezeigt ist. Der Antrag, den wir heute gemeinsam mit den Grünen stellen, verfolgt zwei Ziele:

Das erste ist, endlich eine schnelle Entwicklung des Clouth-Geländes sicherzustellen. Das ist schon deswegen notwendig und erforderlich, weil nicht zuletzt durch das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf die Rechtslage insoweit klargestellt wurde, dass eine europaweite Ausschreibung dann erforderlich ist, wenn Investoren bestimmte Kriterien an die Hand gegeben werden sollen. Nicht erst hier, sondern auch bei sehr vielen anderen Elementen haben wir damit teilweise böse Erfahrungen gemacht und lernen müssen, dass man im Zweifel europaweite Ausschreibungen zulassen muss. So soll es auch hier sein.

Umso wichtiger ist es, dass jetzt keine weiteren Verzögerungen eintreten. Das möchten wir mit

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

unserem Antrag insofern erreichen, dass wir über eine externe Begleitung, eine externe Planung all der Notwendigkeiten, die jetzt anstehen, zu einer zügigeren Bearbeitung kommen, als sie der Verwaltung bislang offensichtlich möglich war. Das geeignete Mittel, um bestimmte Vorgaben verbindlich festzuschreiben, ist der Bebauungsplan. Genau diesen Bebauungsplan soll das externe Planungsbüro, am besten die zweiten Preisträger des damaligen städtebaulichen Wettbewerbs, das Büro Scheuven + Wachten, erarbeiten.

Neben der Beschleunigung wollen wir allerdings mit diesem Antrag noch ein zweites Ziel erreichen, nämlich im Sinne der europaweiten Ausschreibung konkret zu sagen, was wir am Ende haben wollen. Das ist, glaube ich, eine vornehme Aufgabe, die sich der Rat der Stadt Köln nicht nehmen lassen sollte. Wir wollen verhindern, dass über einen Verkauf an einen einzigen Investor am Ende in diesem so interessanten urbanen Viertel Clouth-Gelände in Köln-Nippes eine Art Monostruktur entsteht, sondern sicherstellen, dass der Bebauungsplan am Ende eine kleinteilige Vermarktung ermöglicht, mit der die bauliche Vielfalt und eine Nutzungsmischung sichergestellt werden; denn gerade diese sind Voraussetzung für ein urbanes Viertel. Deswegen wollen wir dort Bauherrngemeinschaften und experimentellen Wohnungsbau ermöglichen und dazu auffordern, sich daran zu beteiligen.

Wir wollen selbstverständlich im Sinne des Wohnungsbauprogramms 2015, über das wir nachher noch beraten und beschließen werden, auch 25 Prozent öffentlich geförderten Wohnraum an dieser Stelle ermöglichen, der ja so vieles beinhaltet: die klassische Sozialwohnung nach dem alten ersten Förderweg ebenso wie behinderten- und seniorengerechtes Wohnen, altersgemischte Wohngruppen usw. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass hier am Ende ein Projekt mit bundesweitem Modellcharakter entsteht. Dass preiswerter Wohnraum nötig ist, dürfte, auch wenn sich insbesondere viele Kolleginnen und Kollegen von der CDU dieser bitter notwendigen Erkenntnis immer noch verschließen, inzwischen bei den meisten angekommen sein. Preiswerter Wohnraum ist dringend erforderlich, auch und gerade in Köln.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Was soll noch sichergestellt werden? Jetzt kann ich zum Teil auf Bekanntes und bereits Beschlossenes hinweisen. Selbstverständlich soll

der Charakter des Viertels dadurch erhalten bleiben, dass im Wesentlichen denkmalgeschützte und denkmalwerte Hallen sozusagen als identitätsstiftende Bestandteile des Viertels stehen bleiben. Das hat Priorität gegenüber einer Neubebauung, die nur darauf setzt, Altes abzureißen und Neues hinzusetzen.

Selbstverständlich stehen wir auch zu den Ratsbeschlüssen, die wir hier mit breiter Mehrheit gefasst haben, nämlich zum einen dort weiterhin einen Anteil von Künstlerateliers zu erhalten, sie also nicht von dem Gelände dort zu vertreiben, zum anderen aber auch im Sinne einer Nutzungsmischung gewerbliche Nutzung zu ermöglichen.

All das - das muss man, wenn man das heute hier beschließen wollte, offen und ehrlich sagen - hat seinen Preis, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn man dieses Clouth-Gelände in Köln-Nippes an einen einzigen Investor verkaufen wollte, und zwar auflagenfrei - anders als wir es im Ratsbeschluss vorsehen und Ihnen vorschlagen wollen -, dann könnte die Stadt Köln einen höheren Verkaufserlös erzielen. Das muss man ganz offen und ehrlich sagen. Wir, zumindest aus Sicht von SPD und Grünen, sind aber der Auffassung, dass das erstens nicht zwingend, sondern nur wahrscheinlich ist, und dass es das zweitens allemal wert ist. Mit Blick auf eine Entwicklung, die ja viele Jahrzehnte halten und eine großartige städtebauliche Weiterentwicklung in Nippes darstellen soll, halten wir es für gerechtfertigt, die eine oder andere Einnahmeminderung hinnehmen zu müssen. Wohnungsbau, Nutzungsmix, preiswerte Wohnungen sind wichtiger als Gewinnmaximierung. Deswegen unser Antrag. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Börschel. Für die Grünen spricht Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich versuche, nichts von dem zu wiederholen, was bereits von Martin Börschel gesagt worden ist. Er hat natürlich schon viel Richtiges gesagt.

Darüber, dass dieses Projekt in Köln-Nippes zukunftsweisend sein könnte, sind wir uns alle

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

einig, denn dort stimmen eigentlich alle Voraussetzungen. Es liegt sehr nah am Bezirkszentrum Nippes. Die Stadt ist seit 2003 Eigentümerin. In der Zwischenzeit hat es interessante Zwischennutzungen von Kultur und Gewerbe gegeben. Es grenzt an eine Grünfläche. Es gibt vorhandenen denkmalgeschützten Bestand, der diesem Gelände auch eine Identität geben kann. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne an ein Gebiet in Köln, bei dem man eigentlich darüber weinen könnte, wie es sich entwickelt hat, nämlich das CFK-Gelände, wo kein neues Stadtviertel entstanden ist. Allerdings haben dort auch einige Bedingungen nicht gestimmt. Von den denkmalgeschützten Gebäuden, die es dort einmal gegeben hat, sieht man außer dem Wasserturm nichts mehr.

Es wurde ein anspruchsvoller Wettbewerb durchgeführt. So weit, so gut. Bis auf die FDP übrigens hat der gesamte Rat dafür gestimmt, dass der zweite Preis umgesetzt wird. Warum haben wir das so beschlossen? Der zweite Preisträger wollte mit dem Bestand und dem Gewerbe anders umgehen als der erste, und das hat der Rat mit ganz großer Mehrheit befürwortet. So weit die guten Nachrichten, nun zu den schlechten.

Obwohl sich Rat und Ausschüsse damit mehrmals, wie Martin Börschel gesagt hat, beschäftigt haben - ich habe es einmal recherchiert: 26-mal haben wir uns mit diesem Thema beschäftigt; das ist grotesk - und in jeder dieser Sitzungen gesagt wurde, dass wir Gewerbe und Kultur auf dem Gelände erhalten möchten und dass wir eine Mischung und ein lebendiges Quartier möchten, hat die Liegenschaftsverwaltung doch noch einmal versucht, den Park einzubeziehen und ihre ursprüngliche Absicht umzusetzen, nämlich das komplette Gelände abzuräumen. Ich glaube, es war doch sehr deutlich, dass wir genau das nicht wollen.

Genauso mussten wir den Eindruck gewinnen, dass die Verwaltung das Gelände am liebsten an einen Investor veräußern will. Ich möchte meinen Kollegen nicht gerne korrigieren, aber in diesem Punkt muss ich es tun: Es bringt nicht mehr Geld, wenn es an einen veräußert wird. Aber es ist natürlich viel, viel einfacher, nach dem Motto zu handeln: Das haben wir immer so gemacht, das machen wir auch wieder so. Überall in Deutschland werden mittlerweile Baugruppen gebildet und Baugruppenplanungen gemacht. Das ist viel kleinteiliger, viel feinkörniger, aber eben nicht dieses ewige Einerlei von Bauträger-

maßnahmen. Umso gemischer desto urbaner, lebendiger und sozial stabiler wird ein solches Quartier werden.

Ich will damit zum Ende kommen, da Martin Börschel schon auf den sozialen Wohnungsbau und andere Themen eingegangen ist. Ich hoffe, dass wir dort eine gute Voraberschließung hinbekommen mit hochwertigen öffentlichen Flächen und mit kleinen Parzellierungsmöglichkeiten, sodass ein sehr bunter und lebendiger Mix an dieser Stelle entstehen kann. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Für die CDU-Fraktion spricht Herr Klipper.

**Karl Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich traurig, dass ein solcher Antrag hier im Rat gestellt werden muss, und zwar deswegen, weil wir im Sommer ein vierjähriges „Jubiläum“ begehen, nämlich den Abschluss des Wettbewerbs und den Beschluss einer breiten Mehrheit, das Projekt nicht an den ersten, sondern an den zweiten Preisträger zu vergeben. Aber darauf will ich jetzt gar nicht eingehen.

Bedauerlich ist, dass wir heute einen Paradigmenwechsel dahingehend feststellen müssen, dass das, was die Verwaltung intensiv vorbereitet hat, sei es die kulturelle Nutzung, den Wohnungsbaumix etc., jetzt durch ein außenstehendes Büro gemacht werden soll. Ich sage Ihnen heute schon voraus, dass das Verfahren, das Sie anwenden wollen - deshalb werden wir Ihrem Vorschlag auch nicht zustimmen -, länger dauern wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Länger geht's ja immer!)

Es wird erheblich länger dauern, weil Sie jetzt wieder neu anfangen müssen.

Warum das Ganze so lange dauert, liegt, glaube ich, auch daran, dass dieses Grundstück inhaltlich immer mehr befrachtet worden ist. Ich will Ihnen einmal sagen, was alles mittlerweile auf diesem Grundstück lastet. Wir haben

1. einen hohen Kaufpreis, der damals erzielt wurde und der sich irgendwie refinanzieren soll;

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

2. eine Altlastenbelastung, die Kosten von mindestens 10 Millionen Euro erzeugt;
3. Erschließungskosten in Höhe von über 20 Millionen Euro, die dann, wenn es nach Ihrem Vorschlag geht, von der Stadt vorfinanziert und im Haushalt untergebracht werden müssten;
4. 25 Prozent öffentlich geförderten Wohnungsbau, eine zusätzliche Bedingung aufgrund des Ratsbeschlusses; bei 1 000 Wohnungen sind das circa 250 Einheiten;

und

5. Bauherrengemeinschaften.

Ich gehe davon aus, Frau Moritz, dass das ähnlich dem Tübinger Modell gemacht werden soll; jedenfalls kommt mir das sehr bekannt vor.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt jetzt in jeder Stadt welche, Herr Klipper!)

Des Weiteren haben wir

6. Denkmalschutz,
7. gewerbliche Nutzung,

und

8. Absicherung kultureller Belange.

Das Unterfangen, ein Grundstück von dieser Größe, derart zu überfrachten und dann damit in den Einzelverkauf zu gehen, geht in die Hose. Ich sage Ihnen heute schon: Das wird nicht klappen; dieser Bereich wird ein ewiges Baufeld bleiben.

(Zuruf: Oh!)

- Sie können natürlich jetzt darüber stöhnen, aber wir werden es nachher ja sehen.

Ein Beispiel dafür, wie es auch geht, nämlich indem man die Erschließung vorher weitergibt und es anschließend verkauft, ist der Rheinauhafen. Da wurde zuerst von der HGK die gesamte Erschließung gemacht, und dann ist einzeln verkauft worden. Deswegen plädiere ich noch einmal dafür, das Gelände an einen einzelnen Entwickler zu geben mit der Auflage, es anschließend an sechs, acht oder zehn - darüber kann man diskutieren - einzelne Investoren weiterzugeben, damit es dann einheitlich ge-

macht werden kann. Wenn wir es zuerst an einen Einzelnen vergeben, haben wir keine finanziellen Verpflichtungen in dem Bereich; denn diese müsste der Investor tragen. In dem Vertrag müsste natürlich vereinbart werden, dass es uns erschließungsfrei zurückgegeben und die Erschließung nicht von uns getragen wird. Das wäre viel einfacher.

Ich sage noch einmal: Wir werden hier im Rat wieder darüber diskutieren, wer denn die kulturellen Nutzungen bezahlt. Das wird wieder zulasten des Kulturbereichs gehen. Quersubventionierungen in diesem kleinen Bereich, wie sie oft üblich sind und wie wir es gerade beim Gerling-Gelände machen, sind mit Ihrem Vorschlag dann nicht mehr möglich. Das alles wird nicht mehr möglich sein, weil dann immer wieder die Stadt dazwischen steht, die das auffangen und gegen ihre eigenen Wirtschaftlichkeitsprämissen verstoßen muss.

Zum Inhalt, der ursprünglich definiert worden ist, nämlich Denkmalschutz zu erhalten, stehen wir weiterhin, ebenso möchten wir auch die kulturelle Nutzung. Wir möchten auch den großen Mix haben. Das können wir aber besser erreichen, wenn wir einen Investor haben, der die Auflagen erfüllt.

Die Gespräche darüber, Frau Moritz und Herr Börschel, dass das alles so gemacht werden muss, sind ja schon vor einem Jahr von der Liegenschaftsverwaltung geführt worden. Den Protokollen kann man entnehmen, dass die einzelnen Leute dazu bereit waren, alle diese Auflagen zu erfüllen. Warum muss man jetzt ein außenstehendes Büro beauftragen, obwohl noch die Frage offen ist, ob das nicht vielleicht doch europaweit ausgeschrieben werden muss und für die Vermarktung der einzelnen Parzellen wiederum eine europaweite Ausschreibung erforderlich wird?

Ich halte das für einen schlechten Weg. Ich halte ihn deshalb für schlecht, weil wir beim Clouth-Gelände nicht zu Ergebnissen kommen werden, die schnell umsetzbar sind. Frau Moritz, ich werde Sie daran erinnern, wenn das gesamte Feld eine Baustelle ist, weil überall Einzelinteressen umgesetzt werden. Da werden diejenigen sein, die sozialen Wohnungsbau machen, diejenigen, die Einfamilienhäuser bauen und diejenigen, die freifinanzierten Geschosswohnungsbau machen.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Stadt, Herr Klipper!)

- Nein. - Dann werden Sie das bekommen, was Sie im Sürther Feld nicht haben wollen, nämlich einen Flickenteppich über den ganzen Beritt. In einer Bebauungszeit von fünf bis zehn Jahren werden Sie das dort nicht schaffen, sondern eine ewige Baustelle haben. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, lehnen wir diesen Vorschlag von Ihnen ab.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. Für die FDP-Fraktion spricht Herr Sterck. Bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Diese Turbosession, die wir zurzeit haben, ist auch an der FDP nicht spurlos vorbeigegangen. Ich grüße die Vertreter des Kölner Karnevals auf der Besuchertribüne. Meine Kollegin Yvonne Gebauer musste ich heute ganz entschuldigen, und auch ich fühle mich angeschlagen. Wenn wir gesundheitlich auch nicht so angeschlagen waren wie die deutsche Handballnationalmannschaft bei der Handballeuropameisterschaft, so haben wir doch im Wettbewerb mit den Grünen am Sonntag den dritten Platz gemacht. Von daher, entschuldigen Sie meine Stimme. Um auf die Zweitstimme zurückgreifen zu können, muss man ja in Nordrhein-Westfalen noch bis 2010 warten.

Kommen wir zur Sache. Herr Börschel hat gefragt, woran es läge, dass wir in der Sache noch nicht weitergekommen seien. Dazu greife ich den ersten Aspekt auf, den Kollege Klipper angesprochen hat. Ob das die richtige Antwort darauf ist, wenn man der 26. Behandlung den 27. Antrag, die 27. Gremiumssitzung hinterher schiebt, weil wir mit der Arbeit der Verwaltung nicht zufrieden sind, die - diesen Eindruck haben Sie anscheinend - den Rat und die entsprechenden Gremien trotz gefasster Beschlüsse am ausgestreckten Arm verhungern lässt, sei einmal dahingestellt. Ehe wir jetzt den nächsten Antrag nachschieben, sollten wir uns anhören, was die Verantwortlichen, der Liegenschaftsdezernent, Herr Dr. Walter-Borjans von der SPD, und der Stadtplanungsdezernent, Herr Bernd Streitberger von der CDU, uns dazu sagen können. Die können uns sagen, woran es liegt, und uns

aufklären, bevor wir einen nächsten Antrag nachschieben.

Nun zu Ihrem Antrag mit dem ich einige Probleme habe. Das wird sich auch nachher im Abstimmungsverhalten widerspiegeln, auf das ich noch zu sprechen komme. Denn durch die Einsetzung eines zusätzlichen Planungsbüros sprechen Sie der Verwaltung im Grunde Ihr Misstrauen aus. Sie sagen auch ganz direkt, wen Sie dort gerne hätten. Ich bin mit Herrn Wachten einverstanden; wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht, als wir mit ihm zusammengearbeitet haben. Sie nennen in Ihrem Antrag dann aber auch die vergaberechtlichen Probleme; das heißt, Sie selbst gehen davon aus, dass es so nicht gemacht werden kann.

Über die Frage der Parzellierung und deren Sinnhaftigkeit hat der Kollege Klipper hier schon gesprochen. Bei den unterschiedlichen Anforderungen, die wir stellen, und bei der Unterschiedlichkeit der möglichen Parzellen werden nachher sehr teure - teuer nicht nur in Bezug auf die Kosten an sich, sondern auch wegen der Altlasten und des Denkmalschutzes - Grundstücke übrig bleiben, während Sie andere günstig weggeben können. Damit kann eine Quersubventionierung, von der Kollege Klipper gesprochen hat, nicht durchgeführt werden.

Über die 25 Prozent an sozialem Wohnungsbau brauchen wir uns an dieser Stelle nicht zu streiten. Sie haben das hier festgeschrieben. Dass wir Ihre ideologische Sicht von Wohnungsbau nicht teilen, wird Sie nicht wundern.

Zu den denkmalgeschützten Hallen. Kollegin Moritz hat ja hier auch das letzte Abstimmungsverhalten der FDP angesprochen. Wir haben damals nicht zugestimmt, weil wir nicht davon überzeugt waren, dass der zweite Preisträger die richtige Antwort auf dieses Grundstück gebracht hat. Bis heute ist immer noch offen, wie es mit dem Erhalt denkmalwerter Gebäude aussieht. Damals wurde vonseiten der Verwaltung das Argument angeführt, dass gewisse Hallen gar nicht zu erhalten sind und dass, wenn dem so ist, der Städtebau des ersten Preisträgers der bessere gewesen wäre. Aus diesem Grund haben wir damals dagegen gestimmt.

Damit bleibt von Ihrem Antrag nur noch der Bezug auf den damaligen Antrag übrig. Das ist aus meiner Sicht zu wenig für eine Zustimmung durch die FDP. Wie gesagt: Es ist falsch, bereits gefassten Beschlüssen immer wieder neue

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Anträge hinterher zu schieben, ohne die alten abgearbeitet zu haben.

Ich hoffe, dass vonseiten der Verwaltung, vonseiten der Fachbeigeordneten noch etwas Substantielles zu den Fragen kommt, warum seit 2005 - damals haben wir uns das letzte Mal hier damit befasst - so wenig passiert ist und wie der Sachstand ist, bevor wir jetzt einen neuen Beschluss hinterher schicken. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? - Frau May, bitte.

**Petra May** (fraktionslos): Ich war sehr überrascht, von Herrn Börschel zu hören, dass das Clouth-Gelände ein bundesweit Aufsehen erregendes Stadtquartier sein soll. Wenn dem so ist, wäre das schön. Nippes ist ja überall bekannt. Wenn wir dadurch noch etwas bekannter werden, umso besser.

Wie Sie wissen, stamme ich aus dem Stadtbezirk Nippes. Uns in Nippes ist es wichtig, dass viel vom alten Nippes erhalten bleibt. Es ist schon zu viel abgebrochen worden, gerade in der Niehler Straße. Deswegen habe ich mit der Vorlage ein Problem. Hier steht nämlich ein entscheidender Satz, allerdings nicht in der Begründung: Die denkmalwerten Hallen sollen als identitätsstiftende Gebäude „möglichst“ erhalten bleiben - möglichst! Zwischen „möglichst erhalten bleiben“ und „bleiben erhalten“ gibt es einen riesengroßen Unterschied. Ich hätte erwartet, dass man in dem Antrag dazu eine klare Aussage trifft, vor allem wenn man die Planung aus der Hand gibt.

Es sind hier viele Dinge angesprochen worden, auch bezüglich der Verwaltung. Es wird sogar unterstellt, dass die Verwaltung dazu gar nicht in der Lage wäre. Natürlich macht die Verwaltung nicht immer das, was sie soll. Dann muss man auch einmal hinterfragen, warum sie das nicht macht, ob es beispielsweise Personalengpässe in diesem Bereich gibt.

Nicht geklärt sind auch die Frage einer europäischen Ausschreibung, die an ein externes Büro vergeben werden soll, sowie die Kosten, die damit verbunden sind. Ich muss doch vergleichen können: Was kostet das bei der Verwaltung, und was kostet ein Planungsbüro?

Auf jeden Fall ist - darum habe ich mich hier zu Wort gemeldet - die Beteiligung der Kommunalpolitiker erforderlich. Wo bleibt unsere Beteiligung als Kommunalpolitiker, wenn wir diesen Prozess nach draußen vergeben? Wo bleibt die Beteiligung der Kommunalpolitiker vor Ort in der Bezirksvertretung? Das möchte ich geklärt wissen; denn mit der Beteiligung der Kommunalpolitiker vor Ort und insgesamt habe ich beim Bundesbahnausbesserungswerk schon einmal sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Deswegen schließe ich mich dem, was die CDU hier vorgetragen hat, an. Auch ich denke, dass dieser Antrag noch einmal überarbeitet werden müsste. Erst dann kann man darüber reden, ob es überhaupt möglich ist, ein externes Planungsbüro zu beauftragen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Walter-Borjans. Bitte.

**Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier ist eben davon gesprochen worden, dass wir im Sommer das vierjährige Jubiläum haben werden. Ich werde dann genau die Hälfte begleitet haben. Insofern ist es ganz interessant, noch einmal darüber zu sprechen, wie der Standpunkt im Jahr 2006 war, also schon nach der letzten Behandlung hier im Rat.

Zum ersten Mal bin ich mit diesem Thema zu einem Zeitpunkt konfrontiert worden, als die Aufforderung zur Abgabe von Angeboten vorlag. Diese ist damals von mir unterschrieben und ausgefertigt worden. Unsere Zielsetzung war schon damals nicht, dass ein Einzelner eine alles übergreifende Gestaltung macht. Vielmehr sollte das Gelände an diejenigen verkauft werden, der die Möglichkeit bietet, dass dort verschiedene Projekte verwirklicht werden können. Diese Vergabe entsprach unserer Idee vom - das ist eben schon einmal angesprochen worden - Management in einer Hand. Das heißt, Erschließung und Altlastenbeseitigung würden vorfinanziert, und die Frage, wie der Mix zwischen Wohnen, Gewerbe, Kultur und anderem sowie dessen Preisgestaltung vorgenommen wird, würden nicht in der eigenen Hand liegen, sondern letztendlich vom Markt geregelt.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Bei der Behandlung dieser Vorlagen in den Gremien, vor allem im Liegenschaftsausschuss, der ja meinen Part betrifft, sind vonseiten der Ausschussmitglieder des Rates Bedenken erhoben worden, die absolut - das muss man auch sagen - nachvollziehbar sind. Sie betrafen die Frage, wie man die Umsetzung dieses gemeinsam getragenen Ziels sicherstellen kann. Denn es hat ja in der Vergangenheit auch Beispiele dafür gegeben, dass solche Vorhaben genau definiert worden sind, das Ergebnis am Ende aber ganz anders aussah.

Insofern kann ich gut verstehen, dass vonseiten der Politik eine Klarstellung beschlossen wird, die letztendlich bedeutet: Wir machen es anders; wir möchten es so in Einzelteile zerlegen, dass die Umsetzung dieser Einzelteile auch weiter dem Prozess hier innerhalb des Rates offensteht und genügt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich das aufgreifen, was Herr Börschel bereits angesprochen hat. Auf der einen Seite kostet das etwas im Rahmen der Vorfinanzierung; es wird zwar deshalb nicht unbedingt teurer, aber es kostet etwas. Es ist möglich, dass es auch durch die Kleinteiligkeit einen bestimmten, dann aber politisch gewollten und durch das Ergebnis bestimmten Betrag mehr kostet; der Rheinauhafen ist, wenn auch nicht in gleicher Konstruktion, ein Beispiel dafür, dass natürlich einzelne Parzellen vermarktet werden können. Auf der anderen Seite wird so die ständige Begleitung und auch die Möglichkeit, es offenzuhalten, gesichert.

Ich glaube nicht, dass wir durch die Parzellierung eine europaweite Ausschreibung umgehen können; denn die Einzelteile haben wahrscheinlich immer noch bestimmte Größenordnungen, die diese Ausschreibung bedingen werden. Aber ich betrachte diesen Antrag als eine Klarstellung. Der Prozess, der jetzt hinter uns liegt, hat ja zwischenzeitlich - darauf lege ich allerdings Wert - Ergebnisse erzielt; es ist nicht so, dass wir vonseiten Verwaltung nichts gemacht haben. Mit diesem Antrag schaffen wir jetzt die Grundlage, mit der wir uns zeitnah an die Umsetzung der im Antrag genannten Ziele machen können.

(Karl Klipper (CDU): Ich habe noch eine Frage!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Klipper hat noch eine Frage an den Dezernenten Dr. Walter-Borjans. Bitte.

**Karl Klipper (CDU):** Herr Walter-Borjans, wenn diesem Antrag jetzt gefolgt wird, dann müssen alle Grundstücke dieses ziemlich großen Geländes durch Einzelvergaben vergeben werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass jedes Grundstück, das dort vergeben, durch den Rat laufen muss. Das wäre die Konsequenz daraus; denn das ist ja ein städtisches Grundstück. Das heißt, egal ob es um ein kleines Einfamilienhaus, ein Fünffamilienhaus oder ein größeres Grundstück geht, über jedes einzelne muss dann der Liegenschaftsausschuss und der Rat entscheiden. Das verhindert doch eine schnelle Vermarktung. Das ist meine Frage.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie wir es beim Rheinauhafen gemacht haben. Zuerst wurde die Erschließung in toto über die HGK gemacht, diese hat das vorfinanziert, und dann sind die einzelnen Grundstücke mit Zustimmung der HGK bzw. des Stadtwerkekonzerns verkauft worden. Allerdings ging es dabei nicht um eine Masse von Grundstücken, sondern um insgesamt 24 Baufelder.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. Ihre Antwort, Herr Dr. Walter-Borjans.

**Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans:** Das ist von Frau Moritz eben schon angesprochen worden. Ich glaube nicht, dass bislang nach dem Motto verfahren worden ist: So haben wir es schon immer gemacht.

Es stimmt: Die Kleinteiligkeit macht natürlich mehr Arbeit, die ansonsten an einen anderen abgetreten worden wäre. Dagegen lässt sich nichts einwenden. Das bedeutet natürlich, dass man diese Einzelteile jetzt innerhalb der Verwaltung lösen muss. Über die dafür notwendigen Kapazitäten wird noch zu diskutieren sein. Ich glaube aber auch, dass wir gezielt an diese Sache herangehen können. Wir haben dieses Planungsbüro; das ist schon angesprochen worden. Es stimmt auch: Wir müssen uns jetzt mit der Erschließung und der Altlastenbeseitigung beschäftigen.

Dann noch zu Ihrem Einwand, dass wir jetzt über jede Eigentumswohnung einzeln beschließen müssten: Trotz der Parzellierung kann man das noch in Sammelprojekte unterteilen. Wir reden ja jetzt nicht von der Alternative „1 oder 250“. Ich kann auch Cluster zusammenstellen, beispiels-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

weise einen für Eigentumswohnungen und einen für Künstlerateliers. Oder aber auch Cluster, die jeweils eine Mischung von Nutzungen enthalten. So habe ich bislang diesen Antrag auch verstanden.

(Martin Börschel [SPD]: Selbstverständlich!)

- Der Zustimmung aus den Reihen des Rates entnehme ich, dass das auch so gemeint ist. Also: Wir werden mehr als eines haben.

Mit Sicherheit wird es einige Herausforderungen mehr geben. Wir müssen jetzt die Preisbildung betreiben. Was macht man im Bereich der kulturbezogenen Anwendungen? Was macht man mit jemandem, der sich mit einer denkmalgeschützten, möglicherweise etwas belasteten Halle beschäftigt? Das hätte ansonsten jemand anders machen müssen. Getan werden müsste es aber auf jeden Fall.

(Karl Klipper [CDU]: Es wird gemauschelt! Sie haben nicht die Erfahrung, so ist es eben!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Walter-Borjans. Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin ein bisschen erschüttert über die Kenntnisse, die über die Projektentwicklung vorherrschen. In dem Antrag wird an eine Projektentwicklung als Dienstleistung gedacht.

Herr Klipper, ich habe mich eigentlich nur deshalb gemeldet - ich will jetzt keine Fachdiskussion anfangen -, weil ich Sie darauf hinweisen möchte, dass wir in Köln fast alle größeren Wohnbauflächen immer an einen Einzelnen vermarktet haben. Das Ergebnis war, dass es endlos lange gedauert hat. Dagegen ist eine Runde im Liegenschaftsausschuss eine Sekunde, sozusagen nichts. Auf dem CFK-Gelände

(Karl Klipper [CDU]: Da war ja auch die Stadtparkasse dabei!)

ist bis heute keine einzige Wohnung entstanden, obwohl nichts parzelliert worden ist. Auch das EAW-Gelände ist ein Beispiel dafür. Wie viele Jahre hat es gedauert, bis dort die ersten Wohnungen standen? Also, ich kann nicht erkennen, dass das Tempo der Privatinvestoren höher ist.

Noch ein Wort zur Verwaltung. Es geht hier nicht um Misstrauen, sondern darum, dass eine Dienstleistung nach außen gegeben wird. Das ist ein ganz gewöhnlicher Vorgang in modernen Verwaltungen, wenn für die Erledigung von speziellen Projekten die Personalausstattung nicht ausreichend ist. Das war keinesfalls eine Kritik an der Planungsverwaltung.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag der beiden Fraktionen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die beiden Fraktionen SPD und Grüne, die Linke schließt sich an. Gegenstimmen? - Gegenstimmen vom kompletten Rest des Rates. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

### 2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Fortbestehen der Volkssitzung der KG Alt-Köllen von 1882 e.V. auf dem Neumarkt"

**AN/0105/2008**

Es spricht Bürgermeister Müller.

**Josef Müller** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns zwar in der Karnevalswoche - deshalb passt das Thema zur Jahreszeit -, aber, meine Damen und Herren, um es gleich vorweg zu sagen: Es ist kein Karnevalsthema. Für die betroffenen Menschen ist es wichtig.

Die Karnevalsgesellschaft Alt-Köllen ist eine traditionelle Gesellschaft, 125 Jahre alt, die seit 25 Jahren mit sehr großem Erfolg auf dem Neumarkt die traditionelle Volkskarnevalssitzung organisiert,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

ein urkölsches Fest, geleitet von einem urkölschen Präsidenten, wo Tausende von Menschen Urkölnen Karneval feiern. Das soll jetzt plötzlich nicht mehr stattfinden.

Der Erlös dieser Veranstaltung - das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

(Heiterkeit - Zurufe: Auf der Zunge zergehen lassen! - Knapp daneben ist auch vorbei!)

wird gestiftet für soziale Zwecke. Wenn Sie einmal eine solche Volkskarnevalssitzung erlebt haben - ich bin ja fast jedes Jahr da -, dann wissen Sie, was dort stattfindet. Die Polizei hat uns attestiert, dass es überhaupt keine negativen Vorfälle gibt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
So gut wie keine!)

- Sie hat mir gesagt: keine; jedenfalls mir sind keine bekannt. - Es wird friedlich gefeiert.

Sogar der Altoberbürgermeister Norbert Burger, mit dem ich das Vergnügen hatte, beim Richtfest zusammenzusitzen, hat mir attestiert, dass wir auf dem richtigen Wege sind, diese Volkssitzung, die er ja damals mit ins Leben gerufen hat, zu erhalten.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe: Hört, hört!)

Er ist sogar der Meinung, dass man nach der Proklamation im Gürzenich auch hier im Zelt das Dreigestirn einer breiten Masse vorstellen sollte. Es war immer seine Idee, dass dort auch noch einmal eine Proklamation für das Volk stattfinden sollte, was natürlich weit über das hinausgehen würde, was heute dort stattfindet. Auch wir würden das sehr begrüßen.

Meine Damen und Herren, der Karneval gehört den Menschen. Dort, wo die Menschen sind, wird gefeiert, und nicht dort, wo man meint, sie hindrängen zu müssen. Der Stadtdirektor und die Linksfront dieses Rates wissen immer

(Lachen bei der SPD)

- ja, klar; ich kann sie doch benennen -, wie es nicht geht, aber nicht, wie man diesen Menschen hilft, ihren Karneval weiterhin dort feiern zu können.

Auch das Stadtschützenfest auf dem Rudolfplatz ist durch unseren Einsatz auf dem Rudolfplatz geblieben.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Jochen Ott und ich waren letztes Jahr dabei. Ich habe mich dafür ausgesprochen, alles zu tun,

dass das Stadtschützenfest dort bleibt. Du, Jochen, konntest dich nicht festlegen. Du hast gesagt, dazu müsstest du erstmal in die Fraktion gehen. Ich brauchte gar nicht in die Fraktion zu gehen, um festzulegen, dass wir das wollen.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Herr Oberbürgermeister, darf ich eine Zwischenfrage stellen? - Andreas Köhler [CDU]: Spaßbremse!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Bitte schön.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Bürgermeister Müller, ich möchte Sie nur fragen, ob Sie sich vielleicht noch daran erinnern können, dass der Antrag, das Stadtschützenfest auf dem Rudolfplatz durchzuführen, ein SPD-Antrag war, dem Sie zugestimmt haben.

**Josef Müller (CDU):** Ich weiß nur, dass das Stadtschützenfest aus dem Platzkonzept gestrichen war, durch unsere Initiative aber wieder aufgenommen wurde. Sie sind auf den Zug aufgesprungen. Das ist eine Nebelkerze, die Sie hier werfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen, und zwar die Kölner Lichter. Der Stadtdirektor hat sich nicht getraut, sie herauszunehmen. Das haben wir damals auch gegen den erbitterten Widerstand von SPD und Grünen durchgesetzt. Heute ist es ein tolles Fest in dieser Stadt. Sie werden mir recht geben, dass die Kölner Lichter aus dieser Stadt nicht mehr wegzudenken sind. Auch diese sind eine Initiative der CDU, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Ich weiß, dass Sie mich stören wollen, werde mich aber von Ihnen nicht provozieren lassen. Das alles ist Ihnen sehr unangenehm, weil auf der Tribüne die Karnevalisten sitzen - Ralph Sterck hat sie eben begrüßt -, die nun erfahren, wie hier mit ihren Anliegen umgegangen wird. Sie alle gehen zu den Sitzungen hin, lassen sich einladen, aber wenn diese Menschen einmal ein Anliegen haben, dann sind Sie nicht bereit, für diese Leute einzutreten.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

Meine Damen und Herren, hier wird meiner Ansicht nach ganz klar eine karnevalsfeindliche Haltung definiert.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Wir werden ja sehen, ob Sie unserem Antrag zustimmen. Sollte dem so sein – was ich hoffe –, nehme ich alles zurück. Aber ich habe gehört, dass Sie dem nicht zustimmen wollen, und das ist für mich eine karnevalsfeindliche Haltung. Sie haben hier den Bogen überspannt. Sie werden dieses Volksfest, die Karnevalssitzung auf dem Neumarkt, nicht verhindern. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Sie werden wieder einbrechen!)

Die Macht des Faktischen wird Sie überrollen. Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, unserem Antrag im Sinne des Kölner Karnevals zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Zimmermann für die SPD.

**Michael Zimmermann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bürgermeister Müller, das war wirklich eine beeindruckende Rede, die Sie hier gehalten haben,

(Beifall bei der CDU)

frei nach dem Motto: Was gut ist, hat die CDU gemacht,

(Josef Müller [CDU]: Stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

obwohl das schlichtweg nicht stimmt, was man ja bei der Zentralveranstaltung der Kölner Schützen auch nachweisen kann, während das Schlechte von Rot-Grün und der „linken Volksfront“ kommt.

Im zweiten Teil Ihrer Rede, Herr Bürgermeister Müller, haben Sie sehr deutlich gesagt, was Sie machen wollen. Sie wollen den Karneval für Ihre politischen Zwecke und letztendlich zum Stim-

menfang nutzen. Das, was Sie hier machen, ist eine eindeutige Geschichte. Ihnen geht es doch gar nicht um die Sache.

(Josef Müller [CDU]: Doch! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nur Krawallmacherei!)

Herr Müller, wenn es Ihnen um die Sache gegangen wäre, dann hätten Sie sich in der Diskussion über das Platzkonzept einbringen können. Ein halbes Jahr lang haben wir in Köln über das Platzkonzept diskutiert, sowohl öffentlich unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als auch in den verschiedenen Ausschüssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich eingebracht und beteiligt. Es hat sich relativ frühzeitig abgezeichnet, dass es mehrheitlicher Bürgerwille ist, dass die Großzeltveranstaltungen nicht auf den Innenstadtplätzen stattfinden sollen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist mehrheitlich Rot-Grün-Wille, nicht Bürgerwille!)

- Nein, das ist nicht so, Herr Granitzka.

Der Punkt ist der, dass Sie die Volkssitzung nie, in keiner Diskussion, weder öffentlich noch im Ausschuss, als eine Veranstaltung erwähnt haben, die im Platzkonzept berücksichtigt werden sollte. Herr Müller, im Verwaltungsausschuss hat Ihr Kollege Granitzka auch nicht gegen das Platzkonzept gestimmt.

(Zuruf von der FDP: Aber die FDP!)

Er hat sich enthalten, und zwar mit einer Begründung: weil das Oktoberfest nicht berücksichtigt worden ist. Aber in der gesamten Diskussion hat Herr Granitzka nicht ein einziges Mal die Volkssitzung erwähnt.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

Herr Granitzka, Sie haben ja noch am 11.01. eine Dringlichkeitsentscheidung unterschrieben. Wir alle waren uns einig: Wir alle wollten, dass die Volkssitzung auf dem Neumarkt dieses Jahr stattfinden kann. Wir alle haben dem zugestimmt. Sie haben die Dringlichkeit unterschrieben. In dieser Dringlichkeit haben Sie ausdrücklich erklärt, dass es sich um eine einmalige Ausnahmeentscheidung allein für 2008 handelt und erklären dem Veranstalter gegenüber - ich zitiere -, „dass diese Erlaubnis für die Folgejahre aufgrund der ausdrücklichen Fassung des der-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

zeitigen Vergabekonzepts nicht mehr erteilt werden kann und diese Entscheidung nur zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte getroffen wird.“

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Winrich Granitzka [CDU]: Sonst wäre es 2008 doch nicht möglich gewesen! - Karsten Möring [CDU]: Das ist Ihre Form der Erpressung!)

Das haben Sie am 11. Januar unterschrieben. Damals war das noch kein Thema, Herr Granitzka. Ich frage mich jetzt: Warum stellen Sie zum jetzigen Zeitpunkt ihren Antrag? In diesem Jahr ist die Veranstaltung durchgeführt worden. Wir sind in Gesprächen. Die Verwaltung ist auftragsgemäß in Gesprächen. Der Stadtdirektor hat mit den Veranstaltern gesprochen und versucht mit großem Einsatz, eine Lösung herbeizuführen. Ein weiterer Gesprächstermin ist vorgesehen. Zum jetzigen Zeitpunkt zu entscheiden, wäre völlig falsch.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir sollten erst einmal abwarten, wie diese Verhandlungen ausgehen. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass es eine kölsche Lösung geben kann. Eine kölsche Lösung - das sage ich Ihnen, Herr Granitzka und Herr Müller, aber auch allen, die verhandeln - heißt immer, dass alle etwas nachgeben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei einer kölschen Lösung ist es nie so, dass einer alles bekommt und die andere Seite gar nichts. Man muss einen Kompromiss finden. Ich glaube, die Verhandlungen, so wie sie im Moment geführt werden, bieten die Grundlage für einen Kompromiss. Ich finde, wir sollten das nicht durch den Antrag, den Sie stellen, stören. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen; das ist völlig klar.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir glauben nämlich, dass dieses Platzkonzept - Sie, Herr Granitzka, kennen dieses Platzkonzept sehr gut; Sie sitzen ja im AVR und haben es dort passieren lassen - breite Möglichkeiten bietet, in der Innenstadt und damit auch auf dem Neumarkt zu feiern. Es darf nur kein Großzelt aufgebaut werden.

Ich finde zum Beispiel den Vorschlag unseres Altoberbürgermeisters Norbert Burger - Herr Bürgermeister Müller hat das gerade erwähnt -, eine Volksproklamation zu machen, hervorragend,

(Josef Müller [CDU]: Dann machen wir das doch!)

dann aber eine Volksproklamation auf ganz breiter Basis. Warum greifen wir nicht zum Beispiel den Vorschlag des Stadtdirektors auf und machen die Volkssitzung, so wie sie jetzt stattfindet, eins zu eins auf dem MediaPark?

(Widerspruch bei der CDU)

Dort sind alle Voraussetzungen gegeben, um das eins zu eins umzusetzen, und auch dieser ist ja ein zentraler Innenstadtplatz. Das wäre doch eine Möglichkeit. Auf dem Neumarkt aber machen wir eine ganz große Volksproklamation.

(Zuruf von der CDU: Ohne Zelt?)

- Ja, mit dem Volk. Wenn ich mich recht entsinne, finden alle großen karnevalistischen Veranstaltungen im Freien statt.

(Karl Klipper [CDU]: Und dann regnet es!)

Ich finde es gut, wenn man diesen Gedanken aufgreifen und es so machen würde: Raus aus dem Gürzenich und mit dem Volk den Prinzen, das Dreigestirn proklamieren. Warum sollen wir das nicht machen? Dann haben wir zwei große Veranstaltungen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann kann der OB noch einmal seine Rede halten!)

- Dann kann der Oberbürgermeister auch dort direkt vor dem Volk die Proklamation vornehmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Machen Sie sich darüber mal keine Gedanken!

**Michael Zimmermann (SPD):** Das wäre zum Beispiel eine Idee, der man durchaus folgen kann. Das sollte zunächst aber zwischen den Veranstaltern und dem Stadtdirektor besprochen werden.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Wir sind dafür, dass wir eine kölsche Lösung finden. Ich sage noch einmal: Kölsche Lösung heißt, beide Seiten müssen davon profitieren. Heute nennt man das eine Win-win-Situation. Wir nennen es schon immer kölsche Lösung. Wir hoffen, dass der Stadtdirektor diese Lösung herbeiführt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt haben Sie bald alle Kandidaten durch. Herr Zimmermann, das war heute schon Ihr zweiter Versuch, einen anderen Oberbürgermeister zu ernennen. Aber Sie werden sich noch etwas in Geduld üben müssen, wenn es dazu kommen soll.

(Martin Börschel [SPD]: Wir haben noch vier!)

Sie wollten eine Nachfrage von Herrn Müller nicht gestatten. Das fand ich insofern nicht fair, als Herr Müller eine Nachfrage Ihrerseits gestattet hat. Kann er Sie denn jetzt noch etwas fragen, Herr Zimmermann? - Nein, dann machen wir es in der nächsten Runde.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Wolter von den Grünen.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben seit einem Jahr intensiv über das neue Platzvergabekonzept in den Gremien, mit den Beteiligten und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Dieser Prozess wurde lebhaft, breit und konstruktiv auch durch die Medien begleitet.

Hier wurde eben behauptet, niemand sei gegen die Großzelte gewesen. Ich darf dazu aus einem Schreiben der „EhrenGarde der Stadt Köln 1902“ an den Stadtdirektor Guido Kahlen zitieren:

Nachfolgend möchte ich noch einmal pointiert die Auffassung der Ehrengarde hinsichtlich der zukünftigen zulässigen Nutzung des Rudolfplatzes zusammenfassen: Keine Kirmes oder Zeltveranstaltungen auf der Platzfläche.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesen Punkten bestand zwischen den Vertretern der eingeladenen Interessengruppen also Einigkeit. So viel zum Thema Großzelte.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Aber das bezog sich auf den Grundsatz, den sie vertreten. Das möchte ich richtigstellen. Wir aber reden jetzt hier über den Neumarkt, und da wird ja keine Kirmes veranstaltet.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Um Zeltveranstaltungen geht es!)

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, gut. Das gilt aber auch für die anderen Plätze. Eben wurde ja behauptet, niemand sei gegen die Großzelte gewesen.

Das mit Mehrheit - ich betone noch einmal: bei Enthaltung der CDU - beschlossene Konzept legt für den Neumarkt fest, dass Veranstaltungen mit Großzelten künftig nicht mehr genehmigungsfähig sind. Auch in den Änderungsanträgen der FDP war keine Rede von den Großzelten auf dem Neumarkt.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch! Wir haben sie zugelassen!)

- Nein. - Wesentliches Motiv ist, dass die Kölner Plätze wieder attraktiver gestaltet werden und den Bürgern einen angenehmeren Aufenthalt sowie die gefahrlose und vor allem barrierefreie Überquerung ermöglichen.

Die CDU fordert nun nach öffentlichem Protest der Lobbyisten eine weitere Öffnung des Platzes für Zeltveranstaltungen. Das halten wir für falsch. Deshalb lehnen wir das auch ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Zimmermann hat eben schon gesagt, dass Sie, Herr Granitzka, eine Dringlichkeitsentscheidung unterschrieben haben, mit der Sie einmalig für 2008 den Platz der KG Alt-Köllen zur Verfügung stellen. Das hätten wir auch so unterschrieben; denn das finden wir richtig.

(Karsten Möring [CDU]: Die Dringlichkeitsentscheidung für 2009 stand ja nicht an!)

Wir halten es für richtig, dass ein Platz wie der Neumarkt, der über 300 Tage im Jahr bespielt wird, wieder an mehr Tagen der Öffentlichkeit

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

zugänglich gemacht wird, dass Querungsmöglichkeiten gegeben werden und dass er nicht als Kirmesplatz missbraucht wird. Bierzelte gehören nicht auf die zentralen Innenstadtplätze. Sie beeinträchtigen das Erscheinungsbild, die Wegebeziehungen und die Sichtachsen. Es sind einfach zu viele Veranstaltungen.

Wir unterstützen die Verwaltung in ihren Bemühungen, für die Betroffenen Ersatzflächen zu finden, und empfehlen auch den Vereinen, diese Angebote sorgfältig abzuwägen. Wir unterstützen den Vorschlag einer Proklamation des Dreigestirns für die breite Öffentlichkeit am Tag nach der Proklamation im Gürzenich am Neumarkt. Das ist bürgernah, wäre kostenlos und könnte wie das Funkenbiwak oder der Jeck Dance ohne große Aufbauten auskommen.

Niemand spricht davon, die Zeltsitzung zu beenden. Wir haben großes Verständnis für die Interessen der KG Alt-Köllen, sehen allerdings im Standort MediaPark eine realisierbare Alternative. Hierfür haben Sie unsere Unterstützung. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Wolter. Herr Reppen spricht für die FDP.

**Dietmar Reppen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Präsident!

Mir sitze he un schwaade  
et Fesskomitee is am waade  
wat hätt Rut-Jrön sich övverlaat  
für uns Volkssitzung am Nümaat.

Se wolle kei Zelt, keine Spass, kein Nix mieh  
hann  
trotzdämm die Sitzung is für jedermann.

Ich jläuv, do hann se sich verkalkuliert  
Su weet dat Bruchtum schingeliert!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bejrönd weet dat mim Platzkonzepp  
mir hann jesaat „Dä Quatsch muss weg“  
denn su ne enge Anzoch, dä pass nit op Kölle  
De Lück welle fiere, wo un wann se welle.

Dröm loss mer saare: „Et bliev alles beim Ahle“!  
De Volkssitzung weed om Nümaat avvjahle!

Alles andere, dat is klar, dat es jewess  
Es un bliev janz einfach ...

(Zuruf: Driss!)

- So ist es! Alaaf!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich darf nur mitteilen, dass die Ratsmitglieder erst am Ende der heutigen Sitzung meinen Karnevalsorden verliehen bekommen. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen. Je nachdem, wann diese Sitzung endet, wird er Ihnen ausgehändigt. Das mache ich jetzt nicht nach jedem einzelnen Beitrag.

(Heiterkeit)

Frau Wolter spricht für pro Köln.

**Judith Wolter (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion unterstützt den Antrag der CDU. Es ist traurig genug, dass wir hier so lange über Brauchtumsveranstaltungen diskutieren müssen, wenn man sich einmal vor Augen hält, dass der CSD jedes Jahr die ganze Innenstadt lahmlegen darf. Es ist wirklich traurig für Köln, dass über solche Brauchtumsveranstaltungen gestritten werden muss. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Als Nächster hat sich Herr Detjen gemeldet.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Wir haben heute einen aktuellen Brief vom Festkomitee bekommen. Ich möchte daraus zitieren, weil mich das doch sehr verwundert hat:

Wir sind entschlossen, wenn das Platzkonzept nicht geändert wird, zum zivilen Ungehorsam aufzurufen.

(Zurufe von der CDU: Bravo! - Sehr gut!)

Ich finde es sehr interessant, dass sich das Festkomitee der „kölschen Volksfront“ sozusagen annähert; denn der Begriff „ziviler Ungehorsam“

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

sam“ ist ja ein sehr alternativer, linker Begriff. Also, wir werden in der „Volksfront“ beraten, wie wir das Festkomitee in unsere weiteren strategischen Überlegungen einbeziehen können. Das kommt für uns jetzt etwas überraschend. Deswegen können wir darauf nicht auf die Schnelle eine Antwort geben.

Ich kann es aber auch verstehen; denn die CDU hat im Prinzip den Karneval verraten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was?)

- Ja, natürlich haben Sie den Kölner Karneval verraten. Deshalb gibt es ja dieses Angebot an die „Volksfront“. Im Rahmen der Diskussion über das Platzkonzept haben Sie, Herr Granitzka, sich nur für das Oktoberfest interessiert.

(Beifall bei der Linken.Köln und bei der SPD)

Das hat das Festkomitee dazu bewogen, jetzt den Weg des zivilen Ungehorsams einzuschlagen.

Meine Damen und Herren vom Festkomitee, ziviler Ungehorsam wird normalerweise durch Demonstrationen zum Ausdruck gebracht. Insofern haben Sie natürlich völlig recht: Wenn Sie eine Demonstration anmelden, ist nicht mehr Herr Kahlen dafür zuständig, sondern unser Polizeipräsident. Selbstverständlich haben Sie in dem Moment Anspruch auf den Neumarkt,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ohne Zelt!)

weil eine Demonstration eine öffentliche Veranstaltung ist. Ich kann Ihnen empfehlen: Gehen Sie den Weg des zivilen Ungehorsams! Wir werden uns zusammen mit der „Kölschen Volksfront“ treffen. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, jede gute Sitzung braucht eine Litsch-Rede. Ich nehme an, dass Sie sich überall dort, wo sich viele Menschen treffen, sofort dem friedlichen Dialog stellen. Deswegen kann man nur hoffen, dass Sie dann, wenn die Leute auf dem Neumarkt feiern wollen, auch dorthin gehen und sich mit denen genauso unterhalten, wie Sie es an anderen Stellen in dieser Stadt auch immer

gerne tun. Also: Ran an die Front, aber ganz friedlich!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: An die Volksfront!)

- Auch an die Narrenfront.

Eine weitere Wortmeldung gibt es von Herrn Dr. Müser, beim Karneval völlig unbefangen.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin schon ein bisschen erschrocken über Sie, Herr Zimmermann. Sie haben hier in den Raum gestellt, eine kölsche Lösung zu suchen. Eine kölsche Lösung bedeutet, dass die einen etwas geben und die anderen etwas dafür bekommen. Man trifft sich irgendwo in der Mitte. Das waren Ihre Worte. Das zeigt, dass Sie, Herr Zimmermann, entweder keine Ahnung haben, was dort stattfindet und wofür diese Karnevalisten diese Veranstaltung machen. Als würden sie diese Veranstaltung machen, um etwas dafür zu erhalten!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Muss man da keinen Eintritt zahlen?)

- Ja, natürlich, die Leute, die diese Veranstaltung machen, scheffeln das Geld säckeweise, damit sie anschließend in Urlaub fahren können, die bereichern sich persönlich. Wenn das Ihr Eindruck vom kölschen Karneval ist, Herr Frank, spricht das für sich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oder Sie ignorieren einfach die Leistungen derjenigen, die den Karneval in Köln organisieren. Diese Leute sind ehrenamtlich tätig und organisieren für andere Leute etwas, damit diese daran Spaß und Freude haben.

Ich denke, dass ich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Frank, schon von mir behaupten kann, dass ich die Kompetenz habe, gerade durch das, was ich zurzeit mache.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind befangen!)

Im Gegensatz zu Ihnen sitze ich nicht unten und schaue nach oben und genieße alles.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf dem hohen Ross!)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Ich habe das Privileg, dass ich auf der Bühne sitzen und den Leuten bei den verschiedenen Sitzungen in die Augen schauen kann, Frau Moritz. Ich kann sehen, was sie davon haben, und zwar nicht nur bei irgendwelchen Proklamationen, sondern auch bei Volkssitzungen, bei Pfarrsitzungen, bei Seniorensitzungen, überall. Ich kann genau erkennen, was es den Leuten bedeutet, wenn sie an solchen Sitzungen teilnehmen können. Die Leute leben dafür. Sie erfreuen sich daran. Das hat nichts mit den kommerziellen Gedanken zu tun, die Sie hier in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei Teilen der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

- Nein, das erlaube ich nicht. - Der Karneval lebt von einer bunten Mischung von Veranstaltungen. Dazu gehört natürlich auch die Volkssitzung auf dem Neumarkt. Diese Mischung, Frau Moritz, ist die Identität des Karnevals. Natürlich kann und wird der Karneval auch stattfinden, wenn es keine Volkssitzung gibt oder diese in den Media-Park abgeschoben wird. Man kann sie auch auf der Jahnwiese oder dem Sürther Feld stattfinden lassen. Natürlich, das geht alles.

Es stellt sich aber die Frage, ob es Aufgabe des Rates ist, eine solche Volksveranstaltung, die von den Bürgern selbst organisiert und durchgeführt wird, zu verhindern. Ich sage Ihnen: Das ist nicht Aufgabe des Rates. Wenn wir hier ein Platzkonzept verabschiedet haben, das das zur Folge hat, müssen wir es ändern. Es ist doch überhaupt kein Problem, das zu ändern. Wir ändern doch laufend irgendwelche Satzungen. Warum soll es diese Sitzung nicht mehr geben? Nicht, weil man - das sagen alle hier - etwas gegen diese Sitzung hat, sondern weil ein existierendes Platzkonzept das so vorsieht. Das wiederum ist mir absolut nicht einleuchtend.

Meine Damen und Herren, in Köln heißt es: Jeder Jeck ist anders. Wir alle sind stolz darauf. Wenn wir es brauchen können, propagieren wir das auch. Aber was tun wir denn hier im Rat aktiv dafür, wenn wir den Jecken eine solche Veranstaltung einfach wegnehmen? Ich sehe nichts Positives, aber viel Negatives. Wie unterstützen wir die Karnevalsgesellschaften in ihrem Bemühen, solche preiswerten Veranstaltungen durchzuführen? Welche Alternative bieten wir den Besuchern der Volkssitzung? Im Gürzenich kostet schon ein Mineralwasser 9,50 Euro. Was

soll das Gerede von Kulturkamellen, oder ist das nur Gelaber?

Wenn wir hier das Platzkonzept als wesentlich wichtiger erachten als eine solche Volkssitzung, stellt sich doch die Frage, ob hier nicht der Schwanz mit dem Hund wedelt. Inhaltlich spricht nichts dagegen, diese Volkssitzung in das Platzkonzept zu integrieren, eine Volkssitzung, für die Tausende von Teilnehmern und Zehntausende organisierte Bürger, für die das Festkomitee hier steht, ihr breites Interesse auch artikuliert haben. Deswegen meine Aufforderung: Wahren Sie die Interessen der Bürger! Sorgen Sie mit Ihrem Votum heute dafür, dass die Volkssitzung auch zukünftig auf dem Neumarkt stattfinden kann! Denn der Karneval lebt von den Menschen, dem jecken Volk, und dazu gehört auch die Volkssitzung auf dem Neumarkt. Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Teilen von pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. Da mir noch weitere Wortmeldungen vorliegen, gehen wir jetzt in die zweite Runde. Herr Granitzka spricht für die CDU-Fraktion.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sagen Sie noch mal was zum Oktoberfest!)

- Besser als zur Oktoberrevolution, Herr Detjen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

**Winrich Granitzka (CDU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Herr Detjen, zum Oktoberfest kann ich Ihnen sagen: Ich bin froh, dass es dafür eine kölsche Lösung gegeben hat. Jetzt sind sie da, wo sie hinwollten, und das Oktoberfest kann stattfinden. Prima!

Genauso - das darf ich Ihnen, Herr Zimmermann, erklären - waren wir zu jeder Zeit bereit, in den Gesprächen mit dem Herrn Stadtdirektor zu einem Kompromiss zu kommen. Wir haben unseren Antrag hier nicht um des Zankes willen gestellt, sondern wir wollen - Herr Müser hat das wirklich gut erklärt - den Karnevalisten helfen, damit sie das, was sie seit 25 Jahren mit großem Erfolg und großem Engagement tun, auch weiter tun können.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Hier wurde mit drei Stimmen Mehrheit ein Platzkonzept beschlossen, das den Menschen nicht dient, sondern schadet. Wenn wir es hätten verhindern können, hätten wir das getan. Ich will Ihnen noch sagen: Wir sind auch heute noch bereit - dazu werde ich Ihnen gleich einen Vorschlag machen -, einen Kompromiss einzugehen. So viel zur kölschen Lösung.

Ja, es ist richtig, wir haben uns enthalten. Ja, es ist richtig, ich habe dieses Thema im Ausschuss nicht mehr thematisiert: weil es vorher abgekapert - Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister -, weil es vorher abgesprochen gewesen ist, zwischen dem Herrn Oberbürgermeister und dem Herrn Stadtdirektor.

(Michael Zimmermann [SPD]: Wie bitte? - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja ungeheuerlich!)

- Jawohl.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** So kann ich das nicht stehen lassen. Herr Granitzka, Sie wissen, dass gemäß meiner Vorlage drei Zeltveranstaltungen auf dem Neumarkt vorgesehen waren. Diese sind dann politisch nicht genehmigt worden. Das ist das Thema. Nur, um das richtigzustellen.

**Winrich Granitzka (CDU):** Ich war noch nicht fertig, Herr Oberbürgermeister. Das wollte ich gerade sagen. - Der Oberbürgermeister hatte in seiner Vorlage alle drei Veranstaltungen aufgeführt. Die sind dann herausgebeamt worden, mit der Begründung: Haben Sie denn eine Mehrheit dafür, das durchzubekommen? Ich will das hier einmal beim Namen nennen: Deswegen ist das herausgestrichen worden. Unsere Aufgabe als CDU-Fraktion ist es nicht, Vorlagen des Oberbürgermeisters zu kritisieren. Deshalb haben wir uns enthalten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eine schwache Entschuldigung!)

Ein Weiteres, meine Damen und Herren. Wir verstehen überhaupt nicht, wie es sein kann, dass der Zirkus Roncalli 30 Tage auf dem Neumarkt in einem Zelt kommerzielle Veranstaltungen machen kann - da wird richtig bezahlt, da wird richtig verdient, und das ist gut so; wir begrüßen das -, während eine Veranstaltung der

Karnevalisten, die über 100 000 Euro für die Kinderkrebshilfe erbracht hat, dort nicht mehr stattfinden soll. Das leuchtet uns überhaupt nicht ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich komme noch einmal auf die kölsche Lösung zurück. Ich habe mit Josef Müller heute Morgen neben Ihrem Altoberbürgermeister Norbert Burger gesessen. Der Mann hat wirklich tolle Vorschläge. Er hat einen Kompromiss angeboten. Wir haben die Zeitschiene angeboten. Übrigens: Sie haben gesagt, das könne man doch auch im MediaPark machen, das sei doch dasselbe. Das ist es nicht. In das Zelt dort gehen 500 Leute weniger. Das ist klipp und klar belegt worden.

(Michael Zimmermann [SPD]: Stimmt nicht!)

Ich komme noch einmal auf den Vorschlag von Norbert Burger zurück. Ja, lassen Sie uns doch eine Volksproklamation auf dem Neumarkt machen. Ich erweitere unseren Antrag gerne dahin gehend, dass wir das machen. Aber wir lassen bei dieser Volksproklamation nicht die Leute im Regen stehen, sondern das muss in einem Zelt passieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie wirklich einen Kompromiss wollen, wenn Sie wirklich mit den Karnevalisten weiter so feiern wollen, dann stimmen Sie doch diesem Antrag, der auch von Markus Ritterbach schon wohlwollend beurteilt worden ist, zu und sagen Sie Ja zu einer zentralen Veranstaltung des Festkomitees mit einer Volksproklamation in einem Zelt. Dann feiern wir alle gemeinsam Karneval und trinken alle gemeinsam Bier. Alaaaf!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Granitzka. Frau Moritz ist die Nächste auf der Rednerliste.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Müser, Sie haben ja gesagt, dass Sie den Leuten in die Augen schauen und sehen, wie sie sich freuen. Sie haben auch gefragt, was wir denn bieten. Darauf komme ich gleich zu sprechen.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Um der Wahrheit willen will ich zunächst einmal sagen, wie sich die CDU zum Thema Nutzung und Attraktivität der Plätze in Köln in den letzten acht Jahren verhalten hat: mit einer entschiedenen Enthaltung! Man kann sich nicht entscheiden. Man hat ja so viele Freunde in dieser Stadt. Dem möchte man einen Gefallen tun, dem einen hat man das, dem anderen jenes versprochen. So sieht diese Stadt aus. Wenn man die Leute in der Stadt fragt - der Stadtdirektor hat einige Veranstaltungen gemacht und mit Gewerbetreibenden, Mitveranstaltern usw. diskutiert -, dann kann man ganz deutlich hören: Die Menschen dieser Stadt möchten Regeln, zugegebenermaßen einfache Regeln, und sie möchten, dass man sich an diese Regeln hält. Sie möchten nicht, dass man, kaum ist eine Regel aufgestellt, gleich wieder die erste Ausnahme macht, wie das in Köln immer gewesen ist.

Jetzt zum Spaß und zu der Freude in den Augen - die man übrigens nicht nur erkennt, wenn man von oben nach unten, sondern auch, wenn man von unten nach oben schaut; das sieht man immer dann, wenn man den Leuten in die Augen schaut -: Wenn es darum geht, fürs Volk etwas zu machen, bin ich sofort dabei. Aber zweimal 1 500 Leute in einem Zelt sind 3 000 Leute - das ist nicht das Volk von Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Ich kenne eine Menge Volk, das sich die Eintrittskarten dafür schon nicht mehr leisten kann. Deshalb erweitere ich Ihren Kompromissvorschlag. Herr Müser, diese Menschen können auch ohne ein Zelt glückliche Augen und Spaß an der Freud haben. Sie, Herr Granitzka, beklagen, dass wir die Leute im Regen stehen lassen. Dazu sage ich nur: Was ist denn mit unserem schönen Wieverfastelovend? Sollen wir dafür demnächst auch ein Zelt bauen? Was ist mit dem 11.11., brauchen wir dafür auch ein Zelt? Seid ihr aus Zucker, oder was? Das Volk ist es jedenfalls nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Geht ihr trocken in den Gürzenich, das Volk kann auf dem Neumarkt feiern.

Wenn wir eine Volksproklamation auf dem Neumarkt ohne Zelt veranstalten, passen dort locker 9 000 Leute hin, und das kostet sie nichts, wunderbar. Ich kenne Musikgruppen, die würden,

weil sie nämlich Hätz, Jeföhl un Siel haben, auch umsonst für diese Volksversammlung spielen. Ich glaube, dass auch viele Karnevalsvereine gerne mit ihren Tanztruppen usw. dort aufmarschieren würden.

Ich freue mich auf die Veranstaltung, und ich glaube, dass die Kölnerinnen und Kölner erkennen, dass aus einer solchen Veränderung durchaus Chancen erwachsen können, anstatt zu sagen, das haben wir ja noch nie so gemacht. Jedenfalls: Davon geht die Welt nicht unter. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Herr Breite spricht für die FDP.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil Barbara Moritz gerade von der Größe der Volks-sitzung sprach und davon, dass es dort ja Eintritt kostet, fällt mir ein: Zunächst ein Dankeschön an die vielen Karnevals-Gesellschaften, die bei den Sozialbetrieben Kölns kostenlos auftreten!

(Beifall bei Teilen der FDP und des  
Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie haben dann kritisiert, dass man für eine Sitzung, die sich Volkssitzung nennt, einen geringen Obulus nimmt, und behauptet, deswegen könnten viele nicht teilnehmen. Diese Ausgrenzung finde ich falsch; es gibt beides, neben dieser Sitzung machen unsere Karnevalsgesellschaften ja auch noch die karitativen Sitzungen. Man muss beides betrachten und kann nicht sagen, das eine wollen wir, das andere aber nicht. So kann man mit den Karnevalsgesellschaften in Köln nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Es geht um das Volk!)

Barbara Moritz ist der Meinung, erst ab 25 000 Menschen könne man von Volk reden. Ich aber meine: Wenn 3 000 Kölnerinnen und Kölner zusammenkommen und für eher geringe Eintrittspreise die Stars erleben können - sie können sogar ihr Essen mitbringen -, dann ist

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

das eine Volkssitzung. Sonst zahlen sie dafür viel mehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Gerade wegen dieser Eintrittspreise ist es eine Sitzung für den Geldbeutel des „kleinen Mannes“ oder der „kleinen Frau“. Dass jetzt plötzlich SPD und Grüne und nun auch noch die Linke gegen diese Volkssitzung sind,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nur gegen das Zelt!)

daran sieht man mal wieder, was es heißt, dem Volk die Arroganz der Macht zu zeigen. Man hat die Mehrheit und setzt das um.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist doch absolut falsch, zu sagen, das Platzkonzept wurde hier diskutiert. Wir von der FDP hatten einen Änderungsantrag gestellt, in dem wir klipp und klar gefordert haben, diese Zeltveranstaltungen zuzulassen, und zwar generell, weil sie wichtig sind für Köln.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Neumarkt ist doch kein Campingplatz!)

Unser Änderungsantrag hat keine Mehrheit bekommen. Barbara Moritz möchte allen Menschen hier in Köln vorschreiben, wie sie zu feiern haben. Diese Meinung vertreten wir Liberale nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir möchten nicht, dass die Politik plötzlich entscheidet, wie Karnevalssitzungen auszusehen haben. Die Menschen sollen selbst entscheiden, ob sie zu den Sitzungen gehen oder nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin der Meinung: Der Neumarkt gehört zum Kölner Karneval, und der Kölner Karneval gehört zum Neumarkt. Darum soll der Kölner Karneval auch weiterhin dort stattfinden. Ich möchte nicht, dass Mehrheiten einfach entscheiden, dass der Kölner Karneval auf dem Neumarkt nichts mehr zu suchen hat, nur weil das Zeltsitzungen sind. Die FDP ist der Meinung: Dabei sollte sich die Politik heraushalten. Die Zeltveranstaltung gehört seit 25 Jahren dorthin.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Volk gehört dorthin!)

Warum soll sie nicht dort bleiben? Nur weil Barbara Moritz sie dort nicht mehr haben will?

Ich kann die Sozialdemokratie nicht verstehen. Sie schweigen sich darüber aus. Ich bin gespannt, ob die Kölner Sozialdemokratie das durchhält. Ein Ehrenmitglied dieses Stadtrates, unser langjähriger Oberbürgermeister, hat diese Veranstaltung erfunden, und jetzt schaffen Sie sie mit einem Federstrich ab. Ich meine, das sollte sich die Kölner Sozialdemokratie ganz genau überlegen.

Wir sollten hier ein Platzkonzept entwickeln für die Menschen in Köln und die vielen Gäste, die hierher kommen, und nicht eines, das in die Geschmacksnote einer Fraktion oder einer Mehrheit des Rates hineinpasst. Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Wir sollten ein Platzkonzept machen, in dem für alle die gleichen Bedingungen gelten,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

und - davor haben wir ja gewarnt - darin keine rigorosen Streichungen vornehmen. Wir sehen ja nun, was dabei herauskommt. Ich bin mir sicher, das wird nicht der letzte Fall sein; denn dieses Platzkonzept ist einfach Murks und kennt nur Verbote.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es werden noch andere Sachen dazukommen. Ich bin der Meinung, dieses Platzkonzept muss reformiert werden. Die erste Reform sollte sein: Der kölsche Karneval gehört auf den Neumarkt,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jawohl!)

und die Volkssitzung gehört auf den Neumarkt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jawohl!)

Darum stimmen wir diesem Antrag zu.

Ich freue mich, dass nun auch Barbara Moritz zu dieser Einsicht gekommen ist und „Jawohl!“ sagt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ohne Zelt!)

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Daran sieht man, dass ein Debattenbeitrag hier sogar noch etwas bewirken kann. Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. Für die SPD spricht nun Herr Börschel.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CDU und der FDP! Eines muss man Ihnen ja lassen: Das Spektakel beherrschen Sie. Dafür können Sie Bühne dieses Rates nutzen, Sie können auch auf offene Plätze gehen, Sie können auch in Zelte gehen. Aber man sollte sich doch die Mühe machen, die Debattenbeiträge, die sich trotz der karnevalistischen Note ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen, nicht zu überhören, sondern überlegen, wie man am Ende zu einer gemeinsamen Lösung kommen kann.

(Josef Müller [CDU]: Ihr lasst ja nicht mal Zwischenfragen zu!)

Wir haben eine ganze Menge von Überlegungen gehört und gelesen, die jetzt in den Raum gestellt worden sind und für die ich insbesondere unserem Altoberbürgermeister Norbert Burger danken möchte, der seinerzeit Initiator und Ideengeber einer Volksproklamation auf dem Neumarkt war.

(Winrich Granitzka [CDU]: Im Zelt!)

Er hat jetzt die Gelegenheit genutzt, um mit einem Vermittlungs- bzw. Kompromissvorschlag allen Beteiligten ausreichend Bewegungsspielraum zu eröffnen. Das ist in Ordnung. Darüber kann man sich freuen. Jetzt müssten nur alle Beteiligten bereit sein, über einen solchen Vermittlungsvorschlag nicht nur zu debattieren, sondern am Ende auch Lösungen vorzuschlagen. Das sollten wir doch alle miteinander tun.

Deswegen ist es vollkommener Mumpitz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie Ihren Antrag aufrechterhalten; denn dieser sagt etwas anderes aus. Sie wollen nämlich das Platzkonzept einfach ändern; das wissen Sie doch ganz genau. Deshalb haben Sie sich im Ausschuss auch nur zu einer schwächlichen Enthaltung durchbringen können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich habe Ihnen das erklärt!)

Am Ende muss es einen Ausgleich aller Interessen geben, auch bei der Nutzung von öffentlichem Raum in der Stadt; denn dieser gehört nämlich allen. Das Motto heißt ja nicht „Mir sin Kölle“, sondern „Mir all sin Kölle“. Dieses eine kleine Wörtchen „all“ aus dem Motto des letzten Jahres ist in verschiedenen Debattenbeiträgen vergessen worden. Dieses Motto war gut. Deswegen muss es unsere Pflicht und Schuldigkeit sein, dem zum Durchbruch zu verhelfen. Ich meine, wir sollten es mit Leben erfüllen, wenn es um die Nutzung des Neumarktes und anderer Plätze geht.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Was will ich damit sagen? Wir sollten erstens das Angebot des Oberbürgermeisters - - Jetzt haben wir schon den Dritten! Ich meine natürlich den Altoberbürgermeister Norbert Burger. Er könnte sogar noch einmal antreten. Sie haben ja die Altersgrenze abgeschafft; vielleicht sollten wir mit ihm einmal darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** In diesem Punkt gehe ich mit Herrn Dr. Burger völlig d'accord. Auch ich besuche diese Sitzung seit 25 Jahren. Wir sind da völlig einer Meinung. Sie müssen sich hier gar nicht so anstrengen. Da lassen wir uns nicht auseinanderbringen.

**Martin Börschel (SPD):** Umso besser. Da Sie ja schon von Karnevalisten als seine Urlaubsvertretung wahrgenommen werden, ist es einfacher, wenn Ihre Meinungen so harmonieren. Das ist ja in Ordnung.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das war aber eine gute Büttendrede.

**Martin Börschel (SPD):** Ja, die war ganz hervorragend, sie hat viel Wahres beinhaltet. Wissen Sie, der Blötschkopp ist auch deswegen so erfolgreich, weil er die Wahrheit ausspricht und allen Beteiligten den Spiegel vorhält. Wenn es denn stimmt, dann ist das auch in Ordnung.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Wenn Sie darauf etwas erwidern wollen, können Sie gerne, solange Sie meine Zeit anhalten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein, bringen Sie erst Ihre fünf Minuten zu Ende.

**Martin Börschel (SPD):** Wie Sie wollen. Ich kann zur Not ein zweites Mal sprechen. Einfacher wäre es aber, wenn wir uns für ein Stilmittel entscheiden: entweder Dialog oder Monolog nacheinander.

Was hat Herr Ritterbach als Präsident des Festkomitees Kölner Karneval angekündigt? Ich glaube, das stand im „Kölner Stadt-Anzeiger“ von vorgestern, aber auch schon in Presseveröffentlichungen einige Tage davor. Er möchte sozusagen eine neue Tradition aufleben bzw. entstehen lassen, indem er die neuen Traditionskorps zusammenruft als antimilitaristische karnevalistische Schützenhilfe zur Durchführung von Spaß an der Freud in Köln. Ja, was kann es Besseres geben? Das ist doch großartig. Ich sehe Herrn Kuckelkorn als Vizepräsident des Festkomitees hier. Ich weiß, dass sich seine Frau hochverdient darum gemacht hat, die sonst eher rivalisierenden Traditionskorps zumindest schon einmal im Neunertanz, nämlich bei den neuen Tanzpaaren, zusammenzubringen. Wenn es einem Festkomiteepräsidenten jetzt gelänge, die neuen Traditionskorps noch auf andere Art und Weise zusammenzubringen, und sei es auf dem Neumarkt, kann uns doch nichts Besseres passieren. Es ist doch wunderbar, eine solche Tradition zusammenzubringen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, das wird ein herrliches Bild abgeben, wenn diese neuen Traditionskorps auf dem Neumarkt oder sonst wo auftreten. Wenn die Stadt Köln, die Polizei und alle Beteiligten einem solchen Symbol von Aufbegehren sozusagen des Preußentums innerhalb des Karnevals, nämlich des Festkomitees, gegen die Stadt Köln Ausdruck verleihen und zum Durchbruch verhelfen können, wäre das hervorragend.

Deswegen, lieber Herr Müller und lieber Kollege Granitzka, sollten wir Ihrem ganzen Spektakel ein Ende setzen und das aufgreifen, was als Idee weiterentwickelt werden muss. Wir sollten Ihren Antrag ersetzen, ihn schlicht und einfach in

die Tonne kloppen, weil er nicht zielführend ist und Sie damit nur Spektakel veranstalten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Lassen Sie uns Ihren Antrag ersetzen und die Verwaltung beauftragen, mit dem Festkomitee Kölner Karneval die Möglichkeiten zur Durchführung einer Volksproklamation auf dem Neumarkt zu prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Wenn es das ist, was Sie wollen, und wenn es das ist, was das Festkomitee will - es hat uns nämlich in einem Brief geschrieben: es geht uns um die Vielfalt von Karneval, es geht uns um ein Volksfest, es geht uns um eine Beteiligung aller Jecken, auch der einfachen, die nicht im Smoking im Gürzenich feiern können, sondern das auf der Straße, auf den Plätzen, auf den Wegen tun -, dann sollten wir das unterstützen. Mein Vorschlag ist: Wir ersetzen Ihren Antrag, bitten die Verwaltung, mit dem Festkomitee Kölner Karneval die Möglichkeiten zur Durchführung einer Volksproklamation auf dem Neumarkt zu prüfen und uns zur Entscheidung vorzulegen. Dann wollen wir einmal sehen, ob das Ihre Intention ist oder ob Sie nur Spektakel wollen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu diesem doch sehr emotional geführten Thema?

(Martin Börschel [SPD]: Wollten Sie doch so!)

- Ja, man hängt ja auch daran; das ist doch klar. - Herr Bürgermeister Müller.

**Josef Müller (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Ehe hier alles verwässert wird: Sinn der Rede von Herr Börschel war es, dass die Zuschauer nachher nicht mehr erkennen können, worum es eigentlich geht. Das war Sinn und Zweck seiner Rede.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe auch nicht immer zu den Karnevalisten hochgeschaut, Herr Börschel. Das musste ich nicht tun; denn die wissen, dass ich ihre Sprache spreche.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Ich möchte ganz klar sagen: Es geht der CDU-Fraktion darum, dass die Volkskarnevalssitzung Alt-Köllen auch in Zukunft im Zelt auf dem Neumarkt durchgeführt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist unsere Intention. Das will ich noch einmal klar sagen, ehe das hier verwässert und sich eine andere Entwicklung ergeben sollte. Die Proklamation könnten wir ja unter der Regie von Alt-Köllen machen. Aber darüber muss das Festkomitee mit der Gesellschaft sprechen. Ich möchte nur noch einmal klarstellen, was wir hier zur Abstimmung stellen möchten - Herr Oberbürgermeister, ich bitte, das auch so zu sagen -: Es geht uns darum, die Volkskarnevalssitzung im Zelt auf dem Neumarkt weiter bestehen zu lassen. Das war unsere Intention. Den Wischiwaschi-Versuchen, die hier von allen Seiten kommen, damit die Leute nachher gar nicht mehr wissen, worüber hier abgestimmt wurde, möchte ich entgegentreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Zur Ergänzung: Wir haben beide mit dem Alt-OB gesprochen. Er hat gesagt, dass es ihm um diese Volkssitzung geht

(Josef Müller [CDU]: Ganz genau!)

und dass innerhalb dieser Volkssitzung - in einem Zelt - eine Proklamation durchgeführt wird. Das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Es geht also nicht um eine Zelt-Phobie, sondern um diese konkrete Veranstaltung.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Herr Bacher, der hat auch etwas zu sagen. Das hat er auch getan; er hat euch doch geschrieben.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Ja, aber das war anders gemeint, als Sie es jetzt darstellen. Herr Bacher, das wissen Sie doch sehr genau.

Ich will Ihnen noch Folgendes sagen: Ich habe in der Frage natürlich auch die direkten Anwohner befragt. Das ist ganz wichtig, zu wissen. Ich habe schon heute Mittag allen Fraktionssprechern mitgeteilt, dass sowohl City-Marketing als auch IG Neumarkt, die zwar grundsätzlich unserem Konzept zustimmen und darüber erfreut

sind, bei dieser konkreten Veranstaltung, die zwei Tage lang den Neumarkt besetzt, keine Bedenken haben. Das wollte ich nur noch einmal ausdrücklich der Vollständigkeit halber sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es steht noch ein Redebeitrag von Herrn Dr. Müser aus. Danach kommen wir zur Abstimmung.

**Dr. Martin Müser (Kölner Bürger Bündnis):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich möchte den Worten von Herrn Bürgermeister Müller Folgendes hinzufügen: Es kann auch nicht darum gehen, dass nur dann eine Veranstaltung dort stattfinden kann, wenn es eine Remmidemmi-Alternativveranstaltung nach der Fassung von Frau Moritz ist, also Open Air, viele Musikbands und möglichst laut, oder wenn Herr Börschel nach Ratsbeschluss das Programm genehmigt hat, wie es die beiden Herrschaften wollen. Es kann nur darum gehen, dass hier eine Karnevalsgesellschaft ihre Veranstaltung, die sie selber plant, durchführen kann. Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. Jede Rede provoziert eine weitere. Herr Frank hat sich auch noch einmal gemeldet.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Müser, ich bin von Ihnen jetzt tief enttäuscht. Sie kennen doch die Arbeitsteilung hier im Kölner Rat. Für „Ballermann“ ist die FDP-Fraktion zuständig, nicht die Grünen. Wir stehen für Qualität.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist der Unterschied. Also, Herr Müser, wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen Remmidemmi und Ballermann an meinen Kollegen Uli Breite. Er kennt sich da besser aus. Das hat er ja eben schon mit Emphase hier dargelegt.

Jetzt stehen Sie alle vor folgender Frage: Sind Sie für eine Volksproklamation oder dagegen?

(Widerspruch bei der CDU)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Wir unterstützen den Vorschlag von Martin Börschel, der jetzt aus der Debatte spontan eingebracht worden ist, voll und ganz und gehen davon aus, dass jetzt auch vernünftig abgestimmt wird.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Eine Abstimmung ist zunächst einmal etwas Formelles. Ob vernünftig abgestimmt wird, werden wir am Ende sehen. - Manfred Wolf hat sich zu Wort gemeldet.

**Manfred Wolf (FDP):** Es ist ja so: Die Grünen stehen für Qualität, benehmen sich aber so, als hätten sie die Schule für Erziehungshelfer ohne Erfolg verlassen.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Barbara, du benimmst dich hier wie ein pädagogischer Terrorist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Du willst bestimmen, was und wo in dieser Stadt gefeiert werden soll, und das mithilfe der Kommunisten, die hier das Zünglein an der Waage sind.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich habe immer schon geahnt, dass der Karneval eine ernste Sache ist. Irgendwie bestätigt sich das heute. - Frau Wilden hat sich noch zu Wort gemeldet.

**Regina Wilden (pro Köln):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich muss gestehen: Ich sehe das mit einigem Abstand, aber auch mit zunehmendem Befremden. Man möchte meinen, diese Stadt hätte keine anderen Probleme, als sich von einem Großteil ihres Rates das eigene Brauchtum, die eigene Tradition kaputtmachen zu lassen. Stimmen Sie doch ab! Behalten Sie Ihr Volkstum bei, halten Sie es aufrecht und führen Sie diese Veranstaltung weiter auf dem Neumarkt durch! Darüber muss man doch nicht eine Stunde oder länger debattieren. Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich hatte ohnehin vor, jetzt zur Abstimmung zu kommen, wollte aber Ihren Wortbeitrag noch zulassen.

Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: Da der CDU-Antrag, der, wie ich sehe, weitergehende ist, werden wir über diesen zuerst abstimmen. Es gibt dann noch einen Ersetzungsantrag der SPD, über den wir direkt danach abstimmen. Danach ist Schluss der Debatte zu diesem Thema.

Wir kommen zur Abstimmung über den CDU-Antrag, mit dem eine Volkssitzung im Zelt mit einer entsprechenden Proklamation beschlossen werden soll. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser, Frau May und meine Stimme. Gegenstimmen? - Von der SPD, den Grünen und der Linken. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist der Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt.

(Andreas Köhler [CDU]: Das ist die kommunistische Mehrheit!)

Jetzt kommen wir zum zweiten Antrag, der eine Proklamation auf dem Neumarkt möchte, allerdings ohne Sitzung,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ohne Zelt!)

weil man ja dort nicht sitzen kann, aber für ganz viele Menschen.

(Martin Börschel [SPD]: Soll ich den Antrag noch einmal vorlesen?)

- Das wäre nett, ich habe ihn ja nicht.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Ich lese den Antrag noch einmal kurz vor, damit Sie nicht in die Verlegenheit geraten, ihn interpretieren zu müssen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel, nicht in diesem Stil! Dieser Antrag liegt hier niemandem vor.

**Martin Börschel (SPD):** Seien Sie doch nicht so aufgeregt.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist doch nur fair gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im Rat, wenn Sie ihn noch einmal vorlesen. Also, bitte schön.

**Martin Börschel (SPD):** Eben drum, deshalb habe ich mich ja gemeldet. Aber Sie interpretieren ihn schon. Ich versuche, das dadurch zu erleichtern, indem ich ihn jetzt noch einmal vorlese. Dann werden wir ja sehen, was dann passiert.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Bitte, tragen Sie den Antrag noch einmal vor und reichen ihn dann beim Protokoll ein.

**Martin Börschel (SPD):**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Festkomitee Kölner Karneval die Möglichkeiten zur Durchführung einer Volksproklamation auf dem Neumarkt zu prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

(Zuruf von der CDU: Mit oder ohne Zelt? - Gegenruf: Dazu steht nichts drin!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist ein Prüfauftrag. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Von der CDU, FDP, pro Köln und Frau May. Enthaltungen? - Keine. Damit haben die CDU und die FDP verloren, denn eine Mehrheit hat sich für diesen Antrag entschieden. Dann ist es so beschlossen. Die Verwaltung wird das, was der Rat mit Mehrheit beschließt, prüfen.

Damit ist dieses Thema beendet. Ich darf die Mitglieder des Festkomitees verabschieden. Natürlich können Sie auch noch hierbleiben, aber es gibt heute sicherlich noch amüsantere Sitzungen für Sie. In diesem Sinne: Viel Spaß!

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2.1.3 auf:

### 2.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Abriss des Kommerzhotels" AN/0052/2008

Dazu spricht Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! An der Unruhe im Saal spüre ich, dass die letzte Abstimmung noch nachwirkt. Aber neben den Fragen des Platzkonzeptes stehen noch weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung, denen wir uns widmen sollten, so zum Beispiel der Stadtentwicklung und einem der wichtigsten Plätze für die Stadtentwicklung, dem Breslauer Platz.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 9. August des vergangenen Jahres nach der Vorberatung im Liegenschaftsausschuss und in der Bezirksvertretung Innenstadt folgenden Beschluss gefasst: Auf Grundlage der Machbarkeitsuntersuchung für den Breslauer Platz soll unter gewissen Prämissen ein städtebaulicher Entwurf ausgearbeitet werden. Es folgen acht Spiegelstriche, die diese Prämissen umschreiben, beispielsweise die Einbeziehung eines Busterminals, den Verzicht auf den Musicalstandort - darüber haben wir hier auch schon diskutiert - und betreffend Standort für das Kommerzhotel.

Zu diesem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses gab es keine Nebenabreden oder ein Augenzwinkern der Fachpolitiker in dem Sinne: Eigentlich würden wir das Kommerzhotel gerne abreißen, aber das schreiben wir nicht in den Beschluss, weil uns das die Preise kaputtmachen würde. Ganz im Gegenteil: Die rot-grüne Mehrheit im Ausschuss war sich sehr bewusst, was sie in dieser Frage beschließt.

Der Erhalt des Kommerzhotels war für die FDP-Fraktion Dreh- und Angelpunkt der Kritik an diesem städtebaulichen Entwurf für den Breslauer Platz. Wir haben gesagt: Wenn man das Hotel an dieser Stelle erhält, dann kann aus dem Entwurf für eine Neuentwicklung des Breslauer Platzes nichts Großes herauskommen.

Die Verwaltung hat diesen Beschluss dann auch so umgesetzt, wie sie es eben tut mit Ratsbeschlüssen: zuverlässig wie ein Uhrwerk. Mal läuft es etwas schneller, mal etwas langsamer, aber sie hat diesen Beschluss entsprechend abgearbeitet. Sie ist mit dem Hoteleigentümer nicht in Kontakt getreten, um dieses Hotel zu erwerben und in eine Neuplanung einzubeziehen. Den Beweis dafür liefert der *Express* vom 9. Januar dieses Jahres, in dem der Eigentümervertreter Hans-Jürgen Pütz, Geschäftsführender Gesellschafter der Gerbecks GmbH, sagt: „Mit uns hat noch keiner gesprochen.“

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Genau dieser Artikel aus dem *Express* vom 9. Januar war auch der Auslöser für unsere Ratsinitiative. Der Kollege Börschel lässt sich hier mit den Worten zitieren:

Wenn man schon die Chance hat, den Breslauer Platz für viele Jahrzehnte neu zu gestalten, dann sollte man es auch richtig machen. Deshalb sollte die Stadt zu akzeptablen Konditionen das Hotel kaufen, abreißen und die Fläche in die Neugestaltung einbeziehen.

Die Kollegin Moritz von den Grünen hat hier erklärt:

Das Hotel mag in den 70er-Jahren schick gewesen sein, aber heute findet das doch keiner mehr schön. Natürlich sollte die Verwaltung mit dem Eigentümer über einen Erwerb verhandeln.

Sie sehen an diesen Zitaten, dass es nicht die FDP war, die dieses Thema, diese vielleicht auch sensible liegenschaftspolitische Frage in die Öffentlichkeit gebracht hat. Die Kollegen Börschel und Moritz haben im *Express* öffentlich erklärt, dass Sie das Hotel erwerben und abreißen lassen wollen. Das Einzige, was die FDP gemacht hat, ist, diese Aussagen in einen Ratsantrag zu gießen, den wir dann auch hier beschließen können, damit den vollmundigen Erklärungen von SPD und Grünen vonseiten der Verwaltung auch Taten folgen können.

(Karl Klipper [CDU]: Ich habe vorher 10 Prozent gekauft!)

- Na, wunderbar. Herzlichen Glückwunsch!

Jetzt gibt es Bedenken, diesen Beschluss hier in öffentlicher Sitzung im Rat zu fällen. Ich meine, das Thema ist so weit durch, dass wir den Beschluss fällen können. Wenn es diese Bedenken aber weiterhin geben sollte, habe ich nichts dagegen, den Antrag in den Liegenschaftsausschuss und in den nichtöffentlichen Teil des Stadtentwicklungsausschusses - denn dieser hat den Beschluss gefällt, daher kann nur er ihn entsprechend abändern - zu verweisen. Diesem Wunsch komme ich dann gerne nach. Hauptsache, meine Damen und Herren, inhaltlich ändert sich etwas an den Planungsvorgaben für den Breslauer Platz, damit wir diese einmalige Chance nutzen und den kompletten Breslauer Platz neu beplanen können, inklusive des Grundstücks des Kommerzhotels. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Sterck, ich habe mich gefragt, was Sie eigentlich mit Ihrem Antrag bezwecken. Wenn wir das Jahr 1999 hätten, in dem Sie mit Ihrer Fraktion gerade in den Rat eingezogen sind, hätte ich gesagt: Na ja, das ist ein Anfängerfehler. Aber Sie sind ja genauso lange dabei wie die meisten hier. Eines müssten Ihnen doch klar sein: Dass man so sensible Fragen wie die Arrondierung von städtischen Grundstücken um private Eigentumsbereiche nicht hier auf der Bühne des Rates in aller Breite diskutieren kann. Das sollte man nicht tun.

(Zuruf von der FDP: Der Vorsitzende hat es im *Express* gemacht!)

- Das ist etwas anderes. Es ist auch völlig unklar, ob die Dinge so wörtlich zu nehmen sind, wie sie vom *Express* dargestellt worden sind. Wir befinden uns hier im Rat. Der Rat ist eine andere Ebene. Der Rat ist das höchste Beschlussfassende Gremium der kommunalen Selbstverwaltung. Da sollte man schon ernsthafte Anträge stellen, mit denen man tatsächlich etwas bewegen will.

Der Sachverhalt an sich ist zwar nicht unstrittig, aber fast alle sind dafür, dem Breslauer Platz eine städtebaulich attraktivere Gestaltung zu geben. Ärgerlich ist nur, dass das, wie jetzt auch über die Weihnachtsferien, von bestimmten Kräften infrage gestellt wird, indem sie sozusagen Elogien auf den „blauen Müllsack“ halten. Aber ansonsten ist das keine Frage, die der Diskussion hier lohnt, sondern eher eine sensible verhandlungstaktische Frage, die man eher an anderer Stelle diskutieren sollte. Dafür gibt es den Liegenschaftsausschuss, der in Grundstücksfragen nichtöffentlich tagt. Das Prozedere ist Ihnen hinlänglich bekannt. Dort gehört eine solche Fragestellung hin.

Weil wir Ihnen das in einem konstruktiven Sinn auch schon im Vorfeld mehrfach gesagt haben, Sie aber darauf nicht reagiert haben, meine ich, dass wir heute hier nicht über Ihren Antrag beschließen sollten. Deswegen werden wir

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

diesen einfach ablehnen. Wir würden damit nur Porzellan zerschlagen, und daran haben wir kein Interesse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Frank. Frau May, bitte.

**Petra May** (fraktionslos): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte hier nicht darüber diskutieren, ob man in dieser Stadt hässlich bauen kann bzw. konnte. Dafür gibt es viele andere Stellen. Ich möchte das Augenmerk auf den Platz richten, wobei ich sagen muss: Das Schönste, was derzeit auf dem Platz steht, ist das blaue Zelt. Das verdeckt nämlich dieses Kommerzhotel ganz. Schon deswegen sollte es weiterhin dort stehen bleiben.

Jetzt aber zum Kommerzhotel. Wenn die U-Bahn so gebaut werden müsste, dass sie das Kommerzhotel tangiert hätte, wenn ein Busbahnhof so gebaut werden müsste, dass er das Kommerzhotel tangiert hätte, dann hätte das Kommerzhotel ohne Frage weichen müssen. Dafür gibt es die entsprechenden Gesetze. So etwas nennt man im Fachjargon Umlegungsverfahren. Jeder, der ein Grundstück hat, weiß: Dort, wo eine Straße oder gar eine Autobahn gebaut wird, kann im Sinne des Allgemeinwohls über Eigentumsfragen gesprochen werden. Und genau das sollte man hier tun. Dieser Platz ist von zentralem Interesse; denn als ein bedeutender Umschlagplatz ist er für diese Stadt ganz wichtig. Aus dieser Perspektive sollte man auch über ein Umlegungsverfahren nachdenken. Das ist bisher noch nicht gemacht worden, jedenfalls konnte ich das in den Unterlagen nicht entdecken. Aber das sollte man prüfen.

Jetzt hat man die Chance, den Platz neu zu gestalten. Wenn das Kommerzhotel abgerissen wird, könnte man vielleicht doch einen Musicalstandort vorsehen. Das heißt: Die Frage, ob das Kommerzhotel stehen bleibt oder nicht, ist stadtentwicklungspolitisch wichtig. Hier müssen und hier können auch Eigentumsrechte zurückstehen. Art. 14 des Grundgesetzes erlaubt das ausdrücklich. Wenn das Grundgesetz das ausdrücklich erlaubt, frage ich mich, warum bei dieser Frage so gezögert wird. Viele Kölner und Kölnerinnen ärgern sich über dieses hässliche Hotel. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, in Verhandlungen zu treten. Es handelt sich um

eine sensible Frage. Gerade die Grünen haben auf einmal Respekt vor Eigentum. Das bin ich aus früheren Zeiten gar nicht gewohnt.

(Beifall bei der FDP)

Viele Kölner und Kölnerinnen haben ihre Grundstücke abtreten müssen und wenig von der Stadt dafür bekommen. Erinnert sei hier nur an die Bauern, die nichts dafür bekommen haben, als die Ford-Werke in den 20er-Jahren gebaut worden sind. Man kann also mit Recht daran gehen, diesen wichtigen Sachverhalt zu prüfen. Ich weiß nicht, ob die Verwaltung dazu in der Lage ist. Aber ich würde anregen - ich weiß im Moment auch nicht, welcher Fachdezernent dafür zuständig ist -, dies einmal aus juristischer Perspektive zu betrachten. Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. Möchte die Verwaltung dazu etwas sagen? - Für Umlegungen ist Herr Dr. Walter-Borjans zuständig.

(Dr. Lothar Lemper [CDU]: Der Umlegungsdezernent!)

- Er meint, dafür sei noch Zeit genug, es muss nicht heute umgelegt werden.

War das eben ein Antrag auf Verweis oder nicht? Ansonsten stimmen wir darüber so ab, wie er vorliegt.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich würde dann den Antrag stellen - von der anderen Seite wurde er nicht gestellt, daher mache ich es -, dass wir den Antrag sowohl in den Liegenschaftsausschuss als auch in den nichtöffentlichen Teil des Stadtentwicklungsausschusses verweisen. Ich halte den Stadtentwicklungsausschuss deswegen für wichtig, weil der Beschluss über die städtebauliche Nutzung des Breslauer Platzes im Stadtentwicklungsausschuss unter Beteiligung des Liegenschaftsausschusses und der Bezirksvertretung gefasst worden ist. Deswegen kann aus meiner Sicht nur der Stadtentwicklungsausschuss diesen Beschluss aufheben, wenn es der Rat nicht tut.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay, danke schön. Nun will der Dezernent doch noch etwas dazu sagen.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans:** Zur Umlegung. Wir haben Gespräche geführt. Es gibt auch einige sehr interessante Hinweise, die ich aber nicht zum Gegenstand einer öffentlichen Beratung machen möchte. Das können wir von mir aus noch einmal im Liegenschaftsausschuss oder hier im nichtöffentlichen Teil besprechen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Insofern passt das mit dem Verweis ja ganz gut. Dann kann man in nichtöffentlicher Sitzung noch einmal darüber reden.

Wir stimmen jetzt über den Antrag auf Verweis ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Damit ist das in die beiden Ausschüsse, den StEA und den Liegenschaftsausschuss, verwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

### 2.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Schließung der Übergangswohnheime am Poller Damm" AN/1633/2007

Es spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die einen oder anderen werden sich noch erinnern: In den 90er-Jahren gab es einen Krieg auf dem Balkan, also unmittelbar vor unserer Haustür. Dieser Krieg hat Flüchtlinge produziert. Es war klar: Menschen, die durch das Aufeinanderschlagen von verfeindeten Armeen mit dem Tod bedroht sind, müssen irgendwo Zuflucht finden. Es war zweifellos naheliegend, dass die Länder Mitteleuropas angeboten haben, gewisse Kontingente an Flüchtlingen aufzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland hat seinerzeit mit am lautesten „hier“ gerufen. Die Franzosen und die Italiener waren erstaunlich zurückhaltend. In den Beneluxländern war man wohl der Auffassung, dass ihre jeweiligen Staatsgebiete zu klein seien, um nennenswerte Flüchtlingsströme aufzunehmen.

Ein erheblicher Teil der Menschen, die damals vor dem Krieg Reißaus genommen haben, hat deshalb hier in Deutschland eine in sehr vielen Fällen vorübergehende Zuflucht gefunden. Etliche sind mit Dankbarkeit wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, als der Krieg vorbei war. Aber ein gewisser Anteil - ich darf im Rückblick

feststellen: das war nicht der wirtschaftlich leistungsfähigste Anteil unter den Kriegsflüchtlingsen - hat sich auf Dauer hier in Deutschland eingerichtet und kommt mittlerweile mit den Verhältnissen auch ohne Krieg in der Heimat ganz gut aus. Er denkt überhaupt nicht daran, sich eine berufliche Perspektive dort zu suchen, wo er in den 90er-Jahren hergekommen ist. Stattdessen sucht er seine Perspektive in den hiesigen Sozialsystemen.

In den 90er-Jahren wurden vielerorts in Deutschland Übergangseinrichtungen ins Leben gerufen, um diesen Bürgerkriegsflüchtlingsen ein Dach über dem Kopf zu gewähren. Aus diesem Grund wurde vor zwölf Jahren auch das sogenannte Übergangsheim am Poller Damm von der Stadt Köln eingerichtet, in das seinerzeit ausschließlich Bürgerkriegsflüchtlingsen einquartiert worden sind. Der Krieg ist nun schon lange vorbei. Daher ist es überhaupt nicht einzusehen, warum eine solche Einrichtung noch heute, zwölf Jahre später, mit unverminderter Besetzungstärke weiter von der Stadt vorgehalten werden muss.

Die Belegschaft hat in der Zwischenzeit einige Male rotiert. Sie hat sich - was zumindest die Meldungen der Nachbarn indizieren - nicht besser eingelebt als die erste Generation der Flüchtlinge. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Die Art der Flüchtlinge ist natürlich insofern anders, als diese Menschen zum überwiegenden Teil mit dem Krieg überhaupt nichts mehr zu tun haben und auch nicht vor dem Krieg geflohen sind, sondern vor der Armut in ihren jeweiligen Ländern.

Seit Jahr und Tag macht dieses sogenannte Übergangsheim am Poller Damm Schwierigkeiten für die unmittelbare Nachbarschaft. Die Menschen, die dort untergebracht sind, müssen ja morgens nicht raus zur Arbeit. Sie haben es nicht nötig, sich den Wecker auf 7 Uhr zu stellen und können deshalb, wo es ihnen geboten erscheint, gerne auch schon mal die Nacht durchfeiern - anders als ihre Nachbarn, übrigens nicht nur deutsche Nachbarn, sondern auch Ausländer, die für den nächsten Morgen ihren Wecker zu stellen gezwungen sind und die sich dann, wenn in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft rücksichtslos durchgefeiert wird, unter Umständen in ihrer Nachtruhe gestört fühlen. Sie rufen dann die Polizei, und es gibt den 2 736. Einsatz am Poller Damm. Viel zu regeln ist für die Beamten im Normalfall nichts. Sie fahren dann wieder nach Hause, es herrscht Ruhe für vielleicht drei,

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

vier Tage, und in der folgenden Woche geht das ganze Prozedere wieder von vorne los.

Gerade der Stadtteil Poll - ich erinnere an das Thema Salmstraße - ist in der Vergangenheit durch die einschlägigen Probleme sehr nachhaltig belastet gewesen. Die Menschen am Poller Damm, die nicht in den Übergangsheimen einquartiert sind, sondern dort zurückgeblieben sind, weil sie keine Möglichkeit hatten, wegzuziehen, stehen seit Jahren in einem intensiven Kontakt mit der Verwaltung, die gegenüber den Poller Bürgern ein immer schwächer werdendes und auf Beschwichtigungen abzielendes Beschwerdemanagement etabliert hat. Die Bürger werden getröstet von einem Monat auf den nächsten, von einem Jahr aufs andere. Es hieß mehr als einmal in der Kommunikation der Verwaltung mit den Poller Bürgern, diese Einrichtung würde demnächst geschlossen werden. Dass dort baulich schon lange nichts mehr passiert, kann jeder sehen, der sich die Häuser anschaut; diese sind mehr oder weniger dem Verfall preisgegeben.

Die Versprechungen sind immer wieder nicht eingehalten worden. Vielmehr gab es immer nur Vertröstungen. Dieses Vertrösten und das Nichteinhalten des Versprechens, das Übergangsheim endlich zu schließen, machen den Antrag der Fraktion pro Köln nötig, der Ihnen hier vorliegt und für den wir Ihre Zustimmung erbitten.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.1 auf:

**2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Weiterentwicklung der kommunalen Städtepartnerschaftsarbeit“  
AN/0122/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion  
AN/0204/2008**

Es spricht zunächst Frau Möller. Bitte schön.

**Monika Möller (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1930, wurde die erste offizielle Städtepartnerschaft, an der eine deutsche Stadt beteiligt war, geschlossen, und zwar zwischen Wiesbaden und Klagenfurt. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte 1951 die Gründung des Rates der Gemeinden Europas durch 50 Bürgermeister deutscher und französischer Städte. Auch die Stadt Köln ist über den Deutschen Städtetag Mitglied im heutigen Rat der Gemeinden und Regionen Europas.

Sieben Jahre nach Kriegsende, im Mai 1952, wurde Liverpool Kölns erste Partnerstadt. Die Gründung dieser Städtepartnerschaft war ein wichtiger Schritt und half beiden Seiten, neue zwischenmenschliche Verbindungen zu knüpfen und die Geschehnisse des Krieges zu verarbeiten. Der Partnerschaft mit Liverpool folgten bis 1997 22 weitere Städtepartnerschaften.

Die Motivation aller Beteiligten, die mit anderen Städten eine Partnerschaft eingehen, ist, einen Beitrag für Völkerverständigung und dauerhaften Frieden in der Welt zu leisten. Darüber hinaus gab es bei späteren Partnerschaften auch das Motiv, solidarische Unterstützung und praktische Hilfe zu leisten, so zum Beispiel bei der Städtepartnerschaft mit Corinto/El Realejo in Nicaragua. Bei den Kölner Städtepartnerschaften gibt es nicht nur mehr oder weniger regelmäßigen Austausch zwischen den Räten und den Stadtverwaltungen, sondern es haben sich Vereine gegründet, die einen kontinuierlichen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstadt anbahnen und pflegen. Diese zum Teil mühsame Aufgabe ist für die Stadt unentbehrlich geworden und sollte auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Kölner Städtepartnerschaftsarbeit sein.

Unser vorliegender Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, dient dazu, die seit über 50 Jahren erfolgreiche Kölner Städtepartnerschaftsarbeit einmal kritisch zu überprüfen und entsprechend den aktuellen Erfordernissen weiterzuentwickeln. Wir stellen uns vor, dass die Aktivitäten zwischen Köln und den bestehenden Partnerschaften zunächst gründlich analysiert und dann Ziele und Handlungsfelder für die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Bildung, Jugend, Soziales und Sport formuliert werden. Die Einbeziehung der Städtepartnerschaftsvereine ist uns in diesem Zusammenhang sehr wichtig.

Wir regen ebenso an, eine Tradition aus früheren Jahren wiederaufleben zu lassen, jährlich an-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

lässlich des Europatages eine Veranstaltung in Köln zu Eurothemen durchzuführen, um auf diese Weise die immer größer gewordene Bedeutung der Europäischen Union den Kölnerinnen und Kölnern näherzubringen. Hier ergibt sich eine gute Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den konsularischen Vertretungen der einzelnen Länder, den Europapolitikern und den Städtepartnerschaftsvereinen.

Auch die Einbeziehung der Ratsmitglieder und Vereinsvertreter in die Vorbereitung und Durchführung von Kontakten ist uns wichtig. Bei den Kölner China-Aktivitäten der letzten Monate gab es mehrere wirtschaftliche Kontakte. Ratsmitglieder waren hier aber nicht eingebunden.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass eine Intensivierung der Städtepartnerschaftsarbeit nur möglich ist, wenn auch entsprechende finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die jetzige finanzielle Ausstattung des Büros für Internationale Angelegenheiten reicht dazu nicht aus. Im Bereich der Städtepartnerschaften stehen bisher nur 10 000 Euro zur Verfügung. Im Bereich Sport existiert bisher überhaupt kein Ansatz für den Sportler austausch mit den Partnerstädten. Dies sollten wir ändern und wenigstens einen kleinen Betrag in diesen Bereichen ansetzen.

Ich bin sicher, wir geben der internationalen Arbeit mit dieser Initiative einen Schub und regen darüber hinaus an, sich einmal etwas intensiver über die Arbeit der Städtepartnerschaftsvereine zu informieren und gegebenenfalls dort mitzuarbeiten.

Zum Antrag der CDU: Wir würden die ersten beiden Punkte in den Anhang unseres Antrages übernehmen und mitbeschließen. Die Punkte 3 und 4 würden wir in die jetzigen Haushaltsberatungen verweisen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Möller. Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Köln ist einsame Spitze, auf jeden Fall, was die Zahl seiner Städtepartnerschaften angeht. Köln unterhält städtepartnerschaftliche Beziehungen zu 23 Kommunen,

darunter 21 im Ausland. Keine Stadt in Deutschland hat so viele Partnerstädte wie Köln.

Ging es dabei zunächst - das hat meine Vorrednerin bereits gesagt - nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem darum, ein Zeichen der Wiedergutmachung und der Versöhnung zu setzen, begleiteten und beförderten die Städtepartnerschaften in den folgenden Jahren auch ein Stück weit die europäische Integration. Sie konnten dazu beitragen, dass der Gedanke der europäischen Einigung weiter verankert und getragen wurde.

Die Stadt Köln hat schon früh ihren Blick über den europäischen Tellerrand hinaus geöffnet und Städtepartnerschaftsabkommen zum Beispiel mit Kioto im Jahre 1963, Indianapolis 1988, Corinto/EI Realejo 1988, Bethlehem 1996 und Istanbul 1997 geschlossen. Wir leben in einer Welt. Die Städtepartnerschaften unterstreichen das. Gerade die Partnerschaften zu Tel Aviv und Bethlehem verdeutlichen einen weiteren Aspekt der Arbeit. Diese Partnerschaften möchten auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden leisten.

Ergänzt werden diese städtepartnerschaftlichen Beziehungen durch die aktive Kölner Mitarbeit in zahlreichen europäischen und internationalen Städtenetzwerken. Diese Netzwerke sind eine wiederentdeckte Form grenzüberschreitender kommunaler Zusammenarbeit. Diese hat eine immer größere Bedeutung. Diese Netzwerke entsprechen den Anforderungen einer sich globalisierenden und immer urbaner werdenden Welt. Ich sage: wiederentdeckte Form; denn als Mitglied der Hanse agierte Köln vor Hunderten von Jahren bereits als Global Player. Höchste Zeit, hier wieder anzusetzen und Köln in seinen internationalen Beziehungen zu stärken. An diesem Punkt setzt unser Antrag an.

Für die Städtepartnerschaftsarbeit sowie die internationalen Städtekoooperationen ist ein Konzept zu entwickeln, dass die Stadt Köln als europäische Metropole fit macht für das 21. Jahrhundert. Um das internationale Beziehungsgeflecht zu erweitern, bedarf es nicht neuer Städtepartnerschaften. Zielführender könnte sein, begrenzte Kooperationen zu vereinbaren oder ein stärkeres Engagement in internationalen Städtenetzwerken zu zeigen.

Städtepartnerschaften und Städtekoooperationen sind kein Selbstzweck. Sie dienen der Völkerverständigung und leisten einen unverzichtbaren

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt. Sie sind praktizierter Kulturdialog. An dieser Stelle sei ein besonderer Dank den vielen Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Vereinen in dieser Stadt ausgesprochen, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die Städtepartnerschaft mit Leben füllen. Unser Antrag sieht vor, dieses Engagement nicht nur in schönen Sonntagsreden zu würdigen, sondern endlich die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele vonnöten sind.

Städtepartnerschaften und Kooperationen dienen dem ganz praktischen Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen. Sie können den Wirtschaftsstandort Köln profilieren und die Wirtschaftsbeziehungen fördern. Sie sollen aber auch dazu beitragen, Bürger- und Menschenrechte weltweit zu stärken. Wir dürfen deshalb nicht schweigen, wenn in Partnerstädten Menschenrechte systematisch verletzt werden. Das heißt, es geht uns etwas an, wenn in einer unserer Partnerstädte Menschenrechte verletzt und Bürgerrechtler verfolgt werden. Auch hier bedarf es klarer Worte aus Köln.

In unserer Sitzung am 08.11. haben wir hier unter der Überschrift „Köln in Globaler Partnerschaft“ die Millenniumserklärung der Stadt Köln unterzeichnet. Darin sind die besondere Rolle und Verantwortung von Städten und Kommunen bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele unterstrichen. Köln muss nun Ernst machen und sich dieser neuen Herausforderung stellen. Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein. In den Städten also wird sich entscheiden, ob und wie die Millenniumsziele umgesetzt werden. Dazu gehört, dass Städte im Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe gemeinsam daran arbeiten, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern eine lebenswerte Zukunft bieten zu können.

Köln hat bereits viel getan, und in Köln wird auch viel getan. Vieles lässt sich aber noch verändern. Daher stellen wir unseren Antrag mit der Bitte um Zustimmung.

Zum CDU-Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag. Die ersten zwei Punkte - meine Vorrednerin hat es bereits angesprochen - können wir mit aufnehmen, die Punkte 3 und 4 verweisen wir in die Haushaltsplandebatten. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau von Bülow. Herr Breite hat nun für die FDP das Wort.

(Zuruf: Es gibt noch einen weiteren Antragsteller!)

- Ach so, dann Herr Kellner. Entschuldigung, Herr Breite.

(Michael Kellner [Die Linke.Köln]:  
Ich spreche danach!)

**Ulrich Breite (FDP):** Gut, dann können Sie auf meinen Beitrag noch eingehen, Herr Kellner. - Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Inhaltlich kann ich dem, was die beiden Vorrednerinnen von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen gesagt haben, nur zustimmen.

Dieser Antrag hat ja schon eine etwas längere Geschichte. Walter Kluth ist damals mit dem Anliegen auf mich zugekommen, dass die vier Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP einen Antrag zur Städtepartnerschaft stellen sollten. Wir haben dem sofort zugestimmt, und ich glaube, bei der CDU war es genauso. Ich bekam dann am 25.10. einen Entwurf für die November-Sitzung des Kölner Rates. Wir hatten dazu zwei kleine Änderungsvorschläge, die aber nicht besonders ins Gewicht fielen, und haben dem Entwurf zugestimmt. Ich habe von meinem Kollegen Josef Müller gehört, dass es bei der CDU ebenso ablief. Und so kam es zu einem Antrag von den vier Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Dann kamen die bösen Kommunisten!)

- Die Kommunisten kamen ein bisschen später. Es war meistens so in der Geschichte, dass die später kamen.

Daraufhin wurde noch Beratungsbedarf bei den Antragstellern von der SPD angemeldet - damit hatten wir überhaupt kein Problem. Dabei kam ein neuer Antrag heraus, und ich habe sofort gesagt: Der ist hervorragend; denn die beiden Gedankengänge, die wir gerne dabei haben wollten, waren nun auch enthalten, nur stellte sich heraus, dass das nun ein Fünfer-Antrag werden sollte.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:  
Ach, Gottchen!)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Dazu haben wir gesagt: Das ist nicht mehr die Verhandlungsgrundlage, auf der wir damals begonnen haben.

Inhaltlich - das habe ich damals schon Mitarbeitern der SPD-Fraktion, die mich darauf angesprochen haben, gesagt - stehen ich voll hinter diesem Antrag, und dabei bleibe ich auch. Deswegen werde ich jetzt auch keine inhaltliche Rede dazu halten. Das wäre Quatsch. Nur: Wenn man vorher sagt, dass die vier demokratischen Fraktionen zusammen einen Antrag stellen, dann sollte das auch dabei bleiben. Den Stil fand ich nicht so berauschend - das betrifft aber nicht den Inhalt des Antrages.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Dem Inhalt, den die beiden Vorrednerinnen schon erläutert haben, stimmt meine Fraktion selbstverständlich zu. Danke schön.

(Beifall bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. Jetzt spricht Herr Kellner.

**Michael Kellner** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielem von dem, was hier zum Inhaltlichen gesagt worden ist, kann ich mich anschließen. Ich möchte aber noch einen anderen Aspekt erwähnen.

Während der Beschäftigung mit diesem Thema habe ich mir die offizielle Liste der Städtepartnerschaftsvereine einmal näher angeschaut. Dabei ist mir aufgefallen, dass alle 22 aufgeführten Vereine zwar wenigstens eine Kontaktadresse einschließlich einer Mailadresse aufweisen, aber nur neun einen ausdrücklich genannten Vorsitz. Nur sechs haben eine ausgewiesene Geschäftsführung, 13 geben eine Homepage an. Die Anzahl der Mitglieder der Vereine ist nicht angegeben. Abgesehen davon, dass die Liste dringend überarbeitet werden muss, zeigt sie deutlich, dass die Städtepartnerschaftsvereine nicht der Stadt liebste Kind sind. Es gibt zu wenig Geld und offensichtlich auch zu wenig Beachtung, Anregung und Unterstützung durch die Stadt.

Im Jahresbericht 2005 „Europäische und internationale Aktivitäten der Stadt Köln“, der im Internet zu finden ist, sind zahlreiche Aktivitäten und

Maßnahmen der Stadt im Zusammenhang mit den Städtepartnerschaften aufgeführt. Der Bericht kann sich sehen lassen, wenn auch schade ist, dass der Bericht von 2006 nicht im Internet zu finden ist. Die Stadt weiß sich und ihr Engagement hervorragend darzustellen. Allerdings fehlt den zahlreichen Aktivitäten eine Einordnung in ein städtepartnerschaftliches Konzept. Man fragt sich unwillkürlich: Welchen Zielen ordnen sich die zahlreichen Aktivitäten der Stadt unter und halten diese Ziele auch einer künftigen Planung stand? Beim Lesen des Berichts fällt außerdem auf, dass die Vereine zur Förderung der Städtepartnerschaft nur am Rande erwähnt werden. Um es noch krasser zu sagen: Sie führen dort ein kümmerliches Dasein, obwohl doch gerade sie es sind, die mit ihrem freiwilligen Engagement die Stadt immer wieder zu Aktivitäten anregen und auffordern. Das ist bedauerlich.

Mit Recht fordert der gemeinsame Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln eine deutlich verbesserte Unterstützung und außerdem ihre Einbeziehung in die konzeptionelle Arbeit der Verwaltung und eine angemessene Einbindung bei der Vorbereitung und Durchführung von Kontakten mit den entsprechenden Städten.

Eine wirkliche Aufwertung der Fördervereine und Gesellschaften zur Förderung der Städtepartnerschaften wäre eine jährliche Feier oder Veranstaltung mit hochrangiger Besetzung aus den jeweiligen Staaten und Städten und einer interessanten und internationalen Themensetzung, so wie es im Antrag steht. Mit einer solchen Veranstaltung, die ja nicht für jeden Partnerschaftsverein jedes Jahr stattfinden muss, können neue Impulse gesetzt werden. Sie wäre ein Zeichen dafür, dass die Stadt die Arbeit der Fördervereine schätzt und an einer Weiterentwicklung der Städtepartnerschaft wirklich interessiert ist.

Noch kurz zum Änderungsantrag der CDU. Es ist schon sonderbar, dass sich Fraktionsmitglieder von CDU und FDP zustimmend über den Antrag von SPD und Grünen äußern, dann aber, kaum haben sie gesehen, dass auch der Name der linken Fraktion darunter steht, den Antrag ablehnen.

(Josef Müller [CDU]: Der Kommunisten!)

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Sie sollten sich einmal über den Mauerbau

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

in Ihren eigenen Köpfen Gedanken machen. Abgesehen davon ist die Fraktion der Linken der Meinung, dass die Punkte 1 und 2 durchaus im Sinne unseres Antrags sind; diesen werden wir auch zustimmen. Die Punkte 3 und 4 gehören unserer Ansicht nach, wie eben auch schon von SPD und Grünen gesagt, in die Haushaltsberatung. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. Für die CDU-Fraktion und deren Änderungsantrag spricht Herr Jung.

**Helmut Jung (CDU):** Herr Oberbürgermeister! In Anbetracht, dass wir noch viel vorhaben, will ich mir eine lange Rede ersparen. - Das, was Herr Kellner gerade zum Mauerbau in unseren Köpfen gesagt hat, halte ich für sehr übertrieben. In den Vorgesprächen war, wie Herr Breite eben darlegte, die Rede davon, dass die vier demokratischen Fraktionen diesen Antrag stellen. Wir wollen nicht - das betone ich ausdrücklich - mit den Linken auf einem Briefkopf stehen, genauso wenig wie mit den Rechten. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt.

Der zweite Grund für den Änderungsantrag ist, dass in dem ursprünglichen Antrag zu finanziellen Dingen überhaupt nichts gesagt worden ist. Erst mit unserem Änderungsantrag wurden der finanzielle Aspekt und die Möglichkeiten der finanziellen Ausstattung ins Spiel gebracht.

Da die anderen Fraktionen unserem Änderungsantrag zustimmen, indem sie die ersten beiden Punkte übernehmen und die übrigen beiden in die Haushaltsplanberatungen schieben - damit gehen wir durchaus d'accord -, werden wir dem Antrag zustimmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Es scheint große Einigkeit darüber zu bestehen. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich darüber abstimmen.

Also: Der ursprüngliche Antrag wird um die ersten beiden Punkte des CDU-Änderungsantrages erweitert. Gleichzeitig werden die Punkte 3 und 4 des CDU-Änderungsantrages in die Haushaltsplanberatungen verwiesen. Das können wir mit einer Abstimmung so beschließen. Gibt es dazu

Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.6 auf:

### **2.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Aufbau eines Standortes für Autoreisezüge in Köln“ AN/1396/2007**

Hierzu spricht Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und meiner Erkältung werde ich versuchen, mich so kurz wie möglich zu fassen.

Eigentlich spricht der Antrag für sich. Vor einigen Jahren wurde aus verständlichen Gründen - wegen der ICE-Planungen für den Bahnhof Deutz - der Autoreisezug von Deutz nach Troisdorf verlegt. Das war akzeptabel für uns und auch für die Kölner Bürger, die den Autoreisezug doch sehr rege angenommen haben. Autoreisezüge werden aber zwischenzeitlich auch von Troisdorf nicht mehr angeboten. Für die Kölner gibt es daher nur noch die Möglichkeit, was ohnehin für Kölner schwierig ist, von Düsseldorf aus mit dem Autoreisezug zu fahren.

Hinzu kommt, dass der Autoreisezug von Düsseldorf aus nur zwischen April und Oktober verkehrt. Es gibt keine ganzjährige Anbindung des Autoreisezuges zum Beispiel in Richtung Süden oder Norden. Man kann nur zwischen April und Oktober von dort abreisen. Die nächste Möglichkeit, von Köln aus mit dem Autoreisezug in Richtung Süden zu reisen, wäre von Neulsenburg aus. Aber dann ist man schon fast in München und könnte auch gleich durchfahren. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzten den Autoreisezug zum Beispiel, um in die Winterferien zu fahren. Das war sehr günstig, weil man mit dem Auto auf dem Zug bequem bis München kam und von dort aus mit dem Auto weiter in die kleineren Orte fahren konnte.

Ich denke, ich brauche hier keine weiteren Erläuterungen zu geben. Es wäre schön, wenn die größte Stadt Nordrhein-Westfalens wieder eine Anbindung an den Autoreisezug hätte. Ich bitte in diesem Sinne um die Zustimmung zu unserem Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. Eine weitere Wortmeldung kam von Herrn Ciesla-Baier.

**Dietmar Ciesla-Baier (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen den Antrag der FDP und hoffen, dass die Bemühungen der Verwaltung von Erfolg gekrönt sein werden. Dass das nicht so einfach werden wird, haben uns die nicht immer positiven Erfahrungen mit der Deutschen Bahn gelehrt.

Das Reisen mit dem Autozug ist stressfrei und Experten zufolge auch umweltfreundlich. Immer mehr Urlauber auch aus Köln und Umgebung nutzten in der Vergangenheit diese Möglichkeit. Trotzdem hat die Deutsche Bahn die Zahl der Verbindungen deutlich verringert. Nicht nur Verkehrsklubs sehen diese Entwicklung kritisch. Im Winterfahrplan 2006/2007 wurden noch 68 Verbindungen angeboten, in diesem Winter sind es nur noch 52. Darüber hinaus wurden vier von elf Verladebahnhöfen in Deutschland gestrichen, darunter auch Troisdorf, der Nachfolger von Köln. Mit dem Sommerfahrplan 2008 setzt sich diese Entwicklung fort. Im Vergleich zum Sommer 2007 wird die Zahl der Verbindungen von 120 auf 72 reduziert, obwohl immer mehr Fahrgäste das Angebot nutzten. Vor zwei Jahren zählte die DB noch knapp 198 000 verladene Autos und Motorräder, im Jahr 2006 waren es schon 211 000.

Mit der Kölner Anfrage hat die DB die Chance, die auseinanderklaffende Schere zwischen Angebot und Nachfrage wieder etwas zu schließen. Wir werden dem Antrag deswegen zustimmen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ciesla-Baier. Für die Grünen spricht Frau Tull.

**Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir halten das Anliegen, wieder einen Standort für Autoreisezüge in Köln anzusiedeln, für völlig richtig und unterstützen auch deshalb den Antrag der FDP-Fraktion, weil unter anderem Autoreisezüge eine deutlich bessere Ökobilanz aufweisen als beispielsweise Urlaubsflüge kombiniert mit Mietwagen. Wir finden es wichtig, dass die Bahn wieder

ein flächendeckendes Netz an entsprechenden Terminals einrichtet. Dabei darf Köln nicht ausgespart werden. Schließlich hat es hier jahrelang einen Autoreisebahnhof gegeben, der sehr gut angenommen worden ist. Den wollen wir wiederhaben. Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/  
Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Da es bisher nur Zustimmung gab, gehe ich davon aus, dass wir jetzt abstimmen können. Gibt es Gegenstimmen gegen den Antrag der FDP? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist es damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

### 2.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Mehr Sicherheit bei der KVB“ AN/0004/2008

Es spricht Frau Wolter.

**Judith Wolter (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Oskar Lafontaine, ehemaliger SPD-Parteivorsitzender, nunmehr Parteifreund der Herren Detjen, Ludwig & Co., hat letzte Woche im Deutschen Bundestag völlig zu Recht gefordert, dass die deutschen Soldaten schnellstmöglich von ihrem völkerrechtswidrigen Einsatz in Afghanistan zurückbeordert werden müssen und stattdessen für Sicherheit und Ordnung in deutschen U- und Straßenbahnen sorgen sollten.

Der schreckliche Vorfall in der Münchner U-Bahn-Station vom 20. Dezember 2007 hat noch einmal aufgezeigt, wie es um die Sicherheit in unseren Großstädten bestellt ist. Viele ältere Bürger trauen sich heute kaum mehr, in gewissen Kölner Problemstadtteilen Busse und Bahnen der KVB zu benutzen, geschweige denn sich abends an den entsprechenden Haltestellen aufzuhalten. Jeder von uns kann jeden Tag gerade in Köln Opfer einer solchen kriminellen Gewalttat werden, egal ob Greis oder Kind, ob Frau oder Mann.

Die explodierende Gewaltkriminalität ist Folge einer jahrzehntelangen, naiven und falschen Politik, der ein ideologisch verdrehtes Weltbild

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

zugrunde liegt, weit entfernt von jeder Realität. Statt der multikulturellen Idylle haben Sie alle zusammen uns eine multikriminelle Gesellschaft auferlegt, in München genauso wie in Köln. Deshalb gilt es, gerade aus der bundesweit viel beachteten, menschenverachtenden Gewalt von München die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Es gilt, nochmals zu konstatieren, dass sich aus der anhaltenden Massenzuwanderung und der gescheiterten Integration erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit in Köln ergeben.

Bei den kriminellen Jugendgangs, die ganze Stadtteile terrorisieren und das Fahren in Bussen und Bahnen der KVB für manchen gesetzestreu- en Bürger zum Albtraum werden lassen, handelt es sich eben nicht um ein soziales Problem, sondern auch um ein ethnisches.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]:  
Märchenstunde!)

Die multikulturelle Gesellschaft ist in vielen Bereichen gescheitert. In der dritten und vierten Einwanderergeneration ist mittlerweile sogar häufig eine rassistisch-kriminelle Deutschenfeindlichkeit festzustellen. Wir erleben doch gerade in Kalk den Ansatz von Migrantenkrawallen, die den CDU-Fraktionsvorsitzenden Granitzka völlig zu Recht Pariser Verhältnisse befürchten lassen. Die Frage ist: Wie können unsere Bürger, deutsche genauso wie ausländische, vor der steigenden Jugendgewalt, zumeist von Migranten, geschützt werden? Nahe liegend wären folgende Sofortmaßnahmen:

- absolute Ausschöpfung des möglichen Strafmaßes bei Gewaltverbrechen und Raub sowie bei Mehrfachverbrechern ab 18 Jahren,
- keine Aussetzung der Strafen zur Bewährung,
- konsequente und sofortige Abschiebung von Gewalt- und Mehrfachtätern.

Wichtig ist des Weiteren die Verstärkung der Sicherheit. Dies trifft besonders auf die Straßen- und U-Bahnen in Köln zu. Hier ergibt sich für die Kommunalpolitik eine entsprechende Handlungsmöglichkeit. Vorbild für die KVB sollte die Pariser Metro werden. In den U-Bahnen der französischen Hauptstadt sind Polizei und Angehörige privater Sicherheitsdienste auf allen Metrostationen präsent. In allen Zügen sind Polizisten in Uniform und Zivil stets dabei, und das ist 24 Stunden am Tag so. Dies mag zwar einen finanziellen Mehraufwand bedeuten, die Sicherheit unserer Bürger ist jedoch ein so

hohes Gut, welches diesen finanziellen Mehraufwand sicherlich rechtfertigt.

(Beifall bei pro Köln)

All diese Vorschläge sind bedauerlicherweise nur Heilversuche an den Symptomen, nicht aber an der Ursache der Krankheit. Ihr Name ist: Multi-kulti. Was nützt es, zwei Gewalttäter abzuschieben, wenn Tausende neu auftauchen oder nachwachsen? Trotzdem zeigt unser heutiger Antrag einen für die Kölner Kommunalpolitik sehr wohl gangbaren Weg zur Lösung des Problems der Jugendgewalt in einem für kommunalpolitisches Handeln unmittelbar zugänglichen Bereich auf. Seine Annahme hätte Signalwirkung für die Kölner Bürgerinnen und Bürger, die gerade von ihren Kommunalpolitikern Beiträge zu einem Mehr an Sicherheit in Köln erwarten. Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2.1.8 auf:

### **2.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution für die Einführung eines Straftatbestandes der Amtsuntreue“ AN/0112/2008**

Hierzu spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen hat die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen in Deutz eingeleitet. Den hiesigen Regionalzeitungen war die Auslösung dieses Verfahrens nicht eine Zeile wert. Das Fernsehen schwieg dazu. Lediglich in der linksalternativen Tageszeitung war etwas veröffentlicht. Die taz hatte recherchiert und in Brüssel und Straßburg nachgefragt, um dieses Faktum an den Tag zu bringen. Alle anderen Medien, aber auch der politische Apparat waren der Auffassung, dass dieser Vorgang, der zwar

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

schon im letzten Jahr in Aussicht stand, aber erst jetzt auf die offizielle juristische Schiene gestellt worden ist, so unbedeutend sei, dass man sich damit gar nicht auseinandersetzen müsste.

Das kann im konkreten Fall der Kölner Kommunalpolitik auch nicht verwundern. Sie kennen ja den Kalauer aus dem Journalismus: Die Meldung „Hund beißt Mann“ ist überhaupt keine Meldung, wenn es aber umgekehrt heißt „Mann beißt Hund“, ist das eine Sensation, von der die Medien berichten würden. Auf den Kölner Fall angewandt bedeutet das: Der Hinweis, dass es Korruption und Vorteilsnahme in der Kölner Kommunalpolitik gibt, ist den Medien schon gar keine Schlagzeile mehr wert. Sensationell wäre es eher, wenn es einige Jahre lang Fälle dieser Art in der Kölner Kommunalpolitik nicht geben würde.

(Beifall von Bernd M. Schöppe  
[pro Köln])

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, sollten sich die Mandatsträger hier im Rat der Stadt Köln darüber systematisch Gedanken machen, was in der Bundesrepublik Deutschland unternommen werden kann, um die Phänomene Untreue, Vorteilsnahme und Korruption in der Kommunalpolitik einzudämmen, und welche strukturellen Veränderungen dafür notwendig sind.

Die vielen schönen Appelle, die hehren Worte, die vor und nach jeder Kommunalwahl in diesem Zusammenhang aus allen politischen Lagern zu hören sind, scheinen ja im Kölner Fall ganz offensichtlich nicht gefruchtet zu haben. Da hatten wir den Bau der überkauften, weil zu groß geratenen Müllverbrennungsanlage im Kölner Norden. Dazu heißt es von Verwaltungsseite heutzutage ganz offiziell, diese sei gar nicht zu groß geraten, genau diese Müllverbrennungsanlage würde Köln brauchen. Teppich hoch, Sache darunter gekehrt, Angelegenheit erledigt.

Die sich seit vielen Jahren hinziehenden Strafverfahren gegen die früher einmal in Teilen erste Riege der Kölner Kommunalpolitik wie Dr. Heugel und andere werden mit immer kürzer werdenden Artikeln begleitet. Weil die Leute nicht mehr im politischen Apparat sind, spielt das alles keine Rolle mehr und findet es keine weitere Beachtung. Dann folgt der nächste Skandal, dann der übernächste, dann der nachfolgende.

Manche Akteure in der hiesigen Politik wundern sich, wie es denn sein kann, dass bestimmte Großprojekte immer wieder bei denselben Immobilienfonds landen - Oppenheim Esch sei hier vorneweg genannt - und dass vom selben Fonds zwar nicht immer die besten, aber doch die vorzüglichsten Angebote kommen, die schließlich fast schon zwingend den Zuschlag bekommen müssen. Darüber kann man natürlich Verwunderung äußern. Aber in Köln ist es nun einmal so, dass man daran scheinbar nichts ändern kann.

Einer der Gründe, warum wir an diesem Punkt einhaken wollen, ist: Von außen wurde über ein Verfahren, das die EU-Kommission auf den Weg gebracht hat und bei dem der Bundesrepublik Deutschland eine ganz empfindliche Strafzahlung droht, ein Prozess in Gang gesetzt, der Druck auf die hiesige Politik ausübt - dass das von innen heraus nicht funktioniert, ist offensichtlich. Die rechtlichen Instrumentarien reichen nicht aus, um alle Facetten eines Fehlverhaltens zum Nachteil einer abstrakten Allgemeinheit zu ahnden. Auf diese Allgemeinheit will niemand positiven Bezug nehmen, dafür interessiert sich niemand so richtig. Demgegenüber stehen die Vorteile für eine zumindest in der Öffentlichkeit nicht auf den ersten Blick fassbare, kleine Minderheit, die sich nur gelegentlich objektivieren lässt, nämlich nur dann, wenn doch einmal etwas herauskommt - erinnern wir uns an den Fall des Herrn Trienekens. Es geht so lange gut, bis es vor dem Strafgericht landet. Dann aber reichen sehr oft - das hat gerade auch das Trienekens-Verfahren bewiesen - die rechtlichen Instrumentarien für eine Verurteilung der Beteiligten nicht aus.

Dem muss abgeholfen werden. Der Abhilfe dient diese Initiative. Sie kann zwar nur auf Bundesebene beschlossen werden, aber, meine Damen und Herren, ich finde, sie sollte und müsste aus dem Kölner Ratssaal heraus ausgelöst und ergriffen werden; denn in diesem Segment ist hier in der Vergangenheit so viel falsch gemacht worden, dass ich Sie fragen muss: Wenn dieses Mandat nicht bei Ihnen liegt, bei wem sonst?

(Beifall pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2.1.9:

### **2.1.9 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „ARGE in Köln“ AN/0147/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/0208/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/0214/2008**

Als Erste spricht Frau dos Santos Herrmann.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach dem aus unserer Sicht erfolgreichen Kölner Modell hat der Bundesgesetzgeber mit der sogenannten Hartz-IV-Gesetzgebung die organisatorische Zusammenarbeit der Sozialverwaltungen der Städte und Kreise mit den örtlichen Agenturen für Arbeit beschlossen, um langzeitarbeitslosen Menschen finanzielle Leistungen und Integrationshilfen aus einer Hand zu ermöglichen.

Die Sozialpolitiker aller Fraktionen begleiten den Aufbauprozess der Kölner ARGE seit ihrer Gründung. Sie haben schon mehrere Probleme erlebt und mitgeholfen, diese zu beseitigen. Nachdem Ende 2007 betroffene Arbeitslosenberatungseinrichtungen und auch der DGB hier in Köln öffentlich Vorwürfe zu vermeintlich schlechter Aufgabenerledigung erhoben haben, hat die Politik die Verwaltung und die Agentur gebeten, einen Sachstandsbericht zu geben. Dieser wurde uns in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 10.01.2008 vorgelegt.

Aus diesem Bericht geht hervor, dass die Sachbearbeitung bei den Widerspruchsstellen völlig überlastet und die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Widersprüchen auf 12,9 Monate angestiegen ist, also ein gutes Jahr dauert. Die durch das Sozialgericht definierte Bearbeitungsdauer soll jedoch gerade einmal drei Monate betragen. Darüber hinaus gibt es Rückstände bei der Bearbeitung von Veränderungsmitteilungen zu persönlichen Daten, Auskünften über Einkommensverhältnisse etc., allerdings nicht nur bei der Bearbeitung von Neuanträgen.

Allein in diesem Bereich, dem sogenannten Backoffice, bestehen 33 Stellenvakanzen. Im Frontoffice, in dem die Integrationsmaßnahmen besprochen und vereinbart werden, sind 54 Stellen nicht besetzt. Erheblich verbessert hat sich bereits die Erreichbarkeit der ARGE durch die Einrichtung eines Servicecenters im Oktober/November 2007. Dennoch sind auch hier noch 4,5 vollzeitverrechnete Stellen nicht besetzt.

Ein großes Problem stellt darüber hinaus die Tatsache dar, dass 30 Prozent aller Stellen in der ARGE einer Befristung unterliegen, die in drei Stufen im Jahre 2008 auslaufen. Diese Befristung trägt wahrscheinlich zum Teil dazu bei, dass die durchschnittliche Fluktuation von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen derzeit bei 12,7 Stellen pro Monat liegt. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die ARGEN in der jetzigen organisatorischen Form aufzulösen, wird wahrscheinlich noch weiter dazu beitragen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die ARGE wieder verlassen wollen.

Selbstverständlich haben die beiden Träger der Kölner ARGE auf diese schwierige Situation reagiert und Sofortmaßnahmen in den verschiedensten Bereichen eingeleitet. Das ist ausdrücklich und selbstverständlich zu begrüßen. Wir haben den hier vorliegenden Antrag gestellt, um den Rat auf diese Problematik aufmerksam zu machen, damit ein Signal gesetzt wird, dass diese unhaltbaren Zustände beseitigt werden. Es geht hier immerhin um über 60 000 Bedarfsgemeinschaften, zusammen mit ihren Familienangehörigen sind davon mehr als 120 000 Kölnerinnen und Kölner betroffen.

Nach den Mitteilungen der Verwaltung beziehungsweise der Agentur sind 106 Stellen in der ARGE unbesetzt. Darüber hinaus werden 160 weitere Vakanzen entstehen, wenn die Fluktuation in diesem Maße anhält; davon ist nach dem derzeitigen Stand der Dinge zunächst einmal auszugehen. Darüber hinaus laufen in diesem Jahr 200 befristete Verträge aus. Damit sind rund 466 Vollzeitstellen in der ARGE zu besetzen; das heißt, 266 Stellen sind zu besetzen und 200 Befristungen sind aufzuheben - die Kosten sind im ARGE-Budget enthalten. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Besetzung der Stellen nicht von heute auf morgen vonstatten gehen kann, da das der Kölner Arbeitsmarkt im Augenblick leider nicht hergibt. Dennoch und gerade deshalb darf jetzt keine Zeit verschwendet werden. Die Neu-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

einstellungen müssen möglichst umgehend vorgenommen werden.

Kurz zum CDU-Antrag: Wir glauben, dass dieser so, wie er jetzt hier vorliegt, nicht beschlussfähig ist, weil wir bis 2010 ausdrücklich noch die Form der gemeinsam getragenen ARGE haben. Deswegen müssen wir das so beschließen. Andernfalls würden wir das blockieren und wären gar nicht handlungsfähig. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag zu unterstützen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. Herr Helling, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im heutigen Änderungsantrag kommt die CDU zu der Auffassung, dass die Verwaltung die tiefer greifenden Probleme der Aufgabenwahrnehmung in der ARGE nicht mehr im Griff hat. Ich möchte Sie von der CDU, aber auch die anderen Fraktionen darauf hinweisen, dass diese Position der CDU relativ neu ist. Generell ist nämlich der ARGE bisher im zuständigen Fachausschuss, dem Sozialausschuss, von allen Fraktionen dieses Ausschusses eine positive Aufgabenwahrnehmung attestiert worden.

Der Fachausschuss weiß, dass 120 000 Menschen in 65 000 Bedarfsgemeinschaften weitgehend regelmäßig ihre Zahlungen bekommen haben, trotz Computerpannen und knappen Personals.

Der Fachausschuss weiß auch, dass über 14 000 Menschen im Jahr 2007 in Arbeitsstellen vermittelt werden konnten.

Der Fachausschuss weiß aber auch von den internen Schwierigkeiten. Diese hängen damit zusammen, dass die ARGE als Dienstleister für 120 000 Menschen noch relativ jung ist. Man muss sich das einmal vorstellen: Das ist ein völlig neuer Dienstleistungsbereich, der auf einer völlig neuen gesetzlichen Grundlage arbeitet. Gründungstag war der 01.01.2005. Tatsächlich haben wir es hier also mit einem Unternehmen zu tun, das noch in den Kinderschuhen steckt.

Im Sozialausschuss weiß man, dass sich immer mehr negative Folgen deshalb zeigen, weil -

diese Erkenntnis ist nach wie vor unstrittig - dieses Gesetz mit heißer Nadel gestrickt worden ist. Vergleichen Sie dazu auch den jüngsten Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007, der indirekt auch Vorwürfe an den Gesetzgeber enthält.

Meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung der Vorgaben des Ratsantrages und deren Realisierung wird einiges verbessert. Wir müssen aber auch so ehrlich sein, zu sagen, dass die neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Zeitlang qualifiziert werden müssen. Das bedeutet, dass sie partiell für das Alltagsgeschäft ausfallen. Dies ist aber objektiv vorgegeben. Allerdings erreichen wir mit der Realisierung des Ratsantrages die kurzfristigen Einstellungen und damit die vollständige Realisierung des Stellenplans. Dies wird auf jeden Fall mittelfristig die Betreuungsqualität für die Kundinnen und Kunden der ARGE erheblich verbessern.

Abschließend noch zum Änderungsantrag der Linken: Dieser Änderungsantrag - das werden Sie sehr schnell feststellen können - entspricht in seinen Intentionen vollständig denen, die wir in unserem Antrag dargelegt haben. Insofern können wir diesen Antrag problemlos übernehmen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie dafür, dass die ARGE einen großen Fortschritt macht. Stimmen Sie dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen zu. Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/  
Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Helling. Herr Ensmann spricht für die CDU-Fraktion, bitte.

**Bernhard Ensmann** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auf die bis jetzt vorgetragenen Wortbeiträge kann ich nur sagen: Jetzt beenden wir einmal die Märchenstunde im Rat der Stadt Köln und kehren wieder zur Realität zurück. Denn man könnte ja den Eindruck gewinnen, als hätten wir, die CDU, diesen Dringlichkeitsantrag gestellt.

Ich verrate Ihnen etwas: Ich habe meine Fraktion von Beginn an, also von 2005, bis heute kontinuierlich über die Entwicklung der ARGE unterrichtet. Ich verrate Ihnen auch, dass ich manchmal

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Mühe hatte, den Kolleginnen und Kollegen das zu verdeutlichen, weil sie einige Dinge aus einem anderen Blickwinkel sehen als ich. Aber mir ist es immerhin als Einzigem, wie ich heute feststellen muss, gelungen, im Sozialausschuss über längere Zeit die „Hand über Frau Bredehorst“ zu halten.

(Zurufe: Oh!)

Denn das, was wir heute erleben, schlägt doch dem Fass den Boden aus. Wie soll sich denn eine Dezernentin fühlen, wenn die sie tragenden Parteien, die Grünen und die SPD, sie mit einem solchen Antrag konfrontieren?

(Beifall bei Teilen der CDU)

Das besagt ganz deutlich - besser kann man es gar nicht formulieren -, dass Frau Bredehorst von den sozialpolitischen Sprechern von SPD und Grünen nicht unterstützt wird und dass beide sozialpolitischen Sprecher nicht in der Lage waren, die Situation, wie sie sich in der ARGE darstellt, in ihre Fraktionen sinnvoll und nachvollziehbar hineinzutragen.

Diese beiden Sprecher sitzen seit Jahren in der ersten Reihe des Sozialausschusses, nämlich als Vorsitzender und als Erster Stellvertreter, und sie sitzen auch in der ersten Reihe des Beirates. Die SPD hatte zwölf Monate lang, das gesamte Jahr 2007, die Sprecherfunktion im Beirat inne. Jetzt tun Sie so, als wenn Sie davon nicht gewusst hätten und als wären Sie von der Mitteilung vom 10.01., dass es so schlimm steht, überrascht worden, sodass Sie jetzt einen Dringlichkeitsantrag formulieren müssen, damit Frau Bredehorst endlich einmal das tut, was längst hätte getan werden müssen. Das empfinde ich als einen Affront gegen die Beigeordnete.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Damit sage ich nicht, dass ich mit allem, was von Frau Bredehorst kommt, uneingeschränkt und ohne Kritik einverstanden bin.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Das ist gar nicht der Punkt. Aber man muss schon berücksichtigen und auch akzeptieren, dass sie einerseits nach Möglichkeit alles für die Stadt Köln tun sollte, wir aber andererseits auch ein Konstrukt geschaffen haben, was die Sache insofern schwierig macht, als sie einen gleichrangigen Partner auf ihrer Ebene hat, und zwar

Herrn Welters als Geschäftsführer der Agentur für Arbeit. Im Regelfall wird das Leben etwas einfacher, wenn zwei die gleiche Chemie haben; denn dann kommt man schneller zum Zuge. Wenn das aber erkennbar nicht der Fall ist, dann wird es schwierig. Und wenn es schwierig wird, werden die Konsequenzen auf allen Ebenen nach unten weitertransportiert. Der Nachteil der Konstruktion ist, dass wir in der Lenkungsgruppe zwei führende Persönlichkeiten haben.

Auf der Tagesordnung des Sozialausschusses steht jeden Monat unter Tagesordnungspunkt 5: Berichterstattung über die ARGE. Dann ist der Geschäftsführer anwesend und wir bekommen umfangreiches Schriftmaterial, in dem wir alles nachlesen können - alle Fragen sind in der Vergangenheit aus dem Stand qualifiziert beantwortet worden. So ist es auch in der ARGE; denn dort werden uns von Herrn Ludwig seit zwei Jahren Powerpoint-Präsentationen vorgeführt, und wir haben alle Unterlagen noch einmal schriftlich bekommen - auch hier sind alle Fragen beantwortet worden.

Jetzt passiert Folgendes: Der *Stadt-Anzeiger* bringt eine Mitteilung, es gebe da Probleme. Nun werden sie alle nervös. Frau Bredehorst weist natürlich daraufhin alle Vorwürfe gegen sich zurück und sagt, in der Agentur für Arbeit säßen die Bösen. Natürlich weiß sie, dass Herr Welters sich das nicht gefallen lassen kann. Der geht nun in die Offensive und schlägt zurück. Damit aber nicht genug: Auch der Gewerkschaftsboss, Herr Uellenberg van Dawen, sitzt im Beirat, und ich habe ihn dort x-mal erlebt. Er stellt ruhig seine Fragen und ist ein ganz zugänglicher Mann. Doch dann schlägt auch er in der Presse auf Frau Beigeordnete ein.

Ich sage Ihnen, was meine Fraktion nicht nachvollziehen kann: Frau Bredehorst hat noch am 10.01. erklärt, dass sie als Verwaltung der Stadt Köln so ehrlich ist, zu sagen, dass der Aufbau der Agentur noch nicht abgeschlossen ist. Am gleichen Tag - das liegt mir schriftlich vor - hat Herr Welters gesagt, dass der Aufbau der ARGE selbstverständlich abgeschlossen ist. Diese Beispiele ließen sich jetzt fortführen. Sie belegen, dass die Chemie nicht stimmt.

Deswegen ist dieser Antrag absolut überflüssig. Vergleichen Sie ihn einmal, und zwar Punkt für Punkt - es sind ja nur vier -, mit der Mitteilung 5.2 vom 10.01. dieses Jahres. Darin hat die Verwaltung die Probleme geschildert, eine Ist-Analyse vorangestellt und Sofortmaßnahmen sowie die

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Maßnahmen beschrieben, die etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Sie diese Mitteilung der Verwaltung nun neben den hier vorliegenden Antrag legen, werden Sie feststellen, dass dieser inhaltlich gleich ist und somit überhaupt keine Wirkung entfalten kann.

Das heißt - ich möchte noch einmal feststellen, dass ich nicht mit allem einverstanden bin; das liegt in der Natur der Sache -: Ich halte es für nicht richtig, eine Mitteilung abzuschreiben und diese dann als Antrag zu formulieren, um damit mehr Pressewirksamkeit zu erreichen. Ich würde mir wünschen, dass die Presse auch genauso deutlich schreibt, dass das ein überflüssiger Antrag war. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ensmann. Ich darf dann Herrn Mendorf für die FDP-Fraktion bitten.

**Marco Mendorf (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier wurde gerade gesagt, wie ärgerlich es sei, dass jemand nicht richtig abschreiben konnte. Letztlich ist es uns ziemlich egal, wer welche Texte aus den Berichten abschreibt. Entscheidend ist, dass wir hier zu einer Beschlusslage kommen, die der Verwaltung gewisse Ziele vorgibt, an die sie dann eindeutig gebunden ist. - Hier wurde auch von Kinderschuhern gesprochen. Allerdings sind normalerweise nach drei Jahren gewisse Kinderkrankheiten überstanden. Das ist hier nicht der Fall.

Entscheidend ist doch, dass bei der ARGE zumindest zwei wichtige Aufgaben nicht adäquat wahrgenommen werden. Das ist ein schlechtes Zeichen für die Arbeit der letzten drei Jahre. Das hätte man, zumindest innerhalb der letzten Zeit, verbessern können und müssen. Unsere Fraktion hat im Sozialausschuss eigentlich zu jedem Bericht kritisch nachgefragt. Jetzt müssen wir endlich auch eine politische Bindung vornehmen.

Sie sprachen von den zwei wichtigsten Aufgaben. Eine Aufgabe ist, dass wir natürlich gewährleisten müssen, dass die Auszahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe geleistet wird. Die andere Aufgabe ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, die arbeitsuchend sind, ein Recht auf eine vernünftige Betreuung haben, damit eine Vermittlung realisiert werden kann. An

dieser Baustelle, bei der es darum geht, die Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, haben wir Probleme. Das ist eine wichtige Aufgabe, die ebenfalls erledigt werden muss.

Wir bitten deswegen darum, den Anträgen in der vorliegenden Form zuzustimmen; wir werden das tun. Damit würden wir endlich aus den Kinderschuhern herauskommen und die Kinderkrankheiten bekämpfen, damit es für die Menschen, die die Hilfe der Arbeitsagentur und der Arbeitsgemeinschaft in Anspruch nehmen, zu einer Verbesserung kommt. Vielen Dank.

(Beifall von Ralph Sterck (FDP) sowie von Manfred Wolf (FDP))

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Mendorf. Der Nächste auf der Rednerliste ist Herr Kellner. Bitte.

**Michael Kellner (Die Linke.Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Schon in der vergangenen Ratssitzung stand das Thema Hartz IV mit dem Antrag über die Änderungsbedarfe zum Sozialgesetzbuch II auf der Tagesordnung. Mit dem Antrag „ARGE in Köln“ kehren wir diesmal vor der eigenen Tür. Die Antragsteller SPD und Grüne fordern mit Recht dringende Änderungen.

Sie wissen, dass in den vergangenen Wochen in der lokalen Presse heftige Vorwürfe gegen die Kölner ARGE erhoben wurden. Ich brauche die Vorwürfe hier nicht zu wiederholen. Die Ursachen liegen nach Ansicht der Fraktion Die Linke zunächst im Gesetz selbst. Die versprochene Reduzierung der Arbeitslosigkeit um 2 Millionen ist nicht eingetroffen. Die magere Reduzierung um nicht einmal 1 Million hat auch damit zu tun, dass viele Menschen zwar eine Arbeit gefunden haben, von der sie aber nicht leben können. Auf diese Weise stieg gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Bezieher in die Höhe. Es liegt in der Logik dieses Gesetzes, das nicht der Wirtschaft, sondern den Arbeitslosen Grenzen setzt und Minijobs, Leiharbeit und Zeitarbeit unterstützt. Die Wirtschaft floriert derweilen und lässt die Kommunen bluten.

In Köln hat man die Auswirkungen des Sozialgesetzbuchs II offensichtlich völlig unterschätzt. Ging man Ende 2004 noch von circa 52 300 anspruchsberechtigten Bedarfsgemeinschaften aus, stieg deren Zahl im August 2005 auf 64 000

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

und betrug im November 2007 62 990 mit insgesamt 120 677 hilfebedürftigen Personen. Das sind mehr als ein Zehntel der gesamten Kölner Bevölkerung. Die Folge war, dass das Personal der ARGE immer wieder aufgestockt werden musste. Bei Gründung der ARGE waren es 780 Vollzeitstellen, Ende 2005 bereits 890, Ende 2006 1 092. Zurzeit sind 1 155,5 Vollzeitstellen ausgewiesen, von denen allerdings nur 1 091 besetzt sind.

Dazu kamen und kommen offensichtlich Probleme mit der Bundesagentur für Arbeit sowie hausgemachte Probleme. So gibt es immer wieder technische Pannen mit der von der Agentur vorgeschriebenen Software. Ein Beispiel: Ausgerechnet am 02.01.2008 wurde sie umgestellt und fiel damit für die Auszahlung von Geldern aus. Ein anderes Beispiel: Bis zum Jahresende 2007 war offen, ob die Verträge von 170 Mitarbeitern durch die Bundesagentur für Arbeit verlängert werden. Wie kann eine ARGE vernünftig arbeiten, wenn zum Jahresende 60 Mitarbeiter auf einen Schlag in Urlaub gehen, weil unsicher ist, ob sie überhaupt weiter beschäftigt werden?

Ich hoffe, Sie können nachvollziehen, warum wir in unserem Zusatzantrag, zu dem ich gleich noch komme, den Einfluss der Stadt auf Arbeitsbereiche und Arbeitsorganisation der neu einzustellenden sichern wollen. Deshalb wird die Fraktion Die Linke.Köln den Änderungsantrag der CDU auch ablehnen.

Hinzu kommen aber auch hausgemachte Probleme der ARGE: eine hohe Fluktuation von jährlich 151 Stellen, eine große Lücke in der Besetzung des Stellenplans und eine 30-prozentige Befristung aller Stellen bei der ARGE. Die Folgen sind katastrophal. Die zahlreichen Widersprüche, deren Bearbeitung länger als ein Jahr dauert, sind ein deutliches Zeichen. Auch die Leistungsbescheide stapeln sich, und die persönlichen Betreuer vieler Kunden unterliegen einem ständigen Wechsel. Auch wenn die Unzufriedenheit auf beiden Seiten der Schreibtische groß ist: Die Leidtragenden sind eindeutig diejenigen, die einen Anspruch auf Beratung und Leistung haben.

Die Fraktion Die Linke unterstützt deshalb den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Allerdings fehlen uns im Antrag zwei entscheidende Punkte:

- eine Antwort auf die Frage, wie man der Fluktuation Einhalt gebieten kann

und

- die Behandlung der Frage nach der Qualifikation der neu einzustellenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Natürlich haben wir versucht, diese beiden Fragen mit SPD und Grünen zu klären. Ich kann Ihnen sagen: Das ist ein mühsames Geschäft; man kann Goldzähne dabei verlieren.

Wir haben einen Zusatzantrag gestellt, in dem wir eine Reduzierung der Befristung der Stellen fordern. Wenn Befristungen notwendig sind, dann bis Ende 2010. Ich betone: nicht „mindestens“, sondern: bis Ende 2010. Das „mindestens“ müsste aus unserem Antrag gestrichen werden. Außerdem wird die Verwaltung aufgefordert, dem Rat oder, so wie es eher gewünscht wird, dem Sozialausschuss einen Bericht über die Dauer, die Art und die Finanzierung der Qualifizierung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu liefern. Dabei ist zu prüfen, ob die bisher geplante Finanzierung reicht und ob außerdem die Möglichkeit besteht, die qualifizierten Mitarbeiter finanziell besser zu stellen als bisher. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Auf Wunsch von Herrn Kellner wird das Wort „mindestens“ gestrichen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist schon mal gut!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wenn es keine weiteren Wortmeldungen von den Ratsmitgliedern gibt, möchte die Verwaltung hierzu Stellung nehmen. Frau Bredehorst, bitte.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, mein Name ist noch nie so oft genannt worden wie in den letzten Reden. Das ehrt mich sehr.

Ich denke, eigentlich kennt jedes Ratsmitglied unseren ARGE-Vertrag. Ich möchte nur noch einmal Folgendes richtigstellen: In dem einen

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Antrag werde ich als zuständige Fachdezernentin und verantwortliche Vertreterin der Stadt in der Lenkungsgruppe bezeichnet. Das ist zwar richtig, allerdings bin ich nicht die einzige Vertreterin der Lenkungsgruppe. Sie wissen ganz genau, dass drei Dezernenten Mitglied der Lenkungsgruppe sind, und zwar immer jeweils stimmberechtigt für ihren Anteil. Das heißt, der Personal-, Organisations- und Finanzdezernent, der Kämmerer, sind ebenfalls Mitglied der Lenkungsgruppe der ARGE und somit gleichermaßen verantwortlich für ihre Bereiche. Ich will es noch einmal deutlich sagen: Personal, Organisation und Finanzen sind - manchmal sage ich: leider - nicht mein Verantwortungsbereich. Das möchte ich hier noch einmal klarstellen. Aber das wissen Sie eigentlich; denn so steht es im ARGE-Vertrag.

Außerdem möchte ich klarstellen, dass die städtischen Vertreter in der Lenkungsgruppe immer einstimmig und einmütig auftreten. Wir stellen dieses durch gemeinsame Vorbesprechungen sicher. Wir sind auch noch nie zerstritten gewesen. Im Gegenteil: Wir sind uns immer sehr einig, wie wir in der Lenkungsgruppe vorgehen. Auch das möchte ich noch einmal klarstellen.

Dann möchte ich noch einige sachliche Richtigstellungen, die sich vorwiegend in den Begründungen der Anträge wiederfinden, vornehmen; denn das wird ja hier auch protokolliert. Es wird das Schulungskonzept angesprochen und so getan, als hätte die ARGE kein Schulungskonzept. Dies ist natürlich falsch. Wir haben sowohl für 2007 als auch für 2008 wieder neu ein Gesamtqualifizierungskonzept. Dieses ist auch im Sozialausschuss regelmäßig berichtet worden. Ich darf Ihnen kurz die Zahlen für 2007 nennen: Es sind 433 Qualifizierungsmaßnahmen, also verschiedene Fortbildungen, gemacht worden, die insgesamt 4 000 Seminarplätze beinhalteten. Neue Kräfte bekommen selbstverständlich Einführungsschulungen mit sämtlichen Grundlagenqualifikationen. Für 2008 haben wir jetzt ein ähnliches Konzept auf den Weg gebracht.

Ich möchte noch etwas anderes richtigstellen. Im Wesentlichen haben wir - das wurde auch in den Debattenbeiträgen erwähnt - im Sozialausschuss am 10. Januar die Maßnahmen dargestellt, um bestimmte Rückstände abzubauen. Ich kann Ihnen heute sagen: Die Rückstände zeigen Wirkungen; das haben wir auch dargestellt. Die Zielwerte für Januar 2008 waren schon letzte Woche erfüllt.

Es wurde die Bearbeitungszeit für Neuansträge angesprochen. In dem einen Antrag wird angeführt, dass die maximale Bearbeitungszeit einen Monat betragen soll. Ich möchte klarstellen, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit zehn Tage und weniger beträgt.

Zur Personalsituation möchte ich noch sagen, weil es dahin gehend ja Befürchtungen gab: Alle auslaufenden befristeten Verträge im Bereich der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit können verlängert werden. Diese Mitteilung haben wir inzwischen erhalten. Das heißt, dieses Problem ist sozusagen von heute auf morgen vom Tisch. Selbstverständlich haben wir auch nie bestritten, dass wir die 106 vakanten Stellen nicht wiederbesetzen wollen. Auch das ist schon lange in die Wege geleitet worden. Selbstverständlich muss das von beiden Partnern - so, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben - getragen haben. Ich möchte einfach noch einmal festhalten: Die Finanzierung ist ohnehin festgelegt. Egal, von welchem Partner die Beschäftigten kommen: Wir bezahlen einen bestimmten Anteil an den Verwaltungskosten, den überwiegenden Anteil übernimmt der Bund.

Zum Schluss noch zwei Bemerkungen: Es wird suggeriert, die ARGE funktioniere nicht. Dazu möchte ich die beiden Hauptpunkte Integration und Auszahlung der passiven Leistungen erwähnen, die auch Herr Mendorf schon genannt hat. Zur Integration: Wir haben das mit der Bundesagentur für Arbeit vereinbarte Ziel für 2007 erreicht bzw. liegen noch darüber. Es sind ungefähr 14 000 Integrationen. Dieses Ziel, das wir Ende des Jahres 2006 vereinbart haben, wurde für 2007 erreicht. Und - das möchte ich noch einmal betonen; das geht sonst ein bisschen unter -: Sämtliche passiven Leistungen werden ausgezahlt. Bisher hat jeder sein Geld bekommen. Also, man kann nicht behaupten, die ARGE funktioniere nicht. Das möchte ich einfach noch einmal sagen.

Lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung zur Chemie machen. In meinem neuen Amt, im Umweltamt, sind auch Chemiker beschäftigt. Ich werde mich dort noch einmal erkundigen. Aus meiner Sicht stimmt die Chemie zwischen Herrn Welters, dem Chef der Arbeitsagentur in Köln, und mir.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Aber nur die Chemie!)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

- Das stimmt nicht, es stimmt auch noch mehr als die Chemie. Wir können sehr gut miteinander, sonst hätten wir die ARGE nicht so weit gebracht, wie sie ist. Wir gelten immer noch als vorzeigbare zusammenarbeitende Träger in der Landschaft der Bundesrepublik.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Bredehorst. Ihr Redebeitrag, in dem Sie ja einiges richtiggestellt haben, wird natürlich ins Protokoll aufgenommen. Auch ich halte das für eine komplizierte Sache. Wir führen oft gemeinsame Gespräche und versuchen, die beiden Seiten der ARGE, nämlich Stadt und BA, zusammenzubringen, was nicht immer ein einfaches Geschäft ist.

Herr Helling, halten Sie Ihre Wortmeldung für die zweite Runde aufrecht? - Ja. Bitte schön.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Da ich es kurz machen will, spreche ich vom Platz aus. - Ich möchte auf den Beitrag des Kollegen Ensmann eingehen. Wir haben hier keine Märchenstunde gemacht, und auch Sie müssen schon bei der Wahrheit bleiben.

Die erste Wahrheit ist: Sie haben nicht zugehört. Sowohl die SPD als auch die Grünen haben in ihren Beiträgen ausdrücklich erklärt, dass die Hauptarbeiten der ARGE im Wesentlichen ordentlich gemacht worden sind und auch weiterhin ordentlich gemacht werden. Wie Sie daraus einen Affront gegen die Beigeordnete erkennen wollen, ist Ihnen vielleicht schlüssig, mir und uns aber überhaupt nicht. Dazu müssten Sie schon weitere Verrenkungen machen.

Wie bereits ausdrücklich gesagt worden ist, haben wir diesen Antrag gestellt, um der Verwaltung den Rücken zu stärken, und zwar sowohl in der Kooperation mit der Arbeitsagentur als auch in den nötigen Durchsetzungsfragen gegenüber der Nürnberger Zentrale. Das war das Erste, was ich klarstellen wollte.

Die zweite Klarstellung betrifft Ihre schützende Hand, die Sie immer über die ARGE gehalten haben. Sie selber haben in der Sitzung des Sozialausschusses erklärt, dass Ihre Fraktion jetzt Oppositionspolitik mache, die natürlich gegen Rot-Grün gehe, und dass Sie deshalb

nicht mehr garantieren könnten, ob diese schützende Hand weiterhin funktionieren werde, obwohl es inhaltlich überhaupt keine Vorwürfe gab, außer dass Sie gesagt haben, jetzt muss es mit der Legitimierung von Schwierigkeiten beim Aufbau langsam einmal vorbei sein.

Die dritte Tatsache ist - das finde ich besonders tragisch -: Sie haben hier erzählt, die Beigeordnete habe die Schuldfragen auf Herrn Welters abgeladen. Herr Ensmann, das ist ungeheuerlich. In allen Sitzungen, sowohl im Sozialausschuss als auch im Beirat der ARGE, hat es niemals eine gegenseitige Schuldzuschiebung zwischen Herrn Welters und der zuständigen Dezernentin gegeben. Vielmehr wurde immer betont, dass alle wesentlichen Stellungnahmen und alle wesentlichen Antworten auf unsere Fragen in gemeinsamer Abstimmung zwischen beiden Gremien geleistet worden sind. Insofern: Die Wahrheit sollte hier zum Tragen kommen. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Ensmann.

**Bernhard Ensmann** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Das ist natürlich sehr schwierig, wenn solche Sprüche, solche Sätze hier im Raum kursieren, die die meisten gar nicht nachvollziehen können.

Ich habe nur festgestellt, dass dieser Antrag, über den wir hier heute beraten, überhaupt keine Grundlage hat. Das ist das Problem. Die Mitteilung, die die Verwaltung dem Ausschuss in seiner Sitzung am 10.01. unter Punkt 5.2 vorgelegt hat, beinhaltet genau diese vier Punkte, die Sie zum Antrag erhoben haben. Darin wird ausführlich beschrieben: das Problem, die Sofortmaßnahmen und die längerfristigen Maßnahmen. Das heißt: Wir können die Sitzung hier verlängern. Ich habe das vorbereitet; ich könnte Ihnen hier oben am Mikrophon alle Punkte im Einzelnen widerlegen. - Bitte schön, setzen Sie hier nicht irgendwelche Märchen in die Welt.

Wenn wir im Sozialausschuss diskutieren, ist das die Sozialausschussebene. Wenn wir im Beirat diskutieren, tun wir das dort. Und dort gehört die Auseinandersetzung auch hin. Wenn es dann immer noch gravierende Unterschiede gibt, die zu besprechen sind, ist es in Ordnung, wenn Sie

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

einen Ratsantrag stellen. Es ist allerdings nicht in Ordnung, wenn Sie dafür eine Mitteilung, die die Verwaltung dem Ausschuss vorgelegt hat, abschreiben. Das ist nicht nur unfair gegenüber den Ratskollegen. Das ist auch unfair gegenüber der Frau Beigeordneten, die Sie ja mit dem Antrag in eine Situation bringen nach dem Motto - das habe ich eben schon gesagt -, jetzt erhält Frau Bredehorst erstmal einen Auftrag, was sie zu tun hat. Den braucht sie aber nicht; denn sie hat uns geschrieben, und Sie haben es genau so abgeschrieben. Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen.

Wir kommen zunächst zu den Änderungsanträgen. Ist es so, dass der Änderungsantrag der Linken auf jeden Fall vom Antragsteller übernommen wird?

(Jochen Ott [SPD]: Mit dem Hinweis: In den Sozialausschuss!)

- Dann müssen wir darüber nicht extra abstimmen; er wird komplett so übernommen.

Ich lasse jetzt über den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln, Frau May und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es keine. Das heißt, eine Mehrheit ist dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab, der mit den Punkten des Änderungsantrages der Linken ergänzt wird. Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU sowie Frau May. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 3 auf:

### 3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### 3.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Klage der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen“ AN/0158/2008

Ich bitte Herrn Stadtkämmerer Soénius, die Antwort darauf vorzutragen.

**Stadtkämmerer Peter-Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Interesse der schnelleren Erledigung der Sitzung beschränke ich mich auf die Antworten der Verwaltung; die Fragen liegen Ihnen umgedruckt vor. Ich beantworte die Fragen wie folgt:

Zur Frage 1: Im bisherigen Verfahren wurden die Schreiben der EU-Kommission, die an das Wirtschaftsministerium des Bundes gerichtet sind, von diesem über das Wirtschaftsministerium NRW, also der Landesregierung, und die Bezirksregierung an die Stadt Köln weitergeleitet. Das ist bisher nicht geschehen. Auf telefonische Nachfrage teilte das Wirtschaftsministerium des Landes NRW mit, dass ihm die Klageschrift bisher nicht vorliegt.

Zur Frage 2: Es bestehen keine Rechtsnormen, die es der Bundesrepublik erlauben würden, in einem derartigen Fall Regressansprüche gegen die Stadt Köln zu stellen.

Zur Frage 3: Wie bereits ausgeführt, hat der Bund, der Herr des Verfahrens ist, die Klageschrift bisher nicht an die Stadt Köln weitergeleitet. Die Verwaltung hat ihren Rechtsvertreter gebeten, sich mit dem Wirtschaftsministerium des Bundes in Verbindung zu setzen, um, sofern möglich, eine Beteiligung der Stadt Köln am Verfahren zu gewährleisten. Die Verwaltung wird den Finanzausschuss des Rates der Stadt Köln über das Ergebnis dieser Gespräche unterrichten.

Zur Frage 4: Es wird auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen. Auf die ursprünglich vorgesehene Unterrichtung des Finanzausschusses in der Sitzung am 28.01., also am gestrigen Tag, wurde im Hinblick auf diese Anfrage verzichtet.

Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die nächste Anfrage unter Tagesordnungspunkt 3.2 auf:

#### 3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Finanzierung der in Köln-Ehrenfeld geplanten Groß-Moschee!“

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

### AN/0174/2008

Ich bitte um Beantwortung durch das Dezernat V. Frau Bredehorst, bitte.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir teilen uns die Antwort. Die Fragen 1 und 2 werde ich beantworten, auf die Fragen 3 und 4 wird Kollege Streitberger antworten.

Zur Frage 1: Keine.

Zur Frage 2: Nein.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich beantworte die Fragen 3 und 4 wie folgt:

Zur Frage 3: Diese Punkte sind von der DITIB in Gesprächen mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung thematisiert worden. Es herrscht aber Einigkeit darüber, dass diese Punkte nicht verhandelbar sind, insbesondere nicht der Stellplatznachweis.

Zur Frage 4: Es sind jetzt Gespräche über den Erschließungsvertrag, der noch abzuschließen ist, vereinbart worden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es dazu noch Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4:

#### 4. Einwohner und Bürger

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.3.1 auf:

##### 4.3.1 Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Godorfer Hafens hier: Entscheidung über die Zulässigkeit des Begehrens 0205/2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin ein Anhänger von Bürgerrechten und habe es seinerzeit ausdrücklich begrüßt, als das Instrument des Bürgerbegehrens und des daraus folgenden Bürgerentscheids in die Gemeindeordnung aufgenommen wurde. Auch wenn ich mich in der Frage des Hafenausbaus, wie Sie wissen, festgelegt habe, habe ich - das möchte hier noch einmal ganz deutlich sagen - nie versucht, Wege zu finden, ein Bürgerbegehren kaputtzumachen.

Als in meinem Büro die kommunalverfassungsrechtliche Prüfung erfolgte, habe ich sehr deutlich gemacht, dass ich eine ergebnisoffene Prüfung erwarte. Das wurde Herrn Dr. Erlenkämper, den ich bewusst als anerkannten und erfahrenen Gutachter mit einer weiteren Prüfung beauftragt habe, auch so mitgeteilt.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir sehr sorgfältig mit der hier zur Diskussion stehenden Fragestellung umgegangen sind. Aber das Ergebnis ist sehr eindeutig: Das Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Godorfer Hafens ist nicht rechtmäßig. Das liegt weder an der vielleicht unglücklichen Formulierung der Initiatoren noch an dem Gutachten selbst. Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen lässt in dieser konkreten Angelegenheit kein Bürgerbegehren zu.

Ich weiß, dass weit über 30 000 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer gültigen Stimme für ein Bürgerbegehren gestimmt haben. Es ist für mich als Oberbürgermeister auch nicht leicht, diesen Menschen nun zu sagen, dass nach der Entscheidung des Rates am 30. August 2007 und dem Beschluss des Aufsichtsrates der HGK am 13. September 2007 der Ausbau im wahrsten Sinne des Wortes eine beschlossene Sache ist.

Ich habe es aber als meine Pflicht angesehen, sehr zügig das Bürgerbegehren zu prüfen, und bin sehr zufrieden, dass wir schon für die heutige Sitzung die Verwaltungsvorlage fristgerecht vorlegen konnten. Ich möchte hier allen danken, die seit dem 29. November 2007, als das Bürgerbegehren vorgelegt wurde, intensiv an dieser Sache gearbeitet haben. Dass unsere Begutachtung - das ist eine Gemeinschaftsproduktion zwischen den Juristen meines Amtes, dem Rechtsamt, dem Rechtsdezernenten und Herrn Dr. Erlenkämper - mitgetragen wird und darüber hinaus in den letzten Tagen noch zwei weitere Experten zu diesem Ergebnis gekommen sind, zeigt, dass eine rechtliche Zulässigkeit wirklich nicht gegeben ist.

Ich appelliere aber insbesondere an die HGK, die Ängste und Befürchtungen der Kölner und Kölnerinnen, die auch in den letzten Wochen deutlich wurden, sehr ernst zu nehmen und bei der Umsetzung wie beim späteren Betrieb immer die Interessen der Menschen und insbesondere der Nachbarn im Auge zu behalten. Denn eines ist klar: Auf die Reduzierung möglicher Beeinträchtigungen hat die Bevölkerung auf jeden Fall ein Recht.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

So weit zu diesem Verfahren. Es gibt hierzu Wortmeldungen. Ich denke, dass wir heute - so ist das eben bei einer solchen Beschlusslage zu einem Bürgerbegehren - zum Verfahren sprechen und hier keine inhaltliche Diskussion führen sollten. Eine Diskussion um den Ausbau des Godorfer Hafens ist hier kein Thema mehr. Wir diskutieren hier lediglich das Verfahren.

Zunächst spricht für die CDU-Fraktion Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Ratssitzung am 30. August 2007 habe ich an dieser Stelle gesagt, dass und warum die CDU-Fraktion dem Ausbau des Godorfer Hafens zustimmen wird. Das ist in der damaligen Abstimmung einstimmig geschehen. An dieser Haltung, meine Damen und Herren, hat sich nichts geändert.

Die nun von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage stellt fest, dass das eingereichte Bürgerbegehren rechtlich unzulässig ist; Herr Oberbürgermeister hat es gerade noch einmal erläutert. Die rechtlichen Bewertungen wurden im Vorfeld vom Rechtsamt der Stadt Köln, vom Rechtsdezernenten, Herrn Stadtdirektor Kahlen, aber auch von dem unabhängigen Gutachter Herrn Rechtsanwalt Dr. Erlenkämper vorgenommen. Diese Gutachten und die rechtliche Bewertung des Rechtsdezernenten wurden von uns, Herr Stadtdirektor, nicht angezweifelt.

Für meine Fraktion sind die vorliegenden rechtlichen Bewertungen schlüssig und ausreichend und lassen uns bei der Abstimmung kaum eine andere Wahl. Gleichwohl hätten wir als demokratische Volkspartei es sehr gerne gesehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des durchgeführten Bürgerbegehrens abschließend selbst die Entscheidung über den Ausbau des Godorfer Hafens hätten treffen können. Es ist in der Tat richtig - wir sind uns dessen auch sehr wohl bewusst -, dass weit über 30 000 Menschen dort ein besonderes Anliegen haben, das mit unseren Entscheidungen hier nicht übereinstimmt. Aber im Sinne des Rechtes müssen wir diese Überlegungen zurückweisen und sagen: Wir können hier nicht anders abstimmen, denn wir müssen dem Recht folgen. Einen anderen Beschluss hätte Herr Oberbürgermeister möglicherweise beanstanden müssen.

Wir unterstreichen aber - das hat Herr Oberbürgermeister eben auch gesagt -, dass wir die HGK darum bitten, sich beim Ausbau des Godorfer Hafens und insbesondere beim Schutz der Grünzonen sehr intensiv mit der Meinung der Bürger auseinanderzusetzen und die entsprechenden Vorschläge der Bürger zu berücksichtigen.

Wir haben hier nicht zum ersten Mal gegen Interessen der Bürger zu entscheiden. Obwohl gegen die Müllverbrennungsanlage im Norden 67 000 Unterschriften gesammelt wurden, ist dennoch für die Notwendigkeit der Müllverbrennungsanlage entschieden worden. Nur als Randbemerkung: Für den Verbleib der Rievkochebud auf dem Neumarkt - Gott sei Dank, dass sie weg ist -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bahnhofsvorplatz! Neumarkt war was anderes!)

- richtig: Bahnhofsvorplatz!; mein Herz ist noch so voll von der letzten Diskussion, Frau Moritz, da kann das schon mal passieren - wurden 21 000 Unterschriften gesammelt. Ich bin wirklich froh, dass wir heute dort einen schönen Platz haben.

Ich möchte am Beispiel Buslinien der KVB Folgendes zum Ausdruck bringen: Häufig wollen die Anwohner zwar gerne eine Buslinie, aber doch bitte nicht die Haltestelle vor der eigenen Haustür. Damit will ich sagen: Wir müssen den Notwendigkeiten und rechtlichen Gegebenheiten deutlich Raum geben.

Die CDU-Fraktion begrüßt es wirklich, wenn sich die Bürger vor Ort engagieren. Ich habe gerne einen Kalender über die Sürther Aue entgegengenommen - hoffentlich hat das jetzt kein Staatsanwalt gehört -, der die Schönheit dieser Landschaft aufzeigt, aber das ändert nichts an den Notwendigkeiten, die das Recht uns nun mal stellt. Wir von der CDU-Fraktion werden uns weder gegen geltendes Recht stellen noch den Oberbürgermeister dazu veranlassen, einen Ratsbeschluss beanstanden zu müssen. Wir werden daher der vorliegenden Verwaltungsvorlage zustimmen. Ich danke insbesondere Ihnen, Frau Moritz, für die nette Unterhaltung.

(Beifall bei der CDU)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Frank, bitte. - Wo ist er denn? Will er jetzt nicht sprechen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist vielleicht gerade auf Toilette! Ich weiß es aber nicht, er hat sich bei mir nicht förmlich abgemeldet!)

- Gut. Dann fahren wir erst einmal in der Rednerliste fort. Bitte schön, Herr Reppen.

**Dietmar Reppen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte das gerne hier vom Platz aus machen. Da wir hier nicht in eine erneute Sachdebatte einsteigen - Sie haben darauf hingewiesen -, möchte ich mich auf ganz wenige Anmerkungen beschränken.

Gutachten sind gut und schön. Sie kennen den Spruch: zwei Juristen, drei Meinungen. Nachdem wir uns intensiv mit den Ausführungen des Gutachters auseinandergesetzt haben, sind wir in der Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, dass es doch manche Punkte gibt, die wir aus juristischer Sicht anders sehen. Wir halten daher den Vorschlag der Verwaltung, das Bürgerbegehren als unzulässig einzustufen, für nicht richtig. Wir werden deswegen auch die Verwaltungsvorlage ablehnen, und zwar komplett. Wir sind der Meinung, wenn wir hier das Bürgerbegehren für zulässig erklären, muss es folglich einen Bürgerentscheid geben. Dann brauchen wir auch nicht über ein Widerspruchsverfahren zu reden. Insofern werden wir in Gänze mit Nein stimmen. Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Reppen. Nun spricht Herr Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich hatte eine andere Reihenfolge im Kopf. Es haben ja alle so schöne Gutachten bestellt. Ich habe gedacht, dass wir uns diese hier zunächst einmal in Kurzfassung anhören. - Aber ist egal!

Ich möchte auf die rechtliche Situation abstellen, wie es der Oberbürgermeister schon gesagt hat; denn darum geht es hier. Der externe Gutachter des Oberbürgermeisters und sein Rechtsamt

haben im Wesentlichen drei Gründe vorgebracht, warum dieses Bürgerbegehren, das breite Unterstützung findet, nicht zulässig ist. Der erste Grund ist: Es ist nicht auf eine Sachentscheidung gerichtet. Der zweite Grund ist: Es ist unzulässig, weil es auf eine Angelegenheit abzielt, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens zu entscheiden ist. Als dritter Grund wird der Verstoß gegen die letztlich unternehmerische Freiheit der HGK angeführt. Das sind die entscheidenden Punkte. Soweit ich das Gutachten der Kollegen der SPD, das ja auch von zwei Externen erstellt wurde, überflogen habe, deckt sich das weitgehend in der Begründung, sodass ich insgesamt dazu Stellung nehmen kann.

Zum Ersten: Die Schlussfolgerung, das Bürgerbegehren sei nicht auf eine Sachentscheidung gerichtet, weil der Rat lediglich den Wunsch des Ausbaus äußere und daher der aufzuhebende Ratsbeschluss keine vollstreckungsfähigen Inhalte habe, greift unseres Erachtens und nach Auffassung derjenigen, die uns rechtlich beraten, zu kurz.

Der Beschluss des Rates für den Ausbau des Godorfer Hafens stellt nicht lediglich ein politisches Votum oder einen Wunsch dar, der nach der Rechtsprechung des OVG Münster eben keine hinreichende Sachentscheidung für ein Bürgerbegehren darstellen würde. Dies beruht darauf, dass das Gutachten lediglich isoliert den Wortlaut des Ratsbeschlusses bewertet, ohne die Umstände, die zu diesem Ratsbeschluss geführt haben, in Betracht zu ziehen.

Vorangegangen war diesem Beschluss nämlich eine spezielle Entwicklung. Nachdem das Planfeststellungsverfahren durch Beschluss abgeschlossen war, wurde von der Politik die Frage der Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus kontrovers diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt war unklar, ob der Rat trotz des vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses tatsächlich den Auftrag gibt, den Ausbau zu realisieren. Darüber hat es Verhandlungen im Hauptausschuss usw. gegeben; ich möchte jetzt nicht die ganze Geschichte erzählen. Die Fraktionen im Rat haben sich schließlich darauf geeinigt, ein Gutachten einzuholen - das war ein Beschluss des Hauptausschusses -, das die Wirtschaftlichkeit des Hafens prüfen sollte, und auf Grundlage dieses Gutachtens sollte dann entschieden werden, ob der Hafenausbau realisiert wird. Der Rest ist bekannt. Die HGK erklärte in diesem Zusammenhang übrigens, dass sie von dem Planfeststellungsbeschluss nur Gebrauch machen werde,

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

wenn dem Ausbau durch einen entsprechenden Ratsbeschluss zugestimmt werde; siehe dazu Beschlussvorlage der Verwaltung vom 16.07.2007.

Diese Umstände sind im Sachverhalt des Rechtsgutachtens des Oberbürgermeisters überhaupt nicht berücksichtigt worden. Daraus ergibt sich jedoch, dass die Formulierung „Der Rat der Stadt Köln nimmt die Ergebnisse des Gutachtens über die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit zur Kenntnis und spricht sich für den Ausbau aus“ nicht lediglich ein politisches Votum war, sozusagen eine unverbindliche Resolution, sondern dass an den Rat die Frage gestellt wird: Wird der Planfeststellungsbeschluss ausgenutzt, wird in dem Rahmen investiert oder nicht? Diese Frage hat die HGK im Übrigen an den Rat, an die Verwaltung gestellt, um sicherzugehen, dass sie dieses Ziel tatsächlich erreichen kann oder nicht. Insofern ist der erste Grund, den die Gutachter der SPD und des OBs hier dargetan haben, nämlich dass es keine Sachentscheidung sei, nicht zielführend. Wir sind der Meinung: Rechtlich gesehen trägt dieses Argument nicht.

Zum Zweiten: der Ausschlussgrund nach § 26 Abs. 5 der Gemeindeordnung. Im Gutachten des Oberbürgermeisters, aber auch in dem von der SPD beauftragten, wird dies für unzulässig gehalten, da es auf eine Angelegenheit gerichtet sei, die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu entscheiden sei. Es ist aber zu beachten, dass der vorliegende Fall besonders gelagert ist. Es geht nicht darum, dass der Rat eine planerische Entscheidung über ein planfeststellungsbedürftiges Vorhaben trifft. Vielmehr wurde die Entscheidung über die Realisierung eines solchen Projektes dem Rat freiwillig von der HGK zur Zustimmung zugestellt. Wenn aber dem Rat die Entscheidung darüber durch einen Dritten übertragen wird - in diesem Fall durch die HGK -, so ist nicht ersichtlich, warum diese Entscheidung ausschließlich durch den Rat und nicht auch, wie es auch die Gemeindeordnung vorsieht, durch die Bürgerschaft getroffen werden kann. Schließlich geht es nicht um eine planerische Entscheidung, sondern lediglich um die Frage, ob aus wirtschaftlichen Gründen vom Planfeststellungsbeschluss Gebrauch gemacht werden soll. Wie Sie wissen, gibt es in der Bundesrepublik eine Reihe großer Projekte, die zwar planfestgestellt sind, aber nie gebaut wurden. Das hatte die unterschiedlichsten Gründe: fehlende politische Mehrheiten, kein Geld usw.

Zum dritten und letzten Grund. Es ist eigentlich sehr einfach: Die HGK ist ein öffentliches Unternehmen und gehört uns weitestgehend. Wenn da die unternehmerische Freiheit eingeschränkt wäre, müssten wir sämtliche Ratsbeschlüsse der Wahlperiode, inklusive dem zu den KölnBädern, annullieren. Wir geben doch dauernd Anweisungen an die Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräte und wer da sonst noch kreucht und fleucht, indem wir sagen: Mache dies so, mache jenes so.

Zum Schluss: Wir sind der Meinung, dass es ein Armutszeugnis für die Ratsmehrheit und auch für die Verwaltung ist, diese über 20 Jahre dauernde Auseinandersetzung jetzt auf die Gerichte abzuschieben, anstatt die große Chance zu ergreifen, diese Frage, die so umstritten ist, durch die Bürgerschaft selbst entscheiden zu lassen. Das ist rechtlich möglich, aber dazu wäre eine andere Entscheidung notwendig. Deshalb plädieren wir dafür - wir werden auch so abstimmen -, das Begehren für zulässig zu erklären und einen Bürgerentscheid einzuleiten. Sollte sich dafür keine Mehrheit finden, was absehbar ist, werden wir natürlich die Bürgerinitiativen voll umfänglich unterstützen in ihren weiteren Begehren, aber auch auf dem Weg, der dann vor die Gerichte führt. Das ist zwar traurig, wird dann aber wohl unvermeidlich sein. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Frank. Herr Breninek spricht für pro Köln.

**Hans Martin Breninek** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Bürger, heute werden Sie festgestellt haben: Sie können 20 000, 60 000 oder 100 000 Unterschriften sammeln, Sie können sich damit die Zeit um die Ohren schlagen - es nutzt nichts. Der Rat wird von euch gewählt. Der Rat hat seinen sicheren Arbeitsplatz,

(Josef Müller [CDU]: Na, na!)

und weil er diesen hat, macht er das, was er für richtig hält. Wenn Sie ein Bürgerbegehren machen, dann holen die hier einen Winkeladvokaten aus der Mottenkiste, damit Sie nicht zum Zug kommen. Bei der nächsten Wahl können Sie das berücksichtigen.

**36. Sitzung vom 29. Januar 2008**

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Ludwig, bitte.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Gutachter sollten anscheinend nach dem Motto arbeiten: Findet 1 000 Begründungen, warum ein Bürgerbegehren unzulässig ist. Erst heißt es: keine abschließende Sachentscheidung, sondern lediglich Vorgabe für den Rat. Dann: wenn doch eine Sachentscheidung, gehe das wegen des Planfeststellungsverfahrens nicht, und die Aufhebung des Ratsbeschlusses sei lediglich die Abgabe eines politischen Votums und kein konkreter Beschluss. Ach ja, und dann greift wieder das Planfeststellungsverfahren. Aber das ist letztendlich der Versuch, die eindeutigen Sachen, die hier auf dem Tisch liegen und zur Diskussion stehen, unklar und undurchschaubar zu machen.

Die Sache ist letztendlich ganz einfach: Es gibt einen politischen Beschluss, diesen Hafen zu bauen, und es gibt ein Bürgerbegehren gegen diesen Ratsbeschluss. Dafür muss man aber keine teuren Gutachter beschäftigen. Es ist eindeutig einsehbar, dass das eine zulässige Frage für ein Bürgerbegehren ist.

Auf die anderen Argumente, die hier herangezogen werden - Eingriff in die unternehmerische Freiheit der HGK -, will ich aus Gründen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr eingehen, sondern nur auf das verweisen, was Herr Frank gesagt hat. Das ist absolut klar. Allerdings, ein Satz ist fast schon unfreiwillig komisch. Es wird kritisiert, dass die Leute vom Bürgerbegehren keinen Kostendeckungsvorschlag vorgelegt haben. Meine Damen und Herren, hier geht es darum, eben keine städtischen Gelder zu versenken. Schon das Durchkommen des Bürgerbegehrens selbst würde Kosten einsparen. Das würde überhaupt keine Kosten für die Stadt verursachen.

Die Prüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durch die Gutachter dient meines Erachtens und nach Ansicht meiner Fraktion eindeutig dazu, die Bürgerbeteiligung zu verhindern. Herr Granitzka - es sind schon wieder Sie, aber es ist wirklich nicht persönlich gemeint -, als Sie gesagt haben, es tue Ihnen leid, dass es jetzt nicht zur Abstimmung kommt, haben Sie meiner Meinung

nach eindeutig Krokodilstränen geweint. Aber die nehme ich Ihnen nicht ab.

(Josef Müller [CDU]: Dann lassen Sie es bleiben!)

Denn das ist ein weiteres Bürgerbegehren, das nicht durchkam, nach der Müllverbrennungsanlage, nach der GAG. Da muss man sich natürlich die Frage stellen: Sind alle diese Leute nicht schlau genug, um für das Bürgerbegehren vernünftige Formulierungen zu finden? Haben sie sich nicht genug Gedanken gemacht? Hatten sie keine Berater? Nein, all das hatten sie. Nur, es ist offensichtlich vonseiten der Verwaltung und von den beiden großen Parteien so eingestiegt worden, dass alles darauf hinarbeitet, ein Bürgerbegehren zu verhindern. Sie wissen auch, meine Damen und Herren, dass alle diese Bürgerbegehren, ob die Müllverbrennungsanlage, die GAG oder jetzt der Godorfer Hafen, verdammt gute Chancen hatten bzw. hätten, zu gewinnen und diese absoluten Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Sie alle klagen relativ oft über die Politikverdrossenheit und den Frust der Bürger über die Parteien. Aber wenn Sie heute entscheiden, dieses Bürgerbegehren nicht zuzulassen, dann ist das für diese Leute, nach all den Anstrengungen, die die Leute in Godorf, in Sürth usw. gemacht haben, nach all den Aktivitäten, die es gegeben hat, nach dem überzeugenden Votum dieser Unterschriftensammlung, ein Schlag ins Gesicht. Dann müssen Sie sich über Politikfrust nicht wundern. Die Leute fühlen sich doch schlicht veräppelt, wenn sie erkennen müssen, dass diese ganze Form der Bürgerbeteiligung, wie sie angeblich seit einigen Jahren existiert, gar nicht echt ist, sondern offensichtlich nur zur Beschäftigungstherapie dient, indem man sich mit dem Sammeln von Unterschriften beschäftigt und nichts anderes macht.

Deswegen sagen wir: Dieses Bürgerbegehren ist zulässig - inhaltlich, politisch und auch rechtlich. Stimmen Sie dem bitte heute zu. Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Börschel. Bitte.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

vorweg, nur damit das Protokoll an dieser Stelle stimmt: Sie wissen, dass die SPD-Fraktion in einer Gesamtabwägung zwischen Eingriff in Natur und Landschaft auf der einen Seite und Arbeitsplätzen, Infrastruktur, Steuerkraft und möglichen Ausgleichsmaßnahmen auf der anderen Seite seit vielen Jahren und Jahrzehnten der Meinung ist, dass es richtig ist, den Godorfer Hafen auszubauen. Wenngleich wir heute nicht in der Sachdebatte sind, gebietet es zumindest die Lauterkeit, dieses vorweg zu sagen, ehe man etwas zur rechtlichen Bewertung eines Bürgerbegehrens sagt.

Diese Position der SPD besteht seit 20 Jahren, und sie besteht auch aktuell. Ich kann Ihnen insbesondere im Namen vieler Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie aus dem Kölner Süden sagen, dass das eine Position ist, unter der die SPD im Kölner Süden durchaus gelitten hat. Denn viele Kolleginnen und Kollegen haben das selbstverständlich bei Wahlen, darunter auch bei den Wahlen zum Rat der Stadt Köln, zu spüren bekommen. Genau dieses macht deutlich, dass wir es uns auf keinen Fall leicht machen wollen und können, wie wir jetzt mit einem Bürgerbegehren, das weit über 30 000 Menschen, nicht nur im Kölner Süden, angestrengt haben, umgehen.

Man könnte sich das, jedenfalls theoretisch, ganz leicht machen und sagen: Das ist doch wunderbar; dann kann auch die SPD endlich an dieser Stelle sagen, dafür können wir nichts. Wir könnten dann auch im Kölner Süden noch bessere Wahlergebnisse einfahren als bisher, wenn wir einfach die Entscheidung an die Bürgerinnen und Bürger abgeben.

Aber wir haben uns - das darf ich Ihnen sagen - diese Frage nicht leicht machen wollen, zum einen weil es weit über 30 000 Menschen sind, die sich mit diesem Thema in einem Bürgerentscheid auseinandersetzen wollen, zum anderen weil es in der Sache durchaus reizvoll sein kann, in einer Art Ein-Themen-Wahlkampf Argumente pro und kontra Hafenausbau in die Bürgerschaft zu tragen. Vermutlich hätten wir uns mit anderen an die Spitze der Bewegung gestellt und dafür geworben, dass es richtig ist, den Hafen auszubauen. Dann hätte man gesehen, und zwar unabhängig von einer Kommunalwahl oder anderen Wahlen, die ansonsten dafür die Möglichkeit bieten, wie es die Bürger sehen. Selbstverständlich hätte man diese Entscheidung akzeptieren müssen. Auch im Sinne einer demokratischen Kultur ist für den Rat die Mobilisierung

einer politischen Kraft für oder gegen ein Thema eine durchaus spannende Angelegenheit.

Trotzdem muss man wissen: Die Frage, über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens zu entscheiden, ist für den Rat keine politische Angelegenheit - genau das ist ja das Problem -, sondern nach dem eindeutigen Willen des Landesgesetzgebers in der Gemeindeordnung ist das eine reine Rechtsfrage, bei der der Rat der Stadt Köln keinerlei Ermessen hat.

Nun bin ich natürlich nicht völlig dumm: Ich weiß selbstverständlich, dass viele von denjenigen, die heute sagen, „ach, wir haben doch alle Freiheiten; das alles ist unschlüssig; das Bürgerbegehren kann man für zulässig halten und deswegen den Beschlussvorschlag des Oberbürgermeisters zurückweisen“, in Kenntnis der rechtlichen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ein Bürgerbegehren als politisches Instrument nutzen. Das ist zwar legitim, es ist aber nicht eine an sich zulässige Entscheidung im Rahmen dieser Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens, die eben nicht dem Ermessen zugänglich ist. Das wissen selbstverständlich auch Kolleginnen und Kollegen Juristen wie Sie, Herr Repgen, oder andere. Wir haben eben kein Ermessen. Das ist eindeutig durch Gerichte entschieden.

Weil auch wir nicht in allen Begründungszusammenhängen das Gutachten, das im Auftrag des Oberbürgermeisters erstellt worden ist, für schlüssig gehalten haben, haben wir zwei andere Gutachter gebeten, diese Frage für uns einzuschätzen und die externe Begutachtung des Oberbürgermeisters auf Schlüssigkeit zu überprüfen. Wir haben damit die beiden Professoren Beckmann und Hofmann - der eine an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Duisburg, der andere in Köln - beauftragt. Beide sind keine Totprüfer von Bürgerbegehren; darauf legen wir großen Wert. Letzterer hat im Jahr 2002 und 2003, ebenfalls im Auftrag der SPD, die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gegen den Verkauf der Geschäftsanteile an GAG und Grubo geprüft und ist seinerzeit zu dem Ergebnis gekommen, dass das Bürgerbegehren zulässig ist. Wir hätten damals durchaus Spaß gehabt, das in einem Rechtsstreit zu klären. Gottlob war der Rat in seiner Weisheit klüger und hat diese Sachfrage gleich anders geregelt, sodass man gar nicht mehr vor die Gerichte ziehen musste. GAG und Grubo wurden nicht verkauft.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Weil wir kein Ermessen haben, ist der Sozialdemokratie eines wichtig: Wir können und werden uns hier im Rat der Stadt Köln nicht rechtswidrig verhalten. Wir können mit unserer Stimme heute einem Bürgerbegehren, das in der Sache nicht zulässig ist, nicht zum Erfolg verhelfen. Selbstverständlich wissen auch die Kolleginnen und Kollegen der Grünen, der FDP und andere, mit denen wir im Vorfeld schon gesprochen haben, dass die Kritik am Ausnahmekatalog von Bürgerbegehren und an den Zulässigkeitsanforderungen keine Fragen sind, die man an den Oberbürgermeister oder an den Rat der Stadt Köln richten könnte. Das sind schlicht und einfach Ergebnisse des Landesgesetzgebers.

Wer der Auffassung ist, dass Planfeststellungsverfahren oder andere Rahmenbedingungen für Bürgerbegehren verändert werden sollten - ich sage das ganz wertfrei -, muss sich eben an den Landesgesetzgeber wenden. Ihnen, Herr Kollege Frank, hat auch der Verein „Mehr Demokratie e. V.“ ins Stammbuch geschrieben, dass es am Rande des sachlich Richtigen ist, hier jetzt die Verwaltung oder den Rat zu kritisieren. Wer mehr Partizipation über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zulassen will - nochmals: das sage ich ganz wertfrei -, muss eben den Landesgesetzgeber mit einer wie auch immer sich konstituierenden Mehrheit überzeugen. Ich selbst weiß innerparteilich sehr genau, wovon ich rede.

Deswegen wird man hier so oder so davon ausgehen müssen, dass über die eigentliche Sachfrage, nämlich die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, am Ende von Gerichten in ein oder in zwei Instanzen entschieden werden muss. Daran führt, denke ich, kein Weg vorbei. Das ist in einem Rechtsstaat aber so und nichts per se Schlechtes oder Ehrenrühriges. Da wären wir so oder so gelandet. Denn hätte der Rat heute entgegen seinem nicht vorhandenen Ermessensspielraum dieses Bürgerbegehren für zulässig gehalten, hätte der Oberbürgermeister das beanstanden müssen. Hätte er das nicht gemacht, weil er sich einen schlanken Fuß machen wollte, dann hätte spätestens der Regierungspräsident ihn wiederum anweisen müssen, eine Beanstandung des Ratsbeschlusses vorzunehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ehrlich sollten wir sein: Damit ist so oder so vorgezeichnet, dass diese juristische Frage am Ende vom Verwaltungsgericht Köln und später vom Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen entschieden wird, egal ob uns das gefällt oder nicht. So ist es eben in einem Rechtsstaat. Dieser Entscheidung müssen wir entgegensehen und

uns ihr selbstverständlich, egal wie sie ausfällt, beugen.

Erlauben Sie einen allerletzten Hinweis, der sich zumindest aus der von uns in Auftrag gegebenen Begutachtung ergeben hat. Der zweite Satz des Beschlussvorschlages der Verwaltung lautet:

Der Rat erklärt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, den Initiatoren des Bürgerbegehrens die Durchführung eines Widerspruchsverfahrens freizustellen.

Ich würde alle Beteiligten bitten, noch einmal zu hinterfragen, ob dieser Beschlussvorschlag sachgerecht ist und uns nicht möglicherweise an einer anderen Stelle Probleme macht. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat nämlich mit Wirkung zum 1. November 2007 durch das Bürokratieabbaugesetz das Widerspruchsverfahren abgeschafft, und zwar auch für die Fälle - sozusagen als Generalklausel -, wo im Einzelfall, in diesem Fall in der Gemeindeordnung, noch von Widerspruchsverfahren die Rede ist. In der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung war ausdrücklich davon die Rede: Bürokratieabbaugesetz, Abschaffung des Widerspruchsverfahrens - in Klammern: die ich im Übrigen für grottenfalsch halte, aber nichts daran ändern kann - geht vor noch möglichem Offenhalten von Widerspruchsverfahren in einzelnen Spezialgesetzen.

Das heißt: Wenn hier per Ratsbeschluss offen gehalten bzw. zur Disposition gestellt wird, was der Gesetzgeber überhaupt nicht mehr wollte, sollten wir zumindest überlegen, ob das sachgerecht ist oder nicht. Ich lege das aber zunächst in die Ermessensprüfung der Verwaltung.

Wir werden die Frage weiter politisch begleiten und beantworten müssen. Am Ende werden Bürgerinnen und Bürger so oder so die Möglichkeit haben, zu sagen, ob im Sinne der Gesamtstadt ein Ausbau des Hafens richtig oder falsch ist. Die Auseinandersetzung ist damit ja heute nicht zu Ende. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Börschel. Ich denke, dass dieser zweite Satz in dem von Ihnen angesprochenen Vorschlag entbehrlich ist. Ich schaue zum

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Rechtsdezernenten herüber. - Ja. Ich brauche den nicht unbedingt. - Frau May.

**Petra May** (fraktionslos): Was will der Gesetzgeber und die Gesetzgeberin? Wenn wir uns § 26, der als Ausnahmekatalog bezeichnet wird, anschauen, stellen wir fest, wie das in Nordrhein-Westfalen praktiziert wird. Das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid sind eine Ausnahme. Aber ist es das, was der Gesetzgeber eigentlich wollte? Die Novellierung der Gemeindeordnungen sollte zu mehr politischer Beteiligung der Bürger führen. Wenn wir das unter „Norm“ fassen, muss man sagen: Mit den Regelungen der Gemeindeordnung - auch des § 26 - sollte politische Beteiligung ermöglicht und nicht behindert werden. Deswegen muss man sich grundsätzlich fragen - das kann natürlich nicht der Rat -: Ist die Regelung in § 26 der Gemeindeordnung überhaupt gesetzeskonform mit dem, was mit der Novellierung der Gemeindeordnung gewollt wurde? Denn das ist ja kein Ausnahmekatalog, sondern eher ein Ausschlusskatalog.

Damit komme ich zur nächsten Frage: Was ist erlaubt? Ich habe alle Bürgerbegehren verfolgt. An dem ersten großen Bürgerbegehren war ich von Anfang an beteiligt; ich habe es mit entwickelt. Diejenigen, die das Bürgerbegehren initiiert haben, haben sich juristisch beraten lassen. Bei der GAG war das ebenso der Fall wie hier beim Godorfer Hafen. Das heißt, es ist durchaus die Rechtsposition zu vertreten, dass ein Bürgerbegehren zulässig ist. Ich halte es politisch für fatal und für ein falsches Signal, das Bürgerbegehren an dieser Stelle durch den Rat der Stadt Köln für unzulässig zu erklären.

Damit bin ich bei meiner nächsten Frage: Kann der Rat mit der Begründung „unternehmerische Freiheit“ Ratsbeschlüsse fassen? Sicherlich kann der Rat das machen. Diese Unternehmen sind nicht frei am Markt tätig, sondern unterliegen kommunaler Beteiligung, es sind Unternehmen, deren Entscheidungen Konsequenzen für die Bürger, aber auch finanzielle Konsequenzen für die Stadt haben.

Wir haben hier schon oft über Kostenfragen diskutiert und ihre Wirtschaftlichkeit geprüft. Wir haben gesehen: Bei der KVB ist es anders gelaufen, Stichwort: U-Bahn-Bau. Wir haben gesehen: Die MVA ist teurer geworden als geplant. Auch die Messe wirft bezüglich der Wirtschaftlichkeitsplanungen die eine oder andere Fragestellung auf.

Der Rat kann also darüber entscheiden, weil es sich um ein Unternehmen mit kommunaler Beteiligung handelt. Er hätte ja auch sagen können: Nein, es wird nicht gebaut. Aber der Rat hat das von der Wirtschaftlichkeitsprüfung abhängig gemacht, obwohl wir schon des Öfteren feststellen mussten, dass die Erwartungen, die so manche Wirtschaftlichkeitsprüfung weckte, nicht stimmten. Wenn der Rat das entscheiden kann, dann ist auch ein Bürgerbegehren zulässig.

Ich weiß, dass dieser Rat anders entscheiden wird. Ich weiß aber auch, dass nicht sämtliche Widerspruchsverfahren verbaut sind. Das Bürokratieabbaugesetz lässt noch einige Bereiche offen. Ich denke, es ist der richtige Weg, wenn die Vertreter des Bürgerbegehrens diesen Weg des Widerspruchs gehen. Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Die Vorlage der Verwaltung soll beschlossen werden. Allerdings wurde eben vorgeschlagen, dass wir auf den zweiten Satz verzichten können. Dieser sollte gestrichen werden. Entscheidend ist die erste Aussage: zulässig oder nicht. - Sind Sie damit einverstanden? - Ja, dann wird der Satz gestrichen.

Wir stellen somit fest, dass das Bürgerbegehren unzulässig ist. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, SPD und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen den Rest des Rates. Enthaltungen? - Bei vier Enthaltungen von der CDU ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt:

### **5.3.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen 5514/2007**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 5.4.1:

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

### 5.4.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 4952/2007

Darüber hatten wir ja schon zu Beginn der Sitzung gesprochen. Meine Damen und Herren, die Verwaltungsvorlage und der Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurden nach dem letzten AVR, also schon letzte Woche, am 25.01.2008 auf die Tagesordnung des Rates gesetzt

(Josef Müller [CDU]: Schieben!)

- lassen Sie mich bitte ausreden - und ist an alle Mitglieder des Rates verteilt worden. Das erfolgte zwar nicht fristgemäß nach unserer Geschäftsordnung, die hierfür zehn Tage vorsieht, aber es gibt auch eine Regelung, die es ermöglicht, verfristete Vorlagen im Rat zu behandeln. Das ist in § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung so geregelt. Solche verfristeten Vorlagen, die dem Rat vorgelegt werden sollen, müssen den Ratsmitgliedern spätestens am letzten Werktag vor der Sitzung zugegangen sein. Dies war hier allerdings der Fall.

Auch verfristete Vorlagen können demnach behandelt werden. Voraussetzung hierfür ist aber, dass nach § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung alle vertretenen Fraktionen einer Behandlung zustimmen. Deshalb frage ich Sie hier: Gibt es Fraktionen, die der Behandlung nicht zustimmen?

(Josef Müller [CDU]: Ja, hier, die CDU-Fraktion!)

- Die CDU-Fraktion und pro Köln. Dann kann ich diesen Punkt nicht heute, sondern erst in der nächsten Sitzung am 04.03. behandeln.

Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 6 fort:

### 6. Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2007 0157/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 7:

### 7. Überplanmäßigen Ausgaben

### 7.1 Deckungsring „Wirtschaftliche Erziehungshilfen“ (HpL.-Unterabschnitte: 4520, 4530, 4540, 4550 und 4560) 5432/2007/1

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

### 9. Allgemeine Vorlagen

Zunächst zu 9.1:

### 9.1 Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis in Köln-Marienburg 3105/2006

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst erfreut feststellen, dass wir eine veränderte Situation haben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Das geht aber nicht von Ihrer Redezeit ab. - Eben ist dazu noch ein Änderungsantrag von pro Köln eingetroffen.

**Karsten Möring** (CDU): Kann man den zur Kenntnis erhalten? Denn er ist mir bisher nicht bekannt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** An sich sollte der vorher vorliegen; denn die Redner könnten ja darauf eingehen wollen. Das ist schon wichtig. Er liegt mir hier nur handschriftlich vor, was ich nur bedingt lesen kann. - Gehen Sie doch bitte ans Mikrofon, um ihn hier langsam vorzutragen.

**Bernd M. Schöppe** (pro Köln): Aber gerne, Herr Oberbürgermeister. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle folgenden Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag:

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Erstens. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend das Planfeststellungsverfahren für die unterirdische Weiterführung des dritten Bauabschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn einzuleiten und die erforderlichen Mittel beim Zuschussgeber zu beantragen.

Zweitens. Die Stadtbahnhaltestelle Arnoldshöhe ist so anzulegen, dass ohne Umbau eine Weiterführung nach Rondorf und Meschenich möglich ist.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das war nur zur Kenntnisnahme.

**Karsten Möring** (CDU): Danke, dann fahre ich fort. - Ich bin sehr erfreut, dass der Verkehrsminister des Landes dem Oberbürgermeister in den letzten Tagen mitgeteilt hat, dass wir bei der dritten Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn überraschenderweise doch mit einem Ergebnis rechnen können, das uns einen Bau weit vor dem Jahr 2015 erlaubt. Damit haben wir eine Situation, dass die Nord-Süd-Stadtbahn, die aus drei Teilen besteht, sehr frühzeitig, viel früher als erwartet, in ihrer Gesamtheit wirksam werden und damit ihre entscheidende Wirkung entfalten kann. Das ist sehr erfreulich. Ich bedanke mich bei Herrn Oberbürgermeister und Herrn Streitberger, dass Sie das beim Land erreicht haben.

Der Beschluss, den wir heute fassen, ist Voraussetzung dafür, dass das gelingt. Insofern ist er sehr wichtig. Wir haben im Verkehrsausschuss über die Frage intensiv diskutiert und auch gestritten, weil die Auffassungen über die richtige Lösung in der Bonner Straße sehr unterschiedlich sind. Die Verwaltung hat uns dankenswerterweise vier Vorschläge ausgearbeitet, darunter ein Horrorvorschlag, den man nicht ernsthaft diskutieren muss. Aber die drei anderen sind Varianten, die von den Fraktionen zwar unterschiedlich bewertet, dann aber befürwortet worden sind.

Ich will an dieser Stelle sagen, dass für die CDU bei der Lösung mit einer eigenen Trasse nur eine Straßenbreite infrage kommt, die eine Vierstreifigkeit über die gesamte Länge, vom Gürtel, dem Militärring bis zur Marktstraße ermöglicht. Ich will das hier nicht im Einzelnen vertiefen, weil die Diskussion im Verkehrsausschuss intensiv geführt worden ist. Dafür gibt es drei Argumente, ganz kurz:

Erstens: Nur wenn der ausreichende Querschnitt gewahrt ist, können wir ausschließen, dass es Verdrängungseffekte in die Wohnviertel gibt.

Zweitens: Bei einer Zweistreifigkeit, vor allem im nördlichen Teil, rechnen wir nach wie vor mit Stau, weil wir nicht davon ausgehen, dass sich der gesamte Verkehr auf die Rheinuferstraße verlagern lässt, vor allem nicht wegen der Engstelle, die wir mit der Querung im zweiten Bauabschnitt zwingend in Kauf nehmen müssen.

Drittens: Die erwartete Verkehrsreduzierung durch den ÖPNV wird sicherlich eintreten, sie ist auch erwünscht, aber wir können sie nicht erzwingen. Außerdem rechnen wir mit einer weiteren Verkehrszunahme. Der eine oder andere hat gesagt, die Leute sollten den ÖPNV benutzen, und dabei mit einkalkuliert, dass ein Stau die Leute in die Straßenbahn treiben wird. Das machen wir so nicht mit. Denn unsere Parole heißt nicht: Die Leute sollen den ÖPNV benutzen, sondern wir sagen: Die Leuten sollen den ÖPNV nutzen *können* und ihre freie Entscheidung behalten.

Aufgrund dessen können wir den Beschluss des Verkehrsausschusses und damit die Variante 4 der Verwaltungsvorlage nicht mittragen, obwohl uns klar ist, dass wir heute einen Beschluss haben werden, der unseren Vorstellungen in diesem Punkt möglicherweise nicht entspricht. Wir begrüßen dennoch, dass es auf diese Weise möglich wird, sehr frühzeitig, deutlich früher als bisher geplant, den dritten Bauabschnitt realisieren und dafür auch Mittel des Landes in Anspruch nehmen zu können. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Kron, bitte.

**Peter Kron** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als der Oberbürgermeister eben Punkt 9, Allgemeine Vorlagen, aufrief, fiel mir ein Satz von Herrn Granitzka ein. Er sagte vorhin sinngemäß: Die CDU-Fraktion wird grundsätzlich keine OB-Vorlagen kritisieren. Jetzt habe ich gelernt, dass Sie sie sogar ablehnen. So weit, so gut.

Wir sind seit einem Jahr mit dieser Problematik befasst. Nach einjähriger Reise geht es jetzt zurück in den Rat. Das heißt, die BV hat sich

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

fünfmal damit befasst, der Verkehrsausschuss dreimal. Wir haben nunmehr die Entscheidung über die dritte Baustufe zu treffen. Ich sage Ihnen: Wir müssen sie auch treffen, vor allem vor dem Hintergrund der auch von Herrn Möring zitierten Zusage des Ministeriums, beim Bedarfsplan für Verkehrsstrukturmaßnahmen in Stufe 1 zu gelangen.

Zum Inhalt nur einige kurze Bemerkungen. Herr Möring hat schon die Varianten geschildert. Es gab hier die Extrempositionen: die ganze Strecke zweispurig oder die ganze Strecke vierspurig. Dann gab es den Kompromiss: im südlichen Teil vierspurig bis zum Gürtel und den Rest dann zweispurig. Letzterer ist durch eine, von uns intensiv studierte Verwaltungsvorlage beschrieben worden. Es gab viele Untersuchungen von externen Ingenieurgesellschaften, die uns an zwei Terminen die Ergebnisse anhand von Mikrosimulationen vorgestellt haben. Dann ist von Herrn Dezernenten Streitberger die Vorlage erarbeitet und Herrn Oberbürgermeister vorgelegt worden. Dem Ergebnis, das dabei herausgekommen ist, können wir so folgen.

Wir haben uns von dieser Beschreibung überzeugen lassen; denn damit wird nicht nur der hohen Verkehrsbelastung Rechnung getragen, sondern gleichzeitig der Eingriff in die vorhandene Bebauung so weit wie möglich reduziert. In Anbetracht der Baukosten und der verkehrlichen Leistungsfähigkeit sind wir der Auffassung, dass die Variante 4, also der Kompromissvorschlag, die richtige ist.

Darüber hinaus steht auch in der Vorlage, dass das Gesamtverkehrskonzept - ich weiß nicht, wann es beschlossen wurde; aber ich gehe davon aus, dass es mit den Stimmen der CDU verabschiedet wurde - besagt, dass die Bonner Straße vom Kfz-Verkehr entlastet werden soll. Das ist auch einer der Gründe, warum wir dieser Vorlage zustimmen können.

Die SPD-Fraktion hat dieser Variante dann auch am 15.01. im Verkehrsausschuss zugestimmt, gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP. Die FDP hatte noch einmal vorgeschlagen, die U-Bahn weiterzubauen. Ich bin also nicht mehr so gespannt, wie das heute hier ausgehen wird, zumindest was die CDU betrifft.

Zum Schluss noch einige grundsätzliche Bemerkungen. Ich habe hier den *Express* vom 16.01., der thematisiert, was im Verkehrsausschuss behandelt wurde. Hier steht, Frau Kirchmeyer

sagte zu dem Beschluss, dieser Verwaltungsvorlage des Oberbürgermeisters zu folgen:

Das ist ein typisch grüner Beschluss - und damit falsch für unsere Stadt.

Weiterhin wird zitiert:

Die Grünen verursachen ein Stauproblem, giftet Karsten Möring.

Jetzt weiß ich nicht, ob das richtig dargestellt worden ist. Hier steht jedenfalls, dass Herr Möring giftet, die Grünen würden ein Stauproblem verursachen. Ich weiß nicht, ob hinter bzw. neben mir zwei Stauverursacher sitzen. Jedenfalls würde ich weder Herrn Streitberger noch Herrn Oberbürgermeister als grüne Stauverursacher bezeichnen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das sind sie wirklich nicht, das stimmt!)

Außerdem bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass auch die SPD dem zugestimmt hat. Wenn schon, dann rot-grüne Stauverursacher.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass wir dieser Verwaltungsvorlage mit einer geringfügigen Änderung zustimmen können. Es geht dabei um den Standort der Park-&-Ride-Anlage. Wir haben den Text geringfügig verändert: Es heißt jetzt nicht mehr „im Kreisel“, sondern „im Bereich des Kreisels“; denn es ist noch gar nicht klar, wo die Haltestelle platziert wird. Mit dieser geringfügigen Änderung, die wir im Ausschuss bereits beschlossen haben, können wir dieser Verwaltungsvorlage zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kron. Frau Tull, bitte.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Nach einjähriger Diskussion steht heute der Abschluss eines langen Prozesses an: die letzte Stufe eines der größten Bauprojekte, die die Stadt je gesehen hat. Ohne diese dritte Baustufe ist die Nord-Süd-Stadtbahn allerdings nur ein Rumpf ohne Glieder. Sie erschließt keine neuen Fahrgäste und wäre im Wesentlichen nur unterirdischer Ersatz für bereits bestehende Strecken. Erst durch die oberirdische Weiterführung bis zum Bonner Verteiler gewinnt die Nord-Süd-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Stadtbahn tatsächlich an Wert für die KVB und ihre Fahrgäste. Deshalb ist es auch so wichtig, dass dieses vorläufig letzte Stück Strecke möglichst zügig gebaut wird.

Ich kann deshalb nur an Sie appellieren, heute einen Beschluss zu fassen, um das Ganze auf die Schiene zu setzen. Die Voraussetzungen dafür sind denkbar günstig. Heute hat der Oberbürgermeister bekannt gegeben, dass das Verkehrsministerium zugesagt hat, die dritte Baustufe in die erste Priorität aufzunehmen und mit entsprechenden Mitteln zu fördern. Diese Chance darf man sich nicht entgehen lassen.

Etwas unglücklich ist, dass der Beschluss zum Weiterbau der Nord-Süd-Stadtbahn mit der zukünftigen Ausgestaltung der Bonner Straße verknüpft ist. Die heute durchgängige Vierspurigkeit lässt sich durch den Bau der Schienen nicht aufrechterhalten, jedenfalls nicht ohne flächendeckende Enteignung der Grundstücke. Das weiß im Übrigen auch die CDU, beharrt aber trotzdem darauf, dass das irgendwie machbar ist. Schon aus monetären Gesichtspunkten ist das Unsinn. Aber gut, wenn Sie meinen, darauf beharren zu müssen, dann bleiben Sie eben dabei.

Aus grüner Sicht sind vier Spuren auch nicht nötig.

(Josef Müller [CDU]: Doch!)

Laut Gesamtverkehrsplan ist die Bonner Straße durch den Ausbau der Rheinuferstraße keine Hauptverkehrsstraße mehr. Folgerichtig kann man sie auf zwei Spuren zurückbauen, ohne größere Staus oder Probleme zu erzeugen. Das hat übrigens auch die Simulation ergeben. Das Problem war nicht etwa, dass Staus entstehen, sondern dass Verkehre in die Nebenstraßen geleitet werden, was man aber sicherlich durch verkehrstechnische Maßnahmen lösen kann. Insbesondere für die Bonner Straße wäre das ein großer Gewinn an Lebensqualität und mit weniger Lärm- und Schadstoffemissionen verbunden.

Leider konnten wir dafür bislang keine Mehrheit finden und haben uns deshalb entschlossen, dem Vorschlag der Verwaltung - übrigens, wie Herr Kron bereits treffend erwähnte, ein Vorschlag eines CDU-Oberbürgermeisters und eines CDU-Dezernenten - zu folgen und der vierspurigen Lösung ab dem Gürtel in Richtung Süden zuzustimmen.

Wir hoffen - ich appelliere hier noch einmal ausdrücklich an die CDU -, dass wir jetzt zügig die Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn in Angriff nehmen können. Bitte lassen Sie es nicht zu, dass es hier im Rat zu ähnlichen Verhältnissen kommt wie in Rodenkirchen, nämlich dass keiner von seiner Linie abweicht und damit keine Variante eine Mehrheit findet. Dann tritt nämlich der schlimmstmögliche Fall ein, sozusagen die fünfte Variante: Die Bonner Straße bleibt vierspurig, nur eben ohne Bahn. Das kann niemand wollen. Wir sind über unseren Schatten gesprungen, weil uns der Ausbau des ÖPNV-Netzes am wichtigsten ist. Bitte tun Sie das auch. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Tull. Jetzt spricht Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal muss man diese Debatte hier einsortieren - es sind zwar jetzt nicht mehr so viele Zuhörer hier, nur noch vier Journalisten; den Saal spielen wir auch noch leer -, um einschätzen zu können, was hier gerade passiert und warum Frau Tull so einen Appell loslässt; denn das ist man eigentlich gar nicht gewöhnt. Man denkt, das ist doch eine ganz normale Verwaltungsvorlage, es scheint eine breite Mehrheit dafür zu geben, auch der Oberbürgermeister ist dafür. Aber als ich zu Beginn der Sitzung in den Saal kam, war die zentrale Frage, ob die FDP bei ihrer Enthaltung aus dem Verkehrsausschuss bleiben oder vielleicht nachher auch dagegen stimmen wird. Das liegt einfach daran - das werden sicher auch noch andere Wortmeldungen zeigen -, dass der Oberbürgermeister für seine Vorlage, diese Variante 4, hier heute keine absolute Mehrheit hat.

(Martin Börschel [SPD]: Richtig! Und er wird uns nicht bitten, sie bei den Linken zu besorgen!)

Deswegen muss man das entsprechend einsortieren.

Kollege Möring hat dargestellt, dass sich durch den Brief des Ministers für die Stadt Köln plötzlich ein Zeitfenster auftut, in dem diese dritte Baustufe realisiert werden kann. Dabei sah es lange danach aus, als ob sich auf der Bonner Straße bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag nichts

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

tun würde. Aber wegen der Kosten-Nutzen-Rechnung sagen natürlich alle - Frau Tull hat das eben auch gesagt -, dass die Strecke erst dann ihren vollen Nutzen entfaltet, wenn man mindestens bis zum Bonner Verteiler fahren kann, wo dann ein P&R-Platz sein soll. Deswegen ist es wichtig, dass wir dieses Zeitfenster jetzt nutzen. Alles andere wäre sträflich für die Stadt Köln.

Frau Tull findet jetzt auch deshalb solche flehenden Worte, weil sich Rot-Grün bisher weder in der Bezirksvertretung noch im Verkehrsausschuss darum geschert hat, eine vernünftige Lösung zu finden, für die man dann auch eine breite Mehrheit im Rat bekommt.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das ist nicht unsere Vorlage!)

Das ist das Entscheidende. Wenn man über eine Variante redet, die ab 2020 kommen soll - bis dahin gibt es noch zwei oder drei Kommunalwahlen, da können wir es noch einiges entsprechend ändern -, dann ist es nicht so wichtig. Aber nun, da plötzlich durch dieses Zeitfenster so ein Druck dazukommt, ist es natürlich schon wichtig.

Wir haben uns im Verkehrsausschuss bei der Sache enthalten - daran wurde eben noch einmal erinnert -, weil wir ursprünglich einmal von einer Verlängerung der U-Bahn ausgegangen sind. Unsere Prüfanträge, die wir zu Beginn dieses Jahrtausends, noch in der letzten Wahlperiode, gestellt haben, sahen vor, die Tunnelbohrmaschinen im Grunde direkt in Richtung Gürtel weiterfahren zu lassen und die U-Bahn zu verlängern. Wir haben gesagt, wir müssen die Bonner Straße im oberen Bereich leistungsfähig halten. Das schaffen wir aber nur, wenn wir die U-Bahn entsprechend verlängern. Wir haben schon einmal auf der Neusser Straße den Fehler gemacht, die U-Bahn zu kurz zu bauen.

Das entdeckt jetzt auch die SPD mit ihrer Nebelkerzenstrategie, indem sie sagt: Gustav-Heinemann-Ufer, Achtung, Achtung, da könnte die Leistungsfähigkeit der Rheinuferstraße plötzlich wegbrechen; also machen wir jetzt, trotz Planfeststellungsbeschluss, irgendeine Tunnelösung. Ich meine, es ist doch klar: Egal, ob es um die Volksproklamation oder das zweite Gutachten zum Godorfer Hafen geht - nachher hören wir noch, warum das Barmer Viertel etwas mit Public Viewing zu tun haben soll -, selten geht es um Problemlösungen, immer aber darum, ein paar Nebelkerzen zu zünden, um schöne Schlagzeilen zu bekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Nicht von sich auf andere schließen!)

Bei dieser Sache ist das jetzt genau das Gleiche. Weil Sie festgestellt haben, dass da eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung fehlt, wollen Sie nachbessern.

Für uns war die U-Bahn-Lösung die erste Wahl. Aber wir sind auch realistisch genug, zu sagen: Das ist heute nicht mehr machbar. Die Haltestelle Marktstraße ist in Beton gegossen, sie ist finanziert. Jetzt noch einmal an dieser Stelle mit dem U-Bahn-Vorschlag zu kommen, wäre unrealistisch. Insofern sind FDP-Politiker schon Realpolitiker.

(Martin Börschel [SPD]: Nur insofern!)

Wenn wir Vorschläge machen, passen diese entsprechend in die Zeit. Deshalb kommen wir nicht mehr mit diesem Vorschlag, der jetzt von pro Köln kommt. Das ist der feine Unterschied; denn diese Initiative kommt fünf, sechs Jahre zu spät. Der Zug ist leider abgefahren. Wir können zwar später einmal sagen, wir wären dafür gewesen, aber das ist dann nur etwas für die Geschichtsschreibung.

Also, ich kann Sie beruhigen, meine Damen und Herren. Die FDP wird bei ihrer Enthaltung aus dem Verkehrsausschuss bleiben.

(Martin Börschel [SPD]: Stimmen Sie doch dagegen!)

Von daher brauchen Sie nicht auf die Linke zu setzen. Sie haben auch so die relative Mehrheit heute im Rat, wenn die CDU dagegen stimmt und sich die FDP enthält. Das Projekt ist für Köln so wichtig, weil wir damit die dritte Baustufe umsetzen und die Strecke über die Marktstraße bis zum Bonner Verteiler verlängern können.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber eine Eierei! Stimmen Sie doch dagegen!)

- Ja, Herr Börschel, ich sehe es Ihrem siegessicheren Gesicht an, dass Sie die Linken wahrscheinlich längst eingekauft haben. Das ist ja kein Problem.

(Michael Zimmermann [SPD]: Nein, das ist eine Vorlage des Oberbürgermeisters!)

Uns geht es um die Sache. Wir wollen weiterkommen. Das war der Appell von Herrn Möring. Das war der Appell von Frau Tull. Deshalb wird

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

sich die FDP diesem Projekt nicht verweigern, sondern sich hier enthalten. Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Herr Schöppe für die Fraktion pro Köln und deren Änderungsantrag.

**Bernd M. Schöppe** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wertes Publikum auf der Tribüne! Zunächst einmal möchte ich zu den vier Varianten etwas sagen, die hier zwar angerissen, aber nicht konkret benannt worden sind.

Variante 1 bedeutet, Fahrbahnbreite zwischen Schönhauser Straße und Cäsarstraße bis 2,75 Meter plus 1,25 Meter Angebotsstreifen.

(Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das gehört in den Verkehrsausschuss!)

- Ja, sicherlich. Dann hören Sie es sich eben noch einmal an. - Insgesamt sind das 4 Meter. Ein Lkw über 7,5 Tonnen hat circa 2,45 Meter Breite, ein Lkw bis 3,5 Tonnen hat circa 2,3 Meter Breite. Jetzt soll mir einmal jemand erklären, wie dort bei 4 Meter Gesamtstraßenbreite ein Pkw von 1,9 Meter Breite vorbeikommen soll. Das ist nicht machbar.

Variante 2 bedeutet, dass ein Abriss von 70 Häusern notwendig wird. Das ist unseres Erachtens viel zu viel.

Bei Variante 3 ist ein Abriss von 21 Häusern notwendig. Auch das ist sozial wenig verträglich. Historische Gebäude, die das Stadtbild geprägt haben, fallen weg. Durch den Abriss werden unansehnliche Klaffwunden und offengelegte Innenhöfe entstehen.

Variante 4 beinhaltet das Problem der zu engen Durchfahrten zwischen der Schönhauser Straße und der Cäsarstraße. Das ist mit Variante 1 identisch.

Daher gibt es für uns nur ein Fazit: Obwohl der unterirdische Ausbau der dritten Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn einige Nachteile wie hohe Baukosten, hohe Unterhaltskosten und geringe soziale Kontrolle mit sich bringt, bleibt er wegen der überwiegenden Vorteile wie Verlagerung der Verkehre von der Straße untertage, damit verbundene Verbesserung des Stadtbildes, Verminderung der Lärmbelastung - jeder, der einmal in

der Nähe einer Straßenbahnstrecke gewohnt hat oder noch da wohnt, sollte darüber nachdenken, ob er das den Leuten, die an der Bonner Straße wohnen, antun will -, freie und ungehinderte Fahrt der Bahn, keine drastischen Eingriffe in die gewachsene städtebauliche Substanz eine zukunftsorientierte und damit die einzig vertretbare Lösung.

Die aus heutiger Sicht befürchtete Unwirtschaftlichkeit und damit Subventionsschädlichkeit ist mit Sicherheit nicht von Dauer. Aufgrund der zahlreichen Baugrundstücke in den südlichen Stadtteilen Rondorf, Hochkirchen, Weiß, Sürth und Meschenich ist bezüglich der demografischen Entwicklung ein rasanter Anstieg der Einwohnerzahlen in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu erwarten. Beim Pkw-Verkehr sollte man auch die Bebauung des Raderberggürtels berücksichtigen, die jetzt schon in der Planung ist.

Zum Umbau der schon in Beton gegossenen Haltestelle Marktstraße kann ich nur sagen: In Punkt 2 unseres Änderungsantrages beantragen wir, dass die Haltestelle Arnoldshöhe so gebaut werden soll, dass sie auch dann stehen bleiben kann, wenn es weiter bis nach Rondorf und Meschenich gehen soll. Entgegen der bisherigen Planung, die vorsieht, dass sie erst einmal gebaut, dann aber später wieder umgebaut werden soll, sagen wir: Wenn wir eine Haltestelle bauen, dann bauen wir sie für die Zukunft; dann bauen wir sie so, dass sie so stehen bleiben kann, wie sie gebaut wurde. Das, was wir damit einsparen, können wir dafür verwenden, die Fehlplanung an der Marktstraße zu korrigieren.

Damit bin ich auch schon bei dem Denken an den vorläufig letzten Bauabschnitt, das Frau Tull ansprach. Das regt mich wirklich auf. Ich kann absolut nicht nachvollziehen, wie man ein solches Denken an den Tag legen kann. Der große Vorteil dieser Bahn kommt ja erst dann zum Tragen, wenn die Bahn komplett durchfährt bis nach Rondorf und Meschenich. Jetzt soll sie - wir kennen die Planung - nur bis zum Verteilerkreis fahren. Das bedeutet für die Leute, die jetzt noch von Mechenich oder Rondorf mit dem Bus bis zum Hauptbahnhof durchfahren können, ganz klar, dass sie am Verteilerkreis umsteigen müssen. Wenn die Bahn aber bis dorthin durchfahren würde, könnten sie in die Bahn einsteigen und so wie jetzt komplett durchfahren. Ich kann nicht nachvollziehen, dass man sagt: Wir bauen jetzt bis zum Verteilerkreis, und lassen die Option offen, dass es irgendwann einmal noch weiter

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

geht. Wir sollten jetzt schon in die Zukunft denken und von vornherein bis Rondorf und Meschenich planen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Wir sind für die Variante 1, weil wir nicht einsehen, dass man über 1 Milliarde Euro für eine Super-U-Bahn oder Stadtbahn ausgibt und dann noch vierspurige Straßen baut. Deshalb sind für die Variante 1, die eine zweispurige Lösung vorsieht. Im Zusammenhang mit Park & Ride halten wir das für eine vernünftige und langfristige Lösung, die nicht nur durchführbar ist, sondern auch Kunden für den öffentlichen Nahverkehr bringt.

Ihre Variante, Herr Möring, ist eine Horrorversion. Mit der Variante, die wir befürworten, werden nicht so viele Leute enteignet, wie das bei Ihnen der Fall wäre. Herr Möring, das möchte ich auch einmal deutlich sagen, weil sie uns hier ja immer vorwerfen, wir würden die Leute enteignen. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag von pro Köln abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage wie Verkehrsausschuss. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und auch ich natürlich. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist es mit Mehrheit so beschlossen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Fragen Sie doch mal, wer dagegen ist!)

- Nein, das war doch jetzt elegant.

(Götz Bacher [SPD]: Herr Oberbürgermeister, das tut doch nicht weh!)

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 9.2:

### **9.2 Neuplanung des Anbaus zur Erweiterung der Geschäftsstelle des 1. FC Köln, Cluballee 1-3 in K-Sülz, Bezirk 3, Landschaftsschutzgebiet L 17 hier: Widerspruchsverfahren nach §69 Landschaftsgesetz NW (LG NW) 2781/2007/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von FDP, pro Köln und Linke. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.3 auf:

### **9.3 Planungsaufnahme zur Erweiterung der Raumkapazitäten und von Veränderungen im Bestand des Hansagymnasiums und Planungsaufnahme der Erweiterung der Raumkapazitäten und Veränderungen im Bestand der Hauptschule Gereonswall 4583/2007**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.4:

### **9.4 Nordfriedhof, Flur 032, Nr. 226a/226b, Grabstätte Bollenrath Erhalt der Ehrengrabstätte 4596/2007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.5:

### **9.5 Zusetzung von 1,0 Stelle VA VGr. Ib Fgr. Ia BAT (E 14 TVöD) zur Bewältigung gesteigerter Aufgaben des Gesundheitsamtes bei der Gesundheitsfürsorge und gesundheitlichen Hilfen für ältere Menschen i.Z. mit dem demographischen Wandel 4600/2007**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.6:

### **9.6 Modellprojekt Selbstständige Schule - Modellregion Köln**

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

### Gesamtkonzept zur Entwicklung einer regionalen Schullandschaft 5466/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9.7:

### 9.7 Wohnungsbauprogramm 2015 2606/2007

Das ist eine sehr komplexe Vorlage. Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst spricht Herr Otto für die SPD.

**Jochen Ott** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Der *Express* schreibt in seiner Ausgabe vom 28. September auf der Titelseite: „Auch das noch: Jetzt steigen die Mieten - Haus- und Grundbesitzerverein: Erhöhung in Köln bis zu 8 Prozent.“ In derselben Ausgabe gibt die Wohnungsbaugesellschaft GAG im Köln-Teil bekannt, sie rechne damit, dass die Mieten um 7,5 Prozent in den nächsten Jahren steigen werden. Ich glaube, spätestens nach diesem Bericht muss jedem klar geworden sein: Wir tragen große Verantwortung für die Wohnungspolitik in dieser Stadt. Wir müssen dafür sorgen, dass in dieser Stadt bezahlbarer Wohnraum möglich bleibt. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass das, was wir bereits 2005 zur Wohnungspolitik in dieser Stadt beschlossen haben, auch umgesetzt wird. Deshalb ist es gut, dass das vorgelegte Wohnungsbauprogramm 2015 uns aufzeigt, wo wir stehen, und uns die Möglichkeit gibt, das anzupacken.

Ein Grund dafür, warum wir auf eine Mieterhöhung zulaufen und warum das Wohnungsangebot knapp wird, ist die verfehlte Wohnungspolitik von CDU und FDP in den Jahren bis 2004 und auch die verfehlte Wohnungspolitik des Oberbürgermeisters.

(Helmut Jung [CDU]: Na, na, na! Herr Ott!)

Sie vertreten seit 1999 eindeutig die Ideologie: Wir setzen einseitig auf Einfamilienhäuser. Auch im Wohnungsbauprogramm 2015 wird davon ausgegangen, dass eine Größenordnung von 24 000 Einheiten benötigt wird. Allen ist klar, dass diese Zahl viel zu hoch gegriffen ist, weil eine Nachfrage in dieser Größenordnung über-

haupt nicht besteht. Deshalb muss es hier eine Abkehr von dieser Ideologie geben, hin zu einem vernünftigen Mix.

Die zweite Frage, um die es hier geht, ist: Wie schaffen wir es, stattdessen Geschosswohnungsbau zu forcieren? Dafür sind zwei Dinge von besonderer Bedeutung. Zum einen brauchen wir in Köln mehr geförderten Wohnraum. Pro Jahr kommen circa 800 neu geförderte Wohnungen in das Segment des öffentlich geförderten Wohnungsbaus dazu. Gleichzeitig fallen jedes Jahr aber etwa 2 000 aus der Bindung heraus. Allein schon anhand dieser Zahlen wird deutlich, was in den nächsten Jahren passieren wird: Es werden überproportional viele Wohnungen aus der Bindung herausfallen. Gleichzeitig gibt es viel zu wenige, die diesen Wegfall ersetzen können. Deshalb ist eine Anzahl von 500 Wohnungen, wie sie in der Verwaltungsvorlage angegeben wird, viel zu wenig. Wir sagen, dass in den Jahren 2008 bis 2010 1 000 Wohneinheiten pro Jahr geschaffen werden müssen. Das ist die einzige Möglichkeit, mit der wir dafür sorgen können, Wohnungsnot zu vermeiden.

Wir haben, wie ich glaube, parteiübergreifend aus den Fehlern, die wir in den 70er-Jahren gemacht haben, gelernt. Wir sind daher der Auffassung, dass geförderter Wohnraum nicht auf die Schnelle in einem Stadtteil entstehen sollte. 5 000 Wohnungen an einem Ort: Das hätte Folgen für die Sozialpolitik und würde Integrationsprobleme mit sich bringen, die eben nicht entstehen sollen. Stattdessen wollen wir dafür sorgen, dass alle Segmente miteinander gemischt werden. Sie alle wissen, dass geförderter Wohnraum heute viel mehr ist als nur das, was der Kölner Durchschnittsbürger unter sozialem Wohnungsbau versteht. Wir haben das hier oft genug erörtert; ich will das nicht wiederholen. Herr Börschel hat ja bei der Debatte über das Clouth-Gelände auch darauf hingewiesen.

Wir sind weiter der Auffassung, dass wir auch beim preiswerten freifinanzierten Wohnungsbau einiges tun sollten. Dazu muss die Verwaltung dem Rat geeignete Instrumente vorschlagen, um Investitionen gerade in diesem Segment zu unterstützen, sodass es wirklich zu einem Gesamtmix kommen kann.

Herr Klipper lässt sich in der Zeitung mit dem Hinweis zitieren, zwischen 2000 und 2005 habe es ja 33 Prozent geförderten Wohnungsbau in Köln gegeben und deshalb würden wir alle kein Problem sehen. In der Tat, zu Beginn des Jahr-

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

tausends hat einiges noch funktioniert, weil Sie auf der Wohnungspolitik der Sozialdemokraten aus den 90er-Jahren aufsetzen konnten.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Was allerdings zur Wahrheit dazugehört, verehrte Damen und Herren, ist, dass Sie die B-Pläne geändert haben. Sie haben aus den B-Plänen, mit Geschosswohnungsbau, den Einfamilienhausbau gemacht. Das Problem ist, dass Ihre Strategie nicht aufgegangen ist. Natürlich wollen auch wir, dass junge Familien in Köln Eigentum erwerben; mit Sicherheit ist das auch ein erklärtes Ziel der SPD. Aber wir wissen, in welchen Größenordnungen das in Köln passiert. Seit Jahren stagniert die Zahl in einer Größenordnung von 600–1000 Einheiten. Das, was damals getan wurde, geschah rein aus Gründen der Ideologie, aber die Folgen werden in den nächsten Jahren noch zu spüren sein. Deshalb - ich komme zum Schluss - werden wir den Antrag der Linkspartei an dieser Stelle übernehmen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Wir wollen mit unserem Antrag dafür sorgen, dass in Köln auch in Zukunft viele Menschen preiswert wohnen können. Das Dach über dem Kopf darf in den nächsten Jahren nicht so teuer werden, dass sich das viele Menschen nicht mehr leisten können. Deshalb ist es zwingend geboten, dass die Verwaltung und die Politik heute hier wegweisende und richtige Entscheidungen treffen und diese dann auch umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ott. Herr Klipper, bitte.

**Karl Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und dem Dezernenten Herrn Streitberger für diese Vorlage danken, weil sie in vielfältiger Form eine gute Analyse des Kölner Wohnungsmarktes und der Wohnbauflächen bis zum Jahr 2015 gibt. Anhand dieser Vorlage können wir erkennen, wie viele Wohnungen bis zum Jahr 2015 zur Verfügung stehen und wo sie ausgewiesen werden sollen. Wir können der Vorlage entnehmen, wie die Flächen bebaut werden sollen und wann sie baureif sind.

Wenn man aber die gesamte Vorlage liest, kommt man zu dem Ergebnis, dass wir kaum eine Chance haben, das zu erreichen, was angestrebt ist, nämlich 2 800 Wohnungen zu bauen. Nach der Vorlage der Verwaltung können nämlich im Zeitraum zwischen 2008 und 2014 im Durchschnitt genau 2 815 Wohnungen gebaut werden. Wenn aber etwas dazwischen kommt, wie zum Beispiel jetzt das Projekt Clouth-Gelände mit 1 000 Wohnungen - diese werden wir in diesem Zeitraum überhaupt nicht fertig stellen können -, werden wir das Ziel von 2 800 Wohnungen nicht erreichen können. Deswegen ist Ihre Aussage, Herr Ott, falsch. Die Zahl von mindestens 1 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau ist gar nicht zu erreichen, weil das betreffende Bauland nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

Lassen Sie mich nur eine Zahl aufgreifen. Herr Ott, Sie sind ja immer so schnell mit den Zahlen. Folgende Rechnung: Im Jahr 2000 wurden 976 Wohnungen gefördert plus 147 im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Im Jahr 2006 waren es 803 plus 274. Das heißt nach Adam Riese: Sie haben am Ende einer Wahlperiode das Gleiche geschafft, was Sie am Anfang der Wahlperiode als Überhang übernommen und kritisiert hatten. Dabei verschweigen, was wir erreicht haben, Herr Ott. Aufgrund Ihrer verfehlten Politik ist der Speckgürtel rund um Köln in den 80er- und 90er-Jahren dicker geworden. Wir haben zugunsten der Stadt Köln erreicht, dass diese Wanderungsbewegung in den letzten sechs Jahren rückläufig ist.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Mittlerweile haben wir wieder eine ausgeglichene Bilanz. Mehr noch: Wir haben so viele Angebote gemacht, dass die Leute wieder aus dem Speckgürtel zurück nach Köln ziehen und sich hier eine Wohnung nehmen.

(Zuruf - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die haben genug vom Speckgürtel!)

- Das meinen aber nur Sie. Es gibt nur noch ganz wenige Gebiete, die noch wachsen. Wir haben eines davon, nämlich die Rheinschiene.

In diesem Augenblick merken wir wieder einmal, dass Sie, meine Damen und Herren, eine Politik vertreten, die auf eine staatliche Regulierung des Wohnungsmarktes ausgerichtet ist. Aber diese staatliche Regulierung des Wohnungsmarktes

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

haben wir in weiten Teilen Deutschlands lange genug gehabt. Diese machen wir nicht mehr mit;

(Beifall bei Teilen der CDU)

denn sie bringt auf Dauer nichts. Wir wollen wieder auf unsere erfolgreiche Politik der Jahre 2000 bis 2006 zurückkommen, als nämlich der Markt entschieden hat, was gebaut werden soll, in welchem Umfang gebaut werden soll und wie gebaut werden soll.

Herr Ott, jetzt wollen wir doch einmal aus dem Nähkästchen plaudern. Die GAG, deren Aufsichtsratsvorsitzender Sie sind, entlässt jedes Jahr ungefähr 500 bis 700 Wohnungen aus der Bindung. Und was macht die GAG mit Ihrer Zustimmung? Sie erhöht nach Aussagen des Vorstandes überall, in jedem einzelnen Bereich, die Mieten um 20 Prozent und schöpft damit die maximale Möglichkeit aus.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Bei Einzelnen, die das finanziell nicht verkraften können, werden Ausnahmen gemacht. Aber im Regelfall macht die GAG eine Mieterhöhung immer dann, wenn es möglich ist und bis der Mietspiegel voll ausgeschöpft ist. Das ist die Aussage des Vorstands. Dem haben Sie als Aufsichtsratsvorsitzender zugestimmt. Diese Mieten können aber nur hereinkommen, wenn die Wohnungen nicht mehr gebunden sind. Somit haben Sie einen Teil der Mietpreissteigerung zu verantworten und nicht diejenigen, von denen Sie immer sprechen.

(Beifall bei der CDU sowie von  
Ralph Sterck (FDP))

Lassen Sie mich noch etwas zum Antrag von SPD und Grünen sagen, der 10 Punkte anführt. Herr Ott, das ist eine Politik wie in den 90er-Jahren. Ich sage Ihnen jetzt schon, wenn Sie von 1 000 oder 1 200 Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau ausgehen, werden Sie bei dem Potenzial, das überhaupt zur Verfügung steht, eine Quote von 40 bis 50 Prozent haben. Dann wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als Gebiete auszuweisen, die ähnlich denen in Donewald oder Oberiddelsfeld sind, worunter wir Ende der 90er-Jahre unendlich zu leiden hatten. Das wollen wir als CDU nicht, und deshalb werden wir diesen Antrag von Ihnen nicht unterstützen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Lassen Sie mich noch einen Satz zu Ihrem berühmten - wie nennen Sie es genau? - preiswerten freifinanzierten Mietwohnungsbau sagen. Dazu heißt es in Ihrem Antrag:

Die Höhe eines bedarfsorientierten Mietpreises soll sich zwischen dem Mietpreisniveau des Wohnberechtigungsscheins und dem durchschnittlichen Marktmietpreis bewegen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat kommunale Anreizinstrumente vorzuschlagen, um Investitionen in diesem Segment zu fördern.

Ich darf nicht daran denken, was das für einen Verwaltungsaufwand bedeutet. Für jede einzelne Wohnung muss erst die durchschnittliche Miete für diesen Wohnort ermittelt und dann der Wohnberechtigungsschein B berücksichtigt werden, der von 6,90 Euro ausgeht. Wie Sie das insgesamt bewerkstelligen wollen, ist mir ein Rätsel. Das zeugt davon, dass Sie von Wohnungswirtschaft überhaupt keine Ahnung haben und dass Sie diesbezüglich nur eine Schimäre aufbauen, die nicht wirken wird.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er dazu führt, dass wir wieder eine staatliche Verwaltung in der Wohnungswirtschaft bekommen, die diesem Staat überhaupt nicht guttut. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Wegen der fortgeschrittenen Zeit muss ich den Dank an die Verwaltung jetzt kürzer fassen. Aber eines muss ich doch noch anmerken: Ich finde es ganz toll, dass wir in Köln endlich ein Wohnungsbauforum haben, bei dem wir mit allen Akteuren der Wohnungswirtschaft, der Immobilienwirtschaft und der Finanzdienstleister an einem Tisch sitzen. Damit sind wir näher am Markt und an den Trends und stehen mit denjenigen, die das umsetzen sollen, in engem Kontakt. Ich bedanke mich auch für die gute Moderation, die gute Aufarbeitung und die sehr guten Protokolle. Davon verspreche ich mir viel.

Wir müssen die ideologischen Gräben verlassen. So falsch es war, dass in den 90er-Jahren an den Stadträndern, auf der grünen Wiese, riesige

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Siedlungen ohne eine ausreichende Infrastruktur entstanden sind, so falsch ist es, einseitig auf Einfamilienhausbau, auch wieder am Rande der Stadt zu setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Die CDU hat das mittlerweile mehr als genug kompensiert. Schon lange stimmt es nicht mehr, dass es der Traum junger Familien ist, am Stadtrand im Grünen ein Einfamilienhaus zu beziehen. Aus der Wandermotivbefragung wissen wir, dass 50 Prozent der Menschen, die an die Stadtränder ziehen, viel lieber in Köln geblieben wären. Es ist auch eine Illusion, dass jeder in einem Einfamilienhaus wohnen will.

(Zurufe bei der CDU)

- Ich weiß, dass es immer schwer ist, sich etwas anderes anzuhören. Hören Sie sich das trotzdem einmal an. - Diese Leute wären in Köln geblieben, wenn Sie ein bezahlbares und ansprechendes Wohnungsangebot gefunden hätten; denn die Stadt als Wohnort wird mehr und mehr attraktiv für Jung und Alt - das hat auch Gründe. Herr Schlieben hat, glaube ich, in der letzten Ratssitzung einen Antrag gestellt und in der Begründung darauf hingewiesen, dass mangelnde Verkehrsinfrastruktur, fehlende Bildungsangebote, mangelnde Kultur- und Freizeitangebote und lange Wege eben dazu führen, dass das Wohnen auf der grünen Wiese weitaus unattraktiver ist, als man es allgemein vermutet hat.

In der Stadt allerdings reichen die Flächen nicht aus, um den großen Bedarf, vor allem in Form von Einfamilienhäusern, zu befriedigen. Wir brauchen eine städtische Dichte, wir brauchen die maßvolle Innenentwicklung, und wir brauchen die behutsame Nachverdichtung. Wir müssen den Freiflächenverbrauch begrenzen, sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen. Jeder Interessierte kann in Fachveröffentlichungen nachlesen, in welchem Umfang durch Innenverdichtung und Lückenbebauung Kosten eingespart werden können. Da gibt es sehr schöne Modellrechnungen. Es liegt auf der Hand, dass wir uns mit denen auch im Wohnungsbauforum einmal beschäftigen sollten.

Wir brauchen Mehrgeschosswohnungsbau. Wir können darauf vertrauen, dass durch Generationenwechsel und den demografischen Wandel viele Einfamilienhäuser frei werden, sodass ein Neubau dieser Wohnform nicht mehr in dem

Maße stattfinden muss, wie man noch vor Jahren vermutet hat. Diese These habe ich mir übrigens nicht aus den Fingern gesogen, sie ist im Pestel-Gutachten der Landesregierung nachzulesen. In diesem wird der Wohnungswirtschaft der gute Rat gegeben: Schaltet um, es werden in den nächsten Jahren viele Einfamilienhäuser frei! Die Entwicklung muss nun in Richtung Gebäudesanierung und energetische Gebäudesanierung gehen. Wir brauchen deshalb auf keinen Fall mehr so viel neu zu bauen.

(Karl Klipper [CDU]: Aber, Barbara, das, was er zitiert hat, war nicht für Köln gemeint!)

- Du kannst gerne nachfragen. - Herr Ott hat darauf hingewiesen, dass uns leider sehr viele preisgünstige Wohnungen fehlen. Es gibt eine Menge Menschen, die sich, weil sie nur über ein geringes Einkommen verfügen, am Wohnungsmarkt nicht selbst versorgen können. Gerade darum müssen wir städtische Investitionsanreize über reduzierte Grundstückspreise und die Vergabe unter bestimmten Bedingungen bieten.

Die Linke will, dass wir in allen Bebauungsplänen diese 25-Prozent-Regelung einführen. Das halte ich für rechtlich bedenklich. Ich möchte dazu auf unseren Punkt 5 hinweisen und hoffe, dass durch die sozial gerechte Bodennutzung - ich gehe davon aus, dass es dazu bald eine Vorlage der Verwaltung gibt - Wege gefunden werden, das so umzusetzen.

Unter preiswertem freifinanzierten Wohnungsbau, Herr Klipper,

(Karl Klipper [CDU]: Ich höre zu!)

stellen wir uns eine Preisspanne vor, die zwischen den gebundenen Mietpreisen und 10 Euro liegt. Gerade in dieser Preisgruppe - ich rede von Mietgeschosswohnungsbau - fehlen uns nachweislich Wohnungen, aber es gibt auch Investoren, die diese Wohnungen bauen, beispielsweise auf dem DuPont-Gelände in Zollstock oder die Zollstockhöfe, die Bauwens und Corpus gebaut haben.

Erlauben Sie mir abschließend noch einige Worte zur Flächenproblematik und dem Wohnbauflächenbereitstellungsprogramm. Wir erleben bei der Ausweisung kleinerer Flächen im Innenbereich zunehmend erbitterten Widerstand der direkten Anwohner. - Herr Klipper, Sie haben gesagt, wir hätten zu wenig Flächen für den Wohnungsbau. Aber jedes Mal, wenn es darum

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

geht, etwas herunterzuzonen oder ein Baugebiet zu streichen, steht Ihre Fraktion an vorderster Front.

(Lachen bei Karl Klipper [CDU])

Bei der Umsetzung des Wohnungsbauprogramms wird es daher wesentlich darauf ankommen, die Wohnumfeldqualitäten zu erhalten oder noch zu verbessern. Das heißt, man muss sich mit sehr vielen kleinen Flächen beschäftigen. Das stellt hohe Anforderungen an die Verwaltung. Die stärkere Verdichtung der Stadt muss einhergehen mit der Verbesserung weicher Standortfaktoren, auch mit dem Ziel, die soziale Stabilität in den Vierteln zu sichern.

Die Wohnungspolitik steht vor großen Herausforderungen. Von der Bewältigung dieser Herausforderungen wird abhängen, ob der Standort Köln zukunftsfähig und attraktiv bleiben wird. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu den Ankündigungen meiner Vorredner möchte ich es wirklich kurz machen. Wenn Sie sich fragen, wem Sie diese intensive wohnungsbaupolitische Debatte hier zu später Stunde zu verdanken haben: Es ist meine Vorrednerin, die nämlich meinem Wunsch und meiner Empfehlung, die Diskussion im Fachausschuss zu führen, wie es eigentlich üblich ist, nicht nachgekommen ist. Vielmehr wollte Sie Ihnen allen noch abends um 20 vor zehn ihre wohnungsbaupolitischen Visionen zur Kenntnis geben. Ich hoffe, Sie haben das entsprechend geschätzt und auch genossen.

(Zuruf: Wir haben es gewürdigt!)

- Danke. - Dem Lob für die Vorlage der Verwaltung will ich mich gerne anschließen. Dieser Version hätte die FDP zustimmen können; denn damit wäre die Politik fortgeschrieben worden, mit der wir 1999 angetreten sind, als wir mit der Ausweisung preisgünstiger Grundstücke für den Einfamilienhausbau versucht haben, junge Familien in Köln zu halten.

Durch den Änderungsantrag von Rot-Grün oder von Rot-Rot-Grün - wie die Gefechtslage nach-

her sein wird, weiß ich nach Ihren Stellungnahmen jetzt noch nicht - ist das nun eher verschlimmbessert worden. Herr Ott, Sie haben behauptet, die frühere Wohnungsbaupolitik sei rein ideologisch gemacht worden. Aber gerade die ersten beiden Punkte Ihres Änderungsantrages sind doch sehr entlarvend; denn sie machen deutlich, welche Ideologie Sie verfolgen. Sie sagen zwar, die Zahlen für Ein- und Zweifamilienhäuser sollen überprüft werden, warten aber diese Überprüfung gar nicht ab, sondern wollen die Zahlen gleich nach unten korrigieren. Auch die Zahlen für den Geschosswohnungsbau sollen überprüft werden, aber das Ergebnis der Überprüfung wird gar nicht abgewartet, sondern die Zahlen sollen gleich angehoben werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hast Du recht!)

Wenn man es ideologisch angeht, kommen dann eben solche Sachen dabei heraus.

Die Frage ist: Wie viel sozialen Wohnungsbau wollen wir mit welchen Daumenschrauben den Investoren in die Bebauungspläne schreiben? So viel, wie es die Linke in ihrem Änderungsantrag vorsieht? Frau Moritz hat darauf hingewiesen, dass das auch in dem Antrag von Rot-Grün eine Rolle spielt. Das macht den Investitionsstandort Köln immer unattraktiver; denn Sie belasten die Grundstücke mit immer mehr Auflagen. In einer der letzten Sitzungen haben wir beschlossen, nur noch Energiesparhäuser zu bauen; wunderbar. Wir haben hier die sozial gerechte Bodennutzung beschlossen; kein Problem. Wir beteiligen die Investoren auch noch an den Infrastrukturschlusskosten.

(Jochen Ott [SPD]: Das haben wir gleich getrennt!)

Und jetzt legen Sie denen noch auf, 25 Prozent sozialen Wohnungsbau in ihrem Gebiet zu machen. Ja, wer soll denn nachher noch ein Grundstück kaufen und darauf irgendetwas entwickeln? Wer ist denn so doof, nach Köln zu kommen, statt ins Umland, nach Pulheim oder nach Bergisch Gladbach zu gehen?

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Jochen Ott [SPD] - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Massen! Massen!)

Wir stehen ja nicht nur mit dem Umland im Wettbewerb, sondern auch mit den Städten der Rheinschiene wie zum Beispiel Düsseldorf und dem nationalen und internationalen Bereich. Der

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Euro ist doch überall gleich viel wert. Wenn Sie den Euro aber durch diese Maßnahmen bezogen auf das Kölner Bauland entwerten, werden Sie sehen, was Sie davon haben.

Herr Ott, ich kann Sie nicht daran hindern, diesen Beschluss heute zu fassen, aber verhindern, dass das mit unserer Zustimmung passiert. Unsere Stimmen werden Sie heute nicht bekommen. Die FDP-Fraktion wird der von Ihnen geänderten Version der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Für pro Köln spricht Herr Breninek.

**Hans Martin Breninek (Pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wohnen muss bezahlbar sein. Es ist nicht gerade förderlich, dass insbesondere junge Familien mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen. Auch die Nebenkosten steigen immer mehr. Meiner Meinung nach kann die Stadt Köln etwas tun, damit das nicht so ist.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Auf unsere umfassende Anfrage zum Wohnungsbauprogramm 2015 teilt uns die Verwaltung mit, dass im geförderten Geschosswohnungsbau im Jahre 2007 2 187 Wohneinheiten gegenüber 2006 aus der Mietpreisbindung herausgefallen sind. In diesem Jahr werden es noch einmal 1 409 und im Jahre 2009 sogar 3 010 Wohneinheiten sein. Die entscheidende Aussage der Verwaltung auf unsere Anfrage lautet - ich zitiere -:

Soll der Wohnungsbestand gehalten werden, müssten in dem genannten Umfang Neubauwohnungen gefördert werden.

SPD, Grüne und die Linke haben im Jahr 2007 beschlossen, 1 000 Wohnungen zu bauen -

gegen die Stimmen von CDU und FDP, die am liebsten nur Paläste bauen würden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Unser Ziel von 1 000 Wohnungen haben wir nicht ganz erreicht; es geht aber in diese Richtung.

CDU, FDP, Teile der Verwaltung und die private Wohnungswirtschaft boykottieren seit Jahren den geförderten Wohnungsbau. Die privaten Investoren sagen ganz offen: Die Gewinnmarge ist zu gering, und die Landesregierung hat auch nur warme Worte zu vergeben, aber immerhin muss sie die Dramatik der Situation eingestehen - Zitat -:

Künftig werden immer mehr Haushalte auf preiswerten und barrierefreien Wohnraum angewiesen sein.

Es ist schon grotesk, wenn die Landesregierung im neuen Wohnraumförderprogramm 2008 kommunale Handlungskonzepte einfordert und gleichzeitig die Kölner CDU und FDP unser vorliegendes Wohnungsbauprogramm zerreden. Hat die CDU beziehungsweise das Zentrum auf Druck der christlichen Arbeitnehmerbewegung in den letzten 120 Jahren den sozialen Wohnungsbau mitgetragen - ich betone: mitgetragen -, so torpedieren Sie seit acht Jahren diese Politik ganz offensiv.

SPD, Grüne und die Linke müssen gerade in den Metropolen dagegensteuern. Da werden Sie sich noch umgucken, Herr Klipper. Das sind ganz wichtige, langfristige politische Entwicklungen, zu denen wir, zumindest ansatzweise, Visionen haben und Perspektiven aufzeigen.

(Karl Klipper [CDU]: Sie haben überhaupt keine Perspektiven!)

Wir brauchen in den Großstädten mehr geförderte Wohnungen. Deshalb werden wir den Antrag von Rot-Grün unterstützen. Die großen Probleme werden durch diesen Antrag aber nur abgemildert und nicht abgestellt. Wir müssten im Prinzip jährlich nicht 1 000, sondern 2 000 geförderte Wohnungen bauen. Das ergibt sich auch aus unserer Anfrage.

Anders als noch in der Weimarer Verfassung, in der in Art. 155 das Recht auf Wohnung für alle manifestiert war, gibt es heute dieses Recht nicht mehr. Deshalb fordert die Linke, dass wir Steuerungsmittel ergreifen, um die Zahl geförderter

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Wohnung deutlich zu verbessern. Seit Jahren fordern wir die Anwendung der Erbpacht-Regelung. Inzwischen ist das auch Beschlussgrundlage des Rates. Es passiert aber faktisch nichts. Das liegt daran, dass die Liegenschaftsverwaltung in erster Linie Geld machen will und langfristigen Bindungen aus dem Weg geht - das ist einfach falsch. Die katholische Kirche in Köln macht uns vor, wie man das besser machen kann. Die Erbpachtregelung ist ein Weg, die Grundstückskosten zu senken; denn die hohen Preise - Zitat - „erschweren den öffentlich geförderten Wohnungsbau“, so die Verwaltung auf unsere Anfrage.

Die Verwaltung muss dringend Konzepte entwickeln, wie wir erreichen, dass private Investoren - ich sage das ganz bewusst - indirekt gezwungen werden, auch geförderte Wohnungen zu bauen. Bebauungspläne sind ein Mittel dazu, aber auch die sozialgerechte Bodennutzung.

Wenn wir hier nicht in absehbarer Zeit zahlreiche Steuerungsmittel ergreifen, werden wir über kurz oder lang eine dramatische Unterversorgung an Wohnungen haben. Das würde automatisch zu sehr hohen Mieten im Kölner Raum führen, was fatal wäre. Köln konnte sich am Ende des 19. Jahrhunderts als Industriestadt nur so schwungvoll entwickeln, weil auch die Unternehmen ein Interesse daran hatten, dass die Arbeiter gut wohnen. Deren Logik war: Wer gut wohnt, kann auch besser arbeiten. Und das hat sich bis heute nicht geändert.

Der heute stattfindende Metropolisierungsprozess verlangt kleinere, bessere und mehr Wohnungen. Wenn Köln sie jetzt nicht baut, werden wir auf diese Entwicklung nicht vorbereitet sein, und die Lebensqualität wird sich nicht verbessern, sondern verschlechtern. Deswegen werden die hier vorliegenden Anträge unterstützen.

Abschließend zu Ihnen, Herr Klipper. Ich glaube, Sie machen es sich zu leicht. Wenn Sie sich die Wahlergebnisse in den großen Städten anschauen, dann sehen Sie, dass SPD, die Grünen und die Linke absolut an Stimmen gewinnen, weil sie Antworten auf die Probleme der Metropolen haben. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es spricht noch einmal Herr Ott.

**Jochen Ott (SPD):** Ich will nur auf eines hinweisen: Herr Klipper, es wäre schön, wenn Sie sich irgendwann für eine Linie entscheiden könnten und in den Ratssitzungen nicht mal das eine und dann wieder etwas anderes erzählen würden. Ich erinnere mich noch gut, wie Sie hier vor einem Jahr getobt haben

(Karl Klipper [CDU]: Ich?)

- ja -, gut verdienende Lehrer würden seit vielen Jahren in Sozialwohnungen leben, wohlwissend, dass diese Wohnungen längst aus der Bindung herausgefallen sind. Heute hingegen sagen Sie, es sei ganz schrecklich, dass das Wohnungsunternehmen GAG für Wohnungen, die aus der Bindung herausgefallen, die Mieten erhöht.

(Karl Klipper [CDU]: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Ich will es noch einmal deutlich machen: Konrad Adenauer, Görlinger, Burauen, auch Norbert Burger, John van Nes Ziegler - alle Kölner OBs, egal welcher Couleur, wussten, dass Wohnungspolitik für diese Millionenstadt von großer Bedeutung ist, wenn es auch damals nicht von dieser Größenordnung war. Deshalb wurden die GAG und die Grubo gegründet. Wer das heute als staatliche Eingriffe in den Markt diffamiert, hat von den letzten Jahren und auch von der Bedeutung des Wohnens für diese Stadt nichts verstanden. Angesichts der Diskussion über Pariser Verhältnisse, die wir hier heute hatten, sollte jeder dankbar sein, dass wir durch eine gute Wohnungspolitik diese Verhältnisse eben nicht in unserer Stadt haben.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt ist mir allerdings noch nicht ganz klar, welchen der vielen Anträge, die sich in der Vorlage befinden, Sie meinen; denn es gibt es eine Menge Anträge. Können Sie genau sagen, welchen Antrag von welchem Datum und von welchem Ausschuss Sie hier heute zur Abstimmung bringen?

**Jochen Ott (SPD):** Ich versuche, zusammenzufassen. Es gibt zum einen den Antrag, der beim Oberbürgermeister am 26.11. eingegangen ist.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Jochen Ott** (SPD): Dann gibt es zum anderen den Antrag, der beim Oberbürgermeister am 22.11. eingegangen ist. Beide Anträge sind von Rot-Grün gestellt worden. Des Weiteren gibt es den Antrag der Linkspartei, der ist beim Oberbürgermeister am 22.11. eingegangen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja, richtig. Das habe ich auch hier.

**Jochen Ott** (SPD): Last but not least, gibt es noch einen Antrag von der CDU, der am 11.12. eingegangen ist.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Und nun geht es darum, dass Sie einen Antrag zur Abstimmung stellen.

**Jochen Ott** (SPD): Zuerst stimmen wir, glaube ich, über die Anträge von Rot-Grün ab.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Über welche Anträge soll abgestimmt werden, über alle zusammen?

**Jochen Ott** (SPD): Das sind zunächst zwei, über die wir doch nacheinander abstimmen können. Denn das sind ja unterschiedliche Anträge.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gut. Ich wollte mich noch einmal vergewissern. - Nehmen Sie den Antrag der Linken da mit hinein?

**Jochen Ott** (SPD): Nicht komplett.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dann stimmen wir zuerst über den Antrag ab, der im Stadtentwicklungsausschuss gestellt worden ist. Dann haben Sie aber noch einen Antrag für den Rat am 13.12. gemacht.

(Jochen Ott [SPD]: Die sind ja alle geschoben worden! - Karl Klipper [CDU]: Die sind alle aus dem StEA reingeschoben worden!)

- Ja, deswegen.

Wir stimmen also zuerst über die beiden Anträge von SPD und Grünen ab, das heißt sowohl über den Antrag vom 22.11. aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses - das ist in Ihren Unterlagen Anlage 9.2 - als auch über den Antrag vom 13.12., der für den Rat gemacht worden ist - das ist die Anlage 11. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken. Enthaltungen? - Gibt es bei pro Köln. Dann sind beide Anträge so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Linken, Anlage 9.1. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD und die Linke. Gegenstimmen? - Gegenstimmen kommen von CDU, FDP und mir. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das mit Mehrheit abgelehnt.

Haben wir noch einen Antrag? -

(Zuruf: CDU-Antrag!)

Die Frage ist ja, ob die CDU den Antrag stellen will. Das wurde hier noch nicht mitgeteilt.

(Karl Klipper [CDU]: Der Antrag steht doch! - Andreas Köhler [CDU]: Lies doch vor!)

Ja, aber der ist nur für den StEA gestellt. Deswegen muss er hier noch einmal - -

(Karl Klipper [CDU]: Das ist alles geschoben worden! - Andreas Köhler [CDU]: Wir können abstimmen!)

- Also: Der Antrag der CDU steht zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von SPD und Grünen. Enthaltungen? - Enthaltung bei pro Köln.

(Jochen Ott [SPD]: Es ist jetzt ein bisschen unruhig! Können Sie das bitte wiederholen; denn ich höre hier überhaupt nichts!)

- Es geht jetzt nur noch um den CDU-Antrag. Sie finden diesen in Ihren Unterlagen unter Anlage 10.

Ich wiederhole die Abstimmung, damit es auch für jeden klar ist. Die Aktenlage ist kompliziert, weil sich über Monate etwas angesammelt hat. Also: Ich lasse über den Antrag der CDU abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Hand-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

zeichnen. - Wie eben auch sind das die CDU, die FDP und meine Stimme. Gegenstimmen? - Jetzt haben sich alle formiert: Gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken. Enthaltungen? - Enthaltung nach wie vor bei pro Köln. Damit ist das abgelehnt. - Wir sind jetzt also mit der Sache fertig.

(Unruhe)

- Gibt es noch etwas zu klären?

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie, noch einmal kurz darzustellen, welche Anträge jetzt angenommen worden sind.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das habe ich doch mehrfach gesagt.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Nein.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ihr Antrag ist abgelehnt worden. Die beiden Anträge von SPD und Grünen sind angenommen worden.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Nein, die Grünen behaupten mir gegenüber, sie hätten für unseren Antrag gestimmt.

(Zurufe: Nein!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Da sehen Sie einmal, wie das mit der Wahrheit ist.

(Heiterkeit - Zurufe)

Herr Detjen, da muss ich Sie leider enttäuschen; denn ich habe das nicht so gesehen. Das müssen Sie sich also bei der nächsten Sitzung wieder gutmachen lassen. Es wird sicher eine Gelegenheit geben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Da haben Sie umsonst bezahlt, Herr Detjen! - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Die Grünen behaupten hier, sie hätten dem zugestimmt - Gegenrufe von der CDU: Nein!)

- Nein, bestimmt nicht.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9.8 auf:

### 9.8 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität 3470/2007

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
AN/0170/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion  
AN/0173/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln  
AN/0217/2008**

Ich darf Herrn Bürgermeister Müller bitten, kurzfristig die Sitzungsleitung zu übernehmen.

**Bürgermeister Josef Müller:** Zunächst hat Herr Dr. Heinen für die SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Ralf Heinen** (SPD): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind wieder beim Thema Jugendkriminalität, mit dem wir die heutige Sitzung schon begonnen haben. Ich darf kurz resümieren, damit um diese Uhrzeit auch alle im Bilde sind: Es geht um die Verwaltungsvorlage „Maßnahmen gegen Jugendkriminalität“. Diese besteht aus zwei großen Blöcken. Der erste Block umfasst die präventiven Maßnahmen, dargestellt durch einen Stellenpool in verschiedenen Bereichen. Der zweite Block umfasst den Bereich, der sich um Intensivtäter bemüht.

Dazu haben wir von Rot-Grün einen Änderungsantrag eingebracht, der geringe Korrekturen an der Verwaltungsvorlage, die wir für sehr richtig halten, festsetzt. Die erste Korrektur

(Unruhe)

- es ist hier sehr unruhig; bei der Aktuellen Stunde haben Sie alle wesentlich besser zugehört - betrifft eine Verstärkung der Streetwork-Arbeit. Im Maßnahmenpaket „Prävention“ sind drei Punkte aufgeführt sind, und zwar Punkt 1 Streetwork-Arbeit, Punkt 2

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Wir können doch alle lesen, Herr Kollege!)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

- ich begründe jetzt den Änderungsantrag - Schulsozialarbeit und Punkt 3 Sucht-Clearing.

**Bürgermeister Josef Müller:** Meine Damen und Herren, ich möchte Sie recht herzlich bitten, jetzt zuzuhören, damit wir das Restprogramm schnell abarbeiten können. Herr Zimmermann und Herr Frank, würden Sie bitte, wenn Sie etwas zu besprechen haben, das vor der Tür tun. Bitte schön.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Danke, Herr Bürgermeister. - Wir bitten in Punkt 1 um eine Verschiebung von drei Stellen aus dem Sucht-Clearing zugunsten der Streetworker-Arbeit. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der uns sehr wichtig ist, betrifft das Paket „Ausbau des Intensivtäterprogramms“. Dieses Intensivtäterprogramm, das zusammen mit Stadt, Polizei und Justiz gefahren wird, ist bundesweit äußerst erfolgreich und erfreut sich wegen dieser erfolgreichen Arbeit besonders guter Berichterstattung. Daher wollen wir - das erscheint uns realistisch - die Vorlage der Verwaltung im Punkt Intensivtäterprogramm erweitern, nämlich von 100 auf 150 Personen.

Seitens der Stadt ist das ohne weiteren Personalaufwand durchführbar. Das Problem ist: Wenn das klappen soll, kann das nur in Zusammenarbeit mit dem Land gemacht werden, das heißt mit einer weiteren Zusetzung von Stellen bei Polizei und Gerichtsbarkeit. Daher haben wir in den Änderungsantrag gleichzeitig den Appell bzw. den Auftrag an den Oberbürgermeister aufgenommen, mit dem Land in Verhandlungen zu treten, um dafür zu sorgen, dass diese Stellen im Sinne der Erweiterung des Intensivtäterprogramms auch vernünftig bedient werden können. Die Stadt alleine kann ihren kompletten Teil erfüllen, aber das kann nicht ohne das Land laufen.

Im Intensivtäterprogramm werden Jugendliche erst ab einem Alter von 14 Jahren betreut. Deswegen haben wir vorgeschlagen, auch Jugendliche - das ist nur eine Handvoll von Personen - unterhalb der Altersgrenze von 14 Jahren in dieses Intensivtäterprogramm, das maßgebend von der Polizei durchgeführt wird, aufzunehmen.

Im Jugendhilfeausschuss wurde das ausgiebig diskutiert. Im Gegenzug lag dazu der Antrag von CDU und FDP vor, der im ersten Teil ähnlich ist.

Allerdings verlangt er eine komplette Aufhebung des Sucht-Clearings, wofür wir jedoch nicht sind. Im zweiten Teil weist er aber einen großen Unterschied auf, nämlich eine Erweiterung des Intensivtäterprogramms auf 300 Personen. Das halten wir für vollkommen unrealistisch, weil das vom Land niemals finanziert würde. Wir werden schon Probleme haben, 150 Personen in das Programm zu bekommen.

Weiterhin werden Dinge bedient, die im Jugendhilfeausschuss glücklicherweise geklärt werden konnten, wie zum Beispiel die Forderung nach Erziehungseinrichtungen mit verpflichtendem Aufenthalt.

**Bürgermeister Josef Müller:** Die Redezeit ist um.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Nein, die Uhr lief nicht.

**Bürgermeister Josef Müller:** Aber sicher. Jetzt steht sie auf null.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Sie stand die ganze Zeit auf null.

(Andreas Köhler [CDU]: Ich habe gestoppt für Sie! Sie haben noch zwei Sätze!)

- Danke, Herr Köhler. Ich habe auch nur noch zwei Sätze. - In dem Gremium, in das die Fachdiskussion hingehört, nämlich dem Jugendhilfeausschuss, wurde ausgiebig über alle Anträge diskutiert. Schließlich wurde die Verwaltungsvorlage inklusive des Änderungsantrages von Rot-Grün im Jugendhilfeausschuss einstimmig beschlossen. In diesem Sinne sind wir, so denke ich, nach der fachlichen Diskussion, die wir monatelang geführt haben, nun auch hier im Rat fachlich so weit, dass dieser Vorlage mit diesem Änderungsantrag ohne Probleme zugestimmt werden kann. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeister Josef Müller:** Für die CDU-Fraktion hat Frau Blum das Wort. - Sie möchten jetzt nicht? - Gut, dann spricht Frau Schlitt. Bitte schön.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Gabriele Schlitt** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister! Liebe Ratskolleginnen und -kollegen! Zu später Stunde sind wir nun wieder beim Thema Jugendkriminalität. Nach dem desaströsen Wahlergebnis von Herrn Koch und der CDU in Hessen

(Herbert Gey [CDU]: Oh!)

- ja, ich weiß, dass Ihnen das wehtut; ich bin Herrn Koch eigentlich sehr dankbar - hoffe ich, dass nun auch die CDU in Köln begreift bzw. verstanden hat, dass man dem Thema Jugendgewalt mit populistischen Kampagnen und Parolen einfach nicht gerecht wird.

Vielmehr geht es darum, sich sachlich und fachlich kompetent auf den Weg zu machen, Jugendliche so zu stärken, damit sie gar nicht erst gewalttätig werden. Uns geht es aber auch darum, jugendliche Gewalttäter pädagogisch intelligent und konsequent zu behandeln und sie nicht einfach, wie oft aus CDU- und FDP-Reihen zu hören ist, wegzusperren oder in Jugendstrafanstalten zu schicken. Auch die Einrichtung von sogenannten Erziehungscamps, wie sie aus Reihen von FDP und CDU gefordert werden, die nach US-amerikanischem Vorbild mit Drill und Unterdrückung arbeiten, lehnen die Grünen mit aller Schärfe ab. Erziehungscamps widersprechen der Menschenwürde, und die Rückfallquote ist ähnlich hoch wie die der Jugendstrafanstalten.

Vielmehr muss es darum gehen, gewalttätigen Jugendlichen Rahmenbedingungen zu geben, die einen Wendepunkt in ihrem Leben darstellen. Diesem Ziel ist die Verwaltung auf der Grundlage der Ratsinitiative von Grünen und SPD gefolgt, indem sie ein Maßnahmenpaket gegen Jugendkriminalität in Höhe von 1 Million Euro vorgelegt hat. Konkret geht es dabei um den zügigen Ausbau der Schulsozialarbeit, den Einsatz von Streetworkern, Hilfen für drogenabhängige jugendliche Delinquenten, schnelles Handeln bei gewalttätigen Jugendlichen durch Stärkung und Ausbau des Diversionsverfahrens sowie den Ausbau des Netzwerkes zwischen Justiz, Polizei und Jugendamt.

Wir sehen in diesen Maßnahmen einen ersten wichtigen Schritt, denken aber, dass diesem weitere folgen müssen. Denn jeder in die Jugendhilfe investierte Euro spart uns langfristig 3 Euro gesellschaftliche Reparaturkosten. Dr. Heinen hat eben schon gesagt, dass die Vorlage der Verwaltung mit den Änderungsan-

trägen von SPD und Grünen im Jugendhilfeausschuss einstimmig beschlossen worden ist. Ich denke, dass es hier keinen weiteren Diskussionsbedarf zu diesem Thema mehr geben sollte. Wir sollten uns jetzt gemeinsam auf den Weg machen, Kinder und Jugendliche in dieser Stadt zu stärken. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeister Josef Müller:** Vielen Dank, Frau Schlitt. Herr Breite hat das Wort.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Bürgermeister Müller! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst einmal ist festzuhalten: Der Kölner Oberbürgermeister hat für den Haushalt 2008 diese 1 Million Euro vorweg zur Verfügung gestellt - das finden, glaube ich, alle Fraktionen richtig -, weil er diese Problematik nämlich frühzeitig erkannt hat. Auch auf der Pressekonferenz hat er gesagt, dass er 1 Million Euro dafür einstellt. Das hat also nicht Rot-Grün gemacht.

Zweitens. Die Verwaltung und auch die Fachdezernentin Frau Dr. Klein haben sehr schnell gehandelt. Das ist zu loben. Aber ebenso wie Rot-Grün sehen auch FDP und CDU hier noch Änderungsbedarf. Hier wurde Streetwork angesprochen. Vollkommen richtig: Hier sollten wir mehr einsetzen. Auch die Koordinierungsstelle ist angesprochen worden.

Die Verwaltungsvorlage sieht aber auch vor, fast 40 Prozent dieser Mittel in Höhe von 1 Million Euro für ein aufzunehmendes Sucht-Clearing zu verwenden ist. Meine Fraktion will weder den Bedarf noch die Bedeutung von Sucht-Clearing anzweifeln oder gar widersprechen. Doch dieser Vorschlag, meine Damen und Herren, passt einfach nicht in ein Maßnahmenprogramm gegen Jugendgewalt und Jugendkriminalität. SPD und Grüne haben das anscheinend auch erkannt, es bedauerlicherweise aber halbherzig in ihrem Antrag umgesetzt. Die FDP-Fraktion ist gern bereit, das Thema Sucht-Clearing im Rahmen der Haushaltsberatung wieder aufzunehmen. An dieser Stelle jedoch ist das Thema verfehlt.

Wir möchten die gesamten Mittel für die Bekämpfung von Jugendkriminalität und Jugendgewalt eingesetzt wissen. Wir wollen diese Mittel eher in das Antiaggressionstraining an Schulen investieren, das dort von Jugendhilfeträgern und Streetworkern angeboten werden soll. Diese

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

notwendigen und überaus nützlichen Angebote und Programme, die es seit dem Jahr 2005 gegeben hat, sind einfach ohne Alternativen ausgelaufen. Die Verwaltungsvorlage, die Verwendungsmittel von 1 Million Euro vorsieht, hat für dieses Antiaggressionstraining keinen Cent übrig. Auch Rot-Grün sieht hier keinen Änderungsbedarf. Das sehen FDP und CDU anders. Wir wollen ausdrücklich, dass dafür Mittel vorgesehen werden.

Der Rat hat im letzten Jahr mit den Stimmen aller großen Fraktionen die Einrichtung eines Hauses des Jugendrechtes beschlossen. Ich finde es ausgesprochen ärgerlich, dass wir erst mit unserem Änderungsantrag auf diese Zielsetzung hinweisen müssen; denn die Verwaltung führt diese Zielsetzung nicht mehr auf. Wir wissen, dass das Haus des Jugendrechts auf gewisse Vorbehalte der anderen Institutionen, die dort mitarbeiten sollen, trifft. Dennoch sollten wir uns von dieser Zielsetzung nicht verabschieden, sondern das Netz des Jugendrechts, also die Kooperation von Jugendhilfe, Justiz und Polizei, als einen Zwischenschritt betrachten.

FDP und CDU wollen das Kölner Intensivtäterkonzept von 100 auf 300 zu betreuende straffällig gewordene Minderjährige und Heranwachsende erhöhen. Das Intensivtäterkonzept ist erfolgreich. Ich höre das jetzt selbst von den Grünen und von der SPD. Ich möchte an unsere Diskussionen von 2002 und 2003 erinnern. Als es damals um die Kooperation ging, war im Rat nicht zu hören, dass das so gut wäre, sondern es kam nur Kritik. Ich freue mich daher, dass man sich mit diesen Ideen durchgesetzt hat. Wir sprechen hier von 1 500 Fällen; diese Zahl wurde im Sozialausschuss genannt. Das heißt bei 100 Tätern, es werden gerade einmal 7 Prozent so betreut. Ich bin der Meinung, etwas, das Erfolg hat, sollten wir richtig ausbauen. Eine Erweiterung um 50 Personen reicht deshalb nicht aus.

Ich möchte noch auf unseren Änderungsantrag eingehen. Darin haben wir deutlich gemacht, dass wir uns auch in Köln eine Einrichtung analog der Erziehungseinrichtung in Bedburg-Hau mit verpflichtendem Aufenthalt, Stichwort: Erziehung statt Strafe, wünschen. Leider haben sich SPD und Grüne im Rat von dieser Forderung und unserem gemeinsamen Beschluss - denn das haben wir am 20.11.2003 gemeinsam beschlossen, SPD, CDU, Grüne und FDP - wieder verabschiedet. Wir waren schon einmal weiter. Jetzt meinen die SPD und die Grünen, wir

brauchten eine solche Erziehungseinrichtung, wie sie jetzt endlich in Bedburg-Hau eingerichtet wird, nicht mehr. Die Umsetzung unseres Beschlusses ist damals an der alten rot-grünen Landesregierung gescheitert. Jetzt können wir solche Erziehungseinrichtungen nach dem Brandenburger Modell - danach soll Bedburg-Hau arbeiten - hier endlich haben. Auch wenn sich SPD und Grüne davon verabschieden, bleiben wir bei unserer Forderung; denn wir halten diese Erziehungseinrichtungen für richtig und notwendig. In einem in den Landtag eingebrachten Entschließungsantrag hat sich selbst die SPD für diese Erziehungseinrichtung ausgesprochen und gesagt: Es ist gut, dass wir das in Nordrhein-Westfalen bekommen. Nur bei den Grünen ticken die Uhren anscheinend wieder einmal anders.

Ich bin der Meinung, dieses Maßnahmenprogramm sollte diese Punkte enthalten. Wir müssen uns für Beschlüsse, die wir im Jahr 2003 gefasst haben, nicht schämen. Damals haben wir Überzeugungsarbeit geleistet. Jetzt können wir das umsetzen, weil die Landesregierung auf unserer Seite ist. Deshalb sollten wir das jetzt auch machen. Wir haben unseren Änderungsantrag eingebracht, um das noch einmal deutlich zu machen. Danke schön.

**Bürgermeister Josef Müller:** Vielen Dank.

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Ich habe eine Frage!)

Bitte.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Herr Breite, ich bin sehr für eine sachliche Diskussion. Aber Sie werfen immer wieder diese Sache auf. Das hat uns schon im Jugendhilfeausschuss gestört. Ihnen dürfte bekannt sein, dass Bedburg-Hau keine Einrichtung mit aufenthaltsverpflichtendem Charakter ist. Das gibt es gesetzlich nicht. Bedburg-Hau ist ein ganz normales offenes Heim, so wie es viele gibt im Kölner Raum und Umgebung. Der Vorteil, Herr Breite, ist: Sie werden sehen, da sind noch Plätze frei.

(Heiterkeit)

**Bürgermeister Josef Müller:** Ich habe jetzt Ihre Frage vermisst. Das war eine Feststellung, aber keine Frage.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Ulrich Breite** (FDP): Ich bezweifle, dass die Erziehungsheime rund um Köln mit Bedburg-Hau vergleichbar sind. Ich weiß, dass diese Außenstellen aus der Jugendverwaltung kommen. Sie sind falsch. Ansonsten hätte die SPD nicht mit uns dafür gekämpft, dass wir Einrichtungen wie in Bedburg-Hau bekommen. Ansonsten wäre der Polizeipräsident nicht nach Brandenburg gefahren, um sich dieses hervorragende Modell dort anzuschauen. Ansonsten hätte die rot-grüne Landesregierung nicht so dagegen angekämpft, dieses Modell auch Nordrhein-Westfalen umzusetzen.

Es bestand ja unter den Parteien hier Konsens darüber, dass wir das wollen. Ich bleibe dabei, dass das richtig war. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass die SPD und FDP 2003 einen gemeinsamen Antrag eingebracht haben, um das hier zu installieren. Damals wurde das sogar als SPD-Erfolg gefeiert. Davon haben Sie sich jetzt verabschiedet. Das ist sehr, sehr bedauerlich. Ich gehe aber davon aus, dass die Landesregierung das weiterverfolgen und weitere solche Erziehungsheime einrichten wird. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeister Josef Müller:** Herr Breite hat eine nicht gestellte Frage beantwortet. Jetzt hat Frau Demirel das Wort.

**Özlem Demirel** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Müller! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich hier nur ganz kurz unseren Änderungsantrag erläutern und auf die Thematik inhaltlich nicht weiter eingehen. Im Jugendhilfeausschuss wurden einige unserer Änderungsanträge bereits angenommen. Das kann man auch im Protokoll noch einmal nachlesen.

Mit unserem Änderungsantrag wollen wir den Handlungsspielraum der beteiligten Akteure bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität genauer fassen. Streetwork lebt von einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Sozialarbeitern und -arbeiterinnen und den Jugendlichen. Streetworker müssen als Mittler immer auch einen Spagat zwischen ihren Klienten, den Kindern und Jugendlichen, und der Polizei und dem Ordnungsamt machen. Gerade deshalb ist es besonders wichtig, hier ihre besondere Rolle und Verantwortung gegenüber den Jugendlichen zu beto-

nen und ihre Position zu stärken. Denn ohne Vertrauen der Jugendlichen können die Streetworker nicht wirklich sinnvoll arbeiten.

Die Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist bereits in der Verwaltungsvorlage vorgesehen. Die Linke möchte noch einmal festhalten, dass diese Arbeit eine wichtige Aufgabe hat, ohne die eine erfolgreiche Bekämpfung von Jugendgewalt nicht funktionieren wird. Der Prozess, sogenannte Gangs aufzulösen, kann nur erfolgreich sein, wenn diesen Jugendlichen eine andere soziale Gruppe als Bezugspunkt angeboten wird. Dazu braucht es Orte, an denen sich diese Gruppen bilden können, und Angebote, die Anlaufstellen für diese Jugendlichen werden.

Zum Schluss erscheint es uns in dieser aufgeheizten Debatte über Jugendkriminalität wichtig, eines klarzustellen: Auch schwerkriminelle Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen. Sie sind als Jugendliche immer noch besonders schutzbedürftig. Vor dem Gedanken der Strafe muss der Erziehungsauftrag stehen. Wenn kriminelle Jugendliche weggesperrt bzw. aufgegeben werden, werden sie nicht den Weg in ein normales Erwachsenenleben finden können. Damit würden wir die Kriminalität noch weiter begünstigen, anstatt sie effektiv zu bekämpfen. Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeister Josef Müller:** Vielen Dank. Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Es hat sich ganz offensichtlich doch gelohnt, dass die Bürgerbewegung pro Köln an etwa 200 000 Haushalte in der Domstadt eine Petition mit einer Stellungnahme gegen die ausufernde Jugendkriminalität in unserer Stadt verteilt hat. An diesem Thema kommen Sie mittlerweile nicht mehr vorbei. Die Verwaltungsvorlage ist immerhin ein Tropfen auf den heißen Stein, ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung. Meine Fraktion wird deshalb dieser Vorlage auch zustimmen.

Bemerkenswert ist natürlich, wie Sie als Akteure im politischen Raum in der hiesigen Diskussion das Kunststück fertigbringen, die Ursachen der Jugendkriminalität völlig auszublenden. Stattdes-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

sen schleichen Sie wie die Katze um den heißen Brei herum. Sie nehmen nicht einmal Bezug auf die sozialen Verwerfungen, die wir in dieser Stadt haben. Sie setzen sich weder mit der über uns allmählich hereinbrechenden Bildungskatastrophe auseinander noch mit dem Umstand, dass es in dieser Stadt bildungsferne Schichten in der zweiten, dritten und vierten Generation gibt, aus denen heraus selbstverständlich Kriminalität produziert wird, noch damit, dass bei diesen jungen Menschen die Quote derer, die eine kriminelle Karriere einschlagen, signifikant höher ist als in allen anderen Bevölkerungsgruppen.

Sie bringen das Kunststück fertig, im Wesentlichen nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass der gesamte Themenkomplex Multikulturalismus insbesondere eine Schnittmenge zum Themenbereich Ausweitung der bildungsfernen Schichten aufweist und hier ein Problem ins andere greift. Sie versuchen, sich damit so wenig wie nur irgendmöglich auseinanderzusetzen. Damit werden Sie auf politischer Ebene selbstverständlich scheitern. Ein solcher Ansatz hat keine Zukunft, weil Sie an den bestehenden Problemen vorbeischaun.

Wichtig aber ist, dass Sie immerhin dahin gebracht worden sind, anzuerkennen, dass dieses Thema auf die Tagesordnung der politischen Debatte in diesem Hause hier gehört. Vor kurzem hatte meine Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem wir eine konzertierte Aktion gegen die ausufernde Jugendkriminalität anstoßen wollten. Diesen Antrag haben die Altparteien selbstverständlich unisono abgelehnt. Sie haben es nicht einmal für nötig gehalten, eine Debatte über Jugendkriminalität zuzulassen. Immerhin, diesen Punkt haben wir überwunden.

Den ersten ganz kleinen Schritt in die richtige Richtung mag die Stadt Köln mit dieser Verwaltungsvorlage tun. Dem müssen in der Tat noch weitere Schritte folgen. Ich darf Ihnen versprechen, dass die Bürgerbewegung pro Köln sowohl hier in diesem Haus als auch in der Öffentlichkeit in der Diskussion mit den Bürgern geeignete Beiträge zu dieser Diskussion liefern wird.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Jetzt Frau Blum, bitte schön.

**Carola Blum (CDU):** Ich mache es vom Platz aus. - Den gemeinsamen Antrag von FDP und CDU hat Herr Breite bereits kommentiert. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ich möchte aber noch ganz kurz auf die Kritik eingehen, die Frau Schlitt an der CDU geübt hat. Das, was Sie, Frau Schlitt, inhaltlich und in Ihrer Wortwahl uns unterstellt haben, entbehrt jeglicher Grundlage.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Jugendhilfeausschuss sehr sachlich und umfänglich diskutiert. Herr Dr. Heinen hat das ja eben auch erwähnt. Die Vorurteile, die Sie uns gegenüber haben, lassen wir uns von Ihnen nicht überstülpen. Ich weise das entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Blum. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Linken ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind der Antragsteller selbst, die SPD und die Grünen. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von CDU, FDP, pro Köln und meine Stimme.

(Michael Zimmermann [SPD]: Gut, dass Sie es gesagt haben!)

- Ich wollte Sie ein bisschen wachrütteln. - Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag der CDU und der FDP. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, FDP und pro Köln. Enthaltungen? - Ich enthalte mich hier. Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

(Josef Müller [CDU]: Bei Gegenstimmen!)

- Ja, ich habe ja positiv abgefragt. Dann ist der Rest dagegen.

Zuletzt stelle ich die Vorlage, die ja im Jugendhilfeausschuss eine breite Basis gehabt hat, zur Abstimmung. Ich hoffe, dass wir dafür eine große Mehrheit bekommen. Deswegen frage ich jetzt

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

direkt nach Gegenstimmen. Gibt es Stimmen gegen diese im Jugendhilfeausschuss vorgelegte und beschlossene Vorlage? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist das einstimmig so beschlossen. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen.

Mir ist inzwischen zugetragen worden - das ist auch richtig -, dass wir den letzten Tagesordnungspunkt noch einmal aufrufen müssen, weil wir noch die Abstimmung über die Vorlage selbst vollziehen müssen. Ich hatte es so verstanden, dass es sich um Ersetzungsanträge handelt. Es sind aber nur Änderungen, die dazukommen. Diese haben wir beschlossen. Ich muss aber noch über die Vorlage selbst abstimmen lassen. Ich rufe also den letzten Tagesordnungspunkt noch einmal auf. An den Beschlüssen, die wir schon gefasst haben, ändert sich nichts. Ich stelle jetzt noch einmal die Vorlage selbst zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Es gibt allgemeine Ermüderscheidungen. Ihr solltet es so wie ich machen und mal zwei Minuten rausgehen. Es geht um die Gesamtabstimmung mit den beschlossenen Änderungen; das ist klar. - Das ist eine ganz große Mehrheit von CDU, SPD, Grüne und die Linken. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP und von pro Köln ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich habe den Eindruck, dass es erklärlicherweise gewisse Ermüderscheinungen gibt. Deswegen bitte ich darum, jetzt bei den - -

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Herr Oberbürgermeister, worüber haben wir gerade abgestimmt? Sie haben den Gegenstand nicht genannt!)

- Also, Herr Hamm, wenn ich sage, ich rufe noch einmal den letzten Tagesordnungspunkt auf - -

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Wenn Sie ihn jetzt bitte nennen!)

- Die letzte Vorlage war die zum Thema Wohnungsbau.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Das hatte die Mehrheit nicht so verstanden! - Andreas Köhler [CDU]: Wir sind davon ausgegangen, dass wir bei 9.8 sind und nicht bei 9.7! - Johannes-Werner Hamm [CDU]: Kannst du das einfach wiederholen? Das war völlig unklar!)

- Es ist schwierig, sich jetzt zu konzentrieren. Der Punkt, den wir gerade beschlossen und damit auch abgeschlossen hatten, war der Punkt 9.8. Der Punkt davor - diesen habe ich jetzt noch einmal aufgerufen - war 9.7.

(Andreas Köhler [CDU]: Das ist aber so nicht übergekommen! - Johannes-Werner Hamm [CDU]: So hatte ich das auch verstanden, aber bei der großen Mehrheit ist das nicht so angekommen! Auch bei den Grünen nicht! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich hatte gedacht: 9.8!)

- Also: Ich hatte Punkt 9.7 noch einmal aufgerufen. Bei den Anträgen, die wir schon beschlossen haben, bleibt es. Es ging um eine letzte Abstimmung über die Vorlage insgesamt.

(Josef Müller [CDU]: Das war keinem bewusst!)

- Gut. Dann machen wir es jetzt noch einmal.

(Michael Zimmermann [SPD]: Sie können nicht eine Abstimmung, die Sie durchgeführt haben, noch einmal wiederholen! - Weiterer Zuruf: Der Punkt war nicht genau bezeichnet!)

- Ich habe hier keinen Fehler gemacht, sondern habe es so vorgetragen und abstimmen lassen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es war ein Missverständnis, ist doch nicht so schlimm!)

Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring** (CDU): Die Formulierung „auf den letzten Punkt zurückkommen“ ist hier unterschiedlich interpretiert worden, als 9.8. oder 9.7.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Sie haben weder den Punkt noch den Gegenstand benannt!)

Wir bitten unter Aufruf des letzten Punktes um nochmalige Abstimmung, damit klar ist, worüber abgestimmt wird.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wenn Sie alle Ihre Unterhaltungen einstellen würden, dann wird vielleicht auch ein bisschen klarer, was hier gesagt wird.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Karsten Möring** (CDU): Das versprechen wir hiermit.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist unheimlich anstrengend, hier jetzt in dieser Stimmung, die mich eher an eine andere Sitzung erinnert, eine politische Sitzung durchzuführen.

Ich wiederhole es jetzt noch einmal: Punkt 9.8 war völlig abgeschlossen und abgestimmt. Ich habe übrigens bei 9.7 den Saal verlassen und musste dann draußen hören, dass ich vergessen habe, die Verwaltungsvorlage abzustimmen. Deshalb wollte ich diesen Punkt noch einmal aufrufen. Lassen Sie uns jetzt ein bisschen fair miteinander umgehen.

Ich rufe diesen Tagesordnungspunkt jetzt noch einmal auf. Jetzt wird noch einmal über die Verwaltungsvorlage abgestimmt.

(Jochen Ott [SPD]: Eben gab es auch Irritationen! Wenn Sie das jetzt noch einmal aufrufen, muss das für den Punkt davor gelten! Wenn, dann für alle!)

- Nein, es gab keine Irritationen. Es ist hier nur unterschiedlich verstanden worden. Das hängt vielleicht auch ein bisschen mit dem Wechsel der Sitzungsleitung zusammen. Das kann durchaus sein.

Also: Die Gesamtvorlage in Tagesordnungspunkt 9.7, Wohnungsbauprogramm 2015, steht jetzt noch einmal zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne, Linke und meine Stimme. Gegenstimmen? - CDU und FDP. Enthaltungen? - Bei pro Köln.

(Jochen Ott [SPD]: Fair ist das nicht, weil jetzt mit zweierlei Maß gemessen wird!)

- Nein, nein. Ich habe nicht mit zweierlei Maß gemessen.

(Jochen Ott [SPD]: Es wird hier mit zweierlei Maß gemessen! Das will ich im Protokoll so festgehalten wissen!)

- Nein, Herr Ott, es wird nicht zweierlei Maß gemessen.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben denen die Chance gegeben, ein zweites Mal abzustimmen! Das ist nicht fair!)

Das ist doch nicht richtig. Es wurde ja nicht verschlafen, sondern ist einfach akustisch nicht richtig angekommen, weil es hier zu laut war. Sie können sicherlich dazu beitragen, dass wieder etwas mehr Disziplin im Raum herrscht. Dann kommen wir schneller voran.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 9.9 auf:

### **9.9 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7, Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln bei der Haushaltsstelle 6300.950.0100.8, H Sanierung Halle 93 (Kasernengelände Brasseur) 3973/2007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das ist einstimmig beschlossen.

Punkt 9.10 ist zurückgezogen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.11 auf:

### **9.11 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik hier: Einrichtung des Preises 5329/2007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Beigeordnete Marlis Bredehorst: In der Fassung Sozialausschuss!)

- Das ist Anlage 2. Das ist hier auch so vorgesehen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9.12:

### **9.12 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln 0009/2008**

#### **Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion AN/0184/2008**

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zuerst über den Änderungsantrag von CDU und FDP abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - CDU, FDP, pro Köln und meine Stimme. Gegenstimmen? -

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Gegen die Stimmen von SPD, Grüne und Linke. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt stelle ich die allgemeine Vorlage zur Abstimmung. Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Michael Zimmermann [SPD]: Wie Sportausschuss!)

- Richtig, wie Sportausschuss. - Nun zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9.13:

### **9.13 Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und OGTS, Zuschuss zum Essen Kitas ab 1.8.2008 4975/2007**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion  
AN/0139/2008**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linken.Köln  
AN/0139/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Blum, bitte.

**Carola Blum** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns allen liegt die Verwaltungsvorlage zur Neufestsetzung der Elternbeiträge, unter anderem für die Kindertageseinrichtungen, in Köln vor. Ich danke dem Oberbürgermeister im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich für die Entwicklung eines Beitragssystems, welches gleichbleibende bzw. sogar günstigere Elternbeiträge als bisher ausweist. Dies ist nicht nur ein deutliches Signal für die Familien in Köln, das ist auch der richtige Weg, um die Wichtigkeit und den Stellenwert der Betreuung unserer Kinder zu verdeutlichen.

Die CDU-Fraktion möchte aber noch mehr für die Familien in Köln erreichen; denn wir streben nach wie vor langfristig das Ziel der völligen Beitragsfreiheit für Kinderbetreuungseinrichtungen an. Für uns ist die Vorschulbildung ein sehr wichtiger Teil der Bildungslandschaft. Die Grundversorgung mit dem Gut Bildung soll daher für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ebenso wie der Besuch einer Grundschule und einer

weiterführenden Schule kostenlos sein. Wir alle wissen aber, dass die Haushaltslage der Stadt Köln dies derzeit nicht in Gänze zulässt. Das darf uns aber nicht davon abhalten, unser Ziel konsequent und Schritt für Schritt weiter zu verfolgen.

Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion ein Stufenmodell erarbeitet, welches als ersten Einstieg eine Beitragsfreiheit ab dem dritten Kindergartenjahr vorsieht, also nicht systembezogen im letzten Kindergartenjahr, zu dem vielleicht ein Kind dann erstmalig angemeldet wird, sondern individuell, kindbezogen nach zwei Jahren Kindergartenbesuch. Wir verfolgen damit nicht nur einen finanzpolitischen, sondern gleichzeitig einen pädagogischen Ansatz. Die Familien in Köln sollen einen wirksamen Anreiz erhalten, ihre Kinder möglichst frühzeitig und so lange wie möglich im Kindergarten anzumelden; denn hier erhalten unsere Kinder durch Teilnahme an dem vielfältigen Bildungs- und Förderungsangebot eine bestmögliche Chance auf einen guten Start in ihr Leben.

Lassen Sie mich die Vorteile unserer Initiative kurz beispielhaft aufzählen. Es handelt sich schwerpunktmäßig um eine individuelle pädagogische Betreuung und größere Chancengleichheit, einen positiven Einfluss auf das Sozialverhalten, ein frühzeitiges Erkennen und Regulieren von Auffälligkeiten und Defiziten, insbesondere auch die Förderung der Sprachkompetenz schon vor dem Test, der im Alter von vier Jahren stattfindet, sowie die Sicherstellung eines geregelten Tagesablaufs. Diese positiven Effekte zeigen deutlich, dass durch den Kindergartenbesuch eine wertvolle Ergänzung der Betreuung und Erziehung in der Familie geleistet wird.

Nach unseren Berechnungen entsteht durch dieses Anreizsystem ein Mehrbedarf in Höhe von maximal 1,5 Millionen Euro in 2008 und in den Folgejahren von maximal 5,5 Millionen Euro; es kann aber auch weniger sein. Die Deckung soll durch die Minderausgaben in Höhe von rund 15 Millionen Euro für den Fonds Deutsche Einheit erfolgen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, die Stadt Köln kann sich diese wichtige Investition in die Zukunft unserer Kinder leisten. Die Frage lautet nun: Will sich der Rat der Stadt Köln dies leisten? Für die CDU-Fraktion kann ich diese Frage mit einem klaren Ja beantworten.

(Beifall bei der CDU)

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Übrigens, nach allen bisherigen Bekundungen, parteiübergreifend und trägerübergreifend, auch im Jugendhilfeausschuss, sind prinzipiell alle dafür.

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Nichts da!)

Der heutige Zusatzantrag von SPD, Grünen und Linken ist Beleg dafür. Daran ändert auch der unsachliche Seitenhieb auf die Landesregierung nichts, die tatsächlich die Mittel für Kinderbetreuung insgesamt erhöht, obwohl die Zahl der Kinder rückläufig ist. Das ist so, meine Damen und Herren, daran lässt sich nicht rütteln.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommt es darauf an, fraktionsübergreifend Ernst zu machen - in Köln, für Köln, für die Kölner Kinder.

In der Aktuellen Stunde heute gab es einen - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. Wir können hier vorne kaum unser eigenes Wort verstehen, so laut ist es.

**Carola Blum (CDU):** Vielen Dank. - In der Aktuellen Stunde heute gab es *einen* Konsens - ich fasse diesen in einem Satz zusammen -: Lebenschancen erwachsen aus Bildungschancen. Jetzt, meine Damen und Herren, können Sie Ihre Verantwortung unter Beweis stellen. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Apropos Chancengleichheit: Punkt 2 der Vorlage regelt den städtischen Zuschuss für das Essensgeld bei einer Über-Mittag-Betreuung. Die CDU-Fraktion will weiterhin erreichen, dass genau wie in der Ganztagschule auch im Kindergarten sichergestellt ist, dass kein Kind in der Ganztagsbetreuung vom Mittagessen ausgeschlossen oder gar ganz von der Betreuung abgemeldet wird, weil die Eltern die erforderlichen Finanzmittel nicht aufbringen können. Beides war leider in der Vergangenheit zu beobachten. Die bloße Reduzierung des Betrags wird daran nichts ändern. Das Ziel eines kostenfreien Mittagessens für die Kinder, deren Eltern von der Zahlung der Elternbeiträge befreit sind, werden wir daher im Rahmen der Haushaltsplanberatungen weiter verfolgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Blum. Herr Dr. Heinen, bitte.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Blum, all das, was Sie jetzt gesagt haben, ist ja gar nicht falsch.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Nur: Hätten Sie die Energie, die Sie jetzt in die Lyrik Ihres Beitrags investiert haben, Ihrer Landesregierung bei der Abfassung des KiBiz an die Hand gegeben, stünden wir hier deutlich besser da.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das KiBiz hat für Köln - das ist inzwischen unstrittig - große Mehrbelastungen verursacht. Wir haben Betriebskostensteigerungen um 4 Millionen Euro, wir haben den Elternbeitragsdefizit ausgleich in Höhe von 16 Millionen Euro, und wir stellen jetzt in der aktuellen Vorlage weitere 4,2 Millionen Euro zusätzlich in den kommunalen Haushalt ein.

Die Vorlage, die uns die Verwaltung gegeben hat, ist stadtpolitisch, sozialpolitisch und auch kinderpolitisch ausgezeichnet für Köln.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gehen wir Schritt für Schritt in Richtung Beitragsfreiheit. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die FDP beim Wort nehmen, die ganz klar gesagt hat: Die Beitragsfreiheit ist eigentlich Sache des Landes. Aber die Gespräche zeigen, dass wir von dort keine Hilfe bekommen werden. Im Gegenteil: Wir werden in unserem Haushalt zusätzliche Lasten zu tragen haben. Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Hier wurde von Kostendeckung gesprochen. Diese soll über einen Bereich erfolgen, den SPD und Grüne ins Leben gerufen haben, nämlich die Rückzahlungen aus dem Solidaritätsausgleich. Das ist eine ganze Menge Geld. Aber wir müssen berücksichtigen - wir sind jetzt nach wie vor bei den Kleinkindern -, was außerdem noch ansteht. Wir haben noch wichtige Projekte vor

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

uns: U3, ein wunderbares Projekt von zentraler Bedeutung. Wir wissen jetzt schon: Köln wird Vorreiter in diesem Bereich. Wir werden eine unwahrscheinlich hohe Quote schaffen und damit über die Deckelung kommen, die das Land finanziell zusagt. Das heißt automatisch, auch in diesem Bereich müssen wir wieder zuschießen. Das bedeutet: Diese 4,2 Millionen Euro, die wir jetzt zusätzlich vorsehen, sind nicht das Ende, sondern wir satteln noch einmal drauf für die Betreuung. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen.

Jetzt aber solche Forderungen zu stellen, wie Sie es eben getan haben, die zwar schön klingen, haushaltspolitisch aber nicht zu verantworten sind, halte ich für falsch. Sie gehen auch an den falschen Adressaten.

(Karsten Möring [CDU]: Warum wollen Sie denn die U3 begünstigen?)

- Nein, das haben Sie jetzt nicht verstanden, Herr Möring. Wir sehen eine Ausbaquote von 20 Prozent vor. Das soll aber noch nicht das Ende sein. Wir müssen bestimmte Zielvorgaben vorsehen - in 2008 sind es 17 Prozent -,

(Karl Klipper [CDU]: Wir haben doch in Köln erst 11 Prozent!)

um Bundesmittel zu bekommen. Wir werden aber durch den weiteren Ausbau aufgrund der Landesdeckelung noch zusätzliche Kosten zu tragen haben. Es ist Fakt: Das kostet uns zusätzlich Geld. Bei dieser Finanzlage können wir doch das Geld nicht schon vorher verbraten für Wohltaten in diesem Bereich. Das halte ich wirklich für unverantwortlich.

Mit der Vorlage der Verwaltung werden ja schon zusätzlich Kinder freigestellt. Durch die Koppelung, die wir im Rat mit Mehrheit beschlossen haben, stellen wir weitere Kinder - in diesem Fall 2 000 Kinder - beitragsfrei. Wir gehen in die richtige Richtung, aber zulasten der Kommune, was den Haushalt angeht. Im Jugendhilfeausschuss wurde das auch ausführlich besprochen. Natürlich gab es dort, ebenso wie hier im Rat, divergierende Meinungen. Am Schluss aber sagte auch der Jugendhilfeausschuss: Vorlage wie Verwaltung plus Änderungsantrag von SPD und Grünen - einstimmig beschlossen. Ich denke, das ist Signal genug, sich auch hier im Rat dieser Kompetenz anzuschließen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Heinen. Frau Schlitt, bitte.

**Gabriele Schlitt (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Frau Blum, Sie von der CDU bräuchten sich gar nicht so viele Gedanken über Stufenmodelle zur Beitragsfreiheit zu machen, wenn Sie die ganze Zeit an der richtigen Stelle dafür gekämpft hätten, dass das KiBiz nicht Elternbeiträge von 19 Prozent festlegt. Sie hätten für die Beitragsfreiheit in den Kindergärten kämpfen können. Aber nichts ist von Ihnen gekommen. Was steht jetzt im KiBiz drin? Eltern sollen einen Anteil von 19 Prozent an den Betriebskosten zahlen; denn diese müssen nun anteilig von Land und Kommune getragen werden. So steht es in dem Gesetz, das gerade erst verabschiedet worden ist.

Sie aber reden hier immer von Beitragsfreiheit. Ob im Bund oder im Land, überall sprechen Sie von Beitragsfreiheit; so steht es in allen Programmen. Aber politisch gemacht wird nichts. Die Kommunen werden im Regen stehen gelassen. Wir sollen alle Kosten übernehmen, wir sollen Beitragsfreiheit schaffen. Das wird nicht funktionieren.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Da haben Sie Herrn Heinen nicht zugehört!)

Für Bildung und Betreuung von Kindern brauchen wir eine gerechte Aufteilung zwischen Bund, Land und Kommune. Ich möchte Sie noch einmal bitten: Kämpfen Sie dafür, dass Ihre Landesregierung das KiBiz in diesem Punkt ändert.

(Walter Grau [CDU]: Wir kämpfen hier in Köln!)

Dann können wir der Beitragsfreiheit sofort zustimmen.

Was schlägt die Verwaltung vor? Herr Dr. Heinen hat es schon gesagt. Die Kommune Köln muss 24,5 Millionen Euro im Haushalt schultern, damit den Eltern keine höheren Beiträge aufgebürdet werden, damit Eltern weiter von den Kosten freigestellt werden können - einschließlich der KölnPass-Inhaber -, damit kein Kind ohne Mahlzeit bleibt, damit die Beitragssätze so gestaltet sind, dass die Eltern wirklich frei zwischen 25, 35

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

und 45 Stunden entscheiden können. Das ist der richtige Weg.

Wenn Sie wirklich Beitragsfreiheit wollen, dann setzen Sie sich bei Ihrer Landesregierung dafür ein. Dann sind wir sofort dabei. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Mendorf, bitte.

**Marco Mendorf (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir als FDP haben uns genauso wie die anderen großen Parteien ebenfalls entschieden, auf Bundes- und Landesebene für die Beitragsfreiheit für Kindergärten einzutreten. Wir als Kölner FDP haben uns auch auf Landesebene erfolgreich durchgesetzt - Frau Blum hat es eben schon gesagt -: Die Mittel des Landes sind um über 100 Millionen Euro gestiegen trotz eines Rückgangs der Kinderzahlen. Es wird investiert in Schule. Es wird investiert in Kindereinrichtungen. Ich bin sicher, dass auch in den nächsten Jahren noch weitere Mittel eingesetzt werden.

Ich habe deutlich gesagt: Eine Beitragsfreiheit für Kindergärten ist eben nicht nur eine kommunale Aufgabe, sondern muss auch von denen mitfinanziert werden, die das auf Bundesebene propagieren und die auf Landesebene Verantwortung tragen. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Kommune einen Teil - das ist eben auch eine Aufgabenteilung - mittragen muss.

Wir sind übrigens der Meinung, dass man das System insgesamt auf den Kopf stellen muss. Wie finanzieren wir eigentlich Bildung? Einerseits müssen sich jetzt auch Studenten an den Kosten ihres Studiums beteiligen. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dort, wo Bildung beginnt, nämlich in den Kindertagesstätten, möglichst viele Mittel zu investieren, hier insbesondere die Eltern zu unterstützen und damit allen Kindern Bildung im Kindergarten zu ermöglichen. Deswegen sind auch wir für Beitragsfreiheit. Deswegen sind wir auch dafür, dass wir als Stadt Köln den ersten Schritt tun. Die nächsten zwei Schritte müssen dann vom Bund und vom Land kommen. Dafür müssen wir uns einsetzen. Aber wir sind bereit, hier in Köln das Signal zu setzen, den ersten Schritt zu tun hin zur Beitragsfreiheit in den Kindergärten. Deswegen sind wir für diesen Antrag und stimmen dem zu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Frau Demirel.

**Özlem Demirel (Die Linke.Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Blum, natürlich haben Sie recht: Kindertagesstätten sind wichtige Orte des Lernens für Kinder. Aber Kinder kosten auch Geld, und diese Kosten sind im Moment nicht gerecht verteilt. Hier müssen wir gegensteuern und umverteilen. Kostenlose Kinderbetreuung in Kindertagesstätten ist ein notwendiger Schritt in diese Richtung. Da hat die CDU-Fraktion recht.

Kostenfreie Bildung ein Leben lang ist die Forderung von der Linken, und zwar für alle und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Diese Forderung hatte die Linke schon immer. Der Antrag von der CDU aber ist heuchlerisch. Gerade die CDU-FDP-Landesregierung macht eine Politik, die genau in die andere Richtung geht. Die Studiengebühren - Herr Mendorf hat sie eben schon genannt - und das KiBiz widersprechen genau dem, was Sie hier heute gesagt haben.

Meine Damen und Herren, Kommunen sind aufgrund ihrer strukturellen Unterfinanzierung bei der Kinderbetreuung nicht in der Lage, diese Kosten dauerhaft zu schultern. Die Politik der letzten Jahre, die kommunalen Haushalte immer mehr zu belasten, muss ein Ende haben. Auch Landes- und Bundesregierung müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Jetzt Geschenke zu verteilen und im nächsten oder übernächsten Jahr die Elternbeiträge wieder linear anzuheben, ist und sollte nicht das Ziel sein.

Meine Herren von CDU und FDP, die Stadt springt für die Finanzierungslücke ein, die das schlechte Kinderbildungsgesetz der schwarzgelben Landtagsmehrheit hinterlässt. Es wurden zwar hier schon einige Zahlen genannt, aber ich werde sie trotzdem noch einmal wiederholen:

Der Anteil der Elternbeiträge an den Betriebskosten wurde fiktiv auf 19 Prozent festgesetzt; das hat Frau Schliitt eben schon gesagt. Die in Köln entstandene Lücke von 7,5 Prozent bzw. 16,3 Millionen Euro schultert die Stadt bereits jetzt, um die Eltern nicht noch stärker zu belasten.

Auch für die Absenkung des Anteils kirchlicher Träger von bisher 20 Prozent auf nun 12 Prozent

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

bittet das Land die Kommunen zur Kasse. In Köln beträgt die Finanzierungslücke wahrscheinlich weitere 2,12 Millionen Euro, natürlich nur, wenn die Betriebskosten stabil bleiben.

Ebenfalls verändert hat sich das Volumen der Betriebskostenzuschüsse an freie Träger. Hier muss die Stadt durch das Kinderbildungsgesetz gegenüber den Regelungen im alten GTK 4 Millionen Euro Mehrausgaben tragen. Hier muss eine klare Forderung an die Landesregierung kommen, dass dies so nicht sein darf. Sie steht in der Verantwortung, kostenfreie Kinderbetreuung zu ermöglichen. Vielleicht sollten Sie als CDU hier noch mal Ihren Einfluss ausüben, statt taktische Anträge im Kölner Stadtrat zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stadt gibt mit der neuen Elternbeitragsstaffelung insbesondere für die benachteiligten Kinder viel Geld aus. Dass hier auch der KölnPass eine neue Gewichtung bekommt, möchte ich noch mal unterstreichen. Auch der Kreis der vom Elternbeitrag Befreiten wird noch etwas erweitert. Das reicht aber nicht aus. Darin sind wir alle einer Meinung. Denn eine generelle Familienförderung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, muss her. Das muss von Bund und Land gewährleistet werden. Dabei, meine Damen und Herren von CDU und FDP, stehen insbesondere Sie in der Verantwortung, Ihren Beitrag dazu zu leisten. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Klipper, bitte.

(Zuruf von der SPD: Der Klipper versteht von allem etwas!)

**Karl Klipper (CDU):** Meine Damen und Herren! Sie rufen hier, ich würde von allem etwas verstehen. Aber ich verstehe zumindest etwas von Finanzen; das können Sie mir glauben. Weil ich hier stets höre, welche Zahlen hier durch das Plenum wabern, möchte ich Sie einmal an die Zahlen erinnern, die die Landesregierung bekannt gegeben hat.

2004/2005 hatten SPD und Grüne aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Zuschüsse für die Kindergärten gekürzt. Diese Kürzung ist

durch das KiBiZ wieder in vollem Umfang aufgehoben worden.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Heinen, für 2007 hatte die Landesregierung für den Bereich U3 819 Millionen Euro bereitgestellt. In diesem Jahr, 2008, sind es schon 969 Millionen Euro, und ab 2010 sind es 1,09 Milliarden Euro. Es stimmt also nicht, wenn Sie hier sagen, die Landesregierung habe da ein Defizit. Sie legt die Betonung nur anders, nämlich auf eine Verbesserung der Qualität in diesem Bereich, die von Rot-Grün in der Vergangenheit vernachlässigt worden ist.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Sie müssen einfach anerkennen, dass die Betonung jetzt eine andere ist. Sie hatten U3 nicht drin, Sie hatten OGTS nicht drin, Sie hatten die Horte nicht drin. Wir haben diesbezüglich aufgeholt

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, schreien Sie hier ruhig herum.

Ich möchte den Kollegen in Aachen gratulieren. Heute hat der Kinder- und Jugendausschuss des Stadtrats Aachen getagt. Trotz Haushaltssicherungskonzept hat dieser Ausschuss beschlossen - ich zitiere -:

Damit verbunden beschließt der Rat der Stadt Köln - -

(Zurufe: Aachen!)

- Ich bitte um Entschuldigung!

Damit verbunden beschließt der Rat der Stadt, dass das erste Kindergartenjahr (Vollendung des dritten Lebensjahres bis Vollendung des vierten Lebensjahres) beitragsfrei ist.

Wissen Sie, wer das beschlossen hat? Das waren SPD, Grüne und FDP.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Warum war denn die CDU dagegen?)

- Die Aachener CDU hat wegen des Haushaltssicherungskonzeptes dagegen gestimmt. Das ist eben der kleine Unterschied: Wir unterliegen

### 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

nicht dem Haushaltssicherungskonzept. Herr Frank, Sie kennen doch die Zahlen genau.

(Zuruf von (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]))

- Wir hatten im letzten Jahr - Herr Frank, das wissen Sie als finanzpolitischer Sprecher genau - einen Kassenüberschuss von weit über 100 Millionen Euro. Für dieses Jahr wurden die Gewerbesteuererinnahmen drastisch reduziert geschätzt. Nach der ersten Abrechnung belaufen sich die Schätzungen auf das mehr als 20-Fache der Vorauszahlungen. Und dann sagen Sie hier, dass Sie insgesamt 1,9 Millionen Euro in diesem Jahr für unsere Kinder nicht ausgeben wollen?

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch eines sagen:

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Gestern haben wir auch über die WestLB gesprochen!)

- Dann können wir auch über die WestLB sprechen. Ich habe mich mittlerweile erkundigt. Das Steueraufkommen der WestLB wird in den Jahren 2007 bis 2010 für die Stadt Köln gleich bleiben. Es wird keine Einschränkungen geben. Aber das wissen Sie doch. Ich habe im Verwaltungsrat genau diese Frage gestellt.

Deswegen sage ich noch einmal: Sie müssen hier entscheiden, welche Betonung Sie im Haushalt 2008 und Folgende die Betonung auf die Kinder und deren Ausbildung legen. Das ist das Entscheidende. Wir wollen nicht wieder nach dem Gießkannenprinzip alle Bereiche bedenken, sondern uns genau in diesem Bereich profilieren und damit auch etwas für die Kinder tun.

(Beifall bei der CDU)

In dem Antrag, den Sie, meine Damen und Herren, jetzt gestellt haben - Sie wollten den ja mündlich begründen; das habe ich bisher nicht gehört, aber das kann noch kommen -, steht:

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass die Zielsetzung einer Befreiung der Eltern von Beitragszahlungen für Kindertagesstätten und Einrichtung der Offenen Ganztagschule gesellschafts- und bildungspolitisch gerechtfertigt und angestrebt ist, um insbesondere so allen Kindern einen gleichberechtigten Zu-

gang zu Bildungsangeboten zu ermöglichen.

Diesem Satz würden wir sofort zustimmen; denn das ist nämlich genau die Intention, die auch wir hier seit drei Jahren in diesem Bereich verfolgen. Nur, ein Satz, meine Damen und Herren, ist falsch in Ihrem Antrag - ich bitte, das irgendwann einmal zu korrigieren -:

Fakt ist allerdings, dass die NRW-Landesregierung die Zuschussmittel für Kinderbetreuung/Familienberatung sukzessive reduziert hat.

Ich habe Ihnen eben die Zahlen des Haushalts von Nordrhein-Westfalen genannt. Die Mittel sind erhöht worden. Sie können hier nicht immer wieder irgendwelche Sachen behaupten, die falsch sind. Das sage ich auch an den Fraktionsvorsitzenden der SPD gerichtet, der gestern im Finanzausschuss genau das Gleiche gesagt hat. Im Finanzausschuss wird immer ein bisschen Wahrheit dargestellt und hinterher bleibt ein falscher Eindruck, weil es gelogen war.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Entscheidend ist, was hinten rauskommt!)

Der Antrag, den wir gestellt haben, bedeutet: Die Finanzierung soll im Zusammenhang mit Einsparungen beim Fonds Deutsche Einheit ab 2008 erfolgen. Wir haben extra gesagt, dass die Rückerstattung für die Jahre 2006 und 2007 nicht für diese Zwecke gedacht ist, sondern dass eine Rücklage gebildet werden soll, damit diese Mittel nicht verbraten werden. Aber das, was wir in Zukunft, ab 2008, nicht zu zahlen haben - das sind circa 15 Millionen Euro -, können wir dafür einsetzen. Ich bin der Meinung, dass das der richtige Weg ist.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben für diese 15 Millionen keinen Schlag getan!)

- Ach du Schreck, wenn es danach geht. Wir haben dafür gesorgt, dass Köln ein vernünftiges Gewerbesteueraufkommen hat. Dafür, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen erhöhen, haben Sie, Herr Ott, gar nichts getan.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich noch einmal: Das, was Sie mit Ihrem Antrag hier machen, ist das berühmte Schwarze-Peter-Spiel. Weil es keine Alternative zu unserem Antrag gibt, schieben Sie wieder

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

einmal die Verantwortung auf die Landesregierung,

(Jochen Ott [SPD]: Kennen Sie die Vorlage des Oberbürgermeisters?)

indem Sie sagen, die Landesregierung sei diejenige, die den schwarzen Peter hat, weil sie uns diesbezüglich nicht unterstützen will. Nehmen Sie doch einmal die Verantwortung in die Hand und unterstützen Sie unsere Kinder. Ich glaube, das würde Ihrer Partei insgesamt gut tun. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, FDP, pro Köln und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD, Grünen und Linke ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind diese drei Fraktionen, SPD, Grüne und Linke. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist der Rest des Rates dagegen; das sind aber zu wenige. Damit ist dieser Antrag so beschlossen.

Schließlich stelle ich die Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung. Hier soll wie Jugendhilfeausschuss abgestimmt werden. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, Linke, meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.14 auf:

### **9.14 Zuschuss an den Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ) 5292/2007**

Gibt es dazu Wortbeiträge? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.15:

### **9.15 Public Viewing anlässlich der UEFA Fußballeuropameisterschaft 2008 5511/2007**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/0133/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0221/2008**

Meine Damen und Herren, das ist ein Thema, das in den letzten Wochen zu Recht die Gemüter bewegt hat und Gegenstand vieler Diskussionen war. Die EM steht vor der Tür. Eine EM ist sicherlich keine WM; das ist klar, obschon man sich an das „Sommermärchen“ von 2006 erinnern will. Sicherlich haben wir nicht diese Größenordnung zu erwarten.

Die heutige Vorlage ging zunächst davon aus, dass es entweder Public Viewing im Rheinenergie-Stadion in Müngersdorf geben wird oder dass seitens der Stadt auf Public Viewing ganz verzichtet wird. Obwohl ich, wie Sie wissen, ein großer Fan von Public Viewing bin, habe ich diese Vorlage damals auch schlussgezeichnet, insbesondere weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen es so vorgeben. Gleichzeitig habe ich aber die Verwaltung gebeten - das ist auch unsere Pflicht -, weiter zu prüfen, was eventuell zum Schluss doch noch möglich sein wird.

Über den Standort Stadion kann man lange diskutieren. Er bietet viele Chancen, kostet aber auch Geld. Das bedeutet also Risiken und finanzielle Anstrengungen. Dann haben wir den Platz im Barmer Viertel. Das sehe ich immer noch skeptisch, halte das aber mittlerweile für eine ernstzunehmende Variante, weil bestimmte Bedenken, wie zum Beispiel Sicherheitsbedenken, inzwischen beseitigt sind. Die Frage ist, ob private Veranstalter trotz grundsätzlicher Zweifel bereit sind, hier zu investieren. Mein Favorit für ein reduziertes Public-Viewing-Angebot ist immer noch ein Ort in zentraler Lage.

Ich sagte eben schon, wir gehen nicht von einer Größenordnung und Intensität wie bei der WM aus. Das Problem dieser Entscheidung hat natürlich nicht nur Köln. Auch andere Städte in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland haben solche Angebote. Mir ist es aber wichtig, dass wir heute ein endgültiges Votum bekommen. Die Zeit drängt, bis Juni ist nicht mehr

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

lange Zeit, und wir wollen wissen, was letztendlich gewollt ist oder was man zu investieren bereit ist - ich denke hierbei an das Angebot Stadion.

Wie auch immer die Entscheidung gefällt wird: Ich denke, dass insbesondere das hier federführende Sportdezernat unter der Leitung von Frau Dr. Klein weiterhin mit Hochdruck an einer Realisierung arbeiten wird, wenn das gewünscht wird. Ich hoffe, dass wir auch in diesem Sommer den Kölnerinnen und Kölnern, aber auch den Touristen, die zu dieser Zeit doch reichlich in der Stadt sind, Public Viewing anbieten können.

Ich darf jetzt um Ihre Wortbeiträge bitten. Es müssen ja nicht so viele sein; dann geht es schneller. Wer möchte zunächst einmal für den Änderungsantrag sprechen? - Frau Wiesemann.

**Karin Wiesemann (SPD):** Den Letzten beißen die Hunde. Es ist sehr spät, und ich hoffe nicht, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich eine lange Debatte provozieren. Herr Sterck, uns geht es sehr wohl um eine Lösung und nicht um Nebelkerzen, wie Sie es eben im Zusammenhang mit Public Viewing erwähnt haben.

Der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage „Public Viewing anlässlich der Fußballweltmeisterschaft vom 7. bis 29. Juni“ - ich betone extra das Datum; das ist nämlich schon bald - in Österreich und der Schweiz“ ergänzt die Verwaltungsvorlage. Die ausführliche Begründung entnehmen Sie bitte unserem Antrag.

SPD und Grüne begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Verwaltung, Public Viewing zur Fußballweltmeisterschaft anzubieten. Daher bitten wir den Rat, die Verwaltung zu beauftragen - das haben Sie, Herr Schramma, eben schon erwähnt -, das Barmer Viertel als Veranstaltungsfläche im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens auszuschreiben mit dem Ziel, einen privaten Veranstalter zu finden, der Public Viewing auf eigene Rechnung durchführt. Uns geht es insbesondere darum, dass das nicht aus öffentlichen Kassen finanziert wird. Die aus polizeilicher Sicht notwendige Abdeckung des Platzes Barmer Viertel soll die Stadtverwaltung vornehmen. Die notwendigen Mittel von circa 105 000 Euro sind im Haushaltsplan 2008 zusätzlich bereitzustellen, um auf dieser Grundlage der dann vorliegenden Konzeption zu verhan-

deln, in welchem Umfang eine Refinanzierung realisiert werden kann.

Der Verwaltungsvorlage ist zu entnehmen, dass dem Public Viewing im Innenstadtbereich durch das Landesemissionsschutzgesetz ein Riegel vorgeschoben worden ist. Die zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland seitens des Landes Nordrhein-Westfalen gesetzten Regelungen, um Public Viewing zu ermöglichen, traten Ende 2006 außer Kraft. Seitdem gilt wieder der ursprüngliche Freizeitlärmverlass NRW ohne Ausnahmeregelungen.

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Rheinenergie-Stadion wird von uns als nicht geeignet angesehen. Um eine entsprechende Stimmung zu erreichen, müssten ebenso viele Fans nach Müngersdorf pilgern wie zu Fußballspielen des 1. FC Köln.

Zum Schluss noch ein Wort an die Vertreter und Vertreterinnen der Bürgerinitiativen Alter Markt, Heumarkt und Rheingarten, die noch zahlreich auf der Tribüne sitzen und diese Diskussion sicherlich gerne verfolgen. Aus unserem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und meinen Ausführungen geht hervor, dass wir mit den Bürgerinitiativen einer Meinung sind, wenn wir Public Viewing anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im Juni 2008 im Barmer Viertel vorschlagen, da aufgrund der Weitläufigkeit zur nächstgelegenen Wohnbebauung normale Lärmwerte gegeben sind.

Wir wenden uns gegen Public Viewing in der Innenstadt. Wir sind stolz, dass Köln als eine der wenigen Großstädte in Nordrhein-Westfalen, vielleicht sogar in Deutschland, eine so gut bewohnte und dadurch lebenswerte Innenstadt hat.

Zum Schluss kann ich mir allerdings nicht verkneifen, in diesem Zusammenhang noch einmal auf das eben so ausführlich diskutierte Platzkonzept zu verweisen. Damit erübrigt sich, auf den Antrag von CDU und FDP einzugehen. Diesen werden wir ablehnen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Frau Wiesemann. Herr Köhler, bitte.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

**Andreas Köhler (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wer von uns hat nicht noch die herrlichen Bilder in der Kölner Innenstadt

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Jochen Ott [SPD]: Herrliches Bild!)

- Herr Ott, hören Sie doch erst einmal zu; dann verstehen Sie es vielleicht auch - anlässlich der WM 2006 vor Augen? Die Sportverwaltung schreibt in ihrer eigenen Vorlage - ich zitiere -:

Es wurde durch das Angebot der öffentlichen Übertragung der Spiele auf Großbildleinwand ermöglicht, in einer friedvollen und begeisternden Atmosphäre die WM 2006 zu erleben. Schon am Tage des Eröffnungsspiels hat sich gezeigt, das Konzept der WM-City ist aufgegangen.

Diese Beschreibung unterstützt die CDU-Fraktion vorbehaltlos. Aus diesem Grund hat sich die CDU-Fraktion schon im letzten Jahr klar für ein Public Viewing anlässlich der Europameisterschaft 2008 in der Innenstadt ausgesprochen. Nach unseren Informationen ist eine Sondergenehmigung - ich habe das auch im Sportausschuss angesprochen - für die Fußball-EM 2008 rechtlich möglich. Leider gibt die uns heute vorgelegte Stellungnahme des Stadtdirektors in der rechtlichen Bewertung keine klare und endgültige Aussage, wie wir es gefordert hatten.

(Zuruf: Spaßbremse! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist ja auch verbrüdet mit der kommunistischen Volksfront!)

- Liebe Frau Moritz. - Aus diesem Grund, haben CDU und FDP am heutigen Tag einen Änderungsantrag eingebracht,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist rechtswidrig!)

der die Verwaltung beauftragt, ein Public Viewing in der Innenstadt zu realisieren. Das ist der klare Wille der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Die CDU-Fraktion spricht sich darin ganz klar für ein Public Viewing im Zentrum der Stadt aus. Zentrale Orte und kurze Wege sind Garantien für

ein gutes Gelingen solcher Veranstaltungen. Eine offizielle Fanmeile gehört deswegen in die Innenstadt, meine Damen und Herren.

Wie verhalten sich in dieser Frage SPD und Grüne? Die Grünen haben im Sportausschuss mehr oder weniger erklärt, sie könnten gänzlich auf Public Viewing verzichten. Die SPD hat sich lange Zeit gar nicht zu diesem Thema geäußert und immer wieder gesagt, darüber müsste in einer Fraktionssitzung diskutiert werden. Heute schlagen SPD und Grüne mit ihrem Antrag das Barmer Viertel für Public Viewing vor. Dieser Antrag ist eine absolute Mogelpackung. Die Wahrheit ist: SPD und Grüne wollen gar kein Public Viewing anlässlich der EM 2008. Sie haben nur nicht die Stärke, dieses den Bürgerinnen und Bürgern ins Gesicht zu sagen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

Ich zitiere folgende Punkte aus der Verwaltungsvorlage Ihrer Dezernentin zum Barmer Viertel: keine Emotionen, ein Platz ohne Flair, Baustellencharakter, Konfliktlagen im Hinblick auf An- und Abmarsch der Besucher, kein Aushängeschild für Köln, hohe Kosten: 105 000 Euro für Platzbelag und Infrastruktur.

(Ulrich Breite [FDP]: Keinen Schotter für Schotter!)

Trotz dieser negativen Argumente Ihrer Dezernentin schlagen Sie heute das Barmer Viertel vor. SPD und Grüne wollen diese 105 000 Euro für den Platzbelag sogar aus den Mitteln der Sportförderung für den Breitensport nehmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Dies ist mit der CDU nicht zu machen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit uns auch nicht!)

- Ja, aber Sie haben es gerade eben so vorgeschlagen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Frau Wiesemann hat das eben gesagt.

Wir haben einen anderen Finanzierungsvorschlag vorgelegt. Wir von CDU und FDP nehmen dem Breitensport kein Geld weg, meine Damen und Herren von Rot-Grün. Wahrscheinlich wer-

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

den Ihrem Antrag auch Ihre Steigbügelhalter, die Dunkelroten, zustimmen, auch wenn Sie heute schon einmal bei deren Antrag nicht mitgestimmt haben.

Durch Ihren Antrag wollen Sie die Verantwortung nun in die Hände einer Ausschreibung geben, obwohl Ihnen der Zeitdruck in der Sache klar ist. Sie wissen genau, dass es mit Ihrem Antrag im Sommer keine Fanmeile in Köln geben wird. So wird keine verlässliche Politik für Köln gemacht, meine Damen und Herren.

Ich appelliere an Sie, sich für den Antrag von CDU und FDP zu entscheiden, damit wir in Köln auch während der EM 2008 Public Viewing durchführen können. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Thelen spricht für die Grünen. Bitte.

**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Public Viewing, Neudeutsch, ist vermutlich seit dem Sommer 2006 in den *Duden* aufgenommen worden und inzwischen äußerst positiv besetzt. Das klingt nach Völkerverständigung, Hochsommer und Beinah-Weltmeistertitel.

CDU und FDP meinen: Das lassen wir uns auch in diesem Jahr etwas kosten. Aber wird Public Viewing in diesem Sommer ein solcher Renner werden wie bei der WM 2006? Wir wissen das nicht. Das Risiko ist groß.

Wir als Antragsteller meinen, die Stadt darf nicht diejenige sein, die dieses finanzielle Risiko trägt. Public Viewing: Ja, aber die Finanzierung ist keine öffentliche Aufgabe. Es ist schon paradox, wenn diejenigen, die immer sagen, Privat gehe vor Staat, nämlich CDU und vor allen Dingen FDP, hier eine Fußballparty auf Kosten der Stadt veranstalten wollen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/  
Die Grünen)

Und Sie, Herr Oberbürgermeister, schlagen uns sogar die Finanzierung aus der Sportförderung vor. - Andreas Köhler scheint das inzwischen peinlich geworden zu sein; denn von der Finanzierung aus der Sportförderung hat sich die CDU eben distanziert. - Wir finden, das ist der Gipfel. Sportförderung ist für uns vor allem Breitensport-

förderung. Sie jedoch, Herr Oberbürgermeister, wollen dem Breitensport 640 000 Euro vorenthalten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich will, dass Ihr Euch entscheidet:

**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir wollen mit unserem gemeinsamen Antrag in eine andere Richtung. Public Viewing in der Innenstadt - Karin Wiesemann hat schon gesagt, das alles haben wir eben im Rahmen des Platzkonzeptes diskutiert - wollen wir nicht, weil es nicht passt. Wo es aber sehr wohl passt, ist auf die Fläche im Barmer Viertel. Die ist unserer Meinung nach für eine Großveranstaltung sehr geeignet. Sie ist groß genug, sie ist zentral gelegen, und es würden keine Anwohner gestört. Wir würden uns freuen, wenn wir hier eine sponsorfinanzierte Public-Viewing-Veranstaltung hinbekommen könnten. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Wolf für die FDP, bitte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt kommt der Spaßvogel!)

**Manfred Wolf** (FDP): Habe ich Dich getroffen, dass Du jetzt so nachkartest? - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zuerst war ich dem Vorschlag in der Verwaltungsvorlage zugeneigt, dieses Public Viewing im Stadion zu veranstalten. Denn auch mir war klar, dass die Ausnahmegenehmigung für die WM 2006 Ende 2006 ausgelaufen ist. Dazu wurde ja auch mitgeteilt, dass eine weitere Ausnahmegenehmigung hier in der Stadt überhaupt nicht möglich sei. Jetzt höre ich, im Rheinenergie-Stadion würde es keine Stimmung geben. Erstens weiß man nicht, in welcher Stimmung die Leute sein werden, und zweitens habe ich nicht gehört, dass es bei den vielen Leuten, die beim Spiel Köln gegen Leverkusen im Stadion waren, keine Stimmung gegeben hätte. Dieses war allerdings keine Übertragung, sondern lief live im Stadion und wurde nicht auf der Großbildleinwand gezeigt.

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

Dann habe ich allerdings gehört, dass noch nicht alle Möglichkeiten für eine Ausnahmegenehmigung in der Innenstadt geprüft sind. Deshalb sage ich nun: Natürlich hat für uns allein schon aus Sicherheitsgründen die Innenstadt, sprich der Heumarkt, eine erhebliche Priorität. Mir sind Fans, die man auf einem Platz unter Kontrolle hat, lieber als vagabundierende Gruppen in der Stadt, bei denen man nicht genau weiß, was sie anrichten. Bekanntermaßen wird bei solchen Veranstaltungen mehr Alkohol als üblich getrunken.

Der Antrag von Rot-Grün mit dem Vorschlag zum Barmer Viertel ist natürlich eine Mogelpackung,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Natürlich! Das kommt ja auch von der kommunistischen Volksfront!)

um - das ist eben schon gesagt worden - diese Sache zu verhindern. Überall in den umliegenden Städten, in ganz Nordrhein-Westfalen finden Public-Viewing-Veranstaltungen statt, allerdings auch mit Unterstützung der jeweiligen Stadt. Es geht nicht ohne die Stadt. Angesichts der Kürze der Zeit und den verlangten Sicherheitsvorkehrungen für die Aufbauten kann damit kein Privater schwarze Zahlen schreiben.

(Zurufe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dafür muss es eine städtische Unterstützung, eventuell im Rahmen einer Ausfallbürgschaft, geben.

Die rot-grünen Lust- und Spaßverhinderer haben heute zum zweiten Mal zugeschlagen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Zum rot-grünen Antrag kann ich nur sagen: Kein Schotter für Schotter.

(Beifall bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Wolf. Herr Schöppe, bitte.

**Bernd M. Schöppe** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss das Augenmerk auf ein ganz anderes Thema lenken - ich bleibe natürlich beim Tagesordnungspunkt, gar keine Frage. Leider ist es wieder an der Zeit, den Rat an seinen Beschluss bezüglich der Anglizismen zu erinnern.

(Zurufe: Oh!)

Frau Thelen war so nett, mich im Sportausschuss daran zu erinnern und hat eben auch den *Duden* erwähnt. Ich habe dort nicht nachgeschaut; es interessiert mich auch nicht. Im Sportausschuss hat sie das schöne Wort „Großleinwand-Schauen“ gebraucht, das man genauso gut verwenden kann und das auch dem Beschluss entsprechen würde, der von diesem Rat gefasst wurde. In diesem Sinne plädiere ich dafür, dass man statt Public Viewing Großleinwand-Schauen sagen sollte. Wieso nicht? Was spricht dagegen?

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen.

Ich lasse zuerst über den weitergehenden Antrag von SPD und Grünen abstimmen, weil er eine ausführlichere und konkrete Begründung hat. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Linken. Damit ist schon eine Mehrheit gegeben. Gegenstimmen? - Vom kompletten übrigen Rat. Damit hat sich der andere Antrag erledigt. Man hätte unter drei Möglichkeiten wählen können, aber das war offensichtlich nicht gewollt. Also: Wenn Public Viewing veranstaltet wird, dann im Barmer Viertel.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.17 auf:

### **9.17 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) hier: Betriebskostenzuschuss 2008 0221/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Zur Vorlage unter Tagesordnungspunkt 9.18:

### **9.18 Kölner Sportstätten GmbH hier: Betriebskostenzuschuss 2008 0217/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Weder noch. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.19:

## 36. Sitzung vom 29. Januar 2008

### 9.19 Neubau Domturmzugang/Kiosk der Hohen Domkirche zu Köln - Erneuerung der öffentlichen Toilettenanlage unterhalb des Kioskes durch die Stadt Köln 0064/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.20:

### 9.20 Delegationsreise nach Jerusalem, Bethlehem und Tel Aviv-Yafo, 08.-14. März 2008 0120/2008

Wir haben hier die Möglichkeit, vier Leute mitzunehmen. Ich darf Sie fragen, welche Mitglieder der Rat vorschlägt? - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

**Josef Müller (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen schlagen Ihnen je Fraktion ein Mitglied vor, das an dieser Reise teilnehmen soll. Die CDU schlägt Herrn Jung vor, die SPD Herrn Kaska, die Grünen Frau Moritz und die FDP Herrn Sterck. Ich darf Ihnen diese Liste, die wir abgestimmt haben, übergeben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diese Liste abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so genehmigt.

Es wäre schön, wenn die entsandten Mitglieder die Gespräche, die wir in mehreren Etappen im Vorfeld schon begonnen haben, in einem guten Sinne fortführen. Der eigentliche Anlass für den Besuch der Partnerstadt ist das 60-jährige Bestehen des Staates Israel.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 11.1:

### 11.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61439/04 Arbeitstitel: Waldsiedlung in Köln-Junkersdorf 4751/2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

### 13.1 Satzung über eine Veränderungssperre für zwei Teilbereiche der Ortslage in Köln-Ehrenfeld Arbeitstitel: Melatengürtel/Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld 4449/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15:

### 15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

### 15.1 193. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 5474/2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 16:

### 16. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

### 16.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR - Wahl eines Verwaltungsratsmitgliedes 5523/2007

Hier hat die FDP Herrn R. Albach und als Stellvertreter Herrn Manfred Wolf vorgeschlagen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es nicht. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es einstimmig so einschließlich meiner Stimme beschlossen.



## **36. Sitzung vom 29. Januar 2008**

---

Meine Damen und Herren, um kurz vor halb zwölf beende ich damit den öffentlichen Teil der Sitzung.

(Ende: 23.27 Uhr)